



Nachhaltige Arbeit

Länderstudie über Diskurse, Politiken und Akteure

Eine Untersuchung zu neun europäischen Ländern: Frankreich, Portugal, Spanien, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Schweden, Norwegen, Polen und Slowakei

Dario Azzellini

Oktober 2021

Working Paper

der Fachgruppe Soziologie und Arbeitsmarktpolitik der HdBA

Mannheim/Schwerin



Inhalt

Nachhaltige Arbeit in Europa – die Vermessung eines disparaten Politikfeldes.....	8
Auftrag und Ausblick.....	8
1. Einleitung.....	11
2. Frankreich: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure.....	17
2.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung.....	17
2.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020).....	17
2.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur.....	18
2.2 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	18
2.2.1 Arbeitsmarktdaten.....	19
2.3 Green Jobs – Emplois verts.....	21
2.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien.....	22
2.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen.....	23
2.3.3 Beratende Gremien und andere offizielle Akteure.....	27
2.4 Kritik und weitere Akteure.....	28
2.4.1 Parteien.....	29
2.4.2 Gewerkschaften, Basisorganisationen und soziale Bewegungen.....	29
2.4.3 Bündnisse für eine Just Transition und einen (nicht so betitelten) nationalen Nachhaltigkeitsplan.....	30
2.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen.....	33
3. Portugal: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure.....	35
3.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung.....	35
3.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020).....	35
3.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur.....	36
3.2 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	36
3.2.1 Arbeitsmarktdaten.....	37
3.3 Green Jobs – Emprego verde.....	39
3.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien.....	39
3.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen.....	40
3.3.3 Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum in den Bio-Industrien.....	42
3.4 Kritik und weitere Akteure.....	43
3.4.1 Parteien.....	44



5.4.1 Parteien	85
5.4.2 Gewerkschaften	86
5.4.3 Umweltorganisationen	87
5.4.4 Building a Just Transition: Allianzen von Gewerkschaften und Umweltbewegung	88
5.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen.....	88
6. Vereinigtes Königreich: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure	91
6.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung.....	92
6.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020).....	92
6.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur.....	92
6.2 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt	93
6.2.1 Arbeitsmarktdaten.....	93
6.3 Green Jobs	94
6.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien	96
6.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen.....	97
6.4 Kritik und weitere Akteure: Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbände	100
6.4.1 Parteien	100
6.4.2 Gewerkschaften	102
6.4.3 Building a Just Transition: Allianzen von Gewerkschaften und Umweltbewegung ...	103
6.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen.....	104
7. Schweden: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure	107
7.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung.....	108
7.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020).....	108
7.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur.....	108
7.2 Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	109
7.2.1 Arbeitsmarktdaten.....	109
7.3 Green Jobs	110
7.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien	111
7.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen.....	112
7.4 Kritik und weitere Akteure: Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbände	114
7.4.1 Parteien	115
7.4.2 Gewerkschaften	115
7.4.3 Umweltbewegungen	116



10.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020).....	140
10.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur.....	141
10.2 Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	141
10.2.1 Arbeitsmarktdaten.....	141
10.3 Green Jobs – Zelená práca.....	142
10.3.1. Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien	143
10.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen.....	144
10.4 Kritik und weitere Akteure: Parteien, Gewerkschaften und Umweltbewegung	149
10.4.1 Parteien	149
10.4.2 Gewerkschaften	149
10.4.3 Umweltbewegung	150
10.5 Zusammenfassende vorläufige Schlussfolgerungen.....	151
11. Vorläufige Schlussfolgerungen aus den Länderdiskursen	152
11.1. Nachhaltige Arbeit	153
11.1.1 Qualität der Arbeit.....	155
11.2 Begriffe und Orientierungen, weitere übergreifende Themen und Akteure.....	158
11.2.1 Green Jobs, Kreislaufwirtschaft und Just Transition: Unterschiedliche Perspektiven verschiedener Akteure	158
11.2.2 Weitere übergreifende Themen: Erneuerbare Energien, Selbstorganisation und Rolle der Arbeitsverwaltungen.....	161
11.2.3 Akteure und Akteurskonstellationen: Unabhängige Gremien, Just-Transition-Bündnis und Beteiligung von Beschäftigten.....	163
11.3 Mögliche Systematisierung der Länder.....	166
11.3.1 Systematisierung entlang des erweiterten Esping-Andersen-Modells.....	167
11.3.2 Vorschlag zur Clustering entlang von vier Kategorien	169
11.4 Ausblick und weitere Forschungsfelder	172
11.4.1 Transitionsperspektive	172
11.4.2 Weitere Forschung.....	174
Literatur.....	176
Anhang	203



der nachhaltigen Arbeit gegeben sind, und welche Strategien von relevanten Akteuren verfolgt werden. Im Fokus der Untersuchung stand ein Vergleich der politischen und akteursbezogenen Perspektiven auf das Thema nachhaltige Arbeit, der zu einer ersten Systematisierung der länder-spezifischen Diskurse um Arbeit und Nachhaltigkeit (Kapitel 11) geführt hat.

Das Ergebnis dessen liegt nun vor. Dario Azzellini ist dafür in mehrfacher Weise zu danken. Über jedes erwartbare Engagement hinaus hat er akribisch dem Zusammenhang von Arbeit und Nachhaltigkeit in den Ländern nachgespürt, sich dabei von Begriffs- und Sprachinkonsistenzen ebenso wenig abhalten lassen, wie von einer heterogenen Quellenlage und einer national wie akteuriiell sehr unterschiedlichen Adressierung des Themas. Er legt ein detailreiches und umfassendes Material vor und führt dies zu weiterführenden Interpretationen.

Übergreifend wird in seiner Studie deutlich, dass Europa nicht vereint ist, sondern das Thema nachhaltige Arbeit kaum explizit und vielfach sehr spezifisch thematisiert wird. Die erste Hürde (siehe Kapitel 1) der Recherche zu nachhaltiger Arbeit lag im Begriff selbst. Seine Verwendung in den untersuchten Ländern bleibt marginal. Die Quellenlage wird erst ergiebig, wenn nach anderen, nicht nur im Nachhaltigkeitsdiskursen verwendeten Begriffen gesucht wird, wie ‚Green Jobs‘, ‚Just Transition‘ oder ‚Kreislaufwirtschaft‘. Dann aber fördert die Studie zu Tage, dass auf regierungsamtlicher Ebene bzw. in nationalen Nachhaltigkeitsstrategien eine (kritische) Reflexion von Arbeit inklusive der Akteure bzw. der Dynamiken der Wertschöpfung oder -zerstörung bisher nicht über die stofflich-energetischen Ursachen des Klimawandels hinausgeht. Die gesellschaftliche Organisation von Arbeit, andere Arbeitsformen oder Wertorientierungen werden nicht oder nur in Referenz auf die SDG angesprochen. Technologie resp. ihre Nutzungsweisen spielen dagegen eine zentrale Rolle – und davon abgeleitet bestehen (legitimierende) Bezüge auf ihr (überschaubares) Arbeitsplatzpotential.

Ferner fungieren UNDP-Bericht, SDG und EU-Strategien als Anstoß und Referenzpunkte nationaler Diskurse. Deren Umsetzung fokussiert weiterhin die Implementation innovativer Technologien für energie- und ressourceneffizienteres Wirtschaften im Übergang zu einer Green Economy. Der Ländervergleich verdeutlicht zudem, dass die Rolle der Arbeitsverwaltung, aber auch der sozialen Sicherung, in den Diskursen und Programmen marginal bleibt. Allenfalls geht es um Unterstützung und Umsetzung bei Programmen einer ökologisch ausgerichteten beruflichen Qualifizierung.

Unterhalb der Ebene nationaler Nachhaltigkeitsstrategien und Programme werden teils regional und zumeist im zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Umfeld andere Arbeitswerte durchaus angesprochen. Breitere, die kapitalistische und anthropozentrische Engführung des Erwerbsarbeitsbegriffs erweiternde Ansätze sind nur wenig erkennbar. Die Thematisierung von (einzelnen) Aspekten nachhaltiger Arbeit hängt dabei vor allem an der prekären Lage insbesondere von Jüngeren am Arbeitsmarkt und von den absehbaren Folgen des politisch forcierten klimaschutzbedingten Strukturwandels ab, ähnlich der Kohlekommission oder gewerkschaftlicher Positionen zur E-Mobilität in Deutschland.

Über die Ansprache von Basiswerten der Nachhaltigkeit (Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit) hinaus bleibt es bei Forderungen nach einer gesellschaftlichen Anerkennung unbezahlter Arbeiten und der Kritik an unterschiedlichen Inwertsetzungen von Arbeiten. Oft erschöpft sich dies



auf den Verweis auf die SDG und die Betonung von geschlechtergerechter Arbeit. Die in Teilen vorhandene fundamentale Kritik am vorherrschenden Arbeitsmodell ist bisher kaum handlungsrelevant, eine Inwertsetzung unbezahlter Arbeiten scheint noch in weiter Ferne. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation der Arbeitsgesellschaft bleibt weitgehend Forderungsthema sich überlappender wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Debatten, teils auch in gewerkschaftlichen Diskursen und Initiativen.

Diskurse um Nachhaltige Arbeit finden somit in relativ abgeschlossenen Räumen statt und dienen allenfalls als Ressource oder Impulse für künftige Umbauprozesse. Ein breiter Rückgriff darauf scheint bisher in Europa weder politisch mehrheitsfähig zu sein, noch eine produktionspolitische Notwendigkeit der Kapitalverwertung (Brandl 2019). Anstöße für eine Thematisierung einzelner Aspekte nachhaltiger Arbeit kommen von prekär Beschäftigten und ihren Vertretungen zum einen, zum anderen von Umweltverbänden, Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften, wenn es um klimabedingten Umbau und Wohlstandssicherung geht. Dabei fungieren Elemente nachhaltiger Arbeit unterschiedlich: Als Mittel gesellschaftlicher Stabilisierung und als Verweis auf Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, als Referenz für grundlegende Werte des Nachhaltigkeitsdiskurses (Generationen- und Gendergerechtigkeit).

Festzuhalten ist, immer auf Grundlage der mehrfach begrenzten, auf nationale Thematisierungen nachhaltiger Arbeit gerichteten Recherche, dass Konzeptionen nachhaltiger Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren oder aus der Wissenschaft zwar Eingang in Publikationen wie von UNDP gefunden haben, insgesamt aber eher noch als Potential oder Ressource zu betrachten sind. Man kann also durchaus sagen, dass ein Diffusionsprozess begonnen hat. Es würde uns freuen, wenn die vorliegende Analyse von Azzellini auf europäischer Ebene einen Beitrag leistet, dass darüber hinaus gehende Thematisierungen von Aspekten nachhaltiger Arbeit erfolgen. Auch Impulse für den wissenschaftlichen Austausch über Ländergrenzen hinweg gehören hierzu. Dem dienen nicht zuletzt die vorgenommene, erste Typisierung der Länder und die aus der Analyse abgeleiteten weiterführenden Forschungsfelder (K. 11). Damit soll im besten Fall ein inhaltlicher Anstoß zur Etablierung eines europäischen Forschungsnetzwerks zu nachhaltiger Arbeit, Arbeit und Arbeitsmarkt(verwaltung) geleistet werden.



Begriffe Green Jobs bzw. Green employment in den bereits genannten Sprachen. Zusätzlich wurde, nach Teilsichtung der Literatur, in spezifischen Sprachen auch mit den Begriffen „Climate Jobs“ oder „Low Carbon Jobs“ gesucht, die teilweise im Wechsel mit Green Jobs verwendet werden. Während der Bearbeitung wurden dann bei Bedarf weitere Dokumente und Artikel gesucht und hinzugefügt. Dies geschah zum Teil aufgrund der Literaturlisten in den vorhandenen Texten und zum Teil mit einer zusätzlichen gezielten Internetrecherche mit den genannten (oder neu ausgemachten) Stichworten in den jeweiligen Landessprachen und auf Webseiten von Regierungsinstitutionen, Gewerkschaften und NGOs.

Bei einer ersten Sichtung der Literatur konnte festgestellt werden, dass – wie bereits im Vorfeld angenommen – ein gemeinsamer Begriff Nachhaltiger Arbeit in Europa ebenso fehlt wie ein wissenschaftlicher Austausch auf europäischer Ebene darüber, was unter Nachhaltiger Arbeit verstanden wird und warum und wie ein solches Konzept für den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktverwaltung nutzbar gemacht werden könnte. Der Begriff der Nachhaltigkeit bezüglich Arbeit spielt in den meisten europäischen Staaten, die Teil der Untersuchung sind, kaum oder gar keine Rolle bzw. er wird anders verwandt als in Deutschland. So meint nachhaltige Beschäftigung in Frankreich auf Dauer angelegte, also „verfestigte“ Beschäftigung, während der Begriff Nachhaltigkeit in Polen und der Slowakei fast immer auf die öffentlichen Finanzhaushalte und Ausgaben bezogen ist. Am weitesten fortgeschritten – wenn auch immer noch eingeschränkt und mit anderer Terminologie – scheint die Umsetzung von Themen, Indikatoren und Instrumenten einer umfassenderen sozial-ökologischen Perspektive Nachhaltiger Arbeit in politischen Programmen zur Erwerbssphäre im spanischen Staat (und dort vor allem im Baskenland und eingeschränkter in Katalonien) sowie in Schottland zu sein.

Insgesamt fällt auf, dass die meisten Staaten versuchen ihre Programme rhetorisch an den Vorgaben der EU-Dokumente und EU-Beschlüsse, vor allem aber der Finanzierungsprogramme (vgl. Europäische Kommission 2018; European Commission 2020) auszurichten. Tun sie das nicht (Polen und v.a. die Slowakei scheinen eine gewisse Renitenz vorzuweisen), bekommen sie die Programme mit Anmerkungen der EU-Kommission zurückgeschickt und ergänzen die fehlende Terminologie im Nachhinein. Es muss an dieser Stelle allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass sich die Terminologie der nachhaltigen Arbeit bisher nicht einmal in den Institutionen der EU durchgesetzt hat. Selbst das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung Cedefop, Agentur der Europäischen Union und Referenzzentrum der EU für Fragen der Berufsbildung, schreibt in eigenen Publikationen noch stets von Green Jobs (Cedefop 2019a, 22, 75).

Es ist daher als sinnvoll zu erachten, zunächst eine Annäherung an die Definition der zentralen Begriffe Nachhaltige Arbeit, Green Jobs und Just Transition vorzunehmen. Auf weitergehende Unterschiede in der eventuell länderspezifischen Auslegung diverser Termini wird in den einzelnen länderbezogenen Kapiteln detaillierter eingegangen.

Was ist mit nachhaltiger Arbeit gemeint?

Aus den Orientierungen der UNDP und der sich in Deutschland ausweitenden Debatte zum Zusammenhang zwischen Ökologie und Arbeit (Brandl und Hildebrand 2002; Littig 2012; Diefenbacher u. a. 2016; Barth, Jochum, und Littig 2016; WSI-Mitteilungen 2019) lassen sich einige zentrale Aspekte des Leitbildes Nachhaltiger Arbeit formulieren:



- 1) Nachhaltige Arbeit reduziert Entwicklung nicht auf ökonomische oder technologische Aspekte. Nachhaltige Arbeit knüpft an das Leitbild Decent Work der ILO an (ILO 2016). Arbeit soll die Bedürfnisse und Potentiale der Subjekte zum Ausgangspunkt haben und ihnen nicht nur soziale und ökonomische Absicherung geben, sondern auch Möglichkeiten der eigenen Entfaltung. Ziel ist, die Voraussetzungen für menschenwürdige Arbeit zu schaffen bzw. auf Dauer zu erhalten, weil, so das UNDP: „Arbeit die menschliche Entwicklung voranbringen kann, wenn sichergestellt wird, dass mehr einträgliche und zufriedenstellende Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, Qualifikation und Potenzial der Arbeitnehmer verbessert und ihre Rechte, ihre Sicherheit und ihr Wohlbefinden gewährleistet werden“ (UNDP 2015, 1).
- 2) Eine menschenwürdige, entwicklungsfördernde Arbeit ist nur möglich, wenn die Wahrung der Reproduktionsfähigkeit der Arbeits- und Lebenskraft gewährleistet ist (Barth, Jochum, und Littig 2016). D.h., Arbeit muss zum Ziel haben, ökologisch nachhaltig zu sein. Sie darf die (Re-)Produktivität der Natur nicht gefährden und muss die Belastungsfähigkeit der ökologischen Systeme achten (UNDP 2015, 162), denn nur das garantiert die Möglichkeit einer menschenwürdigen und entwicklungsfördernden Arbeit für nachkommende Generationen. Das bedeutet nicht nur die Minimierung negativer ökologischer Nebenfolgen von Arbeit für die Zukunft, sondern, angesichts der Überbelastung der ökologischen Systeme und Überausbeutung vieler erneuerbarer Ressourcen, auch ein allgemeines „zurückrudern“ in vielen Bereichen.
- 3) Das Leitbild Nachhaltige Arbeit geht von einem erweiterten Arbeitsbegriff aus, der über Erwerbsarbeit hinausreicht. Die künstliche Trennung von produktiver und reproduktiver, kommodifizierter und nicht kommodifizierter, formeller und informeller Arbeit wird aufgehoben und alle Tätigkeiten sollen am Leitbild Nachhaltige Arbeit orientiert sein. Der UNDP-Bericht verweist darauf, dass „aus der Perspektive der menschlichen Entwicklung [...] der Begriff der Arbeit mehr als Arbeitsplätze oder Beschäftigungsverhältnisse“ umfasst und auch „Arbeit im Haushalt und im Bereich Betreuung und Pflege, Freiwilligenarbeit und ehrenamtliches Engagement sowie kreative Tätigkeiten“ (UNDP 2015, 3). Im Rahmen der Transformation der Arbeitsgesellschaft müsste jenseits der Trennung auch die Hierarchisierung dieser Tätigkeit hinterfragt und ihre Interdependenz analysiert werden.
- 4) Im Leitbild Nachhaltige Arbeit sollen Ökonomie, Soziales und Ökologie zusammen als ein Ganzes gedacht werden. Das bedeutet, Nachhaltigkeit kann nicht auf jede der drei vermeintlich getrennt gedachten Sphären einzeln angewandt werden. Das bedeutet vor allem, dass ökonomische Nachhaltigkeit nicht isoliert betrachtet werden kann und ein auf Wertschöpfung und Erzeugung von Mehrwert fokussierter Blick verkürzt ist, weil nicht die Wirtschaft als Ganzes erfasst wird. Mit einem erweiterten Arbeitsbegriff bezieht sich das Ziel einer nachhaltigen Arbeit in einer nachhaltigen Ökonomie in einem allgemeinen Sinne auf die Wahrung der Möglichkeiten zur (re)produktiven Interaktion der Menschen untereinander und mit der ‚Natur‘.

Was sind Green Jobs?

Eine allgemein anerkannte bzw. geteilte Definition von Green Jobs existiert nicht (Kulyk u. a. 2019, 572). In der Regel meint Green Jobs Erwerbsarbeit, die im Zusammenhang mit einer Green economy steht, also im Sinne der Europäischen Kommission ressourceneffizient und CO₂-arm ist. Gemäß der Definition des UN-Umweltprogramms sind Green Jobs alle Erwerbstätigkeiten, die einen positiven Effekt auf die Umwelt haben. Solche Erwerbstätigkeiten tragen dazu bei, Ökosysteme und Biodiversität zu schützen und zu erhalten, verringern durch den Einsatz hoch effizienter



Strategien den Konsum von materiellen Ressourcen, Wasser und Energie, erringen dabei eine hohe Produktionseffizienz und sparen letztlich CO₂-Emissionen ein (UNEP 2008, 3; UNEP 2011, 17).

Die ILO hat die Definition noch um die Dimension der „guten Arbeit“ (decent work) ergänzt (ILO 2016). Eine Diskussion und Definition des Begriffs von Green Jobs gemäß der ILO, welcher die Kategorie decent work mit einschließt, findet sich bei Kees van der Ree (2019). Dieser stützt sich auf die Definition der ILO (2016), gemäß derer, so van der Ree, Green jobs,

- „- die Energie- und Rohstoffeffizienz verbessern
- Treibhausgasemissionen beschränken
- Verschwendung und Umweltverschmutzung reduzieren
- Ökosysteme schützen und wiederherstellen
- sich an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen“ (van der Ree 2019, 252).

Zugleich schließt aber die ILO eben auch „decent work“ mit ein. Dies sei das Herausstellungsmerkmal. Dargestellt werden auch die Widersprüche unter den ILO Mitgliedern (G77 versus andere, Arbeitgeber vs. Beschäftigte usw.). Wobei der ILO bescheinigt wird, sie habe im Laufe der Jahre eine hohe interne Vereinheitlichung in der Definition und ihrer Anwendung erzielt. In den Schlussfolgerungen weist van der Ree deutlich darauf hin, das Erreichen der 2015 im Pariser Klimaabkommen definierten Ziele sei von tiefgreifenden Veränderungen in der Konsum- und Produktionsstruktur abhängig. Dies führe zu notwendigen strukturellen Verschiebungen in der Wirtschaft. Die daraus resultierenden Folgen für Beschäftigungsumfang und -struktur würden für verschiedene Sektoren ungleich ausfallen. Dies, zusammengenommen mit dem Bedarf an neuen Skills würde dazu führen, dass die Frage der Arbeitsplätze nicht nur eine einfache mathematische Gleichung sei. (van der Ree 2019, 262).

Angemahnt wird auch

„A more systemic approach must embed environmental aspects in all areas of work in order to further enhance the ILO’s relevance to the future world of work and its appeal to constituents and funding partners. This would certainly apply to employment promotion, sustainable enterprise development, entrepreneurship promotion and skills upgrading, etc. But new boundaries will need to be crossed to shape social protection policies and mechanisms in the context of vulnerabilities to climate change, for example, and enlarge the scope and outreach of safety and health in existing hazardous work—such as waste management—and new green economy occupations.“ (van der Ree 2019, 263)

Green Jobs umfasst also meist weder eine Dimension jenseits von Erwerbsarbeit noch eine Auseinandersetzung mit den sozial-ökologischen Implikationen von Arbeit und der strukturellen Transformation der Arbeitsgesellschaft. Green Jobs sind meist an eine ökologische Modernisierung und die Vorstellung eines Technological Fix geknüpft, also die Lösung des Klimawandels und der ökologischen Probleme durch technologischen Fortschritt, oder es werden Jobs hinzugezählt, die ohnehin mit Naturpflege oder Vermeidung von Verschmutzung zu tun haben. Diese reichen von Parkwächern zu Beschäftigten im Wasser- und Abwassermanagement oder Müllentsorgung. Damit bietet sich der Begriff nicht nur im Sinne eines Greening der Wirtschaft an, sondern auch, um Zahlen ohne enge Definition künstlich zu erhöhen und positive Statistiken zu produzieren. Der Begriff der Green Jobs wird so dehnbar und unterschiedlich ausgelegt, dass z.B. das Vereinigte Königreich Jobs in der Nuklearindustrie und sogar in der Nationalen Kernkraftakademie in die



eigene Green-Jobs-Statistik mit einbezieht, ebenso wie Trader für Emissionszertifikate oder Angestellte, die in Institutionen und Unternehmen für „Grüne Buchhaltung“ zuständig sind.

Was ist Just Transition?

Just Transition war zunächst einerseits der Begriff, mit dem die globale Klimabewegung weltweite Klimagerechtigkeit einforderte (im Nord-Süd-Verhältnis) und andererseits der Begriff, unter dem Umwelt- und Gewerkschaftsbewegungen gemeinsame Forderungen und Kämpfe entwickelten im Sinne einer Transition zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht auf Kosten der Arbeitenden und sozial Schwachen erfolgt. Mittlerweile hat der Terminus auch Einzug in EU-Erklärungen und entsprechend in nationale Programme und Politiken gehalten. Er wird vorwiegend im Sinne eines sozialen Ausgleichs in der energetischen Transition verwandt, also bezüglich der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für jene, die im Rahmen der Transition ihren Arbeitsplatz verlieren. In Europa wird Just Transition aktuell vor allem im Zusammenhang mit dem Auslaufen des Kohlebergbaus und der Kohleverstromung diskutiert. Jedoch existiert auch für Just Transition keine einheitliche Definition. Eine nützliche Definition findet sich bei McCauley und Heffron:

“The just transition is defined here as ‘a fair and equitable process of moving towards a post-carbon society’. This process must seek fairness and equity with regards to the major global justice concerns such as (but not limited to) ethnicity, income, gender within both developed and developing contexts. By its very nature, this transition must take place at a global scale, whilst connecting effectively with multi-scalar realities. It involves the development of principles, tools and agreements that ensure both a fair and equitable transition for all individuals and communities.” (McCauley und Heffron 2018, 2)

Diese Definition beinhaltet auch den wichtigen Aspekt der globalen Dimension. Genau hier liegt dann auch eine der größten Schwachstellen der verschiedenen nationalen Praxen und Regierungsprogramme, die mit dem Label Just Transition versehen werden. Wie die Untersuchung jedoch zeigt, entsprechen sie auch an vielen anderen Punkten nicht einmal den allgemein anerkannten Kriterien von Just Transition.

Die Untersuchung

In der vorliegenden Untersuchung wird auf der Grundlage der Literaturrecherche ein Überblick darüber erstellt, ob und in welcher Weise der Nexus zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit in den einzelnen Ländern diskutiert wird: a) existiert eine Debatte zu Nachhaltiger Arbeit und wie ist ihr Stand? b) finden die in den SDGs formulierten Ansprüche Nachhaltiger Arbeit Eingang in Politiken sozial-ökologischer Transformation? Welche Themen des Sachkomplex Nachhaltige Arbeit werden in den untersuchten Ländern adressiert? In welchem gesellschaftlichen Kontext der Diskurs dazu statt und welche Konflikte sind ersichtlich. c) Welche Akteure spielen eine Rolle, wie positionieren sie sich und welche Strategien verfolgen sie?

Die Untersuchung widmet dabei den nationalstaatlichen Entwicklungen in ihrer Singularität eine große Aufmerksamkeit: Wie steht es um die Transformation der einzelnen Länder, welche strukturellen Voraussetzungen (und Hindernisse) für die Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen



Arbeit sind gegeben und welche Probleme auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der nachhaltigen Wirtschaft und im Hinblick auf die soziale Situation sind leitend in den jeweiligen Debatten.

Das Fehlen von allgemein anerkannten Definitionen, die ja nicht rigide und ausschließend sein müssen, sondern den Charakter von Leitbildern annehmen, die auf geteilten Grundannahmen und Orientierung beruhen, führt zu großen Unterschieden in den Zählweisen, was wiederum die Vergleichbarkeit methodologisch erschwert. Dies nicht nur zwischen Ländern, sondern auch in den Ländern selbst unter verschiedenen Regionen oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Dennoch ist es möglich Orientierungen und Entwicklungstendenzen zu erkennen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Dabei muss leider von vorneherein festgestellt werden, dass die vorhandenen und beschlossenen Politiken und Maßnahmen weder die SDGs bezüglich Nachhaltiger Arbeit umsetzen noch ausreichend erscheinen, um das von der Europäischen Kommission gesetzte Ziel eines klimaneutralen Europas bis zum Jahr 2050 zu erreichen.



2. Frankreich: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure

Frankreich ist jetzt schon stark vom Klimawandel betroffen. Die Küsten sind vom steigenden Meeresspiegel und Erosion betroffen, es kommt fast landesweit zu mehr Überschwemmungen, und der Temperaturanstieg gefährdet viele der landwirtschaftlichen Anbaugelände, allen voran die der Weinproduktion, für die Frankreich weltbekannt ist. Die Durchschnittstemperatur von Januar bis Juni 2020 betrug 12,5° C. Das war das heißeste je gemessene Halbjahr, der Temperaturanstieg im Vergleich zum Durchschnitt seit Beginn der Wetteraufzeichnungen betrug 1,8° C.¹

Wie die Online-Recherche ergab, findet der Begriff Nachhaltige Arbeit (*travail durable*) in Frankreich kaum Anwendung, bzw. er meint meist auf Dauer angelegte Beschäftigung, also verstetigte Arbeit.² Er taucht vor allem in der Kritik an den Programmen und Maßnahmen der Regierung auf, wenn die Qualität der anvisierten und entstehenden Beschäftigung kritisiert wird, nicht auf Dauer angelegte Arbeitsplätze zu schaffen. Öffentlicher Diskurs und Debatte gehen wesentlich um Green Jobs (*emplois verts*). Daran beteiligt sind Regierungsinstitutionen, Parteien, Wirtschaft, Forschung, Gewerkschaften (wie die *Confédération Générale du Travail*, CGT, die *Union Syndicale Solidaire*, die Studierendengewerkschaft *unef* und die Bauerngewerkschaft *Confédération Paysanne*), diverse zivilgesellschaftliche Organisationen wie Klima- und Umweltschutzorganisationen und soziale Bewegungen (Recht auf Wohnen bis Klimabewegung). Die Diskussion um Green Jobs und den ökologisch-nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird sehr kontrovers geführt. Aus dem Gewerkschafts- und Bewegungsspektrum wird die Regierungspolitik als ökologisch und sozial nicht nachhaltig kritisiert. Die Green-Jobs-Strategie vernachlässigt die Qualität der Arbeit sowie qualifizierte Ausbildung, und sei auch nicht umfangreich genug. Aufgrund des zugleich zentralisierten wie auch sehr stark dezentralen französischen Verwaltungssystems, finden sich aber auch viele lokale Projekte aus einem eigenständig handelnden zivilgesellschaftlichen Spektrum, Lokalverwaltungen und Wirtschaft.

2.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

2.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

Frankreich hatte 2020 65,3 Mio. Einwohner:innen. Der Anteil an über 65-Jährigen lag im Mittelfeld der Vergleichsstaaten. Der Anteil an 0-14- und 10-24-Jährigen war mit jeweils 17,7 Prozent der höchste aller Staaten. Damit ist keine überdurchschnittlich schnelle Überalterung der Bevölkerung zu erwarten, dafür aber ein vergleichsweise hoher Druck auf den Arbeitsmarkt.

¹ Weltweit war es das zweitheißeste erste Halbjahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen. <https://www.daswetter.com/nachrichten/wissenschaft/klimawandel-historische-hitze-in-frankreich.html>

² Als nachhaltig im deutschen Sinne findet sich der Begriff in Kanada und Belgien und in internationalen Texten.



Gesamtbevölkerung(in Mio.)	Jährliches Bevölkerungswachstum %	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%)	10-24 (%)	15-64 (%)	65 + (%)
2020	2015-2020	2020	2020	2020	2020
65,3	0,3	17,7	17,7	61,6	20,8

For statistical purposes, the data for France do not include French Guiana, French Polynesia, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, New Caledonia, Réunion, Saint Pierre and Miquelon, Saint Barthélemy, Saint Martin (French part) or Wallis and Futuna Islands. (UNFPA 2020, 144)

2.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Das BIP pro Kopf in Frankreich stieg seit 2011 kontinuierlich und lag 2018 mit US\$ 46.242 im Mittelfeld der Staaten der Studie, nach Norwegen, den Niederlanden, Schweden, und nur knapp auch dem Vereinigten Königreich (Deutschland zum Vergleich: 54.955; OECD 2021³). Das Wirtschaftswachstum lag 2011 noch bei 2,2 Prozent, stieg aber in den beiden Folgejahren nur noch um 0,3 und 0,6 Prozent, betrug 2014 bis 2016 1-1,1 Prozent jährlich, 2017 2,3 Prozent und 2018 1,7 Prozent. Der Sektor Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Sozialarbeit hatte 2018 (diese Daten für 2018 lagen in der OECD-Statistik von 2020 nur als Schätzungen vor) mit 22,4 Prozent den größten Anteil an der Wertschöpfung. Es folgten Handel, Reparaturen, Transport sowie Hotel- und Gaststättengewerbe mit 17,8 Prozent sowie professionelle, wissenschaftliche und Support-Dienstleistungen mit einem Anteil von 14 Prozent – der höchste Anteil unter den Vergleichsstaaten nach den Niederlanden und der einzige mit einem leichten kontinuierlichen Wachstum, während der Anteil aller anderen Sektoren relativ konstant blieb oder leicht sank. Industrie inklusive Energie verzeichnete mit nur 13,4 Prozent den niedrigsten Anteil aller Staaten der Studie. Der Anteil des Immobiliensektors war mit 12,9 Prozent ebenfalls bedeutend und der zweithöchste, knapp hinter dem Vereinigten Königreich (OECD 2020a).

2.2 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

In Frankreich haben Workfare-Politiken, im Vergleich zu anderen EU-Staaten, kaum Anwendung gefunden. Die bestehenden Arbeitsmarktpolitiken zielen auf „Einfügung“ (insertion) in sozialer und professioneller Hinsicht und entwickelten sich daher parallel zu sozialer Unterstützung. In die Programme werden damit auch viele Personen miteingeschlossen, die dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, auch wenn sie noch nicht gearbeitet haben (z. B. junge Arbeitslose unter 25 Jahren, die auch vom RMI, dem *Revenu Minimum d'Insertion* profitieren, das wiederum seit 2009 mit der Umwandlung in RSA, *Revenu de Solidarité Active*, ebenfalls mehr aktivierend wirken soll). Die Struktur der Anbieter, Entscheidungsträger und Finanzierer ist vergleichsweise wenig marktförmig organisiert und die Anbieter von Umschulungs- und Arbeitsintegrationsprogrammen sind häufig Non-Profit-Organisationen, die stärker auf Bedürfnisse und Bedürftigkeit achten als auf die unbedingte Integration in den Arbeitsmarkt um jeden Preis (Fretel 2013; Schulte u. a. 2018). Diverse französische Regierungen haben versucht, eine stärkere nationale Ausrichtung auf Workfare durchzusetzen und seit 2000 nach und nach mehr Kontrollmechanismen, Zielvereinbarungen für Arbeitssuchende, eine Ausweitung der Auftragsvergabe für Integrationsmaßnahmen an profitorientierte Unternehmen und die Zusammenlegung von Sozialunterstützung und Arbeitssuche im

³ Schaubild im Anhang



Wirtschaft- und Umweltrates stellen in einem umfassenden und interessanten Bericht von 2015 zu Beschäftigung in der ökologischen Transition fest:

“Employment is not merely a consequence or a mere adjustment variable of the environmental transition but also determines the success of the latter. [...] From a quantitative perspective, assessing the effects of the environmental transition on employment should not be limited to recording the number of people employed in the 'green economy' sector. It should, however, encompass all of the activities affected by the measures designed to radically alter our production and consumption patterns.” (Levaux und Genty 2015)

Ein Großteil der Kritik zielt – wie später dargestellt – allerdings darauf ab, dass die Regierungspolitik keinem dieser Aspekte gerecht wird, vor allem nicht der radikalen Veränderung der Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten, während die Regierungsberichte und -darstellungen vorwiegend darauf abzielen quantitative Aspekte in einzelnen Sektoren hervorzuheben.

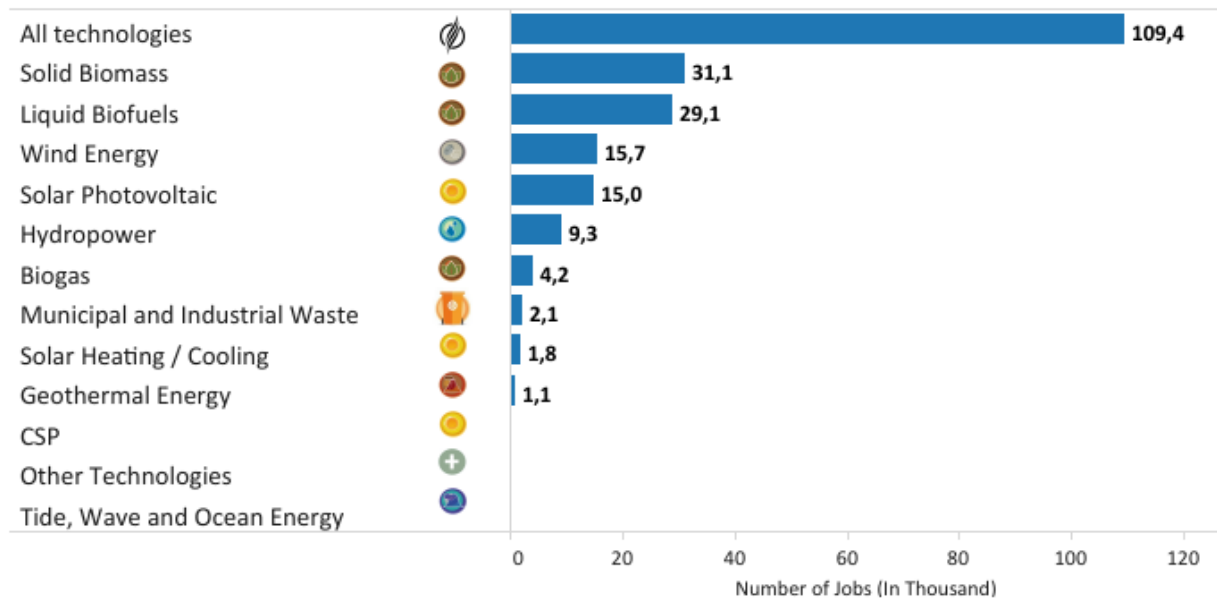
2.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien

Die Beschäftigung in den erneuerbaren Energien war vergleichsweise gering und über die Hälfte der Beschäftigung war in etwa zu gleichen Teilen in den Bereichen solide Biomasse und flüssige Biotreibstoffe. Dies verdeutlicht nochmals, wie gering der Zuwachs an Beschäftigung tatsächlich ausfällt.

Renewable Energy Employment by Technology



Show for France



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

2.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen

Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die als solche definiert ist, existiert nicht. Auf Regierungsebene wurde 2001 das *Nationale Observatorium für die Auswirkungen der Globalen Erwärmung* per Gesetz ins Leben gerufen, um Empfehlungen zur Prävention und Begrenzung des Klimawandels sowie Anpassung an den Klimawandel zu formulieren. Ein Runder Tisch (*Grenelle de l'Environnement*) unter Beteiligung von Regierung, Parlamentariern, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im Jahr 2009 führte zur Erarbeitung eines *Nationalen Plans zur Anpassung 2011-2015* (an den Klimawandel) für diverse Sektoren, der 2011 verabschiedet wurde. Er diente als Ergänzung zu bereits bestehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels. Ein zweiter Nationaler Plan zur Anpassung, der *Plan national d'adaptation au changement climatique 2* (PNACC-2) (Ministère de l'Écologie et du Développement durable 2018) für den Zeitraum 2018-2022 wurde im Dezember 2018 verabschiedet. Ziel des unter Einbeziehung von COP21-Ergebnissen erstellten Planes,

„is to better prepare the French society to climate change, involving the main sectors of the economy (agriculture, industry, tourism) and territories. Based on the recommendations of the assessment of PNACC 2011-2015, the development of PNACC-2 was based on a national



consultation that mobilized over 300 representatives from civil society, experts and representatives of local authorities and ministries.” (Climate ADAPT 2018)

Gemeinsam mit der France National Low-Carbon Strategy von 2018 bildet dieser die Grundlage für den nachhaltigen ökologischen Umbau und für die damit verknüpfte Beschäftigung (Ministère de la Transition écologique et solidaire 2018). Nachhaltige Beschäftigung findet dort keine Erwähnung. Es geht um Green Jobs und Arbeitsplätze in der Green Economy. Mit Green Jobs im Rahmen der Gesamtstrategie sind der 2010 ins Leben gerufen Nationale Mobilisierungsplan für Arbeitsplätze und Berufe in der Green Economy und das von dem Plan gegründete Nationale Observatorium für Arbeitsplätze und Berufe der Green Economy betraut (Onemev 2020).

Der begrenzte Überblick anhand der in der Recherche ausgemachten und hier angeführten Quellen zeigt, dass der Diskurs stark auf den quantitativen Aspekt der Beschäftigung fokussiert ist. Dabei geht es meist um erneuerbare Energien, Wasser- und Abwassermanagement sowie Natur- und Parkpflege. Frankreich gehört mit Deutschland und dem Vereinigten Königreich zu den drei EU-Ländern, die (bis 2013) am meisten Green Jobs im Bereich erneuerbare Energien geschaffen hatten (Pociovălișteanu u. a. 2015, 9237–38). Die Datenlage ist aber unübersichtlich. Von Regierungsinstitutionen und -programmen werden immer wieder verschiedene Zahlen zu entstandenen und entstehenden Arbeitsplätzen genannt. Schon die Terminologie der Green Jobs und „ergrünenden Jobs“ ist ungenau. Bei Letzteren ist gar nicht klar, inwieweit eine Umwandlung geplant ist, bereits begonnen oder schon stattgefunden hat. Die tatsächliche Qualität der Arbeit bleibt ebenfalls unberücksichtigt.

Ein bedeutender Unterschied zwischen verschiedenen Regierungen bezüglich der formulierten Intention des ökologisch nachhaltigen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft und damit einhergehend der Frage von Beschäftigung ist nicht auszumachen. Von 2012 bis 2017 war François Hollande der Sozialistischen Partei (PS) Staatspräsident der Französischen Republik. Seit Mai 2017 ist Emmanuel Macron Staatspräsident.⁶ Als zentrale Orientierung für den nachhaltig-ökologischen Umbau gilt die unter Hollande 2015 vom *Ministerium für den ökologischen und solidarischen Übergang* verfasste Nationale Kohlenstoffarme Strategie (SNBC in der französischen Abkürzung) (Ministère de la Transition écologique et solidaire 2015), die unter Macron 2018 überarbeitetet wurde (Ministère de la Transition écologique et solidaire 2018), ohne jedoch (auf den ersten Blick) große oder grundsätzliche Veränderungen zu erfahren.

Allerdings lassen die von Macron angestrebten und eingeleiteten Reformen und Kürzungen, sowie seine Regierungspraxis darauf schließen, dass die Umsetzung der aus Wissenschaft, Gewerkschaften, linken Parteien und Umweltverbänden ohnehin als unzureichend kritisierten Maßnahmen noch schwerer zu vollziehen sein wird. Die in Frankreich traditionelle Praxis des sozialen Dialogs und der staatlich vermittelten Konzertation zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wird von Macron abgelehnt. Er nutzt seine Präsidialmacht, um Reformprojekte schnell durchzusetzen. Dazu gehören eine weitere Deregulierung des Arbeitsrechts, massive Steuersenkungen für französische Großunternehmen, die Streichung von mehr als 100.000 Stellen im Öffentlichen Dienst und die Überführung der Staatsbahn SNCF in ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, sowie die Öffnung des Schienenpersonenverkehrs für Privatunternehmen.

⁶ Macron war 2006-2009 PS-Mitglied und von August 2014 bis August 2016 Wirtschaftsminister unter Hollande. Zur Wahl 2017 trat er mit vermeintlich liberalen Positionen mit seiner neu gegründeten Partei La République En Marche (LREM, Die Republik in Bewegung!) an. Allerdings betraute er bei der Regierungsbildung rechtsliberale Akteure mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik.



Im Konjunkturplan *France Relance* in Höhe von 100 Mrd. Euro vom September 2020 zur Wiederankurbelung der französischen Wirtschaft nach der Covid-19-Pandemie wurden 30 Mrd. Euro der ökologischen Transition gewidmet. Dem Umweltministerium zufolge, soll „Ökologie zum Haupthebel für die Erholung und Transformation“ der französischen Wirtschaft gemacht werden (Ministère de la Transition écologique 2020b). Von den Grünen Frankreichs wird der Plan als inkohärent und Augenwischerei kritisiert. Von dem Versprechen der Regierung eines Greening und Paradigmenwechsels der Wirtschaft sei in dem Plan nichts enthalten. Die Wirtschaft solle auf altmodische Weise wieder angekurbelt werden. Die ökologische Komponente läge weit unter dem notwendigen Einsatz (Europe Écologie les Verts 2020).

Frankreich setzt auch stark auf Atomkraft. Es hat über 50 aktive Atomkraftwerke und produziert über 70 Prozent seines Stroms mit Atomkraft, der höchste Anteil weltweit. Da 32 der Reaktoren schon so alt sind, dass in den nächsten Jahren stillgelegt werden sollten und nur ein Reaktor im Bau ist, sah es so aus, also ob auch in Frankreich der Einstieg in den Atomausstieg begonnen habe. Doch Ende Februar 2021 beschloss die Französische Regierung die Laufzeit der 32 alten Reaktoren von 40 auf 50 Jahre zu verlängern und erklärte die Nutzung der Atomkraft sei Teil der ihrer Strategie der Reduktion von CO₂-Emissionen (Balmer 2021).⁷

2.3.2.1 SNBC for *Stratégie Nationale Bas-Carbone*

Die *Stratégie Nationale Bas-Carbone* (Nationale Strategie Geringes CO₂, SNBC) stellt den französischen Fahrplan für eine Transition zu einer CO₂-armen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft in allen Sektoren dar (Ministère de la Transition écologique et solidaire 2015). Die Zirkularitätsrate⁸ Frankreichs 2018 lag bei 19,6 Prozent und damit weit über dem EU28-Durchschnitt von 12,2 Prozent (eurostat 2021a), jedoch auch noch sehr weit entfernt von der Zielmarke einer zirkulären Ökonomie.

Mit dem Klimaplan vom Juli 2017 wurde das Reduktionsziel für CO₂-Emissionen weiter verschärft und gemäß der EU-Richtwerte beschlossen, bis zum Jahr 2050 eine CO₂-Netto-Neutralität zu erreichen. Dafür werden auch kurzfristige und mittelfristige Ziele genannt. Die im November 2018 veröffentlichte überarbeitete Fassung der SNBC enthält auch das neue Emissionsziel und wurde um einen Multiannual Energy Plan (PPE) für den Zeitraum 2019-2028 ergänzt, in dem einige Maßnahmen aufgeführt werden, um das Ziel zu erreichen. Vorgesehen ist auch die Schließung der letzten vier existierenden Kohlekraftwerke. Diese haben nur etwa 1.000 direkt Beschäftigte und sind nur für einen minimalen Teil der Elektrizitätsproduktion verantwortlich. Ein fehlender überzeugender Plan für die Beschäftigten und die Regionen (laut CGT sind es 5.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze) führte bereits im Dezember 2018 zu Streiks (Galgoczi 2019, 35–36). Mittlerweile wurde die Schließung bis 2023 vereinbart.

⁷ Problematisch erscheint dabei, dass eine jüngste Studie der Scientists for future Kernkraft nicht als nachhaltigen Weg einschätzt (Technische Universität Berlin, 2021)

⁸ Der Indikator misst den Anteil des zurückgewonnenen und wieder in die Wirtschaft eingespeisten Materials - und spart so die Gewinnung von Primärrohstoffen - im gesamten Materialeinsatz. Die zirkuläre Verwendung von Materialien, auch als Zirkularitätsrate bekannt ist somit definiert als das Verhältnis der zirkulären Verwendung von Materialien zu der gesamten Materialverwendung (eurostat 2021a).



2.3.2.2 Ausbildung für Green Jobs

Ein Schwerpunkt der französischen Regierung liegt in der Ausbildung für Green Jobs. Bereits 2009 entstand der Nationale Mobilisierungsplan für Arbeitsplätze und Berufe in der Green Economy des Umweltministeriums. Er widmet sich der „Anpassung von Berufen und Fähigkeiten an die ökologische Transition und Energiewende [...] Es geht darum, über die Fähigkeiten nachzudenken, die für die Umwelt- und Energiewende erforderlich sind, aber auch die Prioritäten festzulegen, die in der öffentlichen Politik umgesetzt werden müssen, um Veränderungen zu antizipieren, zu unterstützen und zu beschleunigen“ (Ministère de la Transition écologique 2020a). Dazu werden mit Akteuren die Bedürfnisse in verschiedenen Sektoren erörtert, Pilotprojekte gestartet und besondere Programme für spezifische Regionen entwickelt und in die Wege geleitet.

Ein ganz entscheidendes Dokument für einen Überblick über die Aktivitäten bezüglich Berufsausbildung für Green Jobs in Frankreich ist der 2018 veröffentlichte Länderbericht zu Frankreich des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop 2018a). Er enthält eine Darstellung und Analyse des französischen Kontexts und der Maßnahmen der französischen Regierung (vor Macron). Demnach beruht(e) die Strategie Frankreichs auf

„(a) good social dialogue on these issues, institutionalised at all levels, and which includes collaboration between the government and the social partners (employees and employers) in identifying skills needs and designing training programmes; (b) an invitation to continually upgrade certifications and systems accreditation, passing through the professional committees managed by the Ministry of Education; (c) a training offer designed to meet anticipated or identified skills needs; (d) a close monitoring and evaluation of education and vocational training programmes.“ (Cedefop 2018a, 32)

Einige Beispiele und Fallstudien zu Frankreich finden sich im Bericht „Skills for green jobs European synthesis report“ (Cedefop 2019b, 27, 32, 35, 39). Regionale Institutionen richteten bereits seit 2009 Ausbildungsprogramme für ökologische Bauweisen und ökologische Gebäudesanierung ein, nachdem trotz staatlicher und privatwirtschaftlicher Ankündigungen Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen weiterhin Fachkräftemangel bestand (OECD 2012).

Andere Beispiele verweisen auf die Möglichkeit, bereits automatisierte Produktionsprozesse wieder auf die Nutzung menschlicher Arbeitskraft umzustellen. Dies würde dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen. Zudem sei der Einsatz von Menschen in manchen Produktionsprozessen sogar viel effektiver als der Einsatz von Maschinen. So der Fall des Unternehmens Actes, das in Bordeaux und im französischen Baskenland aktiv ist und als „disability-friendly“ gilt. Das Unternehmen recycelt eine Vielzahl unterschiedlicher Kunststoffe und stellt Einweg Styropor- und Polypropylen-Becher aus Recycling-Material her. Gemeinsam mit der Universität Bordeaux wurde ein manuelles Sortierverfahren für Kunststoffe entwickelt. Die eingelieferten Abfälle werden nun per Hand getrennt. Das Verfahren hat sich als genauer und effektiver als maschinelle Trennung erwiesen (Guyot Phung 2019). Doch jenseits der positiven Ergebnisse und der Handarbeit sowie der Tatsache, dass viele der Kunststoffprodukte – wie etwa Einwegbecher – gar nicht mehr hergestellt werden sollten, anstatt sie zu recyceln, wirft die Tätigkeit auch Fragen bezüglich der Qualität der Arbeit auf.



ADEME (Agence de la transition écologique, Agentur für ökologische Transition)

Die ADEME (*Agentur für ökologische Transition* zu Beginn *Agentur für Umwelt und Kontrolle des Energieverbrauchs*) entstand bereits 1992 aus der Fusion der AFME (Französische Behörde für Energieverwaltung), ANRED (Nationale Abfallbehörde) und AQUA (Nationale Behörde für Luftqualität). Sie ist dem Umweltministerium und dem Hochschul- und Wissenschaftsministerium unterstellt. Die ADEME ist für die Umsetzung der öffentlichen Politik in den Bereichen Umwelt, Energie und nachhaltige Entwicklung verantwortlich. Sie bietet Unternehmen, lokalen Behörden und Gemeinden, Regierungsinstitutionen und der Öffentlichkeit Fachwissen und Beratung an, um sie bei der Festlegung und Konsolidierung ihrer ökologischen Ansätze und Initiativen zu unterstützen. ADEME unterstützt auch Projektfinanzierung von Forschung bis Umsetzung in folgenden Bereichen: Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Luftqualität und Bekämpfung der Lärmbelastung.

Seit 2010 ist ADEME für die Umsetzung der Programme „Investitionen für die Zukunft“ verantwortlich, die sich der Finanzierung umweltfreundlicher Innovationen widmen, indem vorindustrielle Experimente und Projekte mit erneuerbaren Energien unterstützt werden sowie „grüne“ Chemie, kohlenstofffreie Fahrzeuge, intelligente Netzwerke und Kreislaufwirtschaft. ADEME verfügt 1.000 Angestellte und über 26 regionale nationale Niederlassungen, drei Niederlassungen in Frankreichs Überseegebieten und ein Büro in Brüssel. Das Jahresbudget 2014 betrug 705 Mio. €.

Laut ADEME haben die Sektoren, die am ökologischen Wandel beteiligt sind, ihren Markt in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Zahl der direkten Arbeitsplätze aller Sektoren sei im Zeitraum 2006-2017 um 75 Prozent auf mehr als 370.000 Beschäftigte gewachsen. ADEME hat 52 von der Agentur im Jahr 2019 begleitete bzw. geförderte Initiativen, Projekte und Unternehmen dokumentiert. Diese wurden teilweise extern (von Bürger:innen, lokalen und regionalen Akteuren und der Wirtschaft) und teilweise von ADEME initiiert und betrafen Energiesanierung, Kreislaufwirtschaft und Abfall, Entwicklung von kohlenstofffreiem Wasserstoff, Bürgerprojekte für erneuerbare Energien mit lokaler Governance, partizipative Forschung, Energieautonomie der überseeischen Gebiete, Luftqualität, und Unterstützung für Innovationen durch das Future Investments Program (PIA) (ADEME 2020).

2.3.3 Beratende Gremien und andere offizielle Akteure

Observatoire national des emplois et métiers de l'économie verte

2010 entstand im Rahmen des Nationalen Mobilisierungsplan für Arbeitsplätze und Berufe in der Green Economy das Nationale Observatorium für Arbeitsplätze und Berufe der Green Economy (Onemev). Dieses erstellt Referenzmethoden, Kalkulationen und Kostenanalysen, die für die Verbreitung von Wissen über Beschäftigung und Berufe in der Green Economy nützlich sein können (Onemev 2020). Das Onemev erstellt einen jährlichen Bericht über seine Aktivitäten. Nachhaltige Arbeit steht nicht im Fokus des Onemev, es soll vielmehr eine ständige systematische Herangehensweise an das Greening der Wirtschaft ermöglichen. Zu den Kernaufgaben gehören die Identifizierung von Arbeitsplätzen, die direkt mit den Aktivitäten der Green Economy verknüpft sind, die Analyse der Entwicklungen von Beschäftigungen und des Arbeitsmarktes, die Analyse der Zusammenhänge zwischen Berufsausbildung und Beschäftigung in der Green Economy, die Analyse der makroökonomischen Effekte der Green Economy auf Beschäftigung und Koordination und



Austausch zu diesen Themen mit regionalen Akteuren in Beschäftigung und Ausbildung (Omenev 2014, 7).⁹

TETE Territories – emplois (Territorien – Beschäftigung)

TETE ist ein Instrument zur Schätzung der Anzahl der Arbeitsplätze, die durch ökologische Übergangspolitiken auf territorialer Ebene für jedes Jahr zwischen heute und 2050 geschaffen werden können. Es wurde vom Climate Action Network und Ademe entwickelt. Auf der Webseite sind allerdings nur drei Projekte zu finden (TETE 2020).

2.4 Kritik und weitere Akteure

In Kreisen von linken Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ATTAC u.a. wie auch in akademischen Debatten wird angesichts der Erfahrungen mit der Covid-19-Pandemie auch bezüglich des ökologisch-nachhaltigen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft auf eine grundlegende demokratische Beteiligung der betroffenen und arbeitenden Bevölkerung gepocht, wie auch der gemeinsame 34-Punkte-Plan deutlich macht (siehe weiter unten). Alexis Cukier, Philosoph und Aktivist bei Attac und Mitglieder einer CGT Union von Hochschul- und Forschungsinstituten, schrieb dazu:

„Es sind eher ihre [der Angestellten und prekär Beschäftigten in den sogenannten systemrelevanten Tätigkeiten] Initiativen als die von öffentlichen oder privaten Führungskräften, die nicht in der Lage sind, die Erfordernisse der öffentlichen Gesundheit vor die der Gewinnakkumulation und der Aufrechterhaltung der Ordnung ihrer eigenen Herrschaft zu stellen, die es ermöglichen die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung trotz allem zu befriedigen. Schließlich ermöglichte diese Zeit sicherlich, das Bewusstsein für eine untrennbare Artikulation zwischen ökologischen und sozialen Fragen auf der linken Seite zu festigen, und zwar in der Fortsetzung der Diskussionen, die im Zusammenhang mit dem letzten Bericht des IPCC im Jahr 2018 und insbesondere durch die Fragen, die von den jüngst aufgekommenen neuen ökologischen sozialen Bewegungen aufgeworfen wurden. Diese Debatten und Beobachtungen bilden eine solide Grundlage, um die Idee zu verbreiten, die in diesem Artikel dargelegt wird: Es sind das Wissen, die Initiativen und die Verantwortung der Arbeiter:innen und nicht die des Staates oder gutwilliger Aktivisten, die von grundlegender Bedeutung sind, um eine Transformation des Produktionssystems im Rahmen eines Prozesses einer ökologischen und sozialen Revolution vollziehen zu können.“ (Cukier 2020)

Philippe Gouin und Patrick Roturier hinterfragen die Green Jobs „bezüglich ihrer Fähigkeit, die Transition positiv zu begleiten. Es wird die Komplexität der Prozesse hervorgehoben, die Art und Umfang bestimmen, insbesondere im Hinblick auf berufliche Brücken und die demokratische Handhabung der Veränderung. Es wird die Notwendigkeit betont, Green Jobs in den Territorien zu

⁹ In dem Bericht werden die vom Omenev eingeführten Definitionen, Konzepte und Parameter zusammengefasst und Ergebnisse der Beobachtungen und Messungen der Beschäftigung gemäß zwei Kategorien dargestellt: nach den Aktivitäten der Unternehmen und nach den von Einzelpersonen ausgeübten Tätigkeiten. Eine Beschreibung des Arbeitsmarktes vervollständigt die Ergebnisse. Im Anhang werden die angewandten Methoden einzeln aufgeführt.



Lage in Frankreich verändert. Trotz Schwierigkeiten ist die Erfindung der Umwelt als gewerkschaftliche Forderung im Gange.“ (Saincy 2015).¹⁰

Angesichts der breiten Bündnisse, deren Teil die Gewerkschaften sind, werden ihre wesentlichen Positionen im Rahmen der Vorstellung der Just-Transition-Bündnisse dargelegt. Diese unterscheiden sich vor allem bezüglich zwei übergreifender Themenkomplexe von der Regierungsposition. Zum einen halten sie das Engagement der Regierung bezüglich des Ausmaßes und Geschwindigkeit des ökologisch-nachhaltigen Umbaus für bei weitem nicht ausreichend und fordern daher den Einsatz viel umfangreicherer öffentlicher Mittel, um viel mehr Arbeitsplätze in kürzerer Zeit zu schaffen. Zum anderen wird ausdrücklich die ökologische und soziale Frage verknüpft, indem Wert auf die Qualität, Sicherheit und Entlohnung der Arbeit gelegt wird und der ökologisch-nachhaltige Umbau in einen Kontext der Demokratisierung des Eigentums und der Verwaltung der Produktionsmittel gestellt wird.

Die aktive Beteiligung der CGT an den breiten Bündnissen gemeinsam mit Umwelt- und Sozialverbänden ist somit das Resultat eines längeren Prozesses der klassenkämpferisch und arbeitsplatzaktivistisch orientierten ehemaligen KP-Gewerkschaft, die auch zum guten Teil Industriegewerkschaft ist. Im Gegensatz dazu fällt auf, dass der noch bis 2019 als Unterstützer des breiten Bündnisses für eine Million Arbeitsplätze durch einen sozial-ökologisch nachhaltigen Umbau der Gesellschaft genannte Gewerkschaftsverband Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund (CFDT, Confédération Démocratique du Travail) (Le Monde 2019) mittlerweile nicht mehr auf der Webseite und im Zusammenhang mit der Kampagne auftaucht. Dafür ist im *Le plan de sortie le crisis* von 2020 der CGT als tragende Kraft hinzugekommen.

2020 äußerte sich die CFDT 2020 positiv zu den Vorschlägen der Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen vom Mai 2020 (CFDT 2020a) und begrüßte im Juni 2020 die Vorschläge der Bürgerklimakonvention an den Minister für ökologischen Wandel (CFDT 2020b). Der einst katholische und dann kurzzeitig linksradikale CFDT gibt sich mittlerweile als ideologisch nicht gebunden und konsensorientiert, und wird von Macron als Ansprechpartner genutzt, um die Reformen zu legitimieren. Bei den letzten Betriebsratswahlen konnte der CFDT die CGT überholen (bedingt auch durch die fortschreitende Veränderung der Arbeiterstruktur). Das Resultat dürfte aber kaum Bestand haben, da sich die gesellschaftliche Stimmung zu Ungunsten Macrons entwickelt hat und auch die CFDT-Politik, auf ein gutes Verhältnis mit Macron zu setzen, scheiterte, da sich Macron weigerte irgendwelche Verhandlungen mit der CFDT zu führen. Die CFDT führte aber dennoch keine Arbeitskämpfe und mobilisierte nicht.

2.4.3 Bündnisse für eine Just Transition und einen (nicht so betitelten) nationalen Nachhaltigkeitsplan

In den vergangenen Jahren sind mehrere breite Bündnisse und Koalitionen aus Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden und weiteren NGOs entstanden, die umfassende Maßnahmenkataloge als Forderungen vorgelegt haben, die den Charakter einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie besitzen. Diese werden von zahlreichen Intellektuellen unterstützt. Die wichtigsten Forderungskataloge sind die Erklärung der Plattform Beschäftigung-Klima von 2016 (Plateforme Emplois-

¹⁰ Über den Stand der Diskussion in den französischen Gewerkschaften und die Entwicklungen der Positionen bis 2013 siehe auch (Rosemberg und Saincy 2014)



Climat 2016) und *Le plan de sortie le crisis* von 2020 (Attac France, CGT, Oxfam France et. al. 2020), der weiter unten dargelegt wird. Zu den Forderungen der Bündnisinitiativen gehört auch die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 32 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich und ohne Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie die absolute Genderngleichstellung. Diese wird im Hinblick auf die multiple Krise sowohl mit der Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen wie auch mit ökologischen Argumenten begründet. Sie sei „ein notwendiger Bestandteil einer post-produktivistischen Wirtschaft“ (Jobs-Climate Platform 2016, 10).

Plateforme emplois-climat: un million d'emplois pour le climat

Die Plattform ‚Beschäftigung-Klima‘ ist ein offenes Forum für Austausch, Debatten und Vorschläge zu Themen, die die Herausforderungen des ökologischen Übergangs mit denen der Beschäftigung, Umschulung und Ausbildung verbinden. Sie besteht aus etwa 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften. Es sind nahezu die gleichen wie die des *Le plan de sortie le crisis* von 2020. Die Plattform erstellt Berichte und führt eine Kampagne für „Eine Million Arbeitsplätze für das Klima“ durch. Sie möchte damit die „soziale und ökologische“ Transition verbinden (Plateforme Emplois-Climat 2016).

Die Kampagne fordert öffentliche Investitionen und Maßnahmen zur Orientierung des Privatsektors und für Ausbildung, um eine Million zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Es soll investiert werden in: „erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, unterstützte Eigenrenovierung, Identifizierung und Unterstützung von Haushalten in den Bereichen Energieprekarität, ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, Recycling, Reparatur und Wiederverwendung, Unterstützung von KMU und sehr kleinen Unternehmen und Gemeinden bei der Anwendung ökologischer Transitionspolitiken, Aufklärung über die Herausforderungen der ökologischen Transition, Anpassung an die Auswirkungen der globalen Erwärmung usw.“ (Plateforme Emplois-Climat 2016). Es wird betont, die Investitionen seien möglich und finanzierbar, es mangle nur an politischem Willen. Es handelt sich dabei um eine Million Nettoarbeitsplätze auf der Grundlage von sieben wesentlichen Maßnahmen und Orientierungen:

- „1. Schaffung von 250.000 subventionierten Arbeitsplätzen mit der Bezeichnung ‚ökologische Transition‘.“
2. Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen für die ‚ökologische Transition‘ im öffentlichen Dienst.
3. Investitionen im privaten Sektor der ökologischen Transition, um 650.000 Arbeitsplätze zu schaffen.
4. Den Widerspruch zwischen Klimaschutz und Verlust von Arbeitsplätzen in den geschwächten Sektoren lösen durch vorweggenommene und territorialisierte Umschulungen und ein angepasstes Ausbildungsangebot.
5. Gewährleistung der Qualität und des sozialen Schutzes von Arbeitsplätzen in einer gerechten ökologischen Transition.
6. Strukturelle Veränderungen einleiten, um Arbeitsplätze an den Rahmen der ökologischen Transition anzupassen.
7. Unterstützungsmechanismen für den Privatsektor von der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze abhängig machen, insbesondere in Bereichen der ökologischen Transition. Die öffentlichen und privaten Ausgaben und Investitionen, die erforderlich sind, um diese



und Konsumismus zu durchbrechen, müssen diese politischen Maßnahmen auf kollektiven Kämpfen und der Entwicklung alternativer Praktiken beruhen.“ (Attac France, CGT, Oxfam France et. al. 2020)

Wie Aurélie Trouvé von Attac Frankreich in einem gemeinsamen Interview mit Vertretern von Greenpeace und der CGT spezifizierte:

„Die ökologische Transformation ist komplementär mit der Schaffung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen. Wir wollen eine professionelle Rekonversion, die es ermöglicht, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen - und diese müssen hochwertige Arbeitsplätze sein! Der Plan zur Beendigung der Krise setzt richtigerweise eine Planung voraus. Dies, um nicht erneut ein nicht nachhaltiges Modell einzuführen, und um die sozialen und ökologischen Anforderungen komplementär zu gestalten.“ (Le Monde 2020)

Die im Bündnis und im Forderungskatalog von 2016 erreichte Breite blieb auch in dem Bündnis für einen alternativen Krisenplan 2020 erhalten. Allerdings ist eingeschränkt anzumerken, dass jenseits der Aufstellung gemeinsamer Forderungen bisher keine effektive gemeinsame Mobilisierung entwickelt wurde, um den Forderungen auch Nachdruck zu verleihen.

2.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Wie die Online-Recherche und die vorliegenden Materialien, darunter umfassende Pläne, Programme, Maßnahmenbeschreibungen und Untersuchungen aus verschiedensten Regierungsinstitutionen, zeigen, spielt der Begriff der Nachhaltigen Arbeit in der Diskussion kaum oder gar keine Rolle. Der wesentliche Treiber für die Diskussionen und Vorhaben in Frankreich ist vor allem die Debatte um den Klimawandel und in diesem Kontext vorwiegend der nationale Blickwinkel der konkreten Folgen für Frankreich. Die internationale Dimension kommt – vor allem von Seiten der Regierung, aber auch im allgemeinen Diskurs – als Anspruch hinzu, eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen. Der Bezug auf die EU mag eine gewisse Rolle in der Rechtfertigung von Institutionen eine Rolle spielen, ist jedoch weder als Treiber für die Maßnahmen noch für deren Ausrichtung oder etwa in der öffentlichen Debatte von besonderer Relevanz.

Der öffentliche Diskurs und vor allem das institutionelle Handeln in Frankreich drehen sich wesentlich um Green Jobs. Obwohl in Regierungspolitiken eine Kontinuität jenseits von Parteizugehörigkeit zu erkennen ist, sind auch immer wieder konjunkturelle Diskurse als Reaktion von Impulsen von außen zu konstatieren (z.B. als Reaktion auf Wahlerfolge der Grünen oder passend zu Klimagipfeln). In den Plänen der Regierung werden die Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Tourismus als die drei Sektoren ausgemacht in denen die dringendste Anpassung an den Klimawandel erfolgen soll (Climate ADAPT 2018). In den Berichten von Regierungsinstitutionen werden dann aber stets die Sektoren Energiegewinnung und -vertrieb, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Park- und Naturpflege als die drei Sektoren genannt, in denen die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen werden und geschaffen werden sollen. Wie die Zahlen zeigen, gelingt es aber auch in diesen Sektoren nicht bedeutend mehr Arbeitsplätze zu schaffen als wegfallen. Zudem wird von Kritikern der Regierungsmaßnahmen u.a. genau eine fehlende dauerhafte Verankerung in den Territorien bemängelt. Zusätzliche Verwirrung entsteht durch die Kategorie der „zu ergrünenden Beschäftigungen“ in den Regierungsstatistiken, bei denen nicht angegeben wird, welche und wie viele sich tatsächlich in einem Prozess der Transition befinden (und wenn ja, wohin).



Auffällig ist im Falle Frankreichs, dass eher wenig explizite Erklärungen und Initiativen aus der Privatwirtschaft zu finden waren. Diverse Staatsunternehmen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie im Energiesektor wiederum unterstreichen ihre vermeintlich bedeutende Rolle im ökologisch-nachhaltigen Umbau. Über das weniger ausgeprägte Auftreten der Privatwirtschaft und von Unternehmerinterensensvertretungen lässt sich nur spekulieren es könnte damit verknüpft sein, dass diese letztlich ganz zufrieden mit der Regierungspolitik und den Fördergeldern (z.B. über kofinanzierte Arbeitsplätze) sind oder weiter dem in Frankreich traditionell stark verankerten Fortschrittsglauben (z.B. an Atomkraft) anhängen.

Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie existiert nicht. Die breiten Bündnissen kommen mit ihren Forderungen der Dimension der Nachhaltigen Arbeit noch am nächsten (Attac France, CGT, Oxfam France et. al. 2020; Plateforme Emplois-Climat 2016) und bieten klare Anschlusspunkte an die internationale Debatte zu *Just Transition*.

Insgesamt lässt sich in Frankreich die Herausbildung von grob zwei großen Lagern feststellen. Auf der einen Seite ein Regierungslager, das nicht nur die Regierung Macron umfasst, sondern auch große Teile des konservativen und sozialdemokratischen Spektrums (bezüglich vergangener Regierungen lässt sich eine Verfestigung der realpolitischen Maßnahmen gleich welcher Regierung feststellen), die aus der Wirtschaft unterstützt wird. Auf der anderen Seite eine breite Koalition aus Gewerkschaften und Verbänden, die aus dem linken Parteienspektrum und von öffentlichen Intellektuellen unterstützt wird.



3. Portugal: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure

Durch seine geographische Lage ist Portugal besonders stark betroffen von vorhandenen und vor allem von zukünftigen Folgen des Klimawandels. Dies trifft auf einen steigenden Meeresspiegel, Hitzewellen, Überschwemmungen und Dürren zu.

Die öffentliche Debatte wird unter dem Begriff *Green Jobs (emprego verde)* geführt. Dabei wird der Begriff enger gefasst als in anderen Ländern und meint ökologisch nachhaltige Beschäftigung. Seit etwa 2014 findet der Diskurs zunehmend im Rahmen der formulierten Notwendigkeit der Transition zu einer zirkulären Ökonomie statt – angelehnt an den Diskurs der EU. An der öffentlichen Debatte und Initiativen beteiligen sich Regierungsinstitutionen, Parteien, Wirtschaft, Forschung, Gewerkschaften und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, von Interessensverbänden (z.B. der Bauern) bis hin zu Klima- und Umweltschutzorganisationen. Die Diskussion um Green Jobs und nachhaltigen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft, so hat es den Anschein, war lange Zeit stark EU-getrieben und auf – eher wenig konkrete – Regierungserklärungen und Pläne der Wirtschaft konzentriert. Der Diskurs der Wirtschaft widmet sich im umfassenden Maße den Möglichkeiten industrieller Entwicklung. Der Aspekt der Beschäftigung bleibt darin eher unterbelichtet. Es fehlte lange vor allem an konkreten lokalen Vorschlägen und Projekten aus dem eigenständig initiativ handelnden zivilgesellschaftlichen Spektrum und lokalen Verwaltungen. In den vergangenen Jahren ist jedoch ein stetig wachsender Druck aus einer wachsenden Umweltbewegung, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften festzustellen. Von ihnen werden auch Aspekte in die Diskussion eingebracht, die eine Nähe zum Konzept der Nachhaltigen Arbeit haben, ohne dass der Begriff Verwendung findet.

3.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

3.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

Portugal hatte 2020 10,2 Mio. Einwohner:innen und das höchste negative Bevölkerungswachstum aller Vergleichsstaaten. Mit 22,8 Prozent Bevölkerung über 65 Jahren, dem niedrigsten Anteil an 0-14-Jährigen, einem niedrigen Anteil an 10-24-Jährigen (knapp hinter Spanien und Polen und gleichauf mit der Slowakei) und einem Anteil an 15-64-Jährigen im höheren Bereich, ist eine überdurchschnittlich schnelle Überalterung zu erwarten.

Gesamtbevölkerung (in Mio.)	Jährliches Bevölkerungswachstum % 2015-2020	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%) 2020	10-24 (%) 2020	15-64 (%) 2020	65 + (%) 2020
10,2	-0,3	13,1	15,3	64,2	22,8

(UNFPA 2020, 145)

Die Altersstruktur und das negative Bevölkerungswachstum liegen stark in der wirtschaftlich bedingten Migration junger Menschen, vorwiegend ins europäische Ausland begründet, und in niedrigen Geburtenraten in Folge der wirtschaftlichen Situation und der Migration.



bereits an wenigen Zahlen: Die Gesamtausgaben für Arbeitslosigkeit betragen im Dezember 2009 1,954 Milliarden Euro bei offiziell 517,700 Arbeitslosen. Bis Dezember 2015 war die Arbeitslosenzahl auf 646,500 angestiegen, die Gesamtausgaben für Arbeitslosigkeit gingen hingegen auf 1,76 Milliarden Euro zurück (Caleiras 2019).

In der zweiten Phase ab 2015 kam es unter der Mitte-Links-Koalition zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation, einer sinkenden Arbeitslosenquote und einer bedeutenden Erholung des Arbeitsmarktes. Einschränkend anzumerken ist, dass immer noch starke Defizite in der Qualität der Arbeit bestehen (Caleiras 2019). Auch setzte die Erholung der Ökonomie in 2015 bereits kurz vor Wahl der neuen Regierung, ein. Tatsächlich wurden viele der Sozialkürzungen der vorherigen konservativen Regierung unter der neuen Regierung rückgängig gemacht. Dies geschah jedoch wesentlich durch starke Kürzungen von Staatsinvestitionen, um das Ziel der Verringerung des Haushaltsdefizits weiterhin zu erfüllen.

3.2.1 Arbeitsmarktdaten

Table 1. Labour force

Annual average estimates

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Labour force, thousands										
All persons	5 490	5 428	5 383	5 285	5 226	5 195	5 178	5 219	5 233	5 253
Males	2 847	2 837	2 791	2 725	2 681	2 657	2 652	2 667	2 661	2 658
Females	2 643	2 591	2 591	2 560	2 545	2 538	2 526	2 553	2 572	2 594
Unemployed, thousands										
All persons	591	688	836	855	726	647	573	463	366	339
Males	278	350	434	436	362	323	291	224	175	154
Females	314	338	402	419	365	324	282	239	191	185
Employment, thousands										
All persons	4 898	4 740	4 547	4 429	4 500	4 549	4 605	4 757	4 867	4 913
Males	2 569	2 487	2 357	2 288	2 319	2 334	2 361	2 442	2 486	2 504
Females	2 329	2 253	2 190	2 141	2 180	2 214	2 244	2 314	2 381	2 409
Employment (%)										
Males	52.5	52.5	51.8	51.7	51.5	51.3	51.3	51.3	51.1	51.0
Females	47.5	47.5	48.2	48.3	48.4	48.7	48.7	48.7	48.9	49.0
Unemployment rate (% of labour force)										
All persons	10.8	12.7	15.5	16.2	13.9	12.4	11.1	8.9	7.0	6.5
Males	9.8	12.3	15.6	16.0	13.5	12.2	11.0	8.4	6.6	5.8
Females	11.9	13.0	15.5	16.4	14.3	12.7	11.2	9.4	7.4	7.1

(OECD 2020m, 1)

Portugal hatte 2019 mit 6,5 Prozent eine eher moderate Arbeitslosenrate. Immerhin hatten die Krisenfolgen bis 2013 für eine steigende Arbeitslosigkeit gesorgt, die damals 16,2 Prozent erreichte. Allerdings schrumpfte die Erwerbsbevölkerung von 5.490.000 in 2010 auf 5.253.000 in 2019. Die Gründe dafür liegen nicht nur in der oben beschriebenen Altersstruktur, sondern auch in der krisenbedingten Auswanderung. Bis 2016 war die Erwerbsbevölkerung sogar auf 5.178.000 geschrumpft und nahm danach, mit Verbesserung der ökonomischen Lage, langsam wieder zu. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde seit den Spitzenwerten von 2012 und 2013 mehr als halbiert, ist aber mit 18,3 Prozent immer noch sehr hoch.



Table 2. Unemployment rates by age

Annual average estimates, percentage

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
All persons										
15-24	22.8	30.3	37.9	38.1	34.8	32.0	28.0	23.8	20.3	18.3
25-54	10.7	11.9	14.7	15.5	12.7	11.2	10.0	7.9	6.1	5.7
55-64	8.9	10.8	12.7	13.7	13.5	12.5	11.0	8.6	6.5	6.2
65 and over	0.5	1.0	1.6	1.3	1.8	2.5	2.0	2.5	1.8	2.0
15-64	11.4	13.3	16.3	17.0	14.5	12.9	11.5	9.2	7.3	6.7

Note: Detailed metadata at: <http://metalinks.oecd.org/ifs/20200831/71aac>

(OECD 2020m, 2)

Angesichts der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung stieg die Gesamtbeschäftigung von 2010 bis 2019 um nur 14.700, von 4.898.400 auf 4.913.100, wie die detaillierten Daten der OECD zeigen. Ein Blick auf die Sektoren zeugt aber von umfangreichen Transformationen. In der Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft hat sich die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum 2010-2019 von 548.500 auf 270.100 mehr als halbiert und die Abnahme setzte sich kontinuierlich fort, ohne jemals Gegen Tendenzen zu zeigen. In der Industrie nahm die Beschäftigung von 1.335.100 auf 1.212.400 ab, allerdings war hier der niedrigste Beschäftigungsstand im Jahr 2013 erreicht mit 1.049.700. Seit dem steigt die industrielle Beschäftigung wieder, ohne jedoch das vorherige Niveau zu erreichen. Wobei anzumerken ist, dass die Beschäftigung in der Fertigungsindustrie wieder leicht gestiegen ist (von 801.700 auf 836.000, nach dem Tiefpunkt von 705.000 in 2013). Den größten Zusammenbruch verzeichnete das Baugewerbe (von 466.800 auf 304.600, Tiefpunkt in 2013 mit 275.800) (OECD 2020m, 3).

Insgesamt zeichnet sich eine deutliche Verschiebung hin zum Dienstleistungssektor ab, der 2010 3.014.900 Beschäftigte hatte. Die Gesamtbeschäftigung in den Dienstleistungen fiel noch bis auf 2.912.00 in 2012, stieg aber seitdem kontinuierlich an bis auf 3.430.600 in 2019. Den größten Anstieg verzeichneten, wie in Frankreich, die Sektoren Menschliche Gesundheit und Sozialarbeit (eine kontinuierliche Zunahme von 347.400 auf 475.300), Professionelle, wissenschaftliche und technische Aktivitäten (von 154.500 auf 221.900) und Bildung (von 366.100 auf 416.600). Die Beschäftigung nahm in nahezu allen Dienstleistungssektoren zu. So auch in Transport und Lagerung (von 174.000 auf 218.600), Hotel- und Gaststättengewerbe (von 287.000 auf 320.800), Information und Kommunikation (von 103.500 auf 134.100), Kultur, Unterhaltung und Erholung (von 36.300 auf 68.300), Immobilien (von 27.600 auf 52.200), Verwaltung und Support-Dienstleistungen (von 152.800 auf 171.400) und Finanzen und Versicherungen (von 86.600 auf 99.000, wies aber auch starke Schwankungen auf und lag 2018 sogar bei 11 3.000). Und im großen Sektor Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und soziale Sicherheit stieg die Beschäftigung nur marginal (von 307.200 auf 309.000). Die Beschäftigung nahm in lediglich zwei Dienstleistungssektoren ab: im Groß- und Einzelhandel, Fahrzeugreparatur (von 719.000 auf 706.400) und Beschäftigung in Privathaushalten und Aktivitäten für den Eigenbedarf (von 146.400 auf 114.800) (OECD 2020m, 3). Dies deutet auf starke Umbrüche in Produktionsstruktur und Arbeitswelt hin, die weitreichender sein könnten als in vielen der Vergleichsstaaten.



3.3 Green Jobs – Emprego verde

In 2008 wurde der Anteil von Green Jobs an der Gesamtbeschäftigung in Portugal auf 0,4 Prozent geschätzt (Cox und Foley 2013, 4). Eine erste umfassende Studie zu Green Jobs wurde von Forschern des Unternehmens für Energie-Consulting CEEETA-ECO und der Fakultät für Wissenschaft und Forschung der *Universidade Nova de Lisboa* für das *Kabinett für Strategie und Planung* (GEP) und das *Ministerium für Arbeit und Soziale Solidarität* (MTSS) erarbeitet und 2009 veröffentlicht (Prata Dias u. a. 2009). 2010 wurde die Studie auch offiziell in einer Reihe der Regierung veröffentlicht (GEP und MTSS 2010). Darin wird eine Bestandsaufnahme vorgenommen, die Ausbildungssituation für Green Jobs untersucht, das Zukunftspotential von Green Jobs erörtert, und es werden eine Reihe von Politik-Empfehlungen ausgesprochen.

Die Untersuchung stellte u.a. fest „ein bedeutender Teil der Beschäftigten mit Umweltaufgaben hat ein Schulniveau das niedriger ist als ein Hauptschulabschluss“ (Prata Dias u. a. 2009, 5). In der höheren Bildung wurde aber eine bedeutende Zunahme an Bildungs- und Berufsabschlüssen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit verzeichnet. Dies sei zunächst in öffentlichen Einrichtungen der Fall gewesen, aber bald danach auch im privaten Sektor.

Dem Bericht lag bereits ein Begriff von Green Jobs zugrunde, der für die Integration der Säulen nachhaltiger Entwicklung in allen Aktivitäten eintritt, über die strikten Grenzen, der Umweltdimension hinaus auch soziale Gleichheit, ökonomische Effizienz und Effektivität, Umweltschutz und Umweltmanagement, Good Governance, und institutionelle Dynamiken einschließt. Es wurde ein wachsender Sektor von Green Jobs ausgemacht und zugleich konstatiert der Anteil der Green Jobs an der Gesamtbeschäftigung sei immer noch niedrig. Ein großes Potential wurde in Wind- und Sonnenenergie und der Herstellung von damit verknüpfter Technologie ausgemacht (GEP und MTSS 2010, 8–9). Die Nationale Energie-Strategie ließe bis 2020 ein Wachstum der Beschäftigung in Green Jobs auf 2-2,5 Prozent der Gesamtbeschäftigung, also 100.000-130.000 Arbeitsplätze erwarten (Prata Dias u. a. 2009, 5). Gemäß des Nationalen Instituts für Statistik existierten 2016 105.463 Green Jobs im Land (Instituto Nacional de Estatísticas 2019, 1; siehe auch 3.3.2.1). Auch wenn die Unübersichtlichkeit und Unterschiedlichkeit der Zählweisen keinen genauen direkten Vergleich ermöglicht, wird dennoch eine Tendenz deutlich.

Im EU-28 Eco-innovation scoreboard lag Portugal 2019 genau im EU28-Durchschnitt. Bezüglich der Beschäftigung in *Eco-Industries* lag das Land aber deutlich über dem Durchschnitt von 100 (European Commission 2020). Es entstanden also Arbeitsplätze, jedoch weniger als erwartet. Von 2010 bis 2020 stieg die Beschäftigung in den Sektoren Strom, Gas, Dampf, Air Condition (von 15.800 auf 19.500, wobei starke Schwankungen zu verzeichnen waren) und Wasserversorgung, Abwasser, Abfallmanagement und -vermeidung (31.500 auf 39.000) (OECD 2020m, 3).

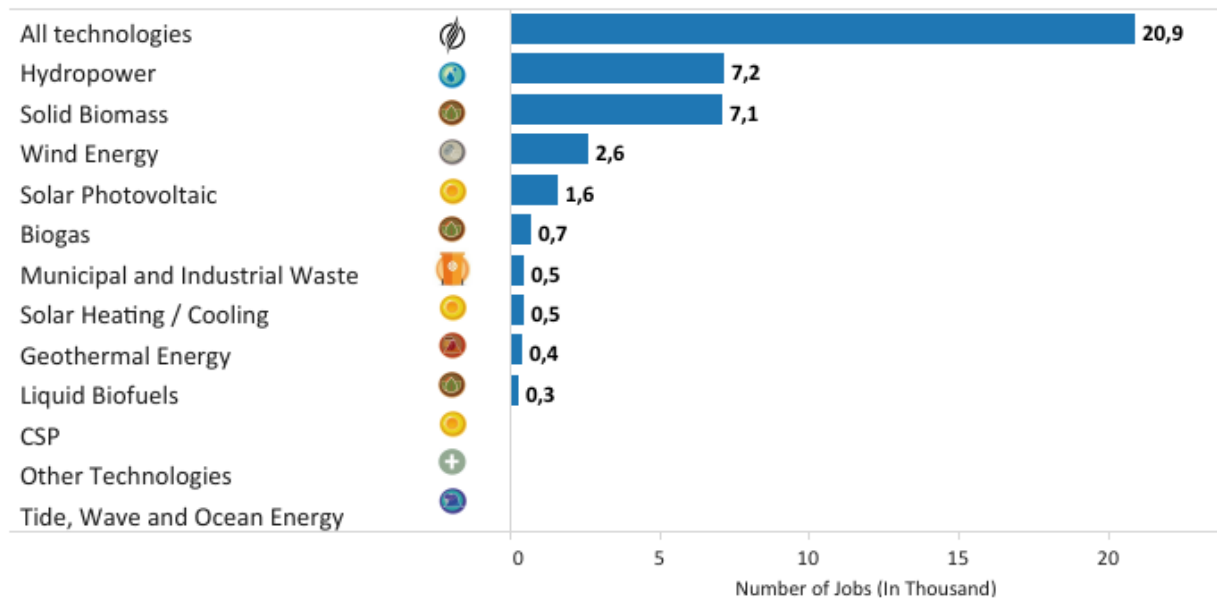
3.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien

Die meisten Beschäftigten im Sektor erneuerbare Energien finden sich in Wasserkraft und fester Biomasse. Ein hohes Potential wird auch für Windenergie bescheinigt insbesondere für Offshore-Windenergie, allerdings zu anderen Bedingungen als in der Nordsee. Bisher existieren in Portugal zwei verschiedene EU-finanzierte Projekte zum Einsatz von Prototypen mit innovativen Fundamentlösungen. Weitere Projekte sind in Vorbereitung.

Renewable Energy Employment by Technology



Show for Portugal



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

In der Forschung werden Konzepte diskutiert, die „erhebliche Investitionen in neue Kapazitätserweiterungen und wirtschaftliche Vorteile für den Mehrwert der Branche sowie in mehr als 20.000 Arbeitsplätze bis 2030 generieren“ sollen (Vieira u. a. 2019).

3.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen

Die wechselnden Regierungen haben seit 2008 mehrere Untersuchungen zum nachhaltigen Umbau der portugiesischen Wirtschaft in Auftrag gegeben und Aktionspläne verfasst und verabschiedet. Die Aktionspläne wurden unter Einbeziehung diverser etablierter gesellschaftlicher Akteure diskutiert und im Anschluss von der Regierung verabschiedet. Hier existiert augenscheinlich eine Kontinuität über die politische Ausrichtung der wechselnden Regierung hinaus. Dabei versuchten Regierung, Interessensverbände und stark institutionalisierte NGOs gemeinsam mit Akteuren aus der Wirtschaft und Forschung die Aspekte der Schaffung von Arbeitsplätzen, der nachhaltigen industriellen Transformation und Entwicklung sowie eines nachhaltigen Umbaus der Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Der erste strategische Plan 2010 wurde vom Kabinett für Strategie und Planung sowie Arbeits- und Sozialministerium unter einer sozialdemokratisch geführten Koalition mit einem rechtsliberalen



Unida und linken Regionalparteien) rühmt sich, nach einer Dekade umweltpolitischer Desorientierung dafür zu arbeiten, „einen strategischen Rahmen für die Energie- und Klimapolitik vorzulegen, der die Grundlagen für einen Weg vorzeichnet, der unsere Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts sozial gerecht, solidarisch und kosteneffizient dekarbonisieren wird“ (Carles 2019, 188). Die seit dem Amtsantritt von Sánchez formulierten Politiken im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit stellen einen Kurswechsel im Vergleich zur vorherigen Rajoy-Regierung dar. Eine Konkretisierung und Umsetzung steht in vielen Bereichen noch aus und daher ist eine abschließende Einschätzung nicht möglich.

Darüber hinaus werden im Baskenland bzw. der CAPV (Autonome Gemeinschaft des Baskenlandes)¹⁵ und in Katalonien regionale Politiken und Maßnahmen in den für diese Untersuchung relevanten Bereichen formuliert und umgesetzt. Diese ebenfalls darzustellen, würde den Rahmen der begrenzten Untersuchung sprengen. An verschiedenen Stellen wird jedoch auf spezifische Politiken eingegangen.

4.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

4.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

Spanien hatte 2020 46,8 Mio. Einwohner:innen und ein Bevölkerungswachstum von Null über die vergangenen sechs Jahre. Mit 20 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahren lag Spanien im oberen Bereich unter den Vergleichsstaaten. Der Anteil an 0-14-Jährigen war der niedrigste nach Portugal, und der Anteil an 10-24-Jährigen sogar der niedrigste aller Vergleichsstaaten. Der Anteil an 15-64-Jährigen war hingegen vergleichsweise hoch. Dies lässt auf eine überdurchschnittlich schnelle Überalterung der Bevölkerung schließen.

Gesamtbevölkerung in Mio.	Jährliches Bevölkerungswachstum %	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%)	10-24 (%)	15-64 (%)	65 + (%)
2020	2015-2020	2020	2020	2020	2020
46,8	0,0	14,4	15,0	65,6	20,0

Die Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla eingeschlossen (UNFPA 2020, 146)

Die Altersstruktur und die Stagnation im Bevölkerungswachstum liegen stark in der wirtschaftlich bedingten Migration junger Menschen, vorwiegend ins europäische Ausland, begründet, und in der niedrigen Geburtenrate aufgrund der Abwanderung und der hohen Arbeitslosigkeit bzw. schlechten Arbeitsmarktsituation für junge Erwerbstätige.

¹⁵ Die CAPV besteht aus den drei Provinzen Gipuzkoa, Biskaya und Álava. Zum Baskenland gehören historisch noch die Provinz Navarra im spanischen Staat und die drei Provinzen des französischen Baskenlandes Iparralde.



erhalten und neu zu schaffen. Dies geschieht, indem die Betroffenen und die verschiedenen ökonomischen und gesellschaftlichen Akteure vor Ort gemeinsam mit den Institutionen die Situation analysieren und Lösungsvorschläge entwickeln. Die Strategie folgt den Direktiven der ILO, soll auf endogenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Ressourcen vor Ort fußen und zu Investitionen führen, die ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Verbesserungen bedeuten (MITECO 2020f). Die Ausarbeitung, Koordination und Umsetzung der Abkommen ist eine der Aufgaben des neugegründeten Instituts für die Just Transition, eine eigenständige, dem MITECO beigeordnete Institution (MITECO 2020e). Die Ministerin für ökologische Transformation Teresa Ribero hat auch den Ko-Vorsitz der globalen ILO-Initiative „Climate Action for Jobs“ übernommen (MITECO 2020e).

Repräsentant:innen der Gewerkschaft CCOO (Comisiones Obreras) und der mit der PSOE verbundenen Gewerkschaft UGT (Unión General de Trabajadores) waren an der Ausarbeitung der Strategie beteiligt und Teil der Expertenkommission, die 2017 von der Regierung zur Ausarbeitung von Szenarien für die Energietransition ins Leben gerufen wurde. Die im Entwurf des Gesetzes zum Klimawandel und Energietransition (Gobierno de España 2020d) formulierte Just-Transition-Strategie enthält die wesentlichen Forderungen und Vorschläge, die von den CCOO im Vorfeld formuliert wurden (CCOO 2018). Die verschiedenen Betroffenen zeigten sich gemäß einer interviewbasierten Studie sehr zufrieden mit den im Rahmen der Strategie bereits geschlossenen Abkommen auf nationaler und regionaler Ebene, dem Kohle-Plan (Plan de Carbón) zur Just Transition von Kohlebergwerken und Bergbauregionen sowie zur Schließung von Kraftwerken, und mit den Just-Transition-Abkommen, die auf unteren Ebenen noch in Verhandlung sind (Maschlanka 2020, 61).

Im Rahmen der Just-Transition-Strategie kommt der Berufsbildung eine zentrale Rolle zu. Ausbildung müsse in den Debatten um eine Just Transition in den einzelnen Sektoren zur zentralen Angelegenheit gemacht werden. Es gehe um die „Förderung der Ausbildung für Beschäftigung in den produktiven Sektoren der sogenannten grünen und Kreislaufwirtschaft und um die Förderung der Requalifizierung von Arbeitnehmern in betroffenen oder in Rekonversion befindlichen Sektoren“ (MITECO und ITJ 2020, 38). Dafür sieht die Just-Transition-Strategie auch aktive Beschäftigungspolitiken und Maßnahmen zur sozialen Absicherung vor. Darunter z.B. die Ökologisierung der Wirtschaft in die Beschäftigungsprogramme zu integrieren; eine Einbindung von Frauen durch die Inklusion der Genderperspektive in die Maßnahmen; eine stärkere Koordination mit regionalen Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren seitens der Arbeitsämter fördern; die Entwicklung spezieller Beschäftigungsprogramme für besonders betroffene Gebiete; die Entwicklung von Schulungsplänen zu ökologischer Transition für Ausbilder:innen; und die Förderung der Gründung von Genossenschaften und Non-Profit-Unternehmen (MITECO und ITJ 2020, 37).

Die Umwelt- und Entwicklungsstiftung ecodes hat in der Comarca de Andorra Sierra de Arcos, Region Aragonien, eine detaillierte Untersuchung der Just-Transition-Abkommen durchgeführt. In Aragonien und vor allem in der Comarca, sind Bergbau und Wärmekraftwerke die wichtigsten Wirtschaftsaktivitäten. Die Abkommen sind mittels partizipativer Prozesse zustande gekommen, um die Bedürfnisse und Wege zur Überwindung des Bergbaus zu erörtern und zu einem gesellschaftlichen Konsens für eine Just Transition zu gelangen. „Die Innovation liegt in der Umsetzung von Transitionsmodellen, die im Hinblick auf Gesellschaft, Umwelt und Werterzeugung in der Kreislaufwirtschaft fußen“ (Sanz Hernández u. a. 2019, 20).



4.3.2.5 Kreislaufwirtschaft

Die Zirkularitätsrate Spaniens lag 2018 bei 9,6 Prozent. Sie hatte allerdings 2010 bereits bei 10,4 Prozent gelegen und war unter den konservativen Regierungen der folgenden Jahre gesunken (eurostat 2021a). In der Literatur und in Regierungserklärungen (national wie regional) wird Kreislaufwirtschaft allgemein als Chance für Beschäftigung angesehen. Die Anzahl der Beschäftigten in der Kreislaufwirtschaft in Spanien ist höher als im EU-Durchschnitt, bleibt aber sehr gering. Der spanische Durchschnitt beträgt zwei Prozent und ist damit auch höher als in Deutschland (1,71 Prozent). Den höchsten Anteil hat sie mit 2,08 Prozent der Beschäftigten im Baskenland (Administración de la CAPV und DMAPTV 2019, 7).

Spanien weist im europäischen Vergleich auch eine überdurchschnittlich positive Performanz bezüglich Eco-Design auf. Hier sticht insbesondere die CAPV hervor: Mehr als die Hälfte aller gemäß der internationalen Norm ISO 14006 (Umweltmanagementsysteme – Leitlinien zur Berücksichtigung umweltverträglicher Produktgestaltung) zertifizierten Unternehmen des spanischen Staates sind in der CAPV. Dort existiert auch ein baskisches Eco-Design-Zentrum und die wichtigste südeuropäische Konferenz zum Thema (Pérez Fernandez de Retana und Buenetxea Aizpuru 2019, 10, 12).

Im Juni 2020 verkündete die spanische Regierung eine von allen relevanten Ministerien getragene Kreislaufwirtschaftsstrategie. Folgende Ziele wurden darin für 2030 festgelegt:

- „- Reduzierung des inländischen Materialverbrauchs um 30% im Verhältnis zum nationalen BIP des Jahres 2010.
- Reduzierung der Abfälle um 15% im Vergleich zu 2010.
- Reduzierung der Lebensmittelabfälle in der gesamten Lebensmittelkette: Reduzierung um 50% pro Person im Einzelhandel und in Haushalten und um 20% in Produktionsketten und Lieferketten im Vergleich zu 2020 und damit ein Voranschreiten in der Erfüllung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG).
- Förderung der Wiederverwendung und der Aktivitäten zur Wiederverwendung, bis 10% der kommunalen Abfälle eingespart werden.
- Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf unter 10 Mio. Tonnen CO₂.
- Verbesserung der Wassernutzungseffizienz um 10%.“ (MITECO 2020h, 8).

In dem Dokument wird auf zahlreiche Sektoren eingegangen und besonders auf die um ein Vielfaches überproportionale Verwendung/Verschwendung von Rohstoffen und Erzeugung von Abfall im Baugewerbe im Vergleich zu den Arbeitsplätzen hingewiesen. Es wird die Notwendigkeit der Anpassung der Ausbildung an die neuen Erfordernisse betont, die – vor allem in industriellen Sektor, der 17,7 Prozent des BIP und 14 Prozent der Beschäftigung erzeugt – einen stetigen Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich machten (MITECO 2020h, 12). Konkrete Zahlen oder Zielmarken bezüglich Beschäftigung werden nicht genannt.

Die Transition zu einer Kreislaufwirtschaft bedarf einer ausgebildeten Erwerbsbevölkerung mit spezifischen Fertigkeiten. Die Bedürfnisse antizipierend seien bereits eine Reihe von Berufsbildungsmaßnahmen in die Wege geleitet und finanzielle Mittel bereitgestellt worden, wobei die Hürden und Defizite nach wie vor groß seien (Pérez Fernandez de Retana und Buenetxea Aizpuru 2019, 1, 14).

Ein Beispiel für ein privatunternehmerisch initiiertes und begründetes Projekt zur Förderung der Kreislaufwirtschaft in Katalonien ist EcoCircular im Freihandelsindustrialgebiet von Barcelona.



145 Unternehmen erzeugen dort mit € 9,112 Mrd. elf Prozent des jährlichen BIP der Provinz Barcelona und 3,9 Prozent des BIP von Katalonien (und zahlen € 2,648 Mrd. Steuern). Insgesamt sind daran vor Ort 137.322 Arbeitsplätze geknüpft (TransporteXXI.com 2020). Das Konsortium der Unternehmen in dem Industriepark, Consorci de la Franca, hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb von zehn Jahren die niedrigste mögliche Umweltbelastung zu erzeugen. Einige der Gebäude und die Instandhaltung der Verkehrswege wurden bereits EMAS-zertifiziert (Eco-Management and Audit Scheme der EU, auch bekannt als EU-Öko-Audit) und alle neuen Projekte unterliegen einem systematischen Öko-Audit. In der Förderung der Kreislaufwirtschaft wurden laut Konsortium „Business-Gelegenheiten vor Ort“ ausgemacht (Tena 2020).

4.3.2.6 Baskenland

Die Regierung des Baskenlandes verabschiedete 2015 eine Strategieprogramm, das vorsah, die Treibhausgasemissionen bis 2050 im Vergleich zu 2005 um 80 Prozent zu senken. Obwohl der Plan bereits 2015 weiter ging als die von der spanischen Regierung aktuell vorgeschlagenen Maßnahmen, war die anvisierte Reduktion nicht ausreichend, zumal der Vergleichswert in der Regel das Jahr 1990 betrifft (und damals waren die Emissionen niedriger als 2005). Im Vergleich zu 1990 würde die Reduktion bis 2030 25 Prozent betragen und 2050 75 Prozent. Der Plan sah auch vor die Maßnahmen würden im Zeitraum 2015-2020 Wirtschaftsaktivitäten im Rahmen von € 57 Mio. hervorbringen und jährlich 1.030 neue Arbeitsplätze schaffen. Die Einsparungen in Energieausgaben für die Gesamtwirtschaft könnten um bis zu € 55 Mio. jährlich reduziert werden. Als Ansporn für Unternehmen wurden Steuererleichterungen im Falle von Investitionen in Nachhaltigkeit und Emissionsreduktion eingeführt (Gobierno Vasco 2015, 43, 58–59). Mittlerweile sind auch im Baskenland weitergehende Maßnahmen beschlossen worden. Wenn auch immer noch nicht ausreichend angesichts der Herausforderungen, geht die Klimapolitik im Baskenland dennoch weiter als in Gesamtspanien. Die ehemalige Industrie- und Schwerindustrieregion investiert mehr in einen Umbau und plant ihn besser.

In einer Studie des britischen Gewerkschaftsbundes TUC (Trades Union Congress) zu tiefgreifenden industriellen Konversionsprozessen in Europa wird zu Bilbao hervorgehoben: „Starke öffentliche Beteiligung und lokale Autonomie bezüglich der Politik und Finanzen waren Bestandteile einer beeindruckenden Transformation einer Stadt, die eine zerstörerische Flut und miteinander verwobene soziale, wirtschaftliche und politische Krisen erlebt hatte [...] Das Ausmaß industriellen Niedergangs war bedeutend: 60.000 Fertigungsjobs gingen zwischen 1975 und 1995 verloren und die Beschäftigung in der Fertigungsindustrie sank von 46 Prozent auf 27 Prozent. [...] Als Konsequenz des industriellen Niedergangs und der Überschwemmung der Altstadt, war das Gebiet rund um den Hafen, von dem sich ein Großteil der Industrie zurückgezogen hatte, in den 1980er Jahren hochgradig verseucht und der Fluss Nervion wurde für ‚ökologisch tot‘ erklärt [...] Tatsächlich haben die kombinierten Politiken der Akteure [...] eine ganzheitliche Industriestrategie geschaffen, die Schlüsselemente wie Umschulung, F&E, neue Start-ups, Unternehmensentwicklung, Technologietransfer und viele andere Formen von Know-how beinhaltete. Aus der Verwüstung Mitte der 1980er Jahre haben die Führungskräfte von Bilbao das scheinbar Unmögliche erreicht. Sie haben neue Industrien geschaffen und gleichzeitig eine bedeutende Produktionsbasis beibehalten“ (TUC 2019a, 4, 18, 22).

In der CAPV ist die Kreislaufwirtschaft am weitesten fortgeschritten. Sie verzeichnet jährliche Bruttoeinnahmen von € 764 Mio., 1,12 Prozent des BIP der autonomen Region, und 2,08 Prozent

4.3.3 Beratende Gremien und andere offizielle Akteure

4.3.3.1 Fundación Estatal para la Formación en el Empleo (Fundae)

Fundae ist die staatliche Berufsbildungseinrichtung und eines der wesentlichen staatlichen Instrumente, um in die Berufsbildung von Beschäftigten einzugreifen. Die Analyse hier bezieht sich auf einen Bericht der Cedefop von 2018 zu den spanischen Berufsbildungsprogrammen im Jahr 2016 (Cedefop 2018b, 29–30). Ob mit den Sánchez-Regierungen seit Juni 2018 eine Veränderung eingetreten ist, lässt sich mit der beschränkten Recherche leider nicht sagen.¹⁶

Gemäß Cedefop seien die Anreize von Fundae für Unternehmen für „lebenslanges Lernen“ als ausreichend zu betrachten, da 2016 insgesamt 2.535.038 Beschäftigte (13,8 Prozent der gesamten Beschäftigten) an Berufsbildungsmaßnahmen teilnahmen, davon 61.984 (2,5 Prozent) an Ausbildung in „Green Skills“, eine Verdopplung im Vergleich zu 2009. Zugleich hat sich aber die durchschnittliche Länge der Berufsbildungsmaßnahmen von 33,9 auf 16,9 Stunden halbiert. Neben dem geschlechterspezifischen Ungleichgewicht (77 Prozent der Personen in Green-Skills-Schulungen waren Männer, 23 Prozent Frauen), fällt die Altersverteilung auf, die von der Cefodep als „ausgewogen“ bezeichnet wird: die größte Gruppe war die der 36-45-Jährigen (35 Prozent), gefolgt von den 46-55-Jährigen (27 Prozent) und 26-35-Jährigen (21%). Der Anteil der 16-25-Jährigen betrug lediglich drei Prozent und der der über 55-Jährigen 16 Prozent. Bezüglich der Sektoren kamen 43 Prozent der Teilnehmer:innen von Green-Skills-Schulungen aus dem industriellen Sektor und 34 Prozent aus dem Dienstleistungssektor (ausgenommen Hotel- und Gaststättengewerbe mit weiteren sieben Prozent und Einzelhandel mit fünf Prozent). Lediglich vier Prozent der Teilnehmer:innen stammten aus dem Baugewerbe (Cedefop 2018b, 29–31).

Die positive Einschätzung seitens Cefodep ist nicht ganz nachvollziehbar. Die mit Fondae-Berufsbildungsmaßnahmen erreichten Personen, die durchschnittliche Dauer der Maßnahmen sowie ihre Gesamtstundenanzahl sinken seit 2014. Der Anteil der über 55-Jährigen scheint sehr hoch und erweckt den Verdacht, Unternehmen würden die „Anreize“ mitnehmen und Personal zu Schulungen entsenden, das entbehrlicher ist bzw. nicht mehr lange im Betrieb sein wird (Cedefop 2018b, 31). Der Anteil von nur vier Prozent Teilnehmer:innen aus dem Baugewerbe steht im starken Kontrast zu der Tatsache, dass das Baugewerbe der relativ größte Verursacher von Abfällen und der größte Verbraucher von Rohstoffen ist (MITECO 2020h, 12).

Um Unternehmen stärker in kontinuierliche Ausbildung für den technologischen Wandel und die Transformation des ökonomischen Modells zu interessieren, ist die Existenz von Regierungspolitiken, politischen Orientierungen und staatlichen Anreizen für diese Veränderungen unverzichtbar. Dies hat sich deutlich an der Förderung erneuerbarer Energien gezeigt, die für ein großes Wachstum in dem Sektor, Arbeitsplätze und Aus- und Fortbildung sorgte, und bei Einstellung einen Zusammenbruch verursachte. Die Herausforderung ist ein neues Modell, das zugleich die Qualität und Nachhaltigkeit der Beschäftigung, Gleichheit und gesellschaftliche Inklusion verstärke. Dafür ist Schulung der Schlüssel (Lope 2019, 321–22).

¹⁶ Aktuelle Informationen zu den Arbeitsergebnissen sind auch auf der Fundae-Webseite nicht zu finden.



4.3.3.2 *Fundación Biodiversidad*

Die dem Umweltministerium angegliederte Stiftung Biodiversität stellte in einer 360-Seiten-Studie von 2019 fest, der Schutz und Erhalt der Biodiversität und von Ökosystemen würde nicht nur irreversible Schäden verhindern, sondern auch eine Vielzahl von direkten und indirekten Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen: Von der Parkpflege und dem Naturschutz bis zu ökologischer Landwirtschaft, Imkerei, Naturkosmetik und viele mehr. Hier gelte es vor allem, technische Mittel, Technologien und spezialisierte Ausbildung anzubieten (Fundación Biodiversidad und Programa Emplea Verde 2019).

Mit dem Programa emplea verde verfügt die Stiftung über ein eigenes Programm zur Berufsbildung und Förderung der Gründung von ökologisch nachhaltigen Unternehmen. Das Programm läuft seit 2010, ist aus dem Europäischen Sozialfond 2014-2020 mitfinanziert und geht (gemäß n+3) noch bis 2023. Es diene „als Brücke zwischen Beschäftigungs- und Umweltpolitik mit einer doppelten Zielsetzung: Dass die Umwelt und die Nachhaltigkeit die Grundlagen für bessere Arbeitsplätze und wettbewerbsfähigere Unternehmen sind“ (MITECO 2020c). Das Programm ist in der „grünen“ und „blauen“ Ökonomie (Aktivitäten im Zusammenhang mit der Förderung und dem Erhalt der Biodiversität in den Meeren) aktiv und fokussiert speziell auf CO₂-arme und Kreislaufwirtschaft. Es sieht vor bis 2023 mehr als 50.000 Personen und 3.000 Unternehmen zu unterstützen. Ziel sei es, 4.800 Arbeitslose in den Arbeitsmarkt einzugliedern sowie mehr als 3.000 Unternehmer:innen in der Neugründung oder Verbesserung von Unternehmen zu unterstützen, 24.000 Personen zu qualifizieren und mehr als 6.000 weiter zu qualifizieren, um ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern (MITECO 2020c).

Die Fundación Biodiversidad hat zudem gemeinsam mit dem MITECO und dem Spanischen Büro zum Klimawandel die Internetplattform AdapteCCa ins Leben gerufen, um den Zugriff auf und Austausch von Informationen zu Folgen des Klimawandels, Gefährdungspotenzial und Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen. Der Zugang und Austausch erfolgt multidirektional für Regierungsinstitutionen und lokale sowie regionale Verwaltungen, Wissenschaftsgemeinschaft, Planer:innen, private und öffentliche Akteure. (MITECO 2020a)

4.4 Kritik und weitere Akteure: Gewerkschaften, Umweltverbände und Parteien

4.4.1 Parteien

Da alle wesentlichen Parteien in den vergangenen Jahren an Regierungen beteiligt waren ist eine Einordnung ihrer Politiken einfach. Die rechte wertkonservative und neoliberale Partido Popular war ab 2011 allein an der Regierung, erzielte 2016 keine Mehrheit mehr und bildete nach Neuwahlen eine Koalitionsregierung mit der neuen rechten neoliberalen Partei Ciudadanos (Bürger), die im Juni 2018 zerbrach. Die Bilanz der rechten Regierungen in puncto ökologisch nachhaltige Transition und Sozialpolitik ist desaströs. Gesetzgebungen und Förderungen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Transition wurden abgeschwächt oder abgeschafft, die Krise und die Regierungspolitiken sorgten für einen im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Einbruch von Green Jobs, während sich die Umweltbilanz drastisch verschlechterte. Im Wahlprogramm von Ciudadanos für 2019 kamen ökologische Transition und Just Transition gar nicht vor. Im Wahlprogramm der PP für 2019 fanden Kohle- und Atomkraftwerke sowie mit fossilen Brennstoffen



von der aktuellen Regierung ebenso oder ähnlich umgesetzt bzw. diskutiert wurden oder werden. Dazu gehört im Bereich Beschäftigung die Förderung der energetischen Gebäudesanierung und die Unterstützung für die Installation von Solaranlagen und anderen erneuerbaren Energiequellen für den Eigenverbrauch. Dafür wird ein Sanierungsplan vorgeschlagen, mit dem 250.000 Wohnungen jährlich energetisch saniert werden sollen. Dies würde 135.000 direkte Arbeitsplätze schaffen. Es wird auch die Schaffung eines „Observatoriums der Arbeit im Wandel“ vorgeschlagen, das „mit einer integrativen Perspektive eine Mischung aus makroökonomischen und sektoralen Industrie- und Beschäftigungspolitiken entwickeln und vorschlagen soll, um die Sektoren zu modernisieren und die Beschäftigungsmöglichkeiten der Kreislaufwirtschaft oder die ökologische Transition in der Landwirtschaft, Industrie und im Bau zu nutzen. Die Perspektive sollte die verschiedenen Trends der Ökologisierung berücksichtigen, aber ebenso auch die der Digitalisierung, Automatisierung oder Prekarisierung“ (Sánchez und Álvarez 2018, 155). Der Bericht empfiehlt auch Just-Transition-Kommissionen wie sie bereits eingeführt wurden (Sánchez, Álvarez, und Gamero Rus 2018, 155–56).

4.4.6 Kleine und mittlere Unternehmen: Coalición de empresas por el Planeta (Coeplan)

Als relativ neuer Akteur gilt die „Koalition von Unternehmen für den Planeten“ Coeplan (*Coalición de empresas por el Planeta*). Der Zusammenschluss von kleinen und mittleren Unternehmen verpflichtet sich der Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung der UN und den formulierten Ansprüchen einer Transition zu einem ökologisch und sozial Produktions-, Konsum- und Gesellschaftsmodell. Coeplan bietet auch Seminare und Fortbildungen in allen relevanten Bereich an und trat im Mai 2020 mit einem „Manifest für die Regeneration des Wirtschaftsmodells“ an die Öffentlichkeit (Coeplan 2020).

4.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Die im europäischen Vergleich weitreichend anmutenden Maßnahmen dürften nicht ausreichen, um den Klimawandel entscheidend abzuschwächen. Die von der Koalitionsregierung selbst gesteckten Zielen bleiben hinter den EU-Vorgaben zurück. Dennoch ist ein klarer Bruch mit der Politik der vorherigen Rajoy-Regierung nicht zu übersehen. Es kann nicht mehr von einer Kontinuität staatlicher Politiken gesprochen werden. Bezüglich des Haushaltes für 2021 ist ein deutlicher Kurswechsel in den Ausgaben zu beobachten. Die öffentlichen Investitionen erreichen ein Rekordausmaß und zugleich wurden die Sozialausgaben stark erhöht auf 59,9 Prozent des gesamten Haushaltes. € 11,787 Mrd. der € 27 Mrd. aus dem EU Corona-Hilfspaket sind für einen „grünen Wiederaufbau“ vorgesehen, vorwiegend umfassende Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und Just Transition (Greenpeace España 2020b). Die Programme, Pläne und Vorhaben der Koalition bezüglich ökologisch und sozial nachhaltiger Transition gehören zu den umfassendsten in Europa. Einige Initiativen sind interessant und innovativ, so wie die Just-Transition-Abkommen. Zwar mögen einige EU-Länder weitergehende Ziele formuliert haben, doch sie haben dem nicht die Maßnahmen folgen lassen, die ein Erreichen der anvisierten Ziele möglich erscheinen lassen.



Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit, plötzliche Pleiten und Zahlungsunfähigkeit der Betriebe zu vermeiden. Ebenso bedarf es neuer und höherer Ansprüche bezüglich der Qualifikation und Kompetenz der Beschäftigten sowie an die Nachhaltigkeit der genutzten Materialien (Escanciano 2020, 52).

In der Landwirtschaft sieht es – wenn auch im kleineren Maßstab – ähnlich aus. Neue Beschäftigung und die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft verlangen viel qualifiziertere Berufsbilder und Ausbildung bezüglich Wasser- und Bodenmanagement, Einsatz von (angepassten) Technologien zur Steigerung des Ertrags bei Wegfall von Pflanzen- und Insektengiften und chemischen Düngemitteln usw. Zugleich muss auch hier gegen Ausbeutung und Prekarität durch illegale und prekäre Beschäftigung vorgegangen werden, die vor allem migrantische Arbeitskräfte betrifft. Auch in der Landwirtschaft muss es um die Schaffung qualitativ guter Arbeit gehen, während zugleich der Zugang zu gesunden ökologischen Lebensmitteln für die gesamte Bevölkerung garantiert werden muss. Dazu bedarf es EU-weiter Regelungen (Martínez García 2020, 98, 100–102). Nicht zuletzt müssten die Maßnahmen gerade im Baugewerbe und in der Landwirtschaft (sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe) vom Schutz für illegal beschäftigte Migrant:innen vor Abschiebung und von vereinfachten Aufenthaltsregelungen begleitet werden, um die Ausbeutung schwerer und die Aufdeckung einfacher zu machen.

Die Tatsache, dass in den Regierungsprogrammen und den umfassenden Kritiken daran Fragen rund um Qualität, soziale Absicherung und Nachhaltigkeit von Arbeit eine zentrale Rolle spielen, zeugt davon, dass es in Spanien eine gesellschaftliche Debatte um Nachhaltige Arbeit und eine Transformation der Arbeit gibt sowie gesellschaftliche Akteure, die sie voranbringen.

5. Niederlande: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure

Die Niederlande gehören mit Albanien zu den am stärksten vom Klimawandel bedrohten Ländern Europas. Die größte Gefährdung des Landes, das einen Großteil seines Territoriums mit Deichen dem Meer abgetrotzt hat, liegt im Anstieg des Meeresspiegels. Einem niedrigen Anstiegsszenario folgend wird dieser an der Küste bis zum Jahr 2100 um 25-75 cm ansteigen, gemäß eines hohen Anstiegsszenario um 50-100 cm. Schon heute sind manche ehemaligen landwirtschaftlichen Gebiete versumpft und bis 2100 könnten die Hälfte des Landesterritoriums regelmäßig überschwemmt werden. Damit einher gehen Schäden an Infrastruktur; die Unbewohnbarkeit von ganzen Landstrichen im – neben Malta – am dichtesten bevölkerten EU-Land; Natur- und Umweltschäden, Verlust landwirtschaftlicher Flächen, niedrigere Lebensmittelproduktion und Gefährdung der Trinkwasserversorgung (Bocksch 2020; Climate-ADAPT 2019; EEA 2016).

Ökologie, Klimawandel und Nachhaltigkeit sind daher schon lange ein Thema in den Niederlanden. Der erste Nationale Plan der Anpassung an den Klimawandel ist von 2007 (Climate-ADAPT 2019). Die Niederlande gelten allgemein als besonders umweltfreundlich und die Regierungen betonen eine Vorreiterrolle in Sachen Klimapolitik und Umweltschutz. Es existiert eine öffentliche Debatte um ökologisch nachhaltige Beschäftigung und nachhaltige Wirtschaft und vor allem Kreislaufwirtschaft. Green Jobs finden in der Literatur Erwähnung. Als solche werden meist Jobs in der Erzeugung und im Vertrieb erneuerbarer Energie bezeichnet. Der Begriff wird jedoch selten verwandt. Die zentrale Debatte dreht sich um Nachhaltigkeit und um Beschäftigung für die Transition hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft (und Gesellschaft). Auch gehören die Niederlande zu den Ländern in der EU, in denen die Umweltpolitiken und Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht zentral mit der Schaffung von Arbeitsplätzen begründet oder legitimiert werden (Pociovălișteanu u. a. 2015, 9243). Dennoch unterstreichen Regierungsdokumente und Zukunftsstrategien die vermeintlich enormen wirtschaftlichen Chancen für das Land, das sich in einer internationalen Führungsrolle in puncto Nachhaltigkeit und insbesondere Kreislaufwirtschaft sieht. In der Frage Arbeit für eine ökologische Transition spielen auch Qualifikation und Qualifizierung von Arbeitskräften und Qualität der Arbeit eine zentrale Rolle. Eine explizite nationale Nachhaltigkeitsstrategie aber existiert nicht.

Die ausufernde positive Selbstdarstellung und die Wahrnehmung der Niederlande bezüglich des ökologisch nachhaltigen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft steht – zumindest bis 2016 – nicht im Einklang mit der Realität. Die Europäische Kommission stellt 2018 ernüchternd fest:

„The Netherlands is the only Member State that did not reach its 2013/2014 indicative renewable energy sources (RES) trajectory of 5.9 % of gross final energy consumption. [...] Although among the highest of the EU, the waste recovery rate is rather low vis-à-vis neighbouring countries, while the physical waste intensity [...] is relatively high and increasing faster than EU average. The Netherlands scores relatively low (16th) in the 2016 Eco-Innovation Index, which points to the need to improve the circular economy” (European Commission 2018, 51).

Die negative Bilanz, zunehmender Druck aus Umweltbewegungen und breite Proteste gegen Erdgasförderung 2017 (die ein Absinken der Böden und häufige Erdbeben verursachte) sowie der steigende Meeresspiegel führten zu einem deutlichen Schwenk in der Regierungspolitik und zu der Verabschiedung eines im europäischen Vergleich weitreichenden Klimaschutzgesetzes 2018 (Hofhuis und Van Schaik 2019; Kirchner 2018) und des nationalen Klimaabkommens Mitte 2019 (Governments of the Netherlands 2019) (Umweltverbände, Gewerkschaften und Wissenschaft



kritisieren sie als unzureichend). Beide wurden breit überparteilich erarbeitet und unterstützt. Ein relevanter Unterschied in den Politiken der ökologisch nachhaltigen Transition zwischen verschiedenen Regierungen ist nicht zu erkennen. Von 2012 bis 2017 regierte der bürgerlich-liberale Mark Rutte mit einer liberal-konservativen und sozialdemokratischen Koalition, und ab Ende 2017 führte er eine liberal-konservative, liberale und christdemokratische Koalition an, die 2021 wiedergewählt wurde. Alle Regierungen waren in Nachhaltigkeitspolitiken um eine möglichst breite Trägerschaft bemüht, so auch in der Strategie zur Energietransition.

Zudem besteht ein ausgefeiltes Modell der Sozialpartnerschaft mittels des neo-korporatistischen Poldermodells: die organisierte Konsensfindung in Verhandlungen zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und von der niederländischen Krone ernannten „unabhängigen Sachverständigen“. Diese bilden den Sozialökonomischen Rat SER, eine 1950 gegründete öffentlich-rechtliche Institution, um die Regierung in volkswirtschaftlichen Fragen zu beraten und Empfehlungen auszusprechen (bis 1994 war die Konsultation des SER durch die Regierung in wichtigen volkswirtschaftlichen Fragen gesetzlich vorgeschrieben, die Umsetzung der Empfehlungen aber nie verpflichtend). Der SER ist drittelparitätisch besetzt: 1/3 Arbeitgebervertretung, 1/3 Gewerkschaftsvertretung und 1/3 Sachverständige). Seit Anfang der 1980er Jahre wurde der SER dazu genutzt, über Löhne und Arbeitsbedingungen (die mit Billigung des Sozialministeriums auch zu Branchentarifverträgen erklärt werden können) zu verhandeln und zu einem Konsens zu gelangen. In den 1980er und 1990er Jahren wurden so auch sozial-ökonomische Reformen ausgehandelt. Der SER waltet auch in puncto Energieabkommen.

5.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

5.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

2020 hatten die Niederlande 17,1 Mio. Einwohner:innen. Bei einem niedrigen jährlichen Bevölkerungswachstum von 0,2 Prozent, einem mittleren Anteil an über 65-Jährigen, einem im Vergleich niedrigen bis mittleren Anteil von 0-14-Jährigen, dem zweithöchsten Anteil an 10-24-Jährigen nach Frankreich und einem relativ hohen Anteil 15-64-Jähriger, ist weiter mit einem hohen Druck auf den Arbeitsmarkt rechnen.

Gesamtbevölkerung. in Mio.	Jährliches Bevölkerungswachstum %	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%)	10-24 (%)	15-64 (%)	65 + (%)
2020	2015-2020	2020	2020	2020	2020
17,1	0,2	15,7	17,4	64,3	20,0

Ohne Aruba, Bonaire, Sint Eustatius and Saba, Curaçao und Sint Maarten (UNFPA 2020, 145)

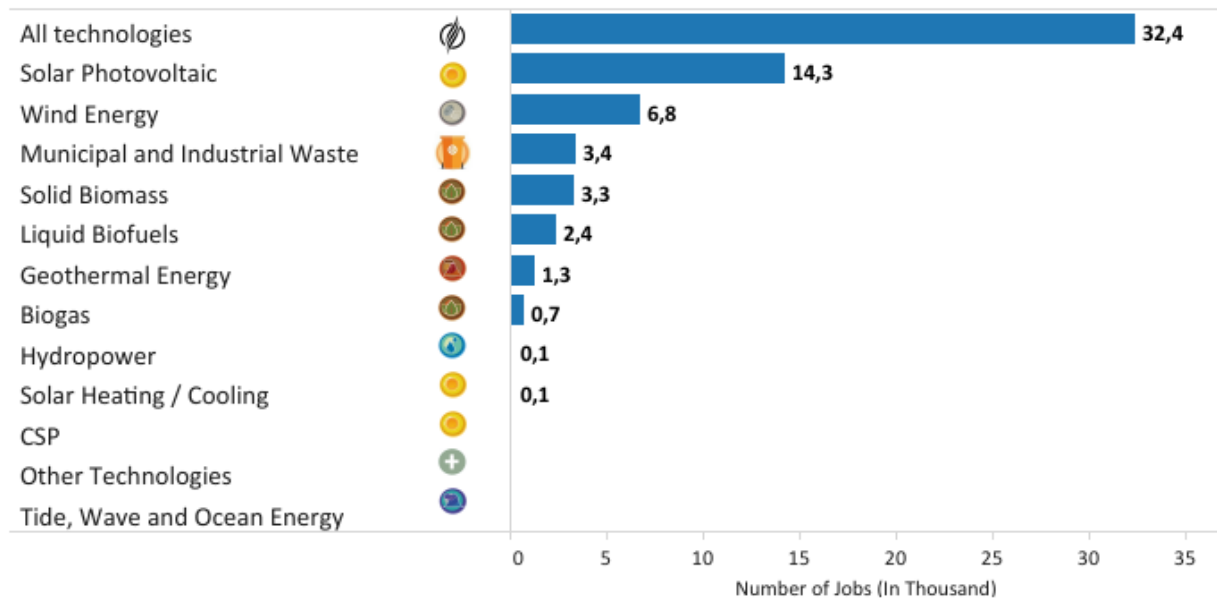
Auf mittlere Sicht zeichnet sich zudem eine starke Überalterung ab.

5.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien

Renewable Energy Employment by Technology



Show for Netherlands



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

Auch in den Niederlanden wird in diversen Berichten der Sektor der erneuerbaren Energien als einer der Sektoren ausgemacht, in dem viele neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Die Niederlande bildeten mit nur 7,4 Prozent Energie aus erneuerbaren Energiequellen im Jahr 2018 das Schlusslicht im EU-Vergleich (PACE 2020, 10; Statistics Netherlands 2019). Umso ambitionierter fällt das angestrebte Wachstum im Sektor aus. Der nationale Klima- und Energiereport 2019 (KEV) der Netherlands Environmental Assessment Agency (PBL) stellt ein starkes Wachstum im Anteil erneuerbarer Energien aufgrund der fortschreitenden Implementierung des in der Einleitung erwähnten Energieabkommens in Aussicht (Government of the Netherlands 2013).

Der Report geht davon aus, dass die 2013 gesteckten Ziele (die gemäß Kritiken aus Umweltverbänden nicht besonders ambitioniert waren) erreicht werden. Der Anteil der Energie aus erneuerbaren Energiequellen werde bis 2023 auf 16,1 Prozent steigen (16 Prozent waren als Ziel gesetzt). Die anvisierte Senkung des Energieverbrauchs um 1,5 Prozent jährlich für den Zeitraum 2013-2020 werde ebenso erzielt. Über den Zuwachs an Arbeitsplätzen gibt der KEV keine genauere Schätzung ab, schließt aber das Ziel von 15.000 neuen Arbeitsplätzen durch Investitionen in erneuerbare Energiequellen und Energiesparmaßnahmen ebenfalls erreicht. Die Niederlande haben aber auch von allen Vergleichsländern der Studie den niedrigsten Anteil an Beschäftigten im

Sektor erneuerbare Energien. Angesichts der sehr unterschiedlichen Arbeitskraftintensität sowie tatsächlichen Nachhaltigkeit verschiedener erneuerbarer Energiequellen sagt die Zahl allerdings wenig über den Stand der Energietransition oder die Qualität der Arbeit aus.

Für qualifizierte Arbeitskräfte aus den fünf in den Niederlanden existierenden Kohlekraftwerken, die bis 2030 geschlossen werden sollen, sollen vor allem im Bau von Komponenten für Windturbinen (und in der Petrochemischen Industrie) neue Arbeitsplätze entstehen. Dies gilt aber wohl nur für den höher qualifizierten Anteil der 2,800 von Entlassung betroffenen Beschäftigten. Wie viele das genau sind, ist unklar. Eine Entschädigung für den Verlust der Arbeitsplätze ist nicht vorgesehen (SER 2018). Entsprechend groß ist das Konfliktpotential. Andererseits erscheint aber die Diskussion auch übertrieben, wenn die 2.800 Arbeitsplätze mit der Anzahl der insgesamt neu geschaffenen bzw. in anderen Sektoren verloren gehenden Arbeitsplätze verglichen wird.

Gemäß einer Studie von 2018, die die ökonomischen Auswirkungen des Ausbaus erneuerbarer Energiequellen untersucht und mit Hilfe des Neo-Keynesianischen CGEM ThreeME (Multi-sector Macroeconomic Model for the Evaluation of Environmental and Energy policy) mögliche Szenarien durchspielt, könnten bis 2030 etwa 50.000 neue Vollzeit Arbeitsplätze entstehen und zu einem Wachstum des BIP um 0,85 Prozent beitragen (im Vergleich zu einem Szenario ohne den Einsatz erneuerbarer Energien). Die positiven Auswirkungen werden auf die relativ höhere Arbeits- und Kapitalintensität von Windkraftanlagen und Solarenergie zurückgeführt im Vergleich zu Öl- und Gaskraftwerken. Auch würde dies Wachstumsmöglichkeiten für Inlandsprodukte statt Importe erzeugen und zu einer Erhöhung der Strompreise zwischen zwei und 18 Prozent führen (Bulavskaya und Reynès 2018).

Eine besondere, doch häufig auch unterbelichtete, Rolle kommt hier dezentralen und selbstorganisierten Akteuren zu (dies zeigt sich in fast allen Ländern, in den südeuropäischen Staaten bezüglich verschiedenster nachhaltiger Projekte und vor allem in Skandinavien und dem Vereinigten Königreich bezüglich alternativer Energie). Eine 2018 veröffentlichte Analyse beschäftigt sich mit Selbstorganisierung in dezentralen Energieprojekten kleinen Maßstabs und kommt zu dem Schluss,

„that the processes of self-organization facilitate socio-institutional practices that are observable not only within the initiatives but also traceable in wider institutional contexts. These socio-institutional practices are essential for a better understanding of the interface between the citizen-driven energy projects and local governance. The analysis further supports the idea that processes of self-organization, along with market-led and state-led mechanism, underpin innovative and pragmatic pathways which could enhance the energy transition towards a carbon neutral future“ (Hasanov und Zuidema 2018).

5.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen

2013 handelte die niederländische Regierung mittels des SER das erste Energieabkommen mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Energieunternehmen, Umweltverbänden und anderen Interessengruppen aus (Government of the Netherlands 2013). Im Laufe der Zeit nahm die Regierung aber noch Änderungen zur „institutionellen Anpassung“ an dem Abkommen vor. Diese betrafen vor allem „die Einbindung unterer Verwaltungsebenen, neue Formen der Bürgerbeteiligung und verbesserte System zur Überprüfung und Evaluierung der Maßnahmen“ (Musch 2019, 2). Das Abkommen war in erster Linie eine politische Absichtserklärung, die ein unverbindliches



Energieeffizienzziel und ein unverbindliches Ziel für erneuerbare Energien benannte. Es formulierte eine Verringerung des Endenergieverbrauchs um durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr und eine Erhöhung des Energieanteils aus erneuerbaren Energiequellen von damals 4,4 Prozent auf 14 Prozent im Jahr 2020 und auf 16 Prozent im Jahr 2023 (Government of the Netherlands 2013). Seitdem folgte eine Vielzahl von Abkommen und Gesetzen, von denen die wichtigsten nachstehend erläutert werden.

5.4.2.1 Klimaschutzgesetz 2018

Ende 2018 wurde unter Beteiligung von 100 Akteuren¹⁸ aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein parteiübergreifend erarbeitetes Klimaschutzgesetz verabschiedet, das eine Senkung der CO₂-Emissionen um 49 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 vorsieht und die Stromerzeugung bis zum Jahr 2050 weitgehend CO₂-neutral gestalten will (Hofhuis und Van Schaik 2019; Kirchner 2018; Stichting Van de Arbeid 2020, 10). 2019 folgte ein ebenfalls breit getragenes – im Vergleich zu anderen EU-Regierungen – weitreichendes nationales Klimaabkommen (Governments of the Netherlands 2019).

Mit dem Klimaschutzgesetz von 2018 machten die Niederlande den Klimaschutz verbindlich. Allerdings hatte die Umweltorganisation Urgenda bereits 2015 eine Verbandsklage gegen die niederländische Regierung eingereicht, um sie dazu zu zwingen, die CO₂-Emissionen stärker als vorgesehen zu senken, und zwar, verglichen mit 1990, bis Ende 2020 um 25 Prozent. Die Organisation gewann den Prozess 2015. Die Regierung prozessierte jedoch immer weiter. Im Dezember 2019 gab schließlich auch der Oberste Gerichtshof den Forderungen von Urgenda recht, da die Regierung die ausgesprochene Pflicht habe, die Menschenrechte der Bürger angesichts des Klimawandels zu verteidigen (Buranyi 2020). Die Konstellation sowohl über ein ausgeprägtes neo-korporatistisches Modell wie auch über ein weitreichendes Verbandsklagerecht zu verfügen, ist im internationalen Kontext eher die Ausnahme. Während das Poldermodell aus der Sicht von Mitte-Links eher dämpfend wirkte, da das Ergebnis hinter den Initiativen von Rot-Grün zurückblieb, wirkt das Verbandsklagerecht als Treiber. Aus konservativer Sicht mag aber auch das Poldermodell als Treiber angesehen werden, da das Ergebnis über die Intentionen von Mitte-Rechts hinausgeht.

Dem 2018 verabschiedeten parteiübergreifenden Gesetz gingen mehrmonatige Verhandlungen voraus. Der ursprünglich von Grünen und Sozialdemokraten initiierte Gesetzesvorschlag wurde schließlich von sieben Parteien aus Regierung und Opposition (siehe dazu weiter unten im Absatz zu Parteien) angenommen. Aus den im ersten vorgelegten Entwurf von 2016 – der sich in vollem Einklang mit dem Weltklimavertrag von 2015 befand – noch anvisierten „100 Prozent erneuerbaren Energien“ aus denen die Stromerzeugung bis zum Jahr 2050 erfolgen sollte, wurde im Gesetz nur noch eine „CO₂-neutrale Stromproduktion.“ Die ursprünglich vorgesehene Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 55 Prozent bis 2030 wurde für den Kompromiss mit den Mitte-Rechts-Parteien auf 49 Prozent reduziert (Hofhuis und Van Schaik 2019, 5; Kirchner 2018; Stichting Van de Arbeid 2020, 10).

¹⁸ Die zivilgesellschaftliche Beteiligung bestand wesentlich aus Gewerkschaften und einigen Umweltorganisationen. Die breitere Beteiligung beschränkte sich auf Input in Diskussionen. Verabschiedet wurde das Klimaabkommen dann lediglich von Parteien. Wie weiter unter dargestellt, bezeichneten Umweltverbände, Gewerkschaften, die Sozialistische Partei und die Tierschutzpartei das Klimaabkommen für unzureichend.



5.4.2.2 Klimaabkommen 2019

Das fast 250-Seiten starke Klimaabkommen, das am 28. Juni 2019 mit einer mehr als Zwei-Drittel-Mehrheit vom niederländischen Parlament verabschiedet wurde, ist das Kernstück der öffentlichen Politiken und Maßnahmen für einen ökologisch nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Es handelt sich um ein Paket von insgesamt 600 Vereinbarungen und Maßnahmen. Es folgt auf das zuvor verabschiedete Klimagesetz, neue Aspekte des Klimaabkommens sollten erklärtermaßen nachträglich eingearbeitet werden.

Als wesentliches Ziel des Abkommens wird die drastische Verringerung von Treibhausgas-Emissionen genannt. Dabei wird ausdrücklich und zentral darauf hingewiesen, dass die notwendige Transition vorwiegend eine gesellschaftliche Transition ist, die das tägliche Leben in den meisten Bereichen verändern wird. Unterstrichen wird eine Sozialpartnerschaft zwischen Bürgern, Wirtschaft und Regierung, mit einer „zuverlässigen“ Rolle der Regierung:

“Both citizens and businesses will face a series of decisions that affect how we live, our mobility, our food and diet, what products we buy and how we earn a living. These will not always be easy choices, and citizens and businesses will also have to rely on each other and on the government. A combination of decisiveness, investments, knowledge and expertise is required.” (Governments of the Netherlands 2019, 5)

Weitere Kernpunkte des Abkommens sind die Schließung aller verbleibenden Kohlekraftwerke bis 2030, der Verkauf von ausschließlich Null-Emissionen PKWs ab spätestens 2030, die Verringerung von Treibhausgas-Emissionen von Wohnhäusern und anderen Gebäuden durch eine Kombination von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Nutzung nachhaltiger Energiequellen und dem Bau zusätzlicher Off-Shore Windkraftanlagen. Kompensationsleistungen für die Schließung der Kohlekraftwerke wurden nicht vereinbart. Es wird ausdrücklich der Umbau der Wirtschaft hin zu einer vollständigen Kreislaufwirtschaft angestrebt. Die Fortschritte sollen regelmäßig durch eine Kommission überprüft werden (Government of the Netherlands 2019).

Das Abkommen ist sehr detailliert in der Festlegung von Maßnahmen, Grenzwerten, Finanzierung, Steuern etc. und versucht augenscheinlich keine besonderen Schlupflöcher zu lassen. So beschäftigt sich z.B. der Passus zum emissionsfreien Personenverkehr mit Gebrauchtwagen, PKW-Exporten, Steuern, Leihwagenfirmen, alternativen Mobilitätsklauseln in Arbeitsverträgen usw.

16 Seiten des Abkommens (209-225) beschäftigen sich explizit mit „Labour market and training“. Bereits im Vorwort des Abkommens wird Arbeit und Ausbildung als zentral für die anvisierte Klima-Transition bezeichnet, ebenso wie für weitere umfangreichere Transition wie Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft. Mit der Koordination ist der SER betraut,

„which will set up a special SER committee tasked with identifying the opportunities and threats to employment posed by these transitions and exploiting them in an inclusive manner. In this context, the SER will promote and connect national, regional and sectoral initiatives and facilitate the development of sectoral training and labour market agendas. To this end, the chair of the SER committee will be guaranteed insight into the general and sector-specific progress on the agreements of the Climate Agreement. In addition, the SER will reach agreements with relevant knowledge organisations on improving information provision on the labour market and training to support transition policy. Within the government, the Minister of Social Affairs and Employment will be the primary point of contact regarding this theme.” (Governments of the Netherlands 2019, 9–10)



Dem niederländischen Poldermodell folgend, wird diese Strategie von einer ganzen Reihe zusätzlicher Pakte und Absichtserklärungen begleitet, die alle als Public Private Partnerships (PPPs) ausgelegt sind und auf die im Klimaabkommen Bezug genommen wird. Zentral ist dabei die „Declaration of intent on the labour market and training in the district-oriented approach“, deren Vereinbarungen unter anderem durch regionale PPPs umgesetzt werden sollen. Darüber hinaus existieren das „Agreement on the Senior Secondary Vocational Education Curriculum for Climate Technologies“ (entstanden aus der „Declaration of intent for senior secondary vocational education“) und der „Green Deal for the Development of Local and Regional Renewable Heating and Cooling technologies“. Zusätzlich haben die „Sozialpartner“ sich bereit erklärt, die Implementierungskapazität durch Ausbildungsfonds für spezifische Sektoren zu steigern (Government of the Netherlands 2019, 20). Weiterhin existiert auch noch der 2018 geschlossene Nationale Technikpakt 2020 (Nationaal Technikpact 2019).

Für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft und die Implementierung des Klimaabkommens seien viele zehntausend neue Beschäftigte in den verschiedenen Industriesektoren von der Fertigungsindustrie über den Energiesektor bis zum Baugewerbe notwendig (Government of the Netherlands 2019, 209). Im Gegenzug würden aber auch viele Arbeitskräfte in traditionellen Industrien ihre Arbeit verlieren oder Gefahr laufen, diese zu verlieren. Bei bestehenden Arbeitsplätzen sei wiederum häufig die Aneignung von neuen Fähigkeiten notwendig, da sich ihr Charakter ändern würde. Auch das Risiko eines potenziellen Verlustes an Wohlstand sei nicht auszuschließen, da nachhaltige Energie arbeitsintensiver sei als die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen. Das mache daher auch eine stärkere technologische Innovation notwendig. Um die wirtschaftliche Leistbarkeit, Geschwindigkeit und gesellschaftliche Unterstützung für die Ziele des Klimaabkommens zu sichern, sei es daher notwendig, auf die Bedürfnisse von Arbeiter:innen zu reagieren und soziale Risiken angemessen aufzufangen. Dies gelte auch für den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung und Automatisierung (Government of the Netherlands 2019, 209).

Die Regierung wird ausdrücklich als wesentliche Triebfeder dieses Prozesses bezeichnet:

„What is required first of all is to attract more people, with attractive work, good working conditions and development and career prospects. The government and relevant government agencies, including the Employee Insurance Agency (UWV), will ensure that the necessary framework conditions are in place to ensure that employed persons and job seekers, including those at a disadvantage from the labour market, will be able to take control of their lives and work. This will apply in particular to workers whose responsibilities/jobs have changed. Secondly, it is vital that the current and future workforce and businesses keep developing far more than is presently the case, through tailored, responsive learning and through intensive collaboration with the business community and the trade unions.“ (Government of the Netherlands 2019, 209)

Es wird die Notwendigkeit formuliert langfristig auch alle Schullehrpläne, bis in die Grundschulstufe, zu ändern und regelmäßig zu aktualisieren und anzupassen, um ein neues Verständnis und eine neue Herangehensweise von früh an und im gesamten Lernprozess zu verankern. Dies schließt ein, für die Ausbildung und Bereitstellung von ausreichend qualifiziertem Lehrpersonal zu sorgen (Government of the Netherlands 2019, 210).

Bezüglich der Prinzipien und sieben formulierter Leitlinien für die notwendige zukunftsorientierte Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktpolitik wird aus dem SER-Report „Energy transition and



Employment“ zitiert (SER 2018).¹⁹ Diese sind im Klimaabkommen vollständig reproduziert und als Leitlinien übernommen:

„• integrated **human capital agendas** featuring coherent and widely supported labour market agendas for the medium and long term, which also address social impacts. [...] a plan may comprise national agreements and regional action plans;

• **translation** of national and sectoral agreements **into regional economic agendas**, with regional initiatives together leading to the achievement of national targets. In addition, cross-linking regional implementation policy with sectoral activities (such as collective labour agreements, research and development (R&D) and social plans) is crucial;

• **modular and responsive education** that is embedded in a **strong, positive** development and **learning culture** and builds on existing good initiatives, structures and collective labour and other agreements;

• **an inclusive approach** that includes agreements to make better use of the available labour potential. For example, this will relate to a greater number of hours worked and to greater workforce participation among women, but equally concerns people with an occupational disability and other groups at a distance from the labour market, who will be able to do more complex work as a result of new technology;

• aiming toward achieving **good and fair employment conditions**, working conditions and working relationships, as well as the associated social infrastructure, and participation **in new and existing secondary sectors** that are relevant to the energy transition;

• improving information regarding regional and sectoral labour markets and better insight into the future needs of the labour market. [...]

• **compensating for job losses** in a fair and inclusive manner by preparing workers in good time for job loss, facilitating their development and mobility and mitigating employment-related and social consequences in an appropriate manner wherever existing facilities are insufficient. From a public interest perspective, as the legislator and as a driving party, the national government holds a unique role and responsibility. Where the transition is accompanied by job losses in the context of a “just transition”, an approach is needed that prepares workers for such a prospect in good time, which facilitates their development and mobility and provides financial compensation if necessary. This is a responsibility of all the various partners involved.“ (Government of the Netherlands 2019, 210–11)

Um zu Maßnahmen und Vereinbarungen bezüglich Arbeitsmarkt und Ausbildung zu gelangen, die eine breite gesellschaftliche Unterstützung genießen, wurde eine Sonderkommission mit breiter Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Akteure gebildet.²⁰ Die teilnehmenden

¹⁹ Auf Englisch existiert nur eine Zusammenfassung (SER 2019).

²⁰ “Dutch Trade Union Federation (FNV), the National Federation of Christian Trade Unions in the Netherlands (CNV), the Trade Union Federation for Professionals (VCP), the Confederation of Netherlands Industry and Employers (VNO-NCW), the Dutch Federation of Small and Medium-Sized Enterprises (MKB-Nederland), LTO Nederland, the Technology Pact, the Top Sectors, the Construction Agenda (De Bouwagenda), FME, Netbeheer Nederland, Employers’ Association for Energy and Utilities Companies (WENB), the Netherlands Association of Senior Secondary Vocational Schools (MBO Raad), the Cooperation Organisation for Vocational Education, Training and the Labour



Organisationen verpflichten sich, allen im Kapitel zu „Labour market and training“ des Klimaabkommens getroffenen Vereinbarungen, sowie zur individuellen und gemeinsamen Entwicklung und Implementierung derselben (Government of the Netherlands 2019, 210–11).

Die Vereinbarungen bzw. Absichtserklärungen im Klimaabkommen betreffen die folgenden Themen und Bereiche:

- Umfassende Arbeitsmarktagnenden, die nach zweiseitiger Beschreibung von Ausrichtung, Themenbereichen, Kernpunkten und Vorgehensweisen noch einmal für folgende Sektoren ausführlicher spezifiziert werden: Landwirtschaft und Landnutzung; Elektrizität; Industrie; „gebaute Umwelt“; und Mobilität.
- Übergang zur Umsetzung und regionale sozioökonomische Agenden
- Gute Arbeitsbedingungen, Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen
- Ein integrativer Ansatz zur Maximierung des Potenzials
- Responsive Education - maßgeschneidert und eingebettet in eine starke Lernkultur
- Verbesserung der regionalen und sektoralen Arbeitsmarktinformationen
- Verlust von Beschäftigung absorbieren
- Bedingungen für den Start und die Gewährleistung der Kohärenz des Vertragspakets (Government of the Netherlands 2019, 212–24)

Für die Umsetzung des Abkommens wurden sektorale Implementierungsausschüsse geschaffen, die aus den Akteuren bestehen, die sich zum Klimaabkommen verpflichtet haben und für dessen Umsetzung erforderlich sind. Diese Ausschüsse arbeiten Vereinbarungen in den jeweiligen Sektoren aus und konzentrieren sich auf die gemeinsame Lösung von Problemen. Eine Neuverhandlung der getroffenen Vereinbarungen gehört nicht zu ihren Kompetenzen. Zugleich existiert auch ein Ausschuss, der die Fortschritte in der Umsetzung überschaut und für Kommunikation, Koordination und Wissensaustausch sorgt, um die Umsetzung kohärent zu gestalten. In ihm sitzen die Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse und Bereiche und er kommuniziert auch mit Organisationen oder Zielgruppen, einschließlich Bürger:innen und Kleinunternehmer:innen, die nicht oder noch nicht aktiv an der Umsetzung des Klimaabkommens teilnehmen (Stichting Van de Arbeid 2020, 12).

Die Effektivität der festgelegten formalen Mechanismen ist aber zu hinterfragen, wie die spätere Kritik von Gewerkschaften und Umweltverbänden zeigt.

5.3.2.3 Kreislaufwirtschaft bis 2050

Gemäß des Klimaabkommens streben die Niederlande an bis 2050 den Umbau zu einer 100%igen Kreislaufwirtschaft vollzogen zu haben. Welche Ausmaße die Kreislaufwirtschaft aktuell hat, darüber existieren unterschiedliche Zahlen. Die Zirkularitätsrate der Niederlande war 2018 mit 29 Prozent die höchste der gesamten EU28 (eurostat 2021a). Gemäß einer anderen Quelle sind 24,5

Market (SBB), The Netherlands Association of Universities of Applied Sciences (Vereniging Hogescholen), the Association of Universities in the Netherlands (VSNU), the Ministry of Economic Affairs and Climate Policy, the Ministry of Social Affairs and Employment, the Ministry of Education, Culture and Science, the UWV, the climate umbrella organisation for youth organisations Jonge Klimaatbeweging, Koepel Energie en Klimaat, the Netherlands Environmental Assessment Agency (PBL) and SER President Mariëtte Hamer.“ (Government of the Netherlands 2019, 211)



Prozent der niederländischen Ökonomie Kreislaufwirtschaft. D.h. etwas weniger als ein Viertel der Rohstoffe zu Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse stammen aus der Wiederverwertung (PACE 2020, 6). Eine Studie der PBL, die in der gleichen Quelle zitiert wird, besagt, dass 13 Prozent der niederländischen Materialnutzung aus zweitverwertetem Material besteht. Eine Studie von MVO Nederland hingegen besagt 12,1 Prozent der niederländischen Wirtschaft seien nachhaltig. Im EU-Durchschnitt sollen es gemäß Eurostat im Jahr 2017 11,2 Prozent gewesen sein, lediglich drei Prozentpunkte mehr als 2004 (PACE 2020, 11).

Die Niederlande gehören mit 1,7 t Recyclingmasse pro Kopf pro Jahr zu den Top drei EU-Ländern bezüglich der Recyclingquote. Dies wird allerdings dadurch wieder relativiert, dass die Niederlande zu den größten Pro-Kopf-Produzenten an Industrieabfällen gehören bedingt durch die zentrale Rolle im internationalen Transportwesen, eine der höchsten jährlichen pro-Kopf-Mengen an Haushaltsabfällen produzieren (520 kg Haushaltsabfall und 514 kg Lebensmittelverschwendung), 44 Prozent ihres Abfalls weiterhin verbrennen und zudem weiterhin in hohem Maße auf fossile Brennstoffe und Handel setzen (PACE 2020, 11).

In einem Bericht der Ministerien für Infrastruktur und Umwelt sowie für Wirtschaft von 2016 werden die wirtschaftlichen Gelegenheiten und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bei einer Umstellung auf Kreislaufwirtschaft unterstrichen. Dabei wird eine europäische, wenn nicht globale, Führungsrolle angestrebt:

“Dutch knowledge and expertise provide solutions to scarcity issues elsewhere as well, and can contribute to sustainable development and the expansion of markets. The circular economy can thus make a significant contribution to the future earning capacity of the Netherlands and Europe. The Netherlands has a good starting position to capitalise on these opportunities: it has a good infrastructure, major ports and airports, and leading businesses. Strong sectors include the chemical industry, the agri-food sector, high-tech systems and materials, logistics, the creative industry, and recycling. European cooperation can help us to capitalise on this leading position internationally. The Netherlands leads the way when it comes to the biobased economy and the utilisation of Nature Based Solutions that reduce the use of raw materials.”
(Ministry of Infrastructure and the Environment und Ministry of Economic Affairs 2016, 13)

Bezüglich Arbeitsplätze und wirtschaftlichem Nutzen verweist der Report auf diverse Studien. So gehe die *Netherlands Organisation for Applied Scientific Research (TNO)* in einer anfänglichen Schätzung von zusätzlichen jährlichen Umsätzen in Höhe von € 7,3 Mrd. in den direkt in die Kreislaufwirtschaft involvierten Sektoren aus. Das würde in den Niederlanden an 54.000 Jobs gekoppelt sein. Eine Studie der Rabobank hingegen schätzt das zusätzliche Wachstum des BIP auf € 1,5 Mrd. (business-as-usual Szenario) bis € 8,4 Mrd. (vollständige Kreislaufwirtschaft) (Ministry of Infrastructure and the Environment und Ministry of Economic Affairs 2016, 13).

Eine Studie aus dem Jahr 2020 der niederländischen PACE beschäftigt mit der Frage, welche Jobs und welche Kompetenzen für einen Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft gebraucht werden (PACE 2020).²¹

Die Webseite European Circular Economy Stakeholder Platform, ein gemeinsames Projekt der Europäischen Kommission und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EESC), stellt verschiedene Unternehmen bzw. Initiativen in verschiedenen EU-Ländern vor, die Good Practices für eine Kreislaufwirtschaft darstellen sollen. Die Beispiele werden als „relevante Praktiken“ und

²¹ Zu PACE siehe 5.3.3.3.



external to the firm, such as suppliers, customers, and government.” (Long, Looijen, und Blok 2018).

Die Erfolgsbedingung Nachhaltigkeit zum Grundprinzip zu machen, auf dem ein Unternehmen aufbaut, taucht aber in der gesamten Transitionsplanung der Regierung und der PPP nicht auf.

5.3.3 Beratende Gremien und andere offizielle Akteure

Angesichts des Poldermodells der Niederlande existiert eine Vielzahl von Gremien, Räten, Institutionen und Sektorenübergreifenden Think Tanks, die hier gar nicht alle genannt werden können. Eine ausführlichere Darstellung erfolgte partiell in den Ausführungen zu Arbeit und Ausbildung im Klimaabkommen. Parteien, Gewerkschaften, und einige Umweltverbände werden weiter unten angeführt. Hier werden nur einige Akteure kurz vorgestellt, auf die im Weiteren Bezug genommen wird.

5.4.3.1 Netherlands Environmental Assessment Agency (*PBL, Planbureau voor de Leefomgeving*)

Das niederländische Forschungsbüro zur Regierungsberatung in Umweltfragen hat 2018 einen Überblicksbericht unter dem Titel „Auswirkungen der Energiewende auf den regionalen Arbeitsmarkt - ein schneller Scan“ (Weterings u. a. 2018) verfasst. Es geht darin den Fragen nach, welche Auswirkungen die Energiewende auf die Nachfrage nach Arbeitskräften pro Sektor und Provinz hat und inwieweit diese kurzfristig zu mehr Spannungen auf dem Arbeitsmarkt führen werden. Die Studie soll helfen ein „Missverhältnis zwischen Nachfrage und Arbeitsangebot“ zu vermeiden, damit es nicht zu steigenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt kommt. Als Ziel wird formuliert die gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen an die Erfordernisse anzupassen, da die für die Energiewende notwendigen Produktionsveränderungen so erreicht werden könnten (Weterings u. a. 2018). In dem Bericht sind gute Arbeit, nachhaltige Arbeit, Qualität der Arbeit oder Just Transition kein Thema und werden nicht erwähnt.

5.3.3.2 Stichting Van De Arbeid

Die *Stiftung für die Arbeit* (StVDA) ist ein gemeinsames Institut und Thinktank von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (<https://www.stvda.nl/nl>). Die StVDA ist ein weiteres zentrales Element des niederländischen Sozialpartnerschaftssystems. Sie wurde im Mai 1945, unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs, „als privatrechtliches Organ für den Dialog und die Kooperation zwischen den zentralen Arbeitgeberverbänden (der Industrie, der mittelständischen Unternehmen, der Landwirtschaft und des Gartenbaus) und den Gewerkschaftsverbänden gegründet“ (Stichting Van De Arbeid 2003, 5). Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten gemeinsam am neuen Wirtschafts- und Sozialsystem arbeiten. Die StVDA wurde vom Staat der Niederlande offiziell als Beratungsorgan in sozialwirtschaftlichen Fragen anerkannt. Durch das 1950 verabschiedete „Wirtschaftsverbands-gesetz“ wurde die StVDA in ihrer Beratungsfunktion für die Regierung vom Sozialökonomischen Rat abgelöst, blieb aber weiterhin als Forum für Beratungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer bezüglich aktueller Wirtschaftsfragen, vor allem Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse, bestehen. Der zweiköpfige Vorstand und der sechzehnköpfige Stiftungsrat sind beide



paritätisch (Arbeitnehmer/Arbeitgeber) besetzt. Von den acht Sitzen der Arbeitnehmerorganisationen entfallen vier auf den *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV, *Niederländischer Gewerkschaftsbund*) und jeweils zwei auf den Christelijk Nationaal Vakverbond (CNV, *Christlich-Nationaler Gewerkschaftsbund*) und den (Vakcentrale voor middengroepen en hoger personeel (MHP, *Gewerkschaftsbund für Mittleres und Höheres Personal*) (Stichting Van De Arbeid 2003).

5.3.3.3 Platform for Accelerating the Circular Economy (PACE)

Die *Platform for Accelerating the Circular Economy* (PACE) wurde vom World Economic Forum in Davos initiiert, ist beim World Resources Institute angesiedelt und bringt mehr als 70 Führungspersonen aus Politik und Wirtschaft zusammen, um vermeintlich den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen. PACE vermittelt den Eindruck eines organisierten Lobbyforums.

5.4 Kritik und weitere Akteure: Gewerkschaften, Umweltverbände und Parteien

5.4.1 Parteien

Das Ende 2018 verabschiedete Klimagesetz und das 2019 folgende Klimaabkommen entstanden aus der Initiative eines „Klimabündnisses“ der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA), von ehemals 24,8 Prozent 2012 nach einer Regierungsbeteiligung auf 5,7 Prozent 2017 abgestürzt, und der Grünen Partei GroenLinks (GL), die 2017 mit 9 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis erzielte. Beide Parteien suchten einen breiten Konsens und machten in monatelangen Verhandlungen Abstriche, um die Zustimmung aller liberalen, christdemokratischen und konservativen Parteien zu erreichen, die bezüglich Umweltfragen etwas zurückhaltender sind. Letztlich stimmten aber die liberalen, christdemokratischen und konservativen Regierungsparteien dem Klimagesetz, den Fünf-Jahres-Plänen für den Klimaschutz und sogar einer jährlichen Evaluierung des Regierungskurses bezüglich der Klimaschutzpolitik zu (Kirchner 2018). Die Unterschiede zwischen den Parteien aus dem bürgerlichen Spektrum sind eher auf Nuancen beschränkt. So erklärte *GroenLinks* wenig kritisch:

„Heute schließen diese sieben Parteien ein historisches Abkommen: Wir werden den Klimawandel stoppen. [...] Wir legen gesetzlich fest, dass jede zukünftige Regierung genug tun muss, um die Klimaziele zu erreichen, unabhängig von der Farbe dieser Regierung. Das niederländische Klimagesetz ist nicht das erste Klimagesetz der Welt, sieben Länder sind uns vorausgegangen. Dieses Klimagesetz ist jedoch das ehrgeizigste Klimagesetz der Welt“ (Groen Links Partei 2018).

Die Socialistische Partij (SP), die bei den Wahlen 2017 9,1 Prozent erhielt, schloss sich ebenfalls der Initiative an und stimmte für das Gesetz, obwohl sie es weiterhin als unzureichend kritisierte und weitergehende Maßnahmen fordert. Die verschiedenen rechtsextremen Parteien der Niederlande stehen in starker Opposition zu den meisten Klimapolitiken und Politiken der Energietransition (Hess und Renner 2019).



“An important issue of concern is also that the quality of jobs offered in the growth sectors of the renewable economy can differ from that of the traditional sectors. This can involve, for example, the absence of a collective labour agreement, lower pay, temporary employment contracts, and no access to funds for training” (SER 2018, 2).

An dem Bericht, der explizit zu Beschäftigungsfragen im Energiesektor Stellung nimmt, haben der FNV und die Umweltorganisation Milieudéfensie mitgearbeitet und dabei eng kooperiert (Transnational Institute und Milieudéfensie 2020). Nicht nur zu dieser Gelegenheit ist in jüngster Zeit eine engere Zusammenarbeit zwischen dem FNV und Milieudéfensie erfolgt. Die Annäherung von Gewerkschaften und Umweltverbänden – bei gegenseitiger Sensibilisierung für Umweltfragen und Fragen der Arbeitsqualität und -sicherheit – liegt im europäischen Trend, ist aber durch das Pol-dermodell institutionalisierter als in anderen EU-Ländern.

5.4.3 Umweltorganisationen

Milieudéfensie (Friends of the Earth Netherlands)

Die seit 1971 aktive Umweltorganisation tritt für eine Just Transition ein. Sie ist in den Bereichen Energie, nachhaltige Lebensmittelproduktion, Erhalt von Wäldern, Wirtschaft (z.B. Handelsabkommen u.a.) und Verkehr aktiv. Im Sinne einer globalen Just Transition versucht sie auch niederländische Konzerne für ihr internationales Agieren zur Verantwortung zu ziehen (so wurde erfolgreich gegen Shell wegen Umweltschäden im Nigerdelta geklagt). Die Organisation genießt breite Unterstützung aus der Bevölkerung und hat bedeutenden Einfluss auf Regierungsinstitutionen und Privatunternehmen (Milieudéfensie / Friends of the Earth Netherlands 2020). Milieudéfensie ist unabhängig und trägt sich aus privaten Spenden. Die Organisation hat nach eigenen Angaben 55.000 Mitglieder, die über ihre Schwerpunkte und Aktivitäten entscheiden, und 33.000 Spender:innen. Die Finanzierung erfolgt zum größten Teil aus den Einzelspenden. Die Kampagnen werden vorwiegend von über 2.000 ehrenamtlichen Aktiven getragen. Milieudéfensie ist der niederländische Mitgliedsverband des internationalen Zusammenschlusses von Umweltschutzorganisationen Friends of the Earth. Den Mitgliedsorganisationen ist gemeinsam, von politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessen unabhängig zu sein, über eine demokratische Struktur zu verfügen und auf lokaler wie auch nationaler Ebene für den Umweltschutz aktiv zu sein. Milieudéfensie ist aber stärker in soziale Mobilisierungen involviert als z.B. der deutsche Friends of the Earth Mitgliedsverband Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) (Milieudéfensie / Friends of the Earth Netherlands 2020).

Urgenda. Report 2030: Nederland 100% Duurzame Energie in 2030

Die Umweltorganisation Urgenda, die – wie weiter oben erwähnt – bereits 2015 gegen die Regierung geklagt hatte, um eine stärkere Verringerung des CO₂-Ausstoßes zu erzwingen und Ende 2019 vom höchsten Gericht der Niederlande Recht bekam, gehört ebenfalls zu den starken Kritikern des Klimaabkommens. Urgenda hatte bereits 2017 einen Report veröffentlicht, gemäß dem die Niederlande in weniger als 15 Jahren, bis 2030, zu einer 100 Prozent nachhaltigen Energieversorgung übergehen können. In dem Bericht werden fünf Bereiche untersucht (die „gebaute Umwelt“, Mobilität, Lebensmittel, Industrie und Energieerzeugung) und Änderungs- bzw. Transformationsvorschläge unterbreitet. Der Übergang zu 100% erneuerbaren Energien sei billiger und



sauberer als die Nutzung von fossilen Brennstoffen, schaffe 150.000 neue Arbeitsplätze, sichere die Energieversorgung und sei Innovationsfördernd (Urgenda 2017).

5.4.4 Building a Just Transition: Allianzen von Gewerkschaften und Umweltbewegung

Die Zusammenarbeit zwischen FNV und Umweltorganisationen begann 2013 nach der Verabschiedung des Energieabkommen 2013. Einerseits wurde das Thema der Nachhaltigkeit immer wichtiger für die Gewerkschaftsbewegung und andererseits rückte die Angelegenheit einer sozial gerechten, einer in vielerlei Hinsicht „Just Transition“, immer stärker in den Fokus der Umweltbewegungen. Seitdem wurde die Zusammenarbeit zwischen FNV und Umweltorganisationen weiter intensiviert. 2016 war der FNV im Beratergremium einer von Milieudefensie initiierten Studie zu der Kostenverteilung in der Klimapolitik. 2018 arbeiteten beide am oben erwähnten SER-Report zusammen. Spannungen gab es, als Energieintensive Industrien eine große Kampagne gegen die Forderung von Umweltverbänden starteten eine CO₂-Steuer einzuführen. Die Unternehmen argumentierten mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen durch die Verlegung von energieintensiven Industrien ins Ausland. Sie mobilisierten die Belegschaften ihrer Industrien gegen die Initiative. Der FNV beugte sich dem Druck allerdings nicht und Umweltverbände legten Untersuchungen vor, die von einem minimalen Jobverlust ausgingen. Letztlich gelang es den Unternehmern nicht, die öffentliche Meinung und Politik für ihre Positionen zu gewinnen. Zugleich wurde aber deutlich, wie zentral das Arbeitsplatzargument immer noch ist (Transnational Institute und Milieudefensie 2020).

Der FNV kritisierte das (zu dem Zeitpunkt noch nicht verabschiedete, aber bereits verwässerte) Abkommen in mehrfacher Hinsicht. Neben der unzureichenden Sicherung der Qualität von neuen Arbeitsplätzen, sei vor allem das Fehlen eines Kohlefonds ein Problem. Ein Verbot von Kohle führe dazu, dass Tausende von Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, so die stellvertretende FNV-Vorsitzende Jong. Eine ausbleibende Entschädigung für den Arbeitsplatzverlust unterminiere den gesellschaftlichen Rückhalt für den Umbau hin zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft. Umweltorganisationen wie Greenpeace, Milieudefensie, Natuur en Milieu und die Natuur- en Milieufederaties äußerten ihre Enttäuschung. Maarten Labots vom *Young Climate Movement*, der im Namen von sechzig Jugendorganisationen an den Verhandlungen über das Klimaabkommen beteiligt war, bezeichnete den Wortlaut der Vereinbarung als unzureichend (Heleen Ekker 2018).

5.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Ein Blick auf die Pläne und Absichtserklärungen der niederländischen Regierung vermittelt den Eindruck, es werde geklotzt und nicht gekleckert. Dabei gerät jedoch in den Hintergrund, dass die Niederlande in den meisten Bereichen bezüglich Nachhaltigkeit zu den Schlusslichtern in der EU gehören. Ganz offensichtlich ist das Resultat des Poldermodells, ein gemeinsam abgestimmtes langsames Vorankommen, nicht ausreichend: Weder für die Natur, wie nicht nur wissenschaftliche Warnungen, sondern letztlich auch die darauf basierende gewonnene Verbandsklage zeigt, noch – wie sich wiederum in der Kritik der Gewerkschaften äußert – bezüglich der Qualität und Nachhaltigkeit der Arbeit.



ausgerichteten Ansatz der niederländischen Politik so nicht der Fall war. Andererseits erleichtert der Pandemiebedingte Rückgang der Emissionen in Produktion, internationalem Warenkehr, Personenverkehr und Luftverkehr der Regierung die Einhaltung der Vorgaben – was das Problem aber nur aufschiebt (Buranyi 2020).

Zugleich ist der gesellschaftliche und Umwelt-Druck, einen nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben, groß. So waren die Niederlande, seit der Entdeckung des weltweit zehntgrößten Erdgasfeldes in den 1950er Jahren, ein Erdgasgroßproduzent, der den Eigenbedarf abdeckte und im großen Umfang Erdgas nach Deutschland und Frankreich exportierte (was dem Staat über 300 Milliarden Euro Einnahmen bescherte). Doch die Folgen der Gasförderung – Absinken des Bodens und zunehmende Erdbeben – führten zu großen Protesten. In Folge wurde bereits 2015 ein fünfjähriges Fracking-Moratorium erlassen und Fracking schließlich endgültig verboten. Ende 2019 wurde auch ein vorgezogenes Ende der Gasförderung verkündet, die mit sofortiger Wirkung verringert und schon 2022 anstatt 2030 ganz eingestellt werden soll (Kirchner 2019).

Jobs (HM Government 2011, 7). Interessanterweise wird bezüglich der Light Green Jobs in einer Regierungsstudie von 2011 der Privatwirtschaft attestiert, es sei unklar, „ob sie, angesichts der Komplexität, jemals in der Lage sein wird diese Art Bedürfnis klar zu artikulieren, auch wenn die CEOs Nachhaltigkeit betonen“ (HM Government 2011, 25). Die Kriterien für Green Jobs sind jedoch zweifelhaft. Green Jobs werden mit Beschäftigung im Low-Carbon-Sektor gleichgesetzt, was aber keineswegs dasselbe ist. So kommt es, dass im VK Beschäftigung in Atomkraftwerken und im Nuklearsektor ebenso zu Green Jobs gezählt wird wie Jobs im Handel mit Emissionszertifikaten oder auf CO₂-arme Tätigkeiten spezialisierte Finanzbuchhaltung (HM Government 2011; Strietska-Ilina u. a. 2011; Shapira u. a. 2014). Diese Klassifizierung wurde von der ILO für das VK übernommen. In einer Studie von 2011 heißt es, im VK arbeiteten bereits 900.000 Menschen im Low-Carbon-Sektor und angegliederten Wertschöpfungsketten. Bis 2017 solle die Zahl auf 1,3 Mio. ansteigen (Strietska-Ilina u. a. 2011, 421). Unter den sieben Green-Jobs-Fallstudien der Untersuchung finden sich mindestens drei, die in anderen Ländern und Studien kaum als Green Jobs gelten würden: British Gas smarte Gaszähler, Emissionshandel und -finanzierung, und die Nationale Berufsbildungsakademie für Atomkraft. Ein viertes Beispiel, die Elektroautoproduktion, dürfte zumindest strittig sein (Strietska-Ilina 2011, 426–27).

Die Datenlage ist aufgrund verschiedener Zählweisen nicht eindeutig. Was Allan et. al. zu Schottland bemerken, lässt sich auf das gesamte VK anbringen: „aus einer Vielzahl von Gründen (z.B. bezüglich Definitionen, Methodologie und beschränkten Daten), gibt es keinen ausgesuchten „korrekten“ Maßstab für Beschäftigung in CO₂-armen Aktivitäten und erneuerbaren Energien, was zum Entstehen einer Vielzahl alternativer Ansätze führt“ (Allan, McGregor, und Swales 2014, 18). 2015 waren etwa 335.000 Menschen (ein Prozent der Beschäftigten) im Sektor Umweltgüter und -dienstleistungen (LCEGS) beschäftigt.²⁵ Dazu gehören Wasser- und Abwassermanagement, Abfallmanagement und Recycling, erneuerbare Energien, Umweltpflege- und Umweltberatung (ONS 2018, 7). Für 2018 werden die Beschäftigten in der Low Carbon and Renewable Energy Economy (LCREE) wiederum mit 224.800 angegeben (im Vergleich zu 200.800 im Jahr 2015). Darunter fallen Arbeitsplätze in erneuerbaren Energien, der Atomindustrie, in der Herstellung energieeffizienter Produkte, im Sektor energieeffiziente Beleuchtung, Energie-Monitoring-Systeme und Herstellung und Infrastruktur von Fahrzeugen mit niedrigen Emissionswerten, sowie an all diese Sektoren geknüpfte Dienstleistungen und Handel (ONS 2020a, 4, 6, 8).

Die Regierung verfolgt nach eigenen Angaben eine Clean-Growth-Strategie. Neue hochwertige Jobs, Industrien und Unternehmen seien Dank entsprechender technologischer Innovation entstanden. Aufgrund führender Expertise in Offshore Windenergieanlagen, CO₂-armen und elektrischen Fahrzeugen sowie der globalen Führungsrolle in „grünen Finanzen“, würden erfolgreich Waren und Dienstleistungen in die ganze Welt exportiert und für mehr als 430.000 Jobs in CO₂-armen Unternehmen und Lieferketten sorgen (HM Government. Department for Business, Energy & Industrial Strategy 2018). Aufgrund der hohen Treibhausgasemissionen, des großen Ressourcenverbrauchs und der zahlreichen Arbeitsplätze gilt die Bauwirtschaft und die energieeffiziente Modernisierung im VK, wie in vielen anderen Ländern, als Schwerpunkt für zukünftige Green Jobs. Eine

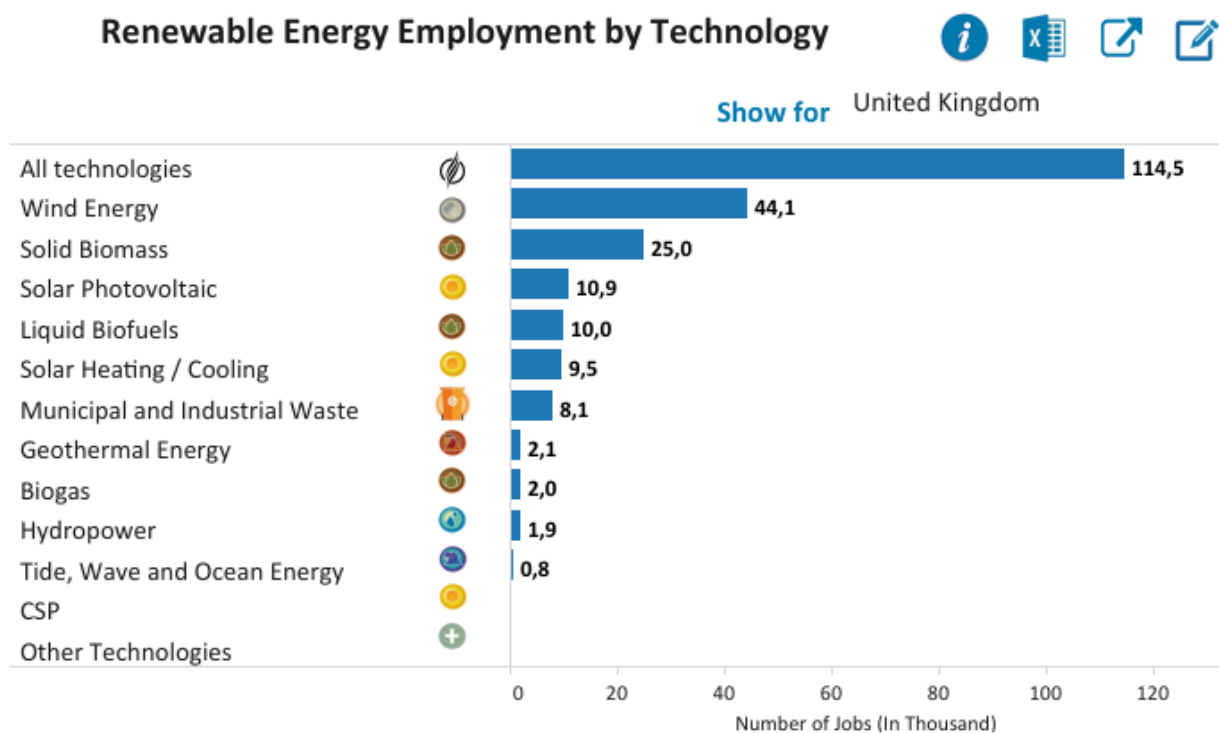
²⁵ Low Carbon Environmental Goods and Services (LCEGS) ist zu einer der gängigsten Methodologien zur Messung von Green Jobs im VK geworden. Dabei werden drei wesentliche Sektoren ausgemacht: „Environmental (including waste, recovery, and recycling and environmental consultancy), Renewable Energy (including technologies) and Emerging Low Carbon Technologies (including building technologies). These sectors were further split into 23 sub-sectors and 2,490 individual activities“ (Connolly, Allan, und McIntyre 2016, 357). Da die Methodologie sehr kompliziert und kostspielig ist, werden nicht jährlich Datensätze erstellt. Für eine genauere Erläuterung und Problematisierung siehe Connolly et.al. 2016.

Kritik lautet, dass offizielle Politiken und eng aufgestellte Regularien letztlich verhindern, dass weitreichendere ökologische und nachhaltige Mechanismen sich weiter verbreiten (Gibbs und O’Neill 2015).

Eine Studie zur Entwicklung von Green Jobs in Schottland kam zu dem Ergebnis, dass die LCEGS-Arbeitsplätze dort zunahmen, die 2008 beginnende Rezession jedoch das Wachstum der Beschäftigung in LCEGS verlangsamte. Generell ist das Wachstum der LCEGS-Beschäftigung wesentlich langsamer als das Wachstum installierter Kapazitäten erneuerbarer Energien (Connolly, Allan, und McIntyre 2016, 359).

Mit 118 Punkten im EU-28 Eco-Innovation Scoreboard 2019 liegt das VK auf dem siebten Platz und nur etwas höher als der EU28-Durchschnitt mit 100 Punkten. Das Abschneiden des VK bezüglich der Beschäftigung in *Eco-Industries* ist mit nur 47 Punkten weit unter dem EU28-Durchschnitt und nur einen Punkt vor Polen liegt (European Commission 2020).

6.3.1 Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

Die Zahlen weichen weit von dem ab, was der Regierungsplan zur Energietransition 2009 in Aussicht gestellt hatte: 200.000 neue Arbeitsplätze im Sektor erneuerbare Energien bis 2015 und weitere 300.000 neue Arbeitsplätze bis 2020 (HM Government 2009, 114).



6.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen

2008, unter der von Gordon Brown geführten Labour-Regierung, wurde der Climate Change Act verabschiedet. Darin wurde die Verpflichtung festgehalten, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken (Government of the UK 2008). Damals war der Klimawandel einer der zentralen Ursachen für breite Protestbewegungen. 2009 folgte unter Labour der „UK Low Carbon Transition Plan: National strategy for climate and energy,“ der die damals laut Plan existierenden 880.000 Arbeitsplätze im Low Carbon und Umweltsektor um über 50 Prozent ausbauen sollte. Eine halbe Million Jobs sollten bis 2020 im Sektor erneuerbarer Energien entstehen, „wenn wir die Gelegenheit ergreifen, das VK als globales Zentrum für Low-Carbon-Industrien und Grüne Produktion zu etablieren“ (HM Government 2009, 114). Im Juli 2018 veröffentlichte die Regierung ein neues Nationales Programm zur Anpassung an den Klimawandel (Government of the UK 2018). Das erste war 2013 veröffentlicht worden (Government of the UK 2013). Beide folgten auf die 2011 und 2017 veröffentlichten Berichte zur Risikobewertung bezüglich Klimawandel (CCC 2011; 2016).

In der von der britischen Regierung 2017 veröffentlichten 256-Seitigen zukünftigen industriellen Strategie des Landes ist allgemein von der Notwendigkeit einer Produktivitätssteigerung die Rede, von umfassenden Investitionen in Infrastruktur und in technische und mathematische Ausbildung, und der Förderung von Unternehmen und Individuen. Die Vorteile der Industrie des VK im „globalen Übergang zu sauberem Wachstum“ sollen maximalisiert werden und die gesamte Welt anführen „in der Entwicklung, Herstellung und Verwendung von CO₂-armen Technologien, Systemen und Dienstleistungen, die weniger kosten als CO₂-intensive Alternativen“ (Government UK 2017, 14, 21, 42). Wie und welche Auswirkungen dies auf *Green Skills* haben soll, wird nicht deutlich. Dazu sollen nationale Konsultationen mit Unternehmen, Gewerkschaften und Beschäftigten erfolgen – wofür aber keine Koordination existiert (Cedefop 2018c, 14). Insgesamt legt die Regierung des VK vor allem einen Schwerpunkt auf die Stärkung von „green finance and social impact investing“ (Robins u. a. 2019a, 3).

Im Juni 2019 wurde ein Gesetz verabschiedet, das festlegt die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto Null zu senken (von vorher 80 Prozent Reduktion, immer im Vergleich zu 1990).²⁶ Die Treibhausgasemissionen seien zu dem Zeitpunkt bereits um 42 Prozent reduziert worden, während die Wirtschaft um 72 Prozent wuchs. Die Exporte der CO₂-armen Wirtschaft sollten bis zum Jahr 2030 demnach auf £170 Mrd. anwachsen (Government UK 2019).

Die Zirkularitätsrate des VK 2018 lag mit 16,3 Prozent deutlich über dem EU28-Durchschnitt. 2010 hatte sie bei 14,2 Prozent gelegen (eurostat 2021a). Das geringe Wachstum der Quote macht deutlich, dass die EU28-Zielmarke von 100 Prozent Kreislaufökonomie bis 2050, der sich das VK auch nach dem Brexit weiter verpflichtet hat, kaum zu erreichen ist. Von nachhaltiger Arbeit ist in keinem der Dokumente die Rede. Es geht ausschließlich um eine Qualifizierung von Arbeitskräften gemäß den Bedürfnissen einer Wirtschaft, die noch stärker exportorientiert werden soll.

²⁶ Es sei nochmal daran erinnert, dass es mit Emissionszertifikaten und Investitionen in „CO₂-Speicher“, also Aufforstung, Wälder oder Moorrenaturierung in In- und Ausland möglich ist, die CO₂-Emissionen sogar um über 100 Prozent zu senken und dabei immer noch CO₂ auszustoßen.



6.4.2 Gewerkschaften

Die britischen Gewerkschaften sind lange und intensiv zu Green Jobs aktiv. Der Gewerkschaftsverband TUC hat mehr als 6,6 Mio. Mitglieder und 52 Mitgliedsgewerkschaften (Greener Jobs Alliance 2020). Das gewerkschaftliche Berufsbildungsinstitut des TUC unionlearn veröffentlichte 2012 einen ersten umfassenden Report zu den Gewerkschaftsinitiativen in dem Feld. Unionlearn selbst unterstützt die Mitgliedsgewerkschaften in der Förderung von Bildungsangeboten, Kampagnen und Partnerschaften, um die Agenda einer Green Economy und die Entwicklung einer Gewerkschaftspolitik für eine Grüne Agenda voranzubringen (Cedefop 2018d, 28). Die University and College Union (UCU) hat die Greener Jobs Alliance gebildet, die sich für eine Ausbildungsstrategie stark macht, die Green Skills in den Mittelpunkt stellt. Die Greener Jobs Alliance fördert lokale und regionale Gewerkschaftsinitiativen und will in diesem Sinne Einfluss auf Bildungsaktivitäten ausüben. 2013 verfasste sie auch ein Green Skills Manifesto (Greener Jobs Alliance 2013) und 2018 gemeinsam mit Umweltverbänden und Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung in der eine Just Transition und konkrete Regierungsmaßnahmen in diese Richtung gefordert wurden (Greener Jobs Alliance u. a. 2018).

The Trade Union Congress - TUC

Für den TUC ist Just Transition ein zentrales Anliegen. Die Bemühungen darum sind eingebettet in die Forderung nach einem ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies bedeutet für den Verband, wie auch im gewerkschaftlichen Kampagnenplan für 2019-2020 nochmal ausdrücklich spezifiziert, für einen Industriepan einzutreten, der regionale Ungleichheiten angeht und für gute, nachhaltige und gut bezahlte Jobs im ganzen Land sorgt und den Klimanotstand angeht. Die Kampagne macht sich für eine nationale und für regionale Just-Transition-Kommissionen stark. Der TUC setzt sich ein für eine Arbeitszeitverkürzung, eine Just Transition zu neuen Technologien und das Recht auf flexible Arbeitszeiten vom ersten Tag an. Alle Arbeitgeber sollen verpflichtet werden alle Jobs auch genauso auszuschreiben (TUC 2019b, 5, 7, 8). Der TUC spricht sich stets für umfassende Infrastrukturmaßnahmen aus und für den Ausbau der Atomkraft (TUC 2020, 4). Letzteres ist jedoch auch im TUC stark umstritten und lässt den TUC insgesamt als inkohärent erscheinen.

Der TUC kritisiert die Regierungspläne, da sie Just Transition nicht erwähnen. Er beteiligt sich an Bündnissen mit Umweltverbänden, ist zugleich stark sozialpartnerschaftlich ausgerichtet und stets bemüht, auf allen Ebenen Arbeitgeber miteinzuschließen. Von der Regierung wird eine sozialpartnerschaftliche Vorgehensweise eingefordert (TUC 2019b, 5). Eine erfolgreiche Just Transition sei nur mit einem aktiveren Staat möglich: „Ohne einen aktiven Staat, der Willens ist, die Marktideologie zur Seite zu legen und mit den Leuten und Orten für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten, werden sich die Krisen nur vertiefen, welche die britischen Industrien und viele der Orte, die von ihnen abhängen, erleiden (TUC 2019a, 5).

Der TUC schätzt, 1,24 Mio. Jobs könnten durch Regierungsinvestitionen von £85 Mrd. in saubere Energieinfrastruktur entstehen. Es sei notwendig, Arbeiter:innen ein Mitbestimmungsrecht zu geben. Wenn sie eine wirkliche Mitbestimmung hätten, könnten Pläne mit der Regierung und Unternehmen vereinbart werden, die Jobsicherheit bieten und die Beschäftigungsqualität schützen. Dies



they do not stop climate change. Climate jobs are jobs that lead directly to cuts in emissions of greenhouse gases, and so slow down climate change” (Neale und Campaign against Climate Change 2014, 4)

Mit der Greener Jobs Alliance (GJA) besteht im VK bereits seit 2010 ein Bündnis aus Gewerkschaften, Studierendenorganisationen, Umweltverbänden, Kampagnengruppen und einem Policy Think Tank, das sich für eine Just Transition stark macht. Die Gründungsmitglieder der GJA sind die UCU, der TUC, Greenpeace, Friends of the Earth, die National Union of Students, People & Planet und das Institute of Public Policy Research. 2013 veröffentlichte die GJA ein Greener Skills Manifesto, in dem verschiedene Anforderungen an eine CO₂-arme Skills Strategie aufgestellt wurden. Dazu gehörten unter anderem auch eine Langezeitstrategie für Beschäftigung und Berufsbildung im Gegensatz zu der existierenden Kurzzeitstrategie; zivilgesellschaftliche Partnerschaften auf nationaler und lokaler Ebenen, um Ausbildung, Beschäftigungsmöglichkeiten und Inklusion zu fördern; und die Partizipation von Arbeiter:innen und Beschäftigten an Konsultationen zu den Gelegenheiten und Bedrohungen für Beschäftigung in allen Wirtschaftssektoren (Greener Jobs Alliance 2013)

Die Greener Jobs Alliance fordert eine Just Transition, die darauf aufbaut, die durch den industriellen Wandel am stärksten betroffenen Communities durch lokale Investitionen in neue Beschäftigung und Fertigkeiten zu unterstützen, die auf den Aufbau von lokalen Versorgungsketten beruhen. Von der Regierung wird gefordert, die Prinzipien einer Just Transition in alle Programme und Pläne aufzunehmen, vor allem in die Verpflichtung das Pariser Klimaabkommen umzusetzen und eine nationale Just Transition Kommission zu bilden. Sie soll zudem Gesetze erlassen, die dazu beitragen, dass Arbeiter:innen auf lokaler Ebene angemessen repräsentiert sind und Gewerkschaften ein Mitspracherecht in allen Entscheidungen zu stattfindenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen haben.

Lokale Bündnisse: The Low Carbon Task Force in Yorkshire and Humber

Aufgrund der vorhandenen Industrien und der dortigen Energieerzeugung ist Yorkshire and Humber die britische Region mit dem höchsten Treibhausgasausstoß. Die TUC hat dort im April 2018 eine gemeinsame Kommission aus Vertretern vorhandener Industrien, Gewerkschaften, Local Enterprise Partnerships (LEP, Unternehmensallianzen, die sich um Förderungen und Investitionen bemühen) und Umweltverbänden wie der lokalen Sheffield Climate Alliance und Friends of the Earth initiiert. Ziel ist, alle in eine Just Transition Strategie einzubinden und Ressourcen dafür zu mobilisieren. Es sei bereits in der Vergangenheit gelungen, in der Region durch eine Zusammenarbeit von Beschäftigten, Gewerkschaften und Unternehmen Erfolge zu erzielen, wie den Wechsel genutzten Treibstoffs, energieeffiziente Veränderungen, neue industrielle Prozesse und berufliche Umschulungen. Es wird die Notwendigkeit betont, dass in der Region vorhandene Industrien mit hohem CO₂-Ausstoß, wie Chemie, Zement und Stahlindustrien, neuer Investitionen bedürfen. Der TUC äußert allerdings Bedenken, da weder die Industriestrategie noch die Strategie für sauberes Wachstum der britischen Regierung die Notwendigkeit einer Just Transition erwähnen (TUC 2018).

6.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Die Klimapolitiken im VK lassen sich so zusammenfassen, dass es eine starke überparteiliche Unterstützung für weitgehende Ziele der Reduktion von Treibhausgasemissionen gibt. Die



Infrastruktur, eine industrielle Wachstumsstrategie und der Ausbau der Kernenergie als integralen Bestandteil einer Null-Emissionen-Strategie einsetzt (TUC 2020, 4), darf die ökologische Nachhaltigkeit angezweifelt werden ebenso wie die Perspektive langfristiger Bündnisse und Strategien mit Umweltverbänden und vielen sozialen Bewegungen.

Eine zentrale Frage, die sich in Bezug auf das VK stellt, ist welche Folgen der Brexit auf die Umweltpolitiken, Green Jobs und nachhaltige Beschäftigung haben wird. Im Vorfeld waren häufig Befürchtungen drastischer Verschlechterungen laut geworden. Vor dem EU-Beitritt galt das VK als Umweltproblemfall. In der EU übernahm es dann zwar häufig eine Initiativrolle bezüglich Umweltgesetzgebung, führte Gesetze und Regelungen selbst aber in 80 Prozent der Fälle nur als Folge und Übernahme von EU-Regelungen ein. Brexit-Befürworter argumentierten häufig, die Umwelt-, Sozial- und Arbeitsgesetzgebung der EU sei zu streng und würde die internationale Konkurrenzfähigkeit des VK beeinträchtigen. Während der Brexit-Verhandlungen war Klimaschutz ein zentraler Streitpunkt. Auf den ersten Blick nimmt er im Brexit-Abkommen eine zentrale Rolle ein. Der Klimaschutz entspricht letztlich nicht dem Standard einer EU-Mitgliedschaft, aber es ist der weitreichendste in einem Handelsvertrag fixierte Klimaschutz.

Es wurde eine weiterhin enge und auf lange Zeit hin ausgelegte Zusammenarbeit im Klimaschutz vereinbart. Beide Partner wollen „danach streben“, den Klimaschutz über die festgelegte 40-prozentige Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 hinaus zu erhöhen (mittlerweile hat die EU 55 Prozent beschlossen und das VK 68 Prozent), und bestätigen ihre „Ambition“, bis 2050 eine wirtschaftsweite CO₂-Neutralität zu erreichen. Sollten die EU oder das VK den eigenen Verpflichtungen im Rahmen des *Pariser Klimaschutzabkommen* nicht nachkommen, könnte das gesamte Brexit-Handelsabkommen ausgesetzt werden. Doch der Teufel steckt im Detail. Eine „Ambition“ ist weit weniger verbindlich als die ursprüngliche Formulierung eines „Ziels“; die Umweltstandards beider Partner dürfen nicht hinter EU-Standards zum Zeitpunkt des Brexits zurückfallen, dagegen kann allerdings nur vorgegangen werden, wenn die Abschwächung nachweislich Folgen für Handel oder Investitionen hat. Das britische Institute for Public Policy Research merkt dazu an: „Given it is notoriously difficult to prove that any lowering of protections affects trade or investment, the deal is unlikely to prevent the UK government from weakening EU-derived labour and environmental policies if it so chooses“ (Morris 2020, 2). Die für alle anderen Bereiche des Brexit-Abkommens festgelegten Konfliktlösungsmechanismen gelten explizit nicht für Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Es ist also unklar, wie Umwelt- und Klimaziele durchgesetzt werden sollen, denn bei Vertragsbruch sind nur Konsultationen unter der Heranziehung von Experten vorgesehen, die nicht bindenden Empfehlungen aussprechen – alles auch nur bei Auswirkungen auf Handel und Investitionen (Gabbatiss 2021).

Der Brexit bedeutet auch den Wegfall von EU-Finanzierungen und das bedeutet das Risiko einer Abnahme von verfügbaren Finanzierungen für Energieeffizienz-Programme (Turner u. a. 2020, 8). Bisher liegen keine konkreten Maßnahmen vor, um diesen Wegfall aufzufangen.

7. Schweden: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure

Der schnellste Temperaturanstieg erfolgt in arktischen, subarktischen und Alpenregionen. Für Schweden und Skandinavien gehen wissenschaftliche Szenarien von einem Anstieg von 0,4°C pro Dekade aus (Climate Change Post 2021c). Im Sommer 2018 sorgte eine Hitzewelle für großflächige Waldbrände und verdeutlichte den Klimawandel. Weitere Folgen sind u.a. eine starke Erwärmung des Meeres, ein steigender Meeresspiegel und sich verändernde Winde.

Schweden rühmt sich umfassender und weitreichender Klimapolitiken. Die CO₂-Emissionen sinken seit Jahren kontinuierlich. Das Energiesystem (Auto-, Luft- und Schiffsverkehr ausgenommen) ist schon weitgehend dekarbonisiert. Das Land ist führend unter den EU28 im Anteil erneuerbarer Energien bezüglich des gesamten Energieverbrauchs und hat 2020 die EU-Ziele erneuerbarer Energien erfüllt, acht Jahre vor dem von der EU gesetzten Datum. Bis 2045 plant Schweden die CO₂-Emissionen auf null zu reduzieren (van Rooijen u. a. 2019a, 2). Allerdings setzt es dabei immer noch stark auf Atomenergie, obwohl 1980 der Ausstieg bis zum Jahr 2000 beschlossen worden war. Dieser wurde erst auf 2010 verschoben und schließlich ganz aufgehoben. Dennoch erfolgten weitere AKW-Stilllegungen durch die Betreiber. 2020 waren noch an drei Standorten acht Reaktorblöcke in Betrieb (IRENA 2020, 9).

Von Oktober 2006 bis Oktober 2014 regierten konservative Regierungen unter Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt der bürgerlich-konservativen und wirtschaftsliberalen Moderata Samlingspartiet (bis 2010 als Mehrheitsregierung mit drei weiteren konservativen Parteien, danach als Minderheitsregierung). In Schweden sind Minderheitsregierungen keine Seltenheit. Die Regierung wird in der Regel vom stärksten Block gestellt. Nachdem der bürgerlich-konservative Block die Mehrheit verlor, führte ab 2014 der Sozialdemokrat Stefan Löfven eine rot-grüne Minderheitsregierung an, die 2019 erneut knapp zustande kam. Die Sozialdemokraten verloren 2018 knapp drei Prozent und kamen auf 28,3 Prozent der Stimmen und die Grünen verloren 2,5 Prozent der Stimmen und kamen auf 4,4 Prozent. Die rot-grüne Minderheitsregierung wird u.a. von der Vänsterpartiet (Linkspartei) toleriert (8 Prozent).

Die Unterschiede in den Umweltpolitiken sind auf den ersten Blick nicht besonders bemerkenswert. Die Klimamaßnahmen und -pläne der vergangenen Jahre wurden von nahezu allen Parteien unterstützt. Selbst die Grünen in der Regierung drängen nicht auf einen Atomausstieg. Dies liegt vorwiegend daran, dass alle nordischen Staaten außer Dänemark hoch industrialisiert sind und ihre Ökonomien sowie ein Großteil der Arbeitsplätze von energieintensiver Industrieproduktion abhängen, deren Energieverbrauch pro BIP-Einheit höher liegt als im OECD-Durchschnitt. So werden zwar tiefgreifende Veränderungen in Elektrizitäts- und Wärmeversorgung, Effizienz und Transport erwartet, aber nur kleinere Veränderungen bezüglich der Industriestruktur (Sovacool 2017, 576). Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten ist stark sozialpartnerschaftlich geprägt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lassen allerdings Zweifel an der Effektivität der Maßnahmen gegen den Klimawandel aufkommen. Mit Greta Thunberg, die eine nationale und internationale Bewegung inspiriert hat, ist deutlich geworden, dass auch die schwedischen Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht ausreichend sind.

Ein Diskurs zu Green Jobs existiert nicht. Die weitgehend neoliberal entpolitisierte Debatte um Beschäftigung und Transition zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist von Diskursen zu hochqualifizierter Beschäftigung und Spitzentechnologie geprägt. Begriffe wie nachhaltige Arbeit



finden sich in der öffentlichen Debatte gar nicht, auch nicht von Gewerkschaftsseite. Tatsächlich spielt auch Beschäftigung im Transitionsprozess eine nur untergeordnete Rolle.

7.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

7.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

2020 hatte Schweden 10,1 Mio. Einwohner:innen. Mit 20,3 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahren liegt Schweden im Mittelfeld der untersuchten Staaten. Mit einem vergleichsweise hohen Anteil an 10-24-Jährigen und vor allem an 0-14-Jährigen, und 62 Prozent 15-64-Jährigen dürfte die Überalterung nicht überdurchschnittlich schnell erfolgen.

Gesamtbevölkerung (in Mio.)	Jährliches Bevölkerungswachstum % 2015-2020	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%) 2020	10-24 (%) 2020	15-64 (%) 2020	65 + (%) 2020
2020	2015-2020	2020	2020	2020	2020
10,1	0,7	17,6	16,5	62	20,3

(UNFPA 2020, 146)

7.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Das BIP Schwedens pro Kopf stieg seit 2011 kontinuierlich und lag 2018 mit US\$ 53.808 an dritter Stelle unter den Vergleichsstaaten, nach Norwegen und den Niederlanden. Das Wirtschaftswachstum lag 2011-2018, bis auf einen moderaten krisenbedingten Einbruch von -0,6 Prozent 2012 und einem Plus von 1,1 Prozent in 2013, stets bei über zwei Prozent, mit Spitzen von 3,1 Prozent 2011 und 4,4 Prozent 2015. Zuletzt waren es 2018 2,2 Prozent. Die Verteilung des Anteils an der Wertschöpfung war vergleichsweise ausgeglichen und ausdifferenziert mit Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Sozialarbeit an der Spitze mit 21,3 Prozent (relativ konstant seit 2012), gefolgt von 18,7 Prozent für Industrie inklusive Energie (konstant seit 2013), und Handel, Reparaturen, Transport sowie Hotel- und Gaststättengewerbe mit 17,7 Prozent (konstant seit 2011). Eine konstante moderate Steigerung seit 2011 hingegen gibt es im Sektor Professionelle, wissenschaftliche und Support-Dienstleistungen, der 2018 einen Anteil von 11,6 Prozent hatte (OECD 2020h).



7.2 Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

7.2.1 Arbeitsmarktdaten

Table 1. Labour force

Annual average estimates

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Labour force, thousands										
All persons	4 950	5 017	5 061	5 116	5 184	5 225	5 279	5 383	5 444	5 508
Males	2 621	2 646	2 661	2 688	2 726	2 737	2 765	2 826	2 853	2 887
Females	2 329	2 372	2 400	2 429	2 459	2 488	2 514	2 557	2 591	2 620
Unemployed, thousands										
All persons	426	392	404	412	412	388	369	362	346	376
Males	228	207	219	220	223	207	203	197	185	194
Females	198	184	185	192	189	181	166	165	162	182
Employment, thousands										
All persons	4 524	4 626	4 657	4 704	4 772	4 837	4 910	5 022	5 097	5 132
Males	2 394	2 438	2 442	2 468	2 502	2 530	2 562	2 629	2 668	2 693
Females	2 130	2 188	2 215	2 237	2 270	2 307	2 348	2 393	2 429	2 438
Employment (%)										
Males	52.9	52.7	52.4	52.5	52.4	52.3	52.2	52.4	52.3	52.5
Females	47.1	47.3	47.6	47.6	47.6	47.7	47.8	47.6	47.7	47.5
Unemployment rate (% of labour force)										
All persons	8.6	7.8	8.0	8.1	8.0	7.4	7.0	6.7	6.4	6.8
Males	8.7	7.8	8.2	8.2	8.2	7.6	7.4	7.0	6.5	6.7
Females	8.5	7.8	7.7	7.9	7.7	7.3	6.6	6.4	6.2	7.0

(OECD 2020p, 1)

Die Zahl der erwerbsfähigen Personen steigt jährlich leicht an. Die Arbeitslosenquote sinkt indes 2010 bis 2019 moderat zwischen 8,6 Prozent (2010) und 6,4 Prozent (2018). Im Vergleich dazu ist aber die Jugendarbeitslosigkeit (15-24-Jährige) sehr hoch. Sie bewegte sich zwischen 24,8 Prozent (2010) und 17,4 Prozent (2018) und lag zuletzt 2019 bei 20 Prozent.

Table 2. Unemployment rates by age

Annual average estimates, percentage

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
All persons										
15-24	24.8	22.8	23.7	23.6	22.9	20.3	18.9	17.8	17.4	20.0
25-54	6.4	5.7	5.9	6.1	6.0	5.8	5.5	5.3	5.1	5.3
55-64	5.8	5.2	5.2	5.1	5.4	5.3	5.3	5.1	4.4	4.6
65 and over	2.0	2.0	2.5	1.9	2.8	2.3	2.3	2.8	2.7	2.4
15-64	8.7	7.9	8.1	8.2	8.1	7.6	7.1	6.8	6.5	6.9

(OECD 2020p, 2)

Die Zahl der Beschäftigten stieg von 4,524 Mio. 2010 stark auf 5,132 Mio. 2019 an, also um etwa 13 Prozent. Das Beschäftigungswachstum erfolgte vorwiegend im Dienstleistungssektor. Die Beschäftigung im industriellen Sektor nahm von 898.100. auf 940.200 zu, während sie im Dienstleistungssektor von 3,531 Mio. auf 4,105 Mio. anstieg. Das Verhältnis der Beschäftigung in Industrie und Dienstleistungen beträgt 1:4,37. In Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft ist die Tendenz trotz leichter Schwankungen, klar abnehmend (von 94.800 2010 auf 86.200 2019). Im industriellen Sektor steht die Beschäftigungsentwicklung jedoch im Gegensatz zu allen Vergleichsländern. So nahm die Beschäftigung im Baugewerbe um etwa 20 Prozent zu, von 302.300 in 2010 auf 360.500 in 2019. In der Fertigungsindustrie sank sie von 544.800 auf 513.000. Quantitativ eher unbedeutend, aber prozentual groß war das Beschäftigungswachstum in Strom, Gas, Dampf, Air Condition



verfasst es einen jährlichen Bericht über die Fortschritte in der Bekämpfung des Klimawandels, die Entwicklung der Emissionen und die Wirksamkeit der Regierungspolitiken. Der CPC prüft und kommentiert auch den Climate Action Plan der Regierung und diese muss spätestens drei Monate nach der Evaluierung auf Kritiken antworten. Der CPC hat das Mandat, alle Politiken zu evaluieren und zu kommentieren, die es im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel für relevant hält. Der Rat kann keine legalen Maßnahmen gegen die Regierung einleiten (Bruhin, Dinges, und Ackva 2018, 5, 14). Die Hoffnung, er könne dennoch den öffentlichen Druck auf die Regierung erhöhen und die Rechenschaftspflicht verstärken, hat sich jedoch nicht erfüllt. Der Rat hat zwar auch ein Mandat, um direkt mit dem Parlament in Diskussion zu treten, doch die überparteiliche Einigkeit scheint auch darin zu bestehen die vehementen Kritiken des CPC zu ignorieren. Dieser hat seit seiner Eirichtung in seinen jährlichen Berichten die von der Regierung verfolgten Politiken für nicht ausreichend erklärt, um die Klimaziele über 2020 hinaus zu erreichen. Er hält demensprechend die Berichte und Pläne der Regierung für nicht den gesetzlichen Anforderungen kompatibel (CPC 2020, 6–7).

7.3.2.1 Industriestrategie Smart industry, Fachkräftebedarf und Berufsbildung

In der Industrialisierungsstrategie von 2016 wird die Forstwirtschaft explizit als bedeutender Sektor angeführt, da sie die Industrie mit erneuerbaren Materialien und Treibstoffen versorgen könne. Zudem soll die Fahrzeugindustrie nachhaltigere Transportmittel zur Verfügung stellen und Informations- und Kommunikationsindustrie die Verbindungen herstellen, um eine smarte und ressourceneffiziente Gesellschaft möglich zu machen (MEI und GOS 2016, 2). Tatsächlich ist die nachhaltige Forstwirtschaft stark im Wachstum begriffen, doch wie die Statistiken zeigen, ist die Zahl der dadurch entstehenden Beschäftigung mit knapp über 500 existierenden Arbeitsplätzen völlig marginal (Statistics Sweden 2021).

In der Industrialisierungsstrategie werden vier Schwerpunktsetzungen vorgenommen: Industrie 4.0 im Hinblick auf eine digitale Transformation der Industrie; Nachhaltige Produktion durch gesteigerte Ressourceneffizienz und Umweltkriterien, was zur Wertschöpfung, neuer Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen soll; Steigerung industrieller Fertigkeiten durch höhere Attraktivität wissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge und Ausbildungen, Umschulungsangebote und lebenslanges Lernen; und schließlich die Förderung von F&E in Bereichen, die zur Stärkung industrieller Produktion von Waren und Dienstleistungen beitragen. Generell soll die Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen des industriellen Sektors und Bildung auf allen Ebenen erhöht werden. Damit soll dem ungedeckten Bedarf nach hochausgebildeten Fachkräften begegnet werden, dem Umstand, dass schlecht ausgebildete Arbeitskräfte Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden und der Erwartung, dass ein beträchtlicher Teil der schlechter ausgebildeten Arbeitskräfte in Zukunft Umschulungen und Weiterbildungen bräuchten (MEI und GOS 2016, 3; Skolverket 2020a, 7, 25).

Um die Transition in neue Beschäftigung zu erleichtern, existieren in Schweden „Job Security Councils“, in die auch Arbeitgeber Beiträge einzahlen. Beschäftigte mit Vollzeit-Festverträgen, die ihre Arbeit aufgrund von Massenentlassungen verlieren und mindestens ein Jahr lang beschäftigt waren, erhalten finanzielle Mittel, Schulungen und Unterstützung, um neue Beschäftigung zu finden. Die Maßnahmen setzen vor dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses ein. Tatsächlich wurde damit die Transition für viele Beschäftigte erleichtert. Allerdings empfahl die OECD Schweden bereits im Jahr 2018, Unterstützung auf alle Entlassenen auszuweiten, da die Einschränkungen



ausgerechnet für die Schwächsten, die am meisten Unterstützung bräuchten, nicht greifen würden (Skolverket 2020b, 25). Fragwürdig erscheint auch die Ausrichtung des gesamten Bildungssystem auf die Bedürfnisse der Industrie. Eine Vorbereitung auf die Erfordernisse der Berufswelt ist zweifelsohne sinnvoll. Allerdings sollte die Ausrichtung von Bildung nicht ausschließlich den Bedürfnissen der Industrie überlassen werden. Schließlich ist es erstrebenswert und notwendig, wenn die Entscheidung über die Gestaltung einer Gesellschaft und eben auch über Ausrichtung, Sinn und Zweck von Produktion und Arbeit stärker als bisher das Resultat eines demokratischen gesellschaftlichen Prozesses wären.

7.3.2.3 Kreislaufwirtschaft

Die Zirkularitätsrate Schwedens 2018 war mit 6,7 Prozent äußerst niedrig. Schlimmer noch, lag sie seit 2010 jedes Jahr, mit Ausnahme von 2014, höher (mit einer Spitze von 7,5 Prozent im Jahr 2011) (eurostat 2021a). Die schwedische Regierung hatte bereits 2017 angekündigt, eine Strategie für die Transition zu einer Kreislaufwirtschaft auf biologischer Grundlage entwickeln zu wollen. Allerdings folgte der Ankündigung keine ausformulierte Strategie (CPC 2020, 63). Initiativen für die Umsetzung von Kreislaufwirtschaft existieren teilweise in schwedischen Gemeinden, so z.B. in Umeå, das am schnellsten wachsende urbane Zentrum Nordschwedens, das seine Einwohnerzahl bis 2050 auf 200.000 verdoppeln soll. D.h. es wird viel neuer Wohnraum und entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Der strategische Plan der Stadt 2016-28 sieht für Umeå vor, es in eine Führungsposition in der Umsetzung von Kreislaufwirtschaft zu bringen. Die Initiative wurde von der Stadtverwaltung initiiert, baut aber wesentlich auf die Kooperation von Unternehmen und Initiativen mit der Unterstützung von privater und vor allem universitärer Forschung. Die Zusammenarbeit erfolgt in verschiedenen Initiativen, von der unternehmerischen Kollaborationsplattform „Circular Economy Business Accelerator North Sweden“ bis zum Netzwerk „Green Umeå“, das nachhaltige lokale Projekte für eine ökologische Transition, nachhaltige Mobilität und Sharing Economy unterstützt. Projekte zielen z.B. ab auf „erneuerbare Energien, die Verringerung von Lebensmittelverschwendung, saubere Mobilität und die Nutzung von Recycling-Material im Baugeerbe“ (OECD 2020s). Umeå ist ein wichtiger industrieller Standort mit einem Werk der Volvo Lastwagen-Sparte und dem Firmensitz und Werk des auf Frontlader spezialisierten Landmaschinenherstellers Ålö AB. Es ist daher fraglich, wie weitreichend die vermeintliche Umstellung auf Kreislaufwirtschaft tatsächlich sein wird.

7.4 Kritik und weitere Akteure: Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbände

Greta Thunberg dürfte auch international verdeutlicht haben, dass auch in Schweden Einiges im Argen liegt mit den Umweltpolitiken. Auf ihre Initiative hin entwickelten sich in Schweden regelmäßige Klimaproteste und eine breite Fridays for Future-Bewegung. Umweltverbände, die mit der Klimapolitik Schwedens hart ins Gericht gingen und Aktionen vollzogen, gab es aber auch schon vorher. Allerdings ist dort keine Allianz zwischen Umweltbewegungen und Gewerkschaften zustande gekommen, wie sie in vielen anderen europäischen Ländern existiert. Die Ursache dafür könnte gerade im sozialpartnerschaftlichen Modell liegen.

Gründe für eine breite Bewegung gibt es genug. Neben der unzureichenden Klimapolitik, wobei sich die rot-grüne Regierung nicht einmal ihre eigenen, mit dem Climate Act geschaffenen,



Der schwedische Gewerkschaftsdachverband Landsorganisationen Sverigen (LO) fordert gemeinsam mit vielen seiner Einzelgewerkschaften stärkere staatliche Eingriffe und argumentiert der Markt könne die anstehenden Aufgaben nicht allein handhaben. Konkret fordert LO mehr „Anreize für Infrastruktur, Digitalisierung und Klima. Der Staat sollte die staatlichen Subventionen für die Renovierung und Modernisierung der schwedischen Infrastruktur, insbesondere für das Stromnetz und digitale Kommunikation, erheblich erhöhen (...) auch den Eisenbahnen und andere Verkehrsinfrastrukturen sowie Energie- und Klimaschutzmaßnahmen sollten mehr Förderungen zu Teil werden“ (LO u. a. 2020).

Während sich mache Gewerkschaftsfunktionäre mit der Integration von Politiken gegen den Klimawandel in Gewerkschaftsarbeit beschäftigen, ist dies unter den Mitgliedern kaum Thema und stößt sogar bei einigen Funktionären auf Widerstand (Lundström 2018a). Das Verständnis ist auch im Gewerkschaftsapparat wesentlich sozialpartnerschaftlich orientiert. Johan Hall, Forschungsdirektor der LO, betont, die Gewerkschaft sei im ständigen Dialog mit Unternehmen, um sie zu überzeugen, neue Schulungen für ihre Mitarbeiter:innen anzubieten. Trotz möglicher unterschiedlicher Interessen würden die Unternehmen anerkennen, dass sie auf lange Sicht auch von besser ausgebildeten Mitarbeiter:innen profitieren werden. Für Betriebe im Metall- und Stahlsektor wird keine große Veränderung jenseits einer Umstellung auf CO₂-freie Produktionsweisen erwartet, die zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze schaffen würde (Pellenec 2018b).

Selbst wenn zuweilen anerkannt wird, dass die aktuelle Produktionsweise einen Einfluss auf das Klima hat, werden die Produktionsverhältnisse als solche in der Regel nicht hinterfragt. Alternative Visionen der Rolle von Arbeiter:innen und Gewerkschaften in Wirtschaft und Gesellschaft existieren in schwedischen Gewerkschaften scheinbar nicht. Der Diskurs bewegt sich vollständig im Rahmen einer „postpolitischen“ Sichtweise konsensueller Lösung zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften. Der Ansatz ähnelt der Vorstellung eine Technological Fix. Die hohe Gewerkschaftsmitgliedschaftsquote, die starke Einbindung der Gewerkschaften in betriebliche und wirtschaftliche Angelegenheiten und ihre Rolle als Hüter des Wachstums scheint aktiven Klimapolitiken und Allianzen mit anderen sozialen Kräften abträglich zu sein (Lundström 2018b, 545–46).

7.4.3 Umweltbewegungen

Dank Greta Thunberg ist tatsächlich eine breite Umweltbewegung in Schweden entstanden, die auch die Politiken der Regierung kritisiert und hinterfragt. Darüber hinaus existieren diverse Umweltverbände, deren Bedeutung in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Dazu gehören unter anderem die Swedish Society for Nature Conservation und Jordens Vänner, die schwedische Mitgliedsorganisation von Friends of the Earth. Vor allem Jordens Vänner setzt sich umfassend mit Erklärungen und Mobilisierungen für weitergehende Klimaschutzpolitiken ein, mobilisiert gegen den Handel mit Emissionszertifikaten und Bergbau in Sami-Gebieten, für eine Just Transition in Schweden und Klimagerechtigkeit international und zu vielen anderen Themen (Jordens vänner o. J.). Eine Vielzahl von Umständen hat in den vergangenen Jahren zu einer Repolitisierung von Umweltfragen in Schweden geführt (Anshelm und Haikola 2018).



7.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen

So wie auch in anderen nordischen Staaten, ist die von Schweden anvisierte Dekarbonisierung soziotechnischer Art und baut u.a. auf eine Veränderung technologischer Infrastruktur, politischer Regime und wirtschaftlicher Strukturen. Das bedeute, sie ist von zahlreichen ungewissen Faktoren abhängig, wie eine Weiterentwicklung der Technologien, starke politische Unterstützung und gesellschaftliche Akzeptanz (Sovacool 2017, 577). Ein Ausbau der Windenergie ist beispielsweise nicht endlos möglich (unter anderem wegen der Migrationsrouten von Vögeln).

In seinem Bericht von 2020 stellt der CPC fest, die existierenden Politiken seien nicht ausreichend. Nachdem die Emissionen zwischen 2003 und 2014 jährlich um zwei Prozent reduziert worden seien, habe sich die Verringerung seitdem auf weniger als ein Prozent im Jahr verlangsamt. Bereits 2019 urteilte der Rat, die Regierungsmaßnahmen seien nicht ausreichend, um die gesetzten Ziele über 2020 hinaus zu erreichen. Die Regierung habe 2019 in ihrem Bericht für das Parlament 14 Maßnahmen erwähnt, die in dem Jahr in Kraft getreten seien. Diese seien aber nicht ausreichend, um den CPC zu einer anderen Einschätzung zu bewegen. Daher werde die Einschätzung bekräftigt, dass die Klimaziele nicht erreicht werden, wenn die aktuellen Umstände und Politiken fortgesetzt würden. Der Klimabericht der Regierung entspreche nicht den gesetzlichen Anforderungen, meist fehle eine Einschätzung der Auswirkung vorgeschlagener Maßnahmen und da, wo diese vorhanden sei, werde nicht die Grundlage erklärt, auf der diese fußt. Zudem verwende die Regierung unterschiedliche Einheiten und Formate in der Einschätzung der Auswirkungen verschiedener Maßnahmen, was es schwer machen würde, diese und ihre Auswirkungen zu vergleichen (CPC 2020, 6–7). Die Ankündigung der Regierung, im Climate Action Plan gemeinsam mit grünen Industrien eine Biowirtschaftsstrategie zu entwickeln für eine nachhaltige Nutzung der schwedischen Wälder sei grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings sei bereits in der Regierungserklärung von 2017 eine Strategie für eine Transition zu einer Kreislaufwirtschaft auf biologischer Basis angekündigt worden und dann nicht vorgelegt worden. Es sei daher notwendig darzulegen, wie eine Biowirtschaftsstrategie aussehen soll und wann sie gestartet werden soll (CPC 2020, 62–63).

Quantität und Qualität von Beschäftigung im nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sind – jenseits von vielen Absichtserklärungen – kein zentrales Thema in Schweden. Die Sozialpartner bauen – trotz gegenteiliger Analyse des CPC – weiterhin weitgehend darauf, dass die Kräfte des Marktes und die Sozialpartner mittels eines Technological Fix alles regeln. Die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen der Transition zielen darauf ab, Umschulungen und Fortbildungen anzubieten, um die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze gefährdet sind, für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes fit zu machen. Eine Neudefinition von Arbeit, ein umfassenderes Verständnis von Qualität von Arbeit oder gar eine kritische Diskussion der Arbeitsgesellschaft sind im Rahmen der begrenzten Untersuchung nicht festzustellen, auch nicht von Seiten des gewerkschaftlichen Mainstreams. Die von Gewerkschaften thematisierten sozialen Aspekte von Arbeit meinen letztlich wesentlich eine ökonomische Absicherung und den Verbleib in Sozialsystemen.

Die Durchsetzung neoliberaler Politiken und Ideologie im Rahmen einer starken Sozialpartnerschaft hat zu einer Entpolitisierung der Gesellschaft und zur Konzentration auf individuelle Eigenverantwortlichkeit geführt, gepaart mit einem starken Fortschrittsglauben (Thörn und Svenberg 2016). Allerdings haben vor allem die Erfahrungen der vergangenen Jahre mit der Hitzewelle und den ausufernden Waldbränden 2018, die von Greta Thunberg inspirierte Bewegung und die Unzulänglichkeiten des Climate Act für eine Repolitisierung der Klimafrage gesorgt.



8. Norwegen: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure

Norwegen ist als Teil Skandinaviens stark vom Klimawandel betroffen. Besonders deutlich wird dies an den steigenden Durchschnittstemperaturen und dem Rückgang der noch bis 1990 stetig anwachsenden Gletscher (Climate Change Post 2021a). Die norwegische Regierung gibt an, eine umfassende Transition zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft vorzunehmen – und so ist auch die Darstellung in der internationalen Presse. Tatsächlich ist aber die Umweltbilanz und die ökologische Transition des Landes äußerst ambivalent und hinsichtlich zahlreicher Aspekte sogar weit hinter dem ohnehin mangelhaften europäischen Durchschnitt. Norwegen deckt zwar fast 100 Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien ab (Irandoost 2018, 88) und mit über 50 Prozent E-Fahrzeuganteil an PKW-Neuzulassungen ist Norwegen diesbezüglich weltweit führend („Norwegen erreicht E-Auto-Quote von 54,3 Prozent“ 2021) – auch wenn ihr Nutzen für die Umwelt zweifelhaft ist. Allerdings ist Norwegen mit einer Erdölproduktion von rund 1,73 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 2019 Europas größter Erdölproduzent (Statista 2020) und der fünftgrößte Erdöl-exporteur der Welt. Der Wohlstand des Landes beruht auf dem Export von Erdöl und Erdgas, ebenso die eigene Transition zu erneuerbaren Energien. Die Gewinne werden in einen Staatsfond mit einem Umfang von einer Billion US-Dollar investiert. Die Erdöl- und Erdgasförderung wie auch die Investitionen des Staatsfonds sind zunehmender Kritik ausgesetzt. 2015 trennte sich der Fond erstmals von Kohleinvestitionen, 2019 beschloss das Parlament die Deinvestition aus der Kohle. Nahezu zeitgleich mit der Ratifizierung des Weltklimaabkommens aber erlaubte Norwegen 2016 erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder neue Ölbohrungen in der arktischen Barentssee. 2019 kündigte die Regierung an Ölakten im Wert von 7.5 Milliarden abzustoßen, behielt aber Investitionen in Ölmultis (Der Spiegel 2020; Heymanns 2019; Theurer 2019).

Das Thema nachhaltige Beschäftigung drängt erst seit einigen Jahren zunehmend in die Öffentlichkeit. In Regierungsdokumenten ist nicht von nachhaltiger Beschäftigung die Rede. In der öffentlichen Debatte geht es, wenn überhaupt, um „Klimajobs“. Die Diskussion um nachhaltige Beschäftigung wird vor allem von Umweltbewegungen, Gewerkschaften und Kirche geführt, die sich zu einer Kampagne mit der Forderung nach „100.000 Klimajobs“ zusammengetan haben (Bridge to the Future 2015a).

8.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

8.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

2020 hatte Norwegen 5,4 Mio. Einwohner:innen. Mit 17,5 Prozent über 65 Jahren ist der Anteil älterer Bevölkerung im Vergleich zu anderen europäischen Staaten eher gering. Hinzu kommt ein vergleichsweise hoher Anteil an 0-14-Jährigen und 10-24-Jährigen. Damit ist nicht zu erwarten, dass der auch in Norwegen voranschreitende Prozess der Überalterung der Gesellschaft überdurchschnittlich schnell erfolgt.

Gesamtbevölkerung in Mio.	Jährliches Bevölkerungswachstum % 2015-2020	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%) 2020	10-24 (%) 2020	15-64 (%) 2020	65 + (%) 2020
2020	0,8	17,3	18,4	65,2	17,5
5,4					

(UNFPA 2020, 145)

Mit 0,8 Prozent Bevölkerungswachstum steht Norwegen an der Spitze der untersuchten Staaten.

8.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Das BIP Norwegens pro Kopf war 2018 mit US\$ 67.614 das mit Abstand höchste aller Vergleichsstaaten. Dies ist stark mit dem Erdöl- und Erdgassektor verknüpft, was auch die Schwankungen von US\$ 66.956 im Jahr 2013 und einem Absacken auf US\$ 58.917 im Jahr 2016 erklärt. Sie entsprechen den Entwicklungen des Ölpreises. Dies wirkte sich zwar direkt auf das verfügbare Haushaltseinkommen aus, aber weniger auf das Wirtschaftswachstum, das sich in den Jahren 2011 bis 2018 in einem niedrigen bis mittleren Bereich von 1,0 bis 2,7 Prozent (zuletzt 2018 lag es bei 1,3 Prozent) bewegte. Der mit Abstand höchste Anteil daran entfiel, wenig überraschend, auf Industrie inklusive Energie mit einem Anteil von 29,5 Prozent der gesamten Wertschöpfung, und schwankte 2011-2018 ebenfalls entsprechend der Erdöl- und Erdgaspreise zwischen 24,9 und 36 Prozent. Es folgt mit 22 Prozent Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Sozialarbeit, und Handel, Reparaturen, Transport sowie Hotel- und Gaststättengewerbe mit 13,4 Prozent (OECD 2020c).

8.2 Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

8.2.1 Arbeitsmarktdaten

Table 1. Labour force

Annual average estimates

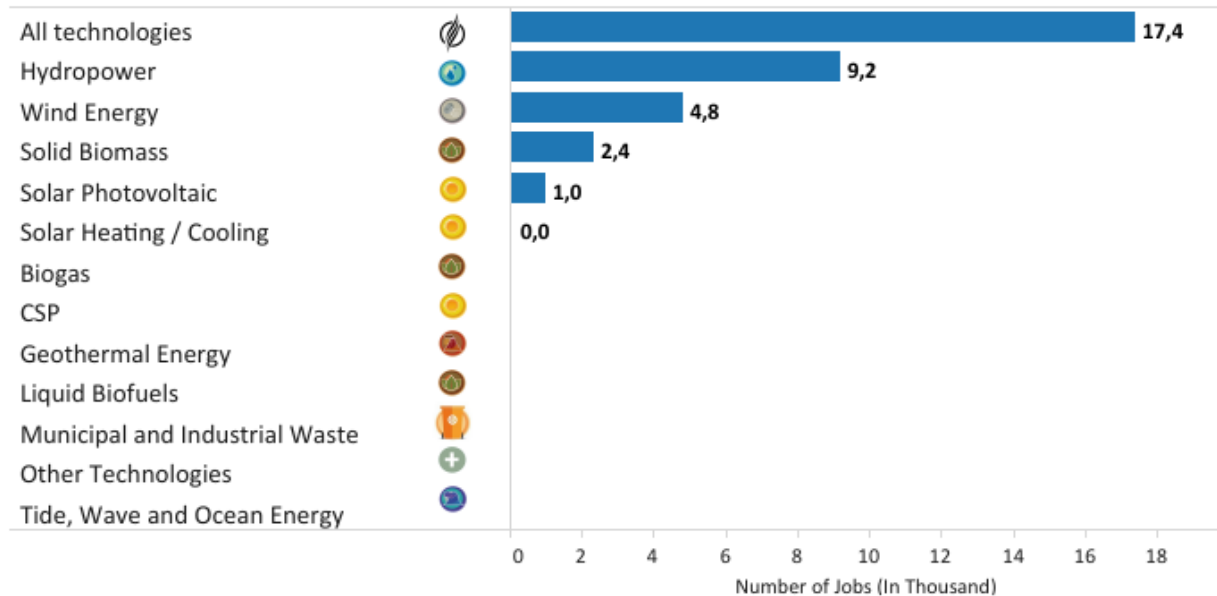
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Labour force, thousands										
All persons	2 592	2 620	2 669	2 694	2 721	2 760	2 768	2 759	2 792	2 819
Males	1 370	1 379	1 413	1 422	1 437	1 461	1 466	1 459	1 480	1 495
Females	1 222	1 241	1 256	1 272	1 285	1 298	1 302	1 300	1 312	1 324
Unemployed, thousands										
All persons	91	84	83	92	95	119	129	115	106	104
Males	55	47	50	51	53	67	79	67	60	59
Females	36	37	33	41	42	52	51	48	46	45
Employment, thousands										
All persons	2 501	2 536	2 585	2 602	2 627	2 641	2 638	2 644	2 686	2 716
Males	1 315	1 332	1 362	1 371	1 384	1 395	1 387	1 392	1 421	1 436
Females	1 186	1 204	1 223	1 230	1 243	1 246	1 251	1 252	1 265	1 279
Employment (%)										
Males	52.6	52.5	52.7	52.7	52.7	52.8	52.6	52.6	52.9	52.9
Females	47.4	47.5	47.3	47.3	47.3	47.2	47.4	47.4	47.1	47.1
Unemployment rate (% of labour force)										
All persons	3.5	3.2	3.1	3.4	3.5	4.3	4.7	4.2	3.8	3.7
Males	4.0	3.4	3.6	3.6	3.7	4.6	5.4	4.6	4.0	3.9
Females	2.9	3.0	2.6	3.2	3.2	4.0	3.9	3.7	3.5	3.4

(OECD 2020k, 1)

Renewable Energy Employment by Technology



Show for Norway



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

8.3.2. Öffentliche Politiken und Maßnahmen

Die Grundlagen der norwegischen Klimapolitik wurden zwischen 2008 und 2012 durch verschiedene Beschlüsse der Koalitionsregierungen unter Führung des Sozialdemokraten Jens Stoltenberg gelegt (mit der Sozialistischen Linkspartei und der ökologisch orientierten ländlichen Senterpartiet, 2005-2009 und 2009-2013). Alle damals im Parlament, dem Storting, vertretenen Parteien, außer der rechtspopulistischen Fortschrittspartei, stimmten zu. Norwegen verpflichtete sich, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren und bis 2050 CO₂-neutral zu sein (Ministry of Climate and Environment 2014).

8.3.2.1 Climate Change Act

2017 verabschiedete das Parlament den Climate Change Act (CCA), der am 1. Januar 2018 in Kraft trat. An der Regierung war damals seit 2013 eine Koalition aus drei konservativen und wirtschaftsliberalen Parteien. Dem CCA stimmten wieder alle Parteien außer der rechtspopulistischen Fortschrittspartei zu. Die sozialistische Linkspartei und die Grünen kritisierten aber die Verpflichtungen der Regierung als nicht weitgehend genug. Der CCA soll für die Umsetzung der zuvor festgelegten Klimaziele sorgen sowie Transparenz und eine öffentliche Debatte um den Stand, die



8.4.2 Gewerkschaften

Die größte norwegische Gewerkschaft, die der Angestellten der Lokalverwaltungen und der Allgemeinen Angestellten (Fagforbundet), die Gewerkschaft Staatlicher Angestellter und Staatlicher Einrichtungen (NTL) und die Gewerkschaft der Elektrizitäts- und IT-Beschäftigten (ELogIT) verfassten 2012 gemeinsam mit der Osloer Zentrale des Gewerkschaftsdachverbandes (Landsorganisasjonen i Norge - LO) eine Erklärung zur Klimapolitik. Darin äußerten die Gewerkschaften Systemkritik und bezogen Position zu Gunsten einer wesentlich radikaleren Klimapolitik und einer Just Transition. Es folgten gewerkschaftliche Mobilisierungen zum Thema, die Beteiligung an breiteren Bündnissen und schließlich die Partizipation am Netzwerk „Bridges tot he Future“ als einer der zentralen Schritte (Wahl 2016).

Im Aktionsprogramm 2017-2021 erklärte der Gewerkschaftsdachverband LO, Treibhausgasemissionen müssten radikal gemäß des Pariser Klimaabkommens reduziert werden (LO Norge 2017, 4). Der menschengemachte Klimawandel sei die größte Herausforderung unserer Zeit und es bestünde die Verantwortung, den Planeten der nächsten Generation in einem besseren Zustand zu übergeben. Es gelte, Wege zu entwickeln, zu leben und zu produzieren und die Umweltauswirkungen dabei so weit wie möglich zu reduzieren. Norwegen habe die Kompetenz, das Kapital und das Knowhow für eine erfolgreichen grünen Wandel. Der Staat habe die Aufgabe, diesen aktiv zu fördern. LO setze sich dafür ein, dass die Investitionen in F&E, um Norwegen in eine emissionsarme Gesellschaft zu verwandeln, aufgestockt werden und die Rolle des Staates in der Förderung neuer klimafreundlicher Produktion gestärkt wird (LO Norge 2017, 11–12).

Das Aktionsprogramm ist im Vergleich zu den Statements vieler Einzelgewerkschaften und der gewerkschaftlichen Beteiligung am Bündnis für 100.000 Klimaerbeitsplätze ein eher allgemein wirkender Kompromiss. Tatsächlich bestehen in der Gewerkschaftsbewegung unterschiedliche Interessen aufgrund der Bedeutung der Ölförderung für gewisse lokale Sektionen. Auf dem Weg zum LO-Kongress von 2017 wurde die Einheit des Gewerkschaftsverbands vornehmlich durch den Rückgriff auf institutionelle Normen und Verfahrensregeln erhalten, die dann zu den Kompromissformulierungen führten (Houeland, Jordhus-Lier, und Angell 2020).

8.4.3 Umweltbewegungen

Eine Klage von Greenpeace Norwegen und der norwegischen NGO Natur og Ungdom (Natur und Jugend) gegen die Erdölförderung in der Barentssee wurde im Dezember 2020 vom höchsten Gericht abgewiesen. Die Umweltorganisationen hatten argumentiert, die Erteilung von Erdöl-Förderlizenzen gefährde die Aussichten künftiger Generationen auf eine intakte Umwelt. Das höchste Gericht war der Ansicht, es sei keine grobe Vernachlässigung der staatlichen Verantwortungspflicht erkennbar und der Staat sei auch nicht dafür verantwortlich, wenn in Norwegen gefördertes Erdöl woanders verbraucht werde. Die Entscheidung wurde von Umweltverbänden und namhaften Jurist:innen als absurd bezeichnet (Hermann 2020)

8.4.4 Building a Just Transition: Allianzen von Gewerkschaften, Umweltbewegung und Kirche

Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2013 schlossen sich über 100 verschiedene Organisationen zusammen, um mit einer gemeinsamen Erklärung zum Klimawandel und sechs zentralen Forderungen das Thema im Wahlkampf in den Mittelpunkt zu rücken. Zu den am Bündnis CE2013 beteiligten Organisationen gehörten diverse Einzelgewerkschaften der drei Dachverbände LO, des kleineren Yrkesorganisasjonenenes Sentralforbund (YS) und der Konföderation der Gewerkschaften für Fachpersonal. Meist handelte es sich um Gewerkschaften aus dem öffentlichen Sektor. Die beiden größten Bauernverbände, die Norwegische Bauerngewerkschaft und die Norwegische Vereinigung der Bauern und Kleinbauern, waren auch Teil der Allianz. Die meisten unterzeichnenden Organisationen beteiligten sich letztlich aber nicht aktiv an Mobilisierungen und die Beweggründe für die Teilnahme waren höchst unterschiedlich. Die Gewerkschaften aus dem öffentlichen Sektor bewegte wesentlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze, während die Bauern argumentierten, es müsse mehr lokale Lebensmittelproduktion geben (Nilsen, Strømsnes, und Schmidt 2018, 20, 32–33).

2015 schlossen sich die Gewerkschaften, Umweltverbände und die norwegische Kirche zu einer Kampagne mit der Forderung nach 100.000 Klimajobs unter dem Namen Bridge to the Future zusammen. Die Initiative ging ursprünglich von Wissenschaftler:innen aus, die sich bezüglich der zu langsamen Transition zu einer CO₂-freien Wirtschaft und Gesellschaft sorgten. Das Bündnis organisierte mehrere große Konferenzen, Proteste, eine Petition an das Parlament und eine Reihe von Veröffentlichungen, in denen Wissenschaftler:innen darlegten, warum ein massives staatliches Programm zur Schaffung von 100.000 Klimajobs notwendig und wie dies möglich sei. Die Kampagne argumentierte, weder der Markt noch individuelle Verhaltensänderungen könnten die notwendige Transition schnell genug voranbringen. Auch könne nur eine geplante, demokratische Just Transition, die 100.000 Klimajobs schafft, den Ausstieg aus der Erdöl- und Erdgasförderung beschleunigen (Bridge to the Future 2015a; 2015b).

8.5 Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Climate Change Tracker²⁸ bewertet die Klimapolitiken Norwegens als nicht ausreichend zur Erreichung des Zieles des Pariser Klimaabkommens einer Erwärmung von höchstens 1,5°C, wenn andere Länder ihre Emissionen nicht deutlich stärker reduzieren. Würden alle Länder sich im vergleichbaren Rahmen bewegen, hätte dies eine durchschnittliche Erwärmung zwischen 2 und 3°C zur Folge (Climate Action Tracker 2021).

Die Hauptinstrumente der norwegischen Klimapolitik sind die Teilnahme am EU-Handel mit CO₂-Emissionspapieren, Investitionen in die Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff, sowie Steuern und Gebühren. Einzig das Instrument der Steuern und Gebühren habe jedoch zu einer Reduzierung der Emissionen geführt, wenn auch nicht im ausreichenden Maße. Die Resultate der hohen Investitionen in die Abscheidung und Speicherung von CO₂ haben nur dürftige Ergebnisse produziert. Auf dem EU-Quotenmarkt existieren drei Mrd. überschüssige Quoten, und selbst wenn die (langsamen) Reformen des Systems irgendwann zu einem finanziellen Ausgleich für

²⁸ Climate Change Tracker ist ein wissenschaftliches Konsortium zur Analyse und Evaluierung der Klimapolitiken der EU-Staaten und weiterer 36 Länder und besteht aus dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Climate Analytics und dem New Climate Institute.



9. Polen: Ausgangslage, Debatte, Politiken und Akteure

Der Klimawandel hat in Polen extrem heiße Sommer, sinkende Niederschläge und zunehmende Dürren zur Folge (Climate Change Post 2021b). Dies verstärkt die Wasserknappheit. Die Wasserreserven Polens betragen etwa die Hälfte des EU-Durchschnitts, der Grundwasserspiegel liegt tief und ein Großteil des Wassers ist mit Schadstoffen verschmutzt (Kortas 2019). Einer Umfrage zufolge hielten dennoch 22 Prozent der Bevölkerung den Klimawandel für sicher oder wahrscheinlich keine ernsthafte Bedrohung der Menschheit, das war der höchste Prozentsatz unter acht untersuchten Ländern (Szulecki 2017, 23). Gemäß zwei Umfragen von 2010 und 2015 fiel der Anteil der Befragten in Polen, die den Klimawandel für „ein sehr ernsthaftes Problem“ halten, sogar von 31 auf 19 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung gab es in Europa nur in Russland, wo der Anteil von 43 auf 33 Prozent fiel (Asadnabizadeh 2019, 278). Dies spiegelt sich in den Positionen der polnischen Regierungen wider und ist eine Folge davon. Die rechtspopulistische Regierung nimmt den Klimawandel öffentlich nicht ernst. Sie betont stets, der Ausbau erneuerbarer Energien sei der EU-Mitgliedschaft geschuldet. Bis vor wenigen Jahren gab es in Polen auch keine Bewegung für die Nutzung erneuerbarer Energien und nur eine kleine Umweltbewegung (Szulecki 2017, 23). Eine öffentliche Debatte um ökologisch und sozial nachhaltige Beschäftigung existiert daher nicht. Dies obwohl in den vergangenen Jahren Klimagesetzgebungen und Programme zur Förderung erneuerbarer Energien und einer (sehr langsame) Energietransition verabschiedet wurden. Auch die polnischen Grünen, die 2019 in einem konservativ-wirtschaftsliberalen Bündnis antraten, sprechen nicht von nachhaltiger Arbeit.

Die Stromgewinnung Polens basiert zu 75-85 Prozent auf Kohle, die auch als Heizstoff zentral ist (Thomas und Doerflinger 2020, 388). Kohle ist von höchster politischer Bedeutung und Brisanz. Nach dem 2. Weltkrieg erfolgten die Elektrifizierung und der industrielle Wiederaufbau komplett mit Kohlestrom. Die Kohle kam aus Polen und ihr Export brachte Devisen ein. Kohle galt als Fundament der polnischen Wirtschaft und als nationaler Schatz. Selbst wenn die wirtschaftliche, militärische und auch energetische Bedeutung abgenommen haben, ist die politische Bedeutung nach wie vor immens (Żuk und Szulecki 2020, 5). Die polnische Regierung hat die Kohlenutzung stets verteidigt und die EU-Vorgaben die CO₂-Emissionen bis 2050 auf null zu reduzieren als unrealistisch bezeichnet (Harper 2020). Energieminister Krzysztof Tchórzewski schloss sogar mehrmals eine Dekarbonisierung aus (Szulecki 2017, 23). Der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad im Kohlebergbau, die zentrale Bedeutung in den strukturschwachen Kohlerevieren und weil der Kohlebergbau fast komplett von Staatsunternehmen kontrolliert wird, machen das Thema zu einem komplizierten Fall für die Regierung (Zinecker u. a. 2018, 17). Im September 2010 erfolgte eine Einigung auf ein Ende des Kohlebergbaus bis 2049 (Harper 2020). In der Energietransition setzt Polen stark auf Atomkraft. Es hat bisher keine Atomkraftwerke, baut aber mit US-Unterstützung einen Reaktor, der 2033 in Betrieb gehen soll. Weitere sollen bis 2043 folgen (Asadnabizadeh 2019, 277).

9.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

9.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

2020 hatte Polen 37,8 Mio. Einwohner:innen. Der Anteil an über 65-Jährigen ist mit 18,7 Prozent relativ gering. Allerdings lassen das negative Bevölkerungswachstum, der niedrige Anteil 0-14- und



10-24-Jähriger, sowie der relativ hohe Anteil 15-64-Jähriger, eine progressive Verringerung der erwerbstätigen Bevölkerung erwarten.

Gesamtbevölkerung (in Mio.)	Jährliches Bevölkerungswachstum %	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%)	10-24 (%)	15-64 (%)	65 + (%)
2020	2015-2020	2020	2020	2020	2020
37,8	-0,1	15,2	15,0	66,0	18,7

(UNFPA 2020, 145)

Die Auswanderung von jungen Menschen und die strikte Antieinwanderungspolitik verstärkt diesen Trend noch weiter.

9.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Das BIP pro Kopf lag 2018 mit 31.393 US\$ jährlich hinter der Slowakei an letzter Stelle der Vergleichsstaaten. Die Wachstumsraten, die 2014-2018 zwischen 3,1 und 5,1 Prozent betragen, waren aber die höchsten. Den größten Anteil hatten der Sektor Handel, Reparaturen, Transport sowie Hotel- und Gaststättengewerbe mit 26 Prozent der gesamten Wertschöpfung, es folgte die Industrie inklusive Energie mit 25 Prozent, während Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit 2,6 Prozent den geringsten Anteil hatte (OECD 2020d). Letzteres steht im starken Kontrast zu der hohen Anzahl an Beschäftigten in der Landwirtschaft.

9.2 Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

9.2.1 Arbeitsmarktdaten

Table 1. Labour force

Annual average estimates

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Labour force, thousands										
All persons	17 123	17 221	17 340	17 361	17 428	17 388	17 260	17 267	17 143	17 019
Males	9 446	9 504	9 551	9 568	9 593	9 568	9 514	9 530	9 440	9 398
Females	7 677	7 717	7 789	7 793	7 835	7 820	7 746	7 737	7 703	7 620
Unemployed, thousands										
All persons	1 650	1 659	1 749	1 793	1 567	1 304	1 063	844	659	558
Males	881	856	900	927	815	701	581	464	363	284
Females	769	802	850	866	752	603	482	380	296	274
Employment, thousands										
All persons	15 473	15 562	15 591	15 568	15 862	16 084	16 197	16 423	16 484	16 461
Males	8 566	8 648	8 651	8 641	8 778	8 867	8 933	9 066	9 077	9 115
Females	6 907	6 914	6 940	6 927	7 084	7 217	7 264	7 357	7 407	7 346
Employment (%)										
Males	55.4	55.6	55.5	55.5	55.3	55.1	55.2	55.2	55.1	55.4
Females	44.6	44.4	44.5	44.5	44.7	44.9	44.8	44.8	44.9	44.6
Unemployment rate (% of labour force)										
All persons	9.6	9.6	10.1	10.3	9.0	7.5	6.2	4.9	3.8	3.3
Males	9.3	9.0	9.4	9.7	8.5	7.3	6.1	4.9	3.8	3.0
Females	10.0	10.4	10.9	11.1	9.6	7.7	6.2	4.9	3.8	3.6

(OECD 2020l, 1)

Table 2. Unemployment rates by age

Die Arbeitslosenquote sank von 9,7 Prozent 2010 auf 3,3 Prozent im Jahr 2019. Auch die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre) sank (von 23,7 Prozent auf 9,9 Prozent), proportional jedoch weit weniger als die der anderen Altersgruppen, und sie bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau.

Annual average estimates, percentage

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
All persons										
15-24	23.7	25.8	26.5	27.3	23.9	20.8	17.7	14.8	11.7	9.9
25-54	8.3	8.2	8.8	9.0	7.9	6.6	5.4	4.2	3.4	2.9
55-64	7.1	6.9	7.4	7.7	6.8	5.4	4.4	3.7	2.8	2.4
65 and over	1.9	1.2	1.6	1.8	1.8	1.5	1.4	1.0	0.8	0.6
15-64	9.7	9.8	10.2	10.5	9.1	7.6	6.2	5.0	3.9	3.3

(OECD 2020I, 2)

Die erwerbsfähige Bevölkerung sank in Polen von 17,123 Mio. 2010 leicht auf 17,019 Mio. 2019. Zugleich stieg die Zahl der Beschäftigten von 15,473 auf 16,461 Mio. Auffällig an den Daten zur Beschäftigung 2010-2019 ist im Vergleich zu allen anderen untersuchten Ländern einerseits der überdurchschnittlich hohe Verlust an Arbeitsplätzen in Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft von über 25 Prozent (von 2,019 Mio. auf 1,499 Mio., wobei der Anteil an der Gesamtbeschäftigung mit 9,1 Prozent immer noch der höchste aller untersuchten Länder ist). Das Verhältnis der Beschäftigung in Industrie und Dienstleistungen beträgt 1:1,84, der zweithöchste Anteil industrieller Beschäftigung nach der Slowakei. Der Anstieg industrieller Beschäftigung ist mit 12 Prozent (4,686 Mio. auf 5,260 Mio.) sogar der höchste aller Vergleichsstaaten, die bestenfalls eine Zunahme um weniger als die Hälfte dessen verzeichnen oder gar einen Rückgang (wie z.B. Spanien und Portugal). Der Anstieg ist auch größer als im Dienstleistungssektor, wo er knapp zehn Prozent betrug (von 8,769 Mio. auf 9,702 Mio.). Ein Großteil der neuen Industriearbeitsplätze entstand zudem in der Fertigungsindustrie (ein Anstieg um 517.000 auf 3,393 Mio.) (OECD 2020I, 3). Diese Entwicklung steht im klaren Gegensatz zum Trend in allen anderen untersuchten Ländern, auch die Slowakei weist eine gänzlich andere Entwicklung auf.

Auffällig im industriellen Sektor ist, dass die Beschäftigung im Bergbau bei steten Schwankungen nach oben und unten, 2019 mit 216.500 Beschäftigten fast auf dem gleichen Stand war wie 2010 (221.400). Entgegen der Tendenz, in der Energietransition eine wachsende Beschäftigung in Strom, Gas, Dampf, Air Condition zu verzeichnen, weist Polen hier eine sinkende Beschäftigung auf (von 177.900 auf 159.300). Im Sektor Wasserversorgung, Abwasser, Abfallmanagement und -vermeidung, für die ökologisch nachhaltige Transition als bedeutend angesehen, nahm die Beschäftigung hingegen von 150.800 auf 186.000 zu. Allerdings bedarf es hier einer detaillierteren Betrachtung angesichts der zunehmenden Rolle Polens als Empfänger von Haushalts- und Industrieabfällen aus anderen EU-Ländern (v.a. Deutschland). Im Baugewerbe stieg die Beschäftigung leicht von 1,257 Mio. auf 1,306 Mio. (OECD 2020I, 3).

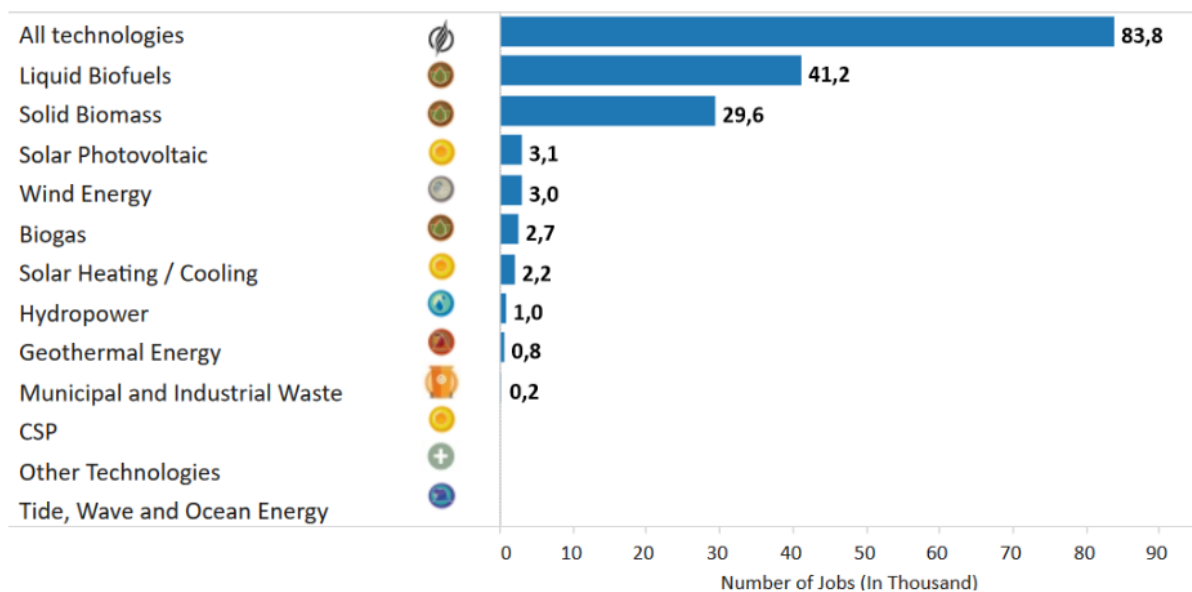
Der Dienstleistungssektor erlebte einen überdurchschnittlichen stetigen Beschäftigungsanstieg in Information und Kommunikation (von 302.800 auf 430.600); Professionelle, wissenschaftliche und technische Aktivitäten (von 477.000 auf 626.000); Hotel- und Gaststättengewerbe (von 338.100 auf 403.300); Transport und Lagerung (von 864.300 auf 1,04 Mio.), und Finanzen und Versicherungen (von 353.900 auf 403.900). Die Beschäftigung in Andere Dienstleistungen stieg leicht überdurchschnittlich (von 238.300 auf 267.400). Einen nur geringen Beschäftigungsanstieg gab es in

9.3.1. Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien

Renewable Energy Employment by Technology



Show for



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

Die meisten der 83.800 Arbeitsplätze im Sektor erneuerbarer Energien in Polen im Jahr 2020 sind in den Bioenergien, führend ist die Produktion von flüssigem Biotreibstoff gefolgt von Bioenergie aus Biomasse. Alle anderen erneuerbaren Energien sind marginal. 2013 lag die Anzahl der Beschäftigten im Sektor bei 38.000. In den Jahren 2010 bis 2013 betrug die jährliche Wachstumsrate der Beschäftigung vier Prozent (Bartniczak und Ptak 2015, 6). Bartniczak und Ptak geben einen Überblick der Politiken bis 2015 und der erwarteten Beschäftigungsentwicklung im Sektor erneuerbare Energien bis 2020: Die meisten der Regierungsprogramme und -strategien zu wirtschaftlicher Modernisierung, Innovation und Effizienz, Humankapitalentwicklung und regionaler Entwicklung enthalten lediglich Verweise auf die Unterstützung der Schaffung von Green Jobs als Weg zur Schaffung neuer Beschäftigung (Bartniczak und Ptak 2015, 7–9). Zahlen zu den neu entstehenden Jobs im Sektor erneuerbare Energien gibt es in keinem der Dokumente. Sie tauchen lediglich im erklärenden Memorandum zum Gesetz zu erneuerbaren Energiequellen von 2015 auf, in dem es heißt, ein Ziel sei die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Es wird für 2015 bis 2020 ein Zuwachs von über 56.000 neuen Arbeitsplätzen erwartet. Davon sollen mehr als die Hälfte durch Sonnenkollektoren entstehen, nahezu ein Viertel durch Windenergie (Bartniczak und Ptak 2015, 10). Wie die Zahlen von 2020 zeigen, handelte es sich um eine Fehleinschätzung. Dies sowohl bezüglich des Gesamtzuwachses, der sogar von 2013 bis 2020 nur 45.800 betrug anstatt 56.000, wie auch bezüglich der Sektoren. Tatsächlich wuchsen die Sektoren Sonnen- und Windenergie so gut wie gar nicht, sondern lediglich der Sektor Biomasse.



Dabei dürfte es sich größtenteils um eher weniger qualifizierte Jobs im landwirtschaftlichen Sektor handeln.

9.3.2 Öffentliche Politiken und Maßnahmen

9.3.2.1 Strategy for Responsible Development for the period up to 2020 (including the perspective up to 2030)

2016 stellte die Regierung der rechtspopulistischen PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) die „Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung“ (im Folgenden SRD) vor, deren Hauptziel ist „die Polen vor der Falle mittlerer Einkommen, der Durchschnittlichkeit des Produkts, des fehlenden Gleichgewichts, vor der demografischen Falle und der Falle der schwachen Institutionen zu schützen“. Die Vorhaben und Richtlinien des Plans beziehen sich auf äußerst unterschiedliche Sektoren der polnischen Wirtschaft und sehen vor, sie weitgehend umzustrukturieren. Dazu werden zwölf Leitprojekte definiert und 173 strategische Projekte. Unter den neuen zu fördernden Sektoren befindet sich auch ein „Eco-Friendly“ Baugewerbe (Brusilo 2020; Council of Ministers 2017). Als Ziele setzt die Strategie die Schaffung „von guten Einkommensbedingungen für die Einwohner Polens bei gleichzeitigem Anstieg der sozialen, ökonomischen und territorialen Kohäsion“ (Riedel 2018). Der Plan wurde als Morawiecki-Plan bekannt, benannt nach dem Autor Mateusz Morawiecki, Bankmanager, Millionär und damaliger stellvertretender Ministerpräsident sowie Wirtschafts- und Finanzminister, und seit Dezember 2017 Ministerpräsident. Im Februar 2017 verabschiedete der polnische Ministerrat die SRD als Leitlinie zur Operationalisierung des Morawiecki-Plans. Das Dokument, dem angeblich umfangreiche Konsultationen mit Wirtschaft, Verwaltungsebenen und NGOs vorausgingen, wird als Schlüsseldokument des polnischen Staates bezeichnet (Council of Ministers 2017, 1).

Die SRD will ein Modell „verantwortlicher und auch sozial und territorial nachhaltiger Entwicklung“ sein. Sie umfasse „die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, den Erhalt des natürlichen Gleichgewichts und der Lebensqualität bei Beibehaltung der Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen“ (Council of Ministers 2017, 3). Der Staat müsse effizienter werden, um eine Führungsfunktion auszufüllen und es sei extrem wichtig, innovative Unternehmen zu unterstützen, da sie die Grundlage einer modernen, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wirtschaft für nachhaltiges Wachstum seien (Council of Ministers 2017, 3). Territorial nachhaltig meint eine stärkere ländliche Entwicklung und die Aufwertung von kleinen und mittleren urbanen Zentren (Council of Ministers 2017, 3, 13). Sozial nachhaltig meint ganz allgemein das Versprechen, durch bessere Qualifizierung höhere Einkommen und einen besseren Lebensstandard zu erreichen (Council of Ministers 2017, 5), während sich ökonomisch nachhaltig auf einen Ausbau der Industrie 4.0 bezieht. In diesem Zusammenhang sollen die Kompetenzen und Fertigkeiten von Beschäftigten kontinuierlich verbessert werden. Ein Kernziel sei es Effizienz und Effektivität von Berufsbildung und kontinuierlichem Lernen zu steigern und mit dem Arbeitsmarkt in Einklang zu bringen (Council of Ministers 2017, 8).

Der Plan wurde von Beginn an von vielen Seiten kritisiert. Sogar der Nationale Entwicklungsrat des Präsidialamtes kritisierte den Plan, da juristische Standard zu kurz kämen; er keine Road Map mit klaren Etappenzielen enthält (gemäß eines Parlamentsbeschluss von 2006 müssen diese enthalten sein); die Beschreibung der Leitprojekte und der ergänzenden Projekte nicht ausgearbeitet genug sei, was zu Problemen bei der Implementierung führen könne; und schließlich seien die



Beschäftigung und Qualifikationen) innerhalb“ (Ministerstwo Aktywów Państwowych 2019, 205) des Zeitrahmens bis zur Wiedervorlage nicht möglich und sollte im Rahmen des Umstrukturierungsplans 2020 nachgereicht werden.

Die häufig eher vagen oder auch zweifelhaften Formulierungen in dem Plan, die Angaben zu den Etappenzielen und das Fehlen der Analyse der Auswirkungen lassen daran zweifeln, dass tatsächlich eine fundierte und abgestimmte Strategie einer Just Transition existiert. Insgesamt wird der Eindruck erweckt, die polnische Regierung verlasse sich wesentlich auf die Entwicklung und Implementierung innovativer Technologien durch die Privatindustrie.

9.3.2.3 GreenEvo – Accelerator of Green Technologies

GreenEVO ist ein Förderprogramm des Ministeriums für Klima und Umwelt für „grüne Technologien“ das 2019 zum siebten Mal aufgelegt wurde. Begonnen wurde es 2009 und in sechs aufeinanderfolgenden Jahren bis 2015 neu aufgelegt. Gefördert werden Industrien in den Bereichen Wasser- und Abwassermanagement, Wassermanagement, erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Luftreinhaltung, Erhalt biologischer Diversität, Passivhäuser, Niedrigemissionstransport und Klimaschutztechnologie. Im aktuellen Förderprogramm werden 33 Unternehmen in der Entwicklung und Produktion von 34 verschiedenen Technologien in den genannten Bereichen gefördert. Betont wird dabei vor allem der Aspekt des Exports der Technologien und von Maßnahmen gegen den Klimawandel ohne Senkung des Wirtschaftswachstums. Angaben zu der Art der Förderungen und eventuellen Konditionen konnten nicht gefunden werden. Beschäftigung ist in der Präsentation des Förderprogramms und der geförderten Unternehmen kein Thema (Ministry of Climate 2019).

9.3.2.4 Kreislaufwirtschaft

Polen gehört zu den EU-Ländern, die vergleichsweise wenig Abfall pro Einwohner:in verursachen, allerdings hat es auch eine niedrige Recyclingquote und eine hohe Deponiequote (EP-VÖ 2020). Zudem ist die Abfallwirtschaft von Skandalen zu illegaler Entsorgung, illegalen Deponien und Bränden auf Deponien gekennzeichnet. Die Zahlen sind allerdings von 2017 und erfahrungsgemäß dürfte das überdurchschnittliche industrielle Wachstum in den Folgejahren in Polen auch zu einem höheren Abfallaufkommen geführt haben. Trotz EU-Unterstützung nahmen die Investitionen in Recycling und Wiederverwertung bis 2018 wieder ab. Alles deutete darauf hin, dass Polen die Vorgaben der EU zur Kreislaufwirtschaft, die 2020 in Kraft traten, nicht erfüllen können würde. Nach Mahnung der EU verabschiedete Polen 2019 und 2020 eine Reihe strengerer Gesetze zu Abfalltrennung und Recycling und eine *Road Map Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft*. Darin werden viele mögliche Bereiche und Initiativen genannt, die wesentlich auf eine Zusammenarbeit von Forschung und Industrie für innovative Lösungen hinauslaufen. Die konkretesten Angaben betreffen den großen Sektor der Energie- und Treibstoffgewinnung aus Biomasse. Hier würden auch große Chancen zur Schaffung „finanziell attraktiver Arbeitsplätze“ liegen (Ministerstwo Rozwoju, Pracy i Technologii 2019, 22).

Gewerkschaftsallianz OPZZ und die FZZ (Gewerkschaftsforum) eine Konferenz mit der Forderung, Klimapolitiken auf ihre Kosten und Folgen für Beschäftigung zu analysieren und vertreten, jedes Land solle die Möglichkeit haben, Energie aus vorhandenen Rohstoffen zu produzieren. Die NSZZ Solidarność leugnet den vom Menschen verursachten Klimawandel und die Gewerkschafts-sektion Kohlebergbau und der Schlesische Regionalverband verabschiedeten zum COP24 2018 in Katowice eine gemeinsame Erklärung mit einem rechten US Think Tank, in der Berichte über den Klimawandel als falscher Alarmismus abgetan wurden (Thomas und Doerflinger 2020, 389–90).

Im Gegensatz zu Gewerkschaften aus anderen Ländern, die in der Regel eine striktere Klimapolitik und eine Just Transition fordern, heißt es zum Beispiel im Programm 2018-2022 des eher moderat rechten Dachverbands OPZZ, dass angesichts der großen Abhängigkeit Polens von der Kohle die polnischen Beschäftigten die feste Zusicherung bräuchten, dass jedwede Veränderung in dem Sektor sich nicht negativ auf ihre Beschäftigung und ihren Lebensstandard auswirken wird. Es müsse anerkannt werden, dass „das Projekt grüne Wirtschaft in der Praxis eine völlig andere Bedeutung für unterschiedliche Länder und Regionen haben kann, auch wenn der Grundgedanke der gleich sei“ (OPZZ 2018, 6). Die Kosten für die Transition würden in erster Linie von Ländern wie Polen getragen werden und daher könne nicht akzeptiert werden, dass sie die finanziellen und sozialen Kosten alleine tragen müssten (OPZZ 2018, 7)

9.4.3 Umweltbewegung

Neben *Greenpeace Polska*, das sich vorwiegend der Informationsverbreitung zu erneuerbaren Energien (Greenpeace Polska 2019a) widmet und gegen die Nutzung der Kohle einsetzt (Greenpeace Polska 2019b), existieren mittlerweile viele kleine Umweltgruppen, die sich zu einer Umweltbewegung formieren. 2019 beteiligten sich Schüler:innen am Jugendklimastreik und richteten eine Reihe Forderungen an die Parteien hinsichtlich der kommenden Wahlen (Greenpeace Polska 2019b). Dies ist eine relativ neue Entwicklung. Lange Zeit gab es in Polen bestenfalls kleine lokale Gruppen zu spezifischen Umweltthemen, eine Bewegung bildete sich nicht. Bereits zu den zwei COPs in Poznan 2008 und in Warschau 2013 war versucht worden, das Momentum zu nutzen und eine Umweltbewegung zu formieren, doch sie verschwand gleich wieder nach den Klimagipfeln (Asadnabizadeh 2019, 278). Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts aber wuchs der Basisaktivismus jenseits von NGOs. Untersuchungen zeigten ab 2014 eine zunehmende Spaltung der polnischen Gesellschaft: Während in der konservativen und nationalistischen Bevölkerung die Skepsis am Klimawandel und das Misstrauen gegenüber Umweltthemen zunahm, stieg in liberalen und linken Kreisen die Sorge um den Klimawandel und Umweltthemen. Es erfolgte eine Politisierung der Themen Energie, Luftqualität/öffentliche Gesundheit und Schutz der Biodiversität (Szulecka und Szulecki 2017, 20). Zum COP24 in Katowice 2018 gelang auch in Polen eine kritische Mobilisierung. Im Juli 2019 nahmen über 400 Personen am ersten Klimacamp Polens teil. Neben zahlreichen Angehörigen verschiedener lokaler Umweltgruppen, fiel vor allem die Beteiligung katholischer Umweltgruppen auf. Diese waren teilweise bereits zum COP24 in Katowice in Erscheinung getreten und könnten im streng katholischen Polen eine bedeutende Rolle spielen (Asadnabizadeh 2019, 278). Der Einfluss der Umweltbewegung auf politische Entscheidungen bleibt dennoch sehr begrenzt. Die polnische politische Kultur ist von der institutionellen Ablehnung zivilgesellschaftlicher Partizipation geprägt. Es finden kaum öffentliche Anhörungen zu Regierungsplänen statt und



10. Slowakei: Ausgangslage, Politiken, Debatte und Akteure

Nachhaltige Arbeit oder ökologisch und sozial nachhaltige Beschäftigung sind in der Slowakei weder in öffentlichen Debatten noch in Regierungsdokumenten ein Thema. Selbst Green Jobs werden kaum thematisiert. Just Transition findet in Regierungsdokumenten erstmals 2020 breitere Erwähnung. Die Regierung wird seit 2020 von einer Koalition unter der Führung einer populistisch-konservativen Partei gestellt, der noch eine konservative, eine rechtspopulistische und eine liberale Partei angehören. Von 2016 bis 2020 regierte eine von der Sozialdemokratie angeführte Koalition unter Beteiligung einer nationalkonservativen Partei und einer Partei der ungarischen Minderheit. Von 2012 bis 2016 hatten die Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit allein regiert. Klimawandel, Just Transition und ökologisch nachhaltige Beschäftigung waren bisher für keine Partei und keine Regierung zentral.

Auf Druck der EU wurden in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Strategiepapieren zur Bekämpfung des Klimawandels, Transformation der Energiepolitik usw. verabschiedet. Die Aussagen sind allerdings meist wenig konkret und die Umsetzung unklar oder dürftig. Staatliche Programme für die Schaffung von ökologisch nachhaltiger Beschäftigung sind kaum vorhanden, zusätzlich mit dem Aspekt sozialer Nachhaltigkeit oder dem Kriterium der guten Arbeit versehen, sind gar keine zu finden.

Im Energiemix spielt Atomkraft eine zentrale Rolle mit über 50 Prozent der inländischen Stromerzeugung in zwei AKWs (Diallo u. a. 2020, 5). In einem AKW ist die Inbetriebnahme zwei weiterer Reaktorblöcke geplant. Die Stromerzeugung durch Kohle hat im vergangenen Jahrzehnt zwar bedeutend abgenommen, stellte aber 2018 immer noch 19 Prozent der gesamten inländischen Energieerzeugung (OECD 2020t). Kohlestrom ist hoch subventioniert. Für 2023 wurde das Ende der Subventionen beschlossen. Dies wird von der Slowakischen Regierung wie auch international als Ausstieg aus der Kohle dargestellt. Dies ist nicht ganz richtig. Zwar ist ein Plan für Ersatzarbeitsplätze in der Braunkohleregion verabschiedet worden, doch bedeutet das Ende der Subventionen weder automatisch das Ende der Braunkohleförderung noch unbedingt des Kohlestroms (Beňová 2020, 3–4). Die Möglichkeit einer Verlängerung des Kohlebergbaus und der Verstromung ergibt sich auch daraus, dass Investitionen in Erneuerbare Energiequellen sehr gering sind und in den vergangenen Jahren sogar gesunken sind.

10.1 Statistische Daten zu Wirtschaft, Bevölkerungsstruktur und Beschäftigung

10.1.1 Bevölkerung (Gesamtbevölkerung und Altersstruktur 2020)

2020 hatte die Slowakei 5,5 Mio. Einwohner:innen. Mit 16,7 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahren ist dies der niedrigste Anteil von allen untersuchten Staaten. Der Anteil der 0-14-Jährigen liegt im unteren Bereich, etwas höher als Portugal, Spanien und Polen.

Gesamtbevölkerung in Mio.	Jährliches Bevölkerungswachstum % 2015-2020	Bevölkerungsstruktur (Alter)			
		0-14 (%)	10-24 (%)	15-64 (%)	65 + (%)
2020	2015-2020	2020	2020	2020	2020
5,5	0,1	15,6	15,3	67,7	16,7

(UNFPA 2020, 145)



Da der Anteil der 10-24-Jährigen der ebenfalls im unteren Bereich liegt (knapp höher als Spanien und Polen und gleichauf mit Portugal) und der Anteil der 15-64-Jährigen der höchste ist, ist eine progressive Verringerung der erwerbstätigen Bevölkerung zu erwarten. Dies dürfte durch die Antieinwanderungshaltung der neuen Regierung weiter verstärkt werden.

10.1.2 BIP, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur

Das BIP pro Kopf lag 2018 mit US\$ 32.621 jährlich knapp vor Polen auf zweitletzter Position. Die Slowakei hatte aber mit Wachstumsraten zwischen 2,1 und 4,8 Prozent in den Jahren 2014 bis 2018 nach Polen das höchste BIP-Wachstum. Den größten Anteil an der Wertschöpfung hatte die Industrie inklusive Energie mit 25,7 Prozent, während Land- und Forstwirtschaft und Fischerei mit 2,6 Prozent den geringsten Anteil ausmachte (OECD 2020f).

10.2 Arbeitskräfte, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

10.2.1 Arbeitsmarktdaten

Table 1. Labour force

Annual average estimates

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Labour force, thousands										
All persons	2 707	2 680	2 707	2 715	2 722	2 738	2 759	2 755	2 746	2 741
Males	1 497	1 496	1 507	1 506	1 510	1 505	1 511	1 504	1 506	1 501
Females	1 210	1 185	1 200	1 210	1 212	1 234	1 248	1 251	1 240	1 240
Unemployed, thousands										
All persons	389	365	378	386	359	314	267	224	179	158
Males	213	204	204	210	194	155	133	119	92	84
Females	177	161	174	176	165	159	134	105	87	74
Employment, thousands										
All persons	2 318	2 315	2 329	2 329	2 363	2 424	2 492	2 531	2 567	2 584
Males	1 285	1 292	1 303	1 295	1 316	1 349	1 378	1 385	1 414	1 417
Females	1 033	1 023	1 025	1 034	1 047	1 075	1 114	1 145	1 153	1 166
Employment (%)										
Males	55.4	55.8	56.0	55.6	55.7	55.7	55.3	54.7	55.1	54.9
Females	44.6	44.2	44.0	44.4	44.3	44.3	44.7	45.3	44.9	45.1
Unemployment rate (% of labour force)										
All persons	14.4	13.6	14.0	14.2	13.2	11.5	9.7	8.1	6.5	5.8
Males	14.2	13.6	13.5	14.0	12.8	10.3	8.8	7.9	6.1	5.6
Females	14.6	13.6	14.5	14.5	13.6	12.9	10.8	8.4	7.0	6.0

(OECD 2020n)

Die Arbeitslosenrate ist mit 5,8 Prozent 2019 moderat. 2009 bis 2015 pendelte sie noch zwischen 11,5 und 14,4 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist aber mit 16,1 Prozent (2019) immer noch hoch, und sogar von 14,9 im Jahr 2018 gestiegen, obwohl die Arbeitslosenrate insgesamt gesunken ist. Regional bestehen große Unterschiede. Im Westen der Slowakei herrscht Fachkräftemangel, während der Osten eine höhere Arbeitslosenrate aufweist. Auch die Migration aus der Slowakei ist groß. Dies entlastet zwar den Arbeitsmarkt, trägt aber zugleich zum Fachkräftemangel bei. Insgesamt sind seit dem Beitritt der Slowakei zu der EU im Jahr 2004 über eine halbe Million Slowak:innen nach Westeuropa ausgewandert, das sind nahezu zehn Prozent der Gesamtbevölkerung (European Commission 2019; Szczurek und Tomaszewski 2017, 7–8).



Table 2. Unemployment rates by age

Annual average estimates, percentage

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
All persons										
15-24	33.6	33.4	34.0	33.6	29.7	26.4	22.2	18.9	14.9	16.1
25-54	12.8	12.1	12.4	12.8	12.0	10.5	8.6	7.6	6.1	5.3
55-64	10.1	10.1	11.2	11.0	10.6	9.3	9.0	6.0	5.3	4.7
65 and over	4.1	2.4	3.4	4.1	6.4	2.3	2.5	1.9	0.7	0.2
15-64	14.4	13.7	14.0	14.3	13.2	11.5	9.7	8.2	6.6	5.8

(OECD 2020n)

Die erwerbsfähige Bevölkerung nahm in der Slowakei 2010-2019 leicht von 2,707 Mio. auf 2,741 Mio. zu. Die Beschäftigung stieg von 2,318 auf 2,584 Mio. an. Die Slowakei hat unter den Vergleichsstaaten den höchsten Anteil an Industriebeschäftigung. Das Beschäftigungsverhältnis Industrie und Dienstleistungen beträgt 1:1,5. Ebenso wie Polen ist die Slowakei die verlängerte Werkbank Westeuropas. Allerdings weist die Produktionsstruktur auch Unterschiede auf. Im Gegensatz zu Polen ist der Anteil der Beschäftigten in Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft sehr klein. 2019 betrug er 72.000 von 2.583.700 Erwerbstätigen und war – trotz Schwankungen nach oben und unten – fast auf dem gleichen Stand wie 2010 (75.000). Der Anstieg der Beschäftigung in der Industrie von 2010 bis 2019 betrug etwas mehr als acht Prozent (von 860.100 auf 932.600), der Anstieg im Dienstleistungssektor hingegen mehr als 14 Prozent (von 1,383 auf 1,579 Mio.). Ein genauerer Blick auf die Daten zeigt jedoch, dass der Anstieg der Beschäftigung im industriellen Sektor vollständig auf die Fertigungsindustrie zurückzuführen ist (von 530.000 auf 635.900). Dieser wuchs um 20 Prozent, und damit stärker als in Polen (18 Prozent). In fast allen anderen Industriesektoren sank die Beschäftigung in der Slowakei 2010-2019: Im Baugewerbe von 258.300 auf 235.900; im Bergbau von 13.900 auf 8.800; und in Wasserversorgung, Abwasser, Abfallmanagement und -vermeidung von 31.100 auf 22.600. Nur in Strom, Gas, Dampf, Air Condition nahm sie von 27.000 auf 29.400 zu (OECD 2020n).

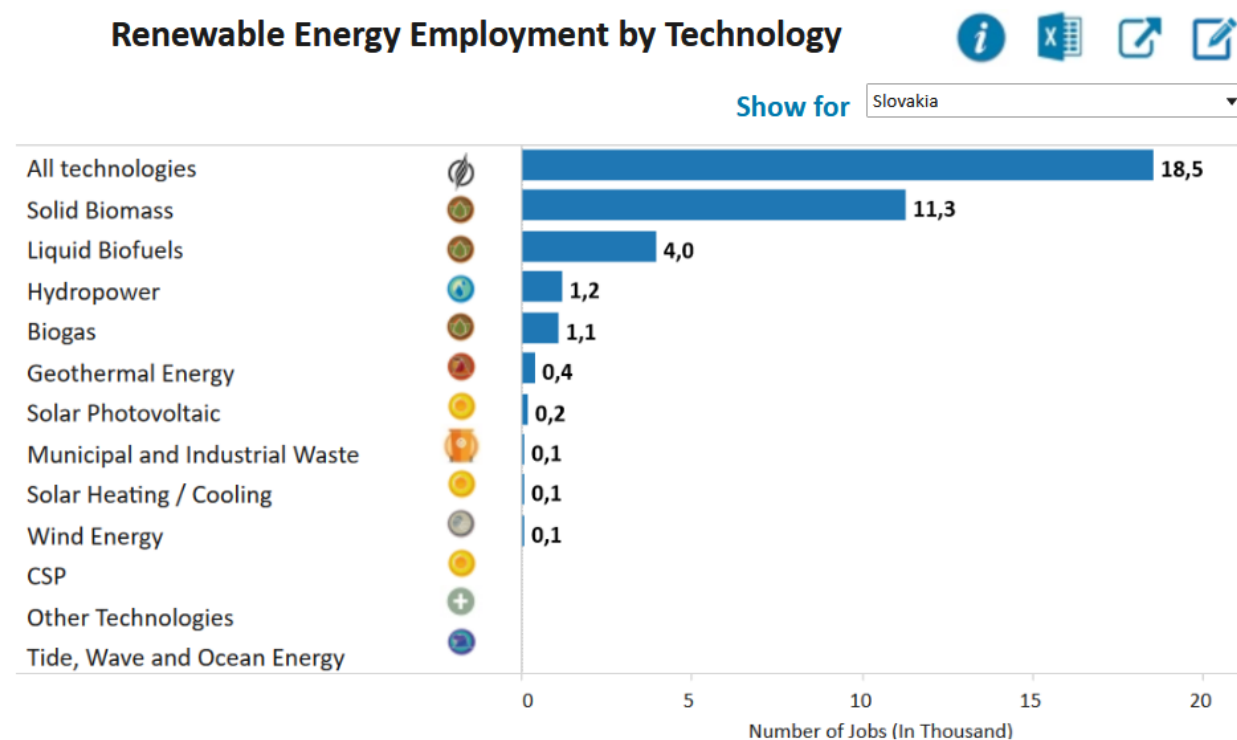
Im Dienstleistungssektor wuchs die Beschäftigung in fast allen Untersektoren. Den größten Beschäftigungsanstieg verzeichnete interessanterweise der Informations- und Kommunikationssektor (von 55.900 auf 76.600). Die darauffolgenden Dienstleistungssektoren mit einem hohen Anstieg bestätigen noch einmal den Unterschied zu Polen: Bildung (von 165.000 auf 200.000, mit einem kontinuierlichen Anstieg seit 2014); Hotel- und Gaststättengewerbe (von 68.900 auf 92.700); Menschliche Gesundheit und Sozialarbeit (von 157.100 auf 198.100); Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherungssysteme (von 188.900 auf 216.800); Professionelle, wissenschaftliche und technische Aktivitäten (von 75.400 auf 90.700); Kultur, Unterhaltung und Erholung (von 51.600 auf 63.500); Andere Dienstleistungen (von 31.200 auf 37.700); Immobiliensektor (von 13.800 auf 15.100); und Finanzen und Versicherungen (von 47.800 auf 54.700). Trotz kleiner Zuwächse stagnierte die Beschäftigung in Groß- und Einzelhandel, Fahrzeugreparatur (von 306.300 auf 306.500); Verwaltung und Support-Dienstleistungen (von 59.500 auf 59.900); und Transport und Lagerung (von 103.600 auf 107.900) (OECD 2020n).

10.3 Green Jobs – Zelená práca

Mit 62 Punkten im EU-28 Eco-innovation scoreboard 2019 und lediglich 52 Punkten in Beschäftigung in *Eco-Industries* liegt die Slowakei weit unter dem EU28-Durchschnitt auf Platz 23

(European Commission 2020). Generell landet die Slowakei in nahezu allen Bereichen bezüglich Öko-Innovation auf den hinteren Plätzen (Eco-Innovation Observatory 2020). Dies liegt einerseits an der Wirtschaftsstruktur und der Stellung des Landes in den internationalen Warenproduktionsketten. So gehört die Slowakei zu den erfolgreichsten Exporteuren von Medium- und High-Tech-Produkten der EU, aber die Exporte ökologisch innovativer Technologie betragen nur die Hälfte des EU-Durchschnitts (Eco-Innovation Observatory 2020, 7). Andererseits sind aber auch die staatlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung im EU-Vergleich sehr niedrig. Die staatliche finanzielle Förderung für Forschungseinrichtungen und Betriebe zur Entwicklung und Umsetzung von ökologischer Innovation ist sehr gering und nicht-finanzielle Unterstützung für Unternehmen ist praktisch inexistent (Eco-Innovation Observatory 2020).

10.3.1. Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien



Source IRENA jobs database. Figures provided are the result of a comprehensive review of primary information sources by national entities such as ministries and statistical agencies, and secondary data sources such as regional and global studies. This is an ongoing effort to update and refine available knowledge. Totals may not add up due to rounding. 'Other Technologies' include jobs which are not technology specific.

(IRENA 2020b)

Die meisten der 18.500 Arbeitsplätze im Sektor erneuerbarer Energien in der Slowakei 2020 sind in den Bioenergien. Führend ist die Produktion von Bioenergie aus Biomasse, gefolgt von flüssigem Biotreibstoff. Eine geringe Rolle spielen noch Wasserkraft und Biogas. Sonnenenergie mit 300 und Windenergie mit 100 Beschäftigten sind marginal (IRENA 2020b). Von 2010 bis 2020 nahmen die Beschäftigten in der Energieproduktion aus Biomasse (von 800 auf 11.300) und Biogas (von unter 50 auf 1.100) um fast 1.500 Prozent zu. Sonnenenergie verzeichnete im gleichen Zeitraum einen

10.3.2.1 Aktualisierung der Climate Change Adaptation Strategy

2018 wurde die Strategie der Anpassung an den Klimawandel (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2014a) aktualisiert. Es wurden die Folgen des Klimawandels auf Geologie, Böden, natürliche Umwelt und biologische Vielfalt, Wasserhaushalt und -management, Ansiedlung, menschliche Gesundheit, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Energie, Industrie und Tourismus untersucht und eine proaktive Anpassung entworfen. Die Folgen für Beschäftigung wurden analysiert und es wurde festgelegt, die Politiken zur Anpassung an den Klimawandel sollten auch die Widerstandsfähigkeit von Unternehmen und unternehmerischen Tätigkeiten gegenüber den vom Klimawandel verursachten Veränderungen stärken (Eco-Innovation Observatory 2020, 15, 26). Konkrete Beschäftigungsmaßnahmen wurden nicht genannt.

10.3.2.2 Vision and Strategy of Slovakia’s Development until 2030

Bei dem 2019 verabschiedeten Dokument handelt es sich um die Orientierung zur lokalen Umsetzung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung und der darin enthaltenen 17 SDGs (DIRD 2019). Entsprechend der SDGs wird in dem Dokument „gute Arbeit“ als eines der Ziele formuliert und die Transformation der slowakischen Wirtschaft in eine innovative grüne Wirtschaft postuliert. Diese soll Bildung und vorhandene Ressourcen nutzen und ökologisch und sozial widerstandsfähig gegen negative Auswirkungen interner und externer Art sein (Eco-Innovation Observatory 2020, 14).

10.3.2.3 Strategy of the Environmental Policy of the Slovak Republic until 2030

Das im Dezember 2019 verabschiedete Grundsatzpapier legt die Rahmenrichtlinien und Orientierungen für die Umweltstrategie der Slowakei und die Ziele bis 2030 fest (das Vorläuferdokument stammte von 1993) (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2019). Die Wirtschaft soll demnach bis 2030 zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft umgebaut werden. Bis 2030 soll die Unterstützung für grüne Innovation und grüne F&E dem EU-Durchschnitt entsprechen. Der Begriff Beschäftigung fällt in dem Papier nur ein einziges Mal und der Begriff Arbeit gar nicht (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2019). Es sollen Umweltbildungs- und Umweltschulungsprogramme für alle Altersgruppen angeboten werden. Durch eine Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Trägern, Universitäten und NGOs wird „das System formaler und informeller Umweltbildung und -schulung für eine nachhaltigere Entwicklung effizienter werden“ (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2019, 43).

10.3.2.4 Integrated National Energy and Climate Plan for 2021 to 2030

Ebenfalls im Dezember 2019 verabschiedete die slowakische Regierung einen Energie- und Klimaplan für 2021-2030. Darin heißt es: „Die Slowakische Republik nimmt die Luftqualität, die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die Eindämmung des Klimawandels, die Sicherheit der Versorgung mit allen Energiearten und deren Bezahlbarkeit sehr ernst“ (Ministry of Economy of the Slovak Republic 2019, 19). Die Slowakische Republik, wird betont, habe sich 2019 verpflichtet, bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen. Zugleich geht der Plan aber kaum darauf ein, wie die



schrittweise Reduzierung der Emissionen erreicht werden soll. Es wird auch übergangen, dass die im Bericht angekündigten Ziele in verschiedenen Bereichen eine Verschlechterung im Vergleich mit zuvor gesteckten Zielen darstellen. So wird für 2030 für den Anteil erneuerbarer Energien 19,2 Prozent des gesamten Energiebedarfs und 27,3 Prozent des Strombedarfs als Ziel gesetzt (Ministry of Economy of the Slovak Republic 2019, 19). Gemäß der vorherigen Planung sollte der Anteil erneuerbarer Energien am Strombedarf bereits 2024 24 Prozent betragen (Diallo u. a. 2020, 6). Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die im Klimaplan angekündigten Zwischenziele erreicht werden, wobei eine CO₂-Neutralität bis 2050 ohne weitere Maßnahmen sowieso nicht zu erreichen ist. Eine Strategie zur Schaffung von ökologisch und sozial nachhaltiger Beschäftigung ist im Plan nicht enthalten. Ganz im Gegenteil, wird darauf hingewiesen, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften sinken wird und damit die Beschäftigungsquote, und dass dies auf längere Sicht einen starken Druck auf das Lohnniveau erzeugen wird, der zunehmen wird, je näher 2050 rückt (Ministry of Economy of the Slovak Republic 2019, 238).

10.3.2.5 Low-Carbon Development Strategy until 2030 with an Outlook until 2050

Die CO₂-arme Entwicklungsstrategie bis 2030, die vor Amtsantritt der neuen Regierung Ende März 2020 verabschiedet wurde, enthält diverse Vorschläge, um die CO₂-Neutralität bis 2050 zu erreichen (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2020). Darunter ist der Ausbau der Kreislaufwirtschaft, die Steigerung der Nutzungsdauer und Wiederverwendungsmöglichkeiten von Materialien, die Ausweitung von Recycling, und die Unterstützung von Unternehmen, die auf Sharing, Verleih und Reparatur spezialisiert sind (Eco-Innovation Observatory 2020, 14). Im Rahmen der potenziell verfügbaren finanziellen Ressourcen wird auf den Just-Transition-Fond der EU hingewiesen. Dabei wird die Beteiligung der Slowakei erwähnt, doch keine Angabe dazu gemacht, für was und in welcher Form der Fond von der Slowakei genutzt werden könnte. Es wird auch nicht dargelegt, was unter Just Transition verstanden wird.

In dem Dokument ist aber erstmals umfassend von Green Jobs die Rede. In der Analyse der sozio-ökonomischen Folgen der vorgeschlagenen Politiken heißt es:

„Eine solche Niedrig-CO₂ Transformation wird daher einerseits hohe Investitionen erfordern, andererseits aber auch neue ökonomische Vorteile (Green Jobs, neue Sektoren) und Nachhaltigkeit für die Niveaus des Wirtschaftswachstums mit sich bringen ... Green Jobs bedeuten hauptsächlich neue Arbeitsplätze, die in den Sektoren Wohnen, Bauen, und Land- und Forstwirtschaft geschaffen werden (in Bezug auf Naturschutz und Biomassenutzung sowie Arbeitsplätze in den Sektoren Strom, Wärmeerzeugung und neuen Wirtschaftssektoren).“ (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2020, 73).

Gemäß der Studie überwiegen die negativen Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Dekarbonisierung werde die Industrieproduktion in Sektoren wie Chemie, Gummi, Eisen und Stahl schwächen. Die Eisen- und Stahlindustrie benötige hohe Investitionen, die zu bedeutenden Verteuerungen führten und die Nachfrage für die Ölraffinerien werde abnehmen. Die Energiekosten für schweres Eisenmetall würden aber sinken und eine Produktionssteigerung ermöglichen. Die Kraftfahrzeugproduktion bleibe wichtig für die Wirtschaft und es sei davon auszugehen, dass diese zur Produktion von Elektrofahrzeugen oder Fahrzeugen mit alternativen Treibstoffen übergehe. Gemäß einer Modellrechnung werde es umfangreiche Investitionen in die Modernisierung von Gebäuden geben und das Baugewerbe werde wachsen. Die Veränderungen in der Industriestruktur würden eine

Umverteilung der Arbeitskräfte in den verschiedenen Sektoren zur Folge haben. Dienstleistungen, exportorientierte Industrien und Warenproduktion würden wachsen und mehr Arbeitskräfte einstellen, während die wesentlichen Konsumgüterindustrien Arbeiter:innen entlassen werden. Letztlich würden nicht alle Entlassenen neue Arbeit finden können, was zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen werde. Der Druck auf die Löhne würde dadurch bis 2050 zunehmend steigen. Dem müsse mit Sozialprogrammen und besserer Ausbildung begegnet werden, um negative soziale Folgen für die Arbeitslosen auszuschließen. Zusätzlich müsse auch Armen, vor allem der Roma-Community, im Rahmen der Energietransition Beachtung geschenkt werden. Andererseits sei es auch notwendig, eine umfangreichere strategische Planung vorzunehmen, um die menschlichen Ressourcen und vor allem qualifizierten Arbeitskräfte zu garantieren, die für die Transformation zu einer CO₂-armen Wirtschaft notwendig sind (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2020, 76–77).

So ungenau und unzureichend die dargelegten Vorhaben sind, kommt noch hinzu, dass die angestrebte Reduzierung der Treibhausgasemissionen viel umfangreicher ist als in der Modellrechnung. In der Einleitung heißt es, die notwendigen Maßnahmen, um bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen, müssten umfangreicher sein und würden deutlich mehr Kosten verursachen als in der Strategie dargelegt (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2020, 6). Es wird erklärt, die für eine den neuen Verpflichtungen entsprechende Modellrechnung notwendigen Daten hätten nicht vorgelegen und die Berechnungen müssten mit aktualisierten Daten wiederholt werden (Ministry of Environment of the Slovak Republic 2020, 75).

10.3.2.6 National Reform Programme of the Slovak Republic

In dem im Mai 2020 von der neuen Regierung verabschiedeten Reformprogramm kommen die Begriffe Just Transition, Green Jobs oder ökologisch und sozial nachhaltige Beschäftigung nicht vor. Nachhaltigkeit ist überwiegend auf öffentliche Finanzen bezogen. In den anvisierten Berufsbildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen findet sich mit spezifischem Bezug auf Umwelt nur die Stärkung der Kompetenzen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor im Hinblick auf grünen Einkauf und grüne Auftragsvergabe. Ansonsten wird auf ein 2019 verabschiedetes Programm zur Berufsbildung im Hinblick auf die Anpassung an die Erfordernisse des Marktes hingewiesen, für das bis zum Jahr 2023 insgesamt weniger als € 20 Mio. bereitgestellt worden seien (Ministry of Finance of the Slovak Republic 2020, 25).

Es wird allgemein eine möglichst starke Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung postuliert. Die vorgesehenen ökologischen Maßnahmen umfassen die Förderung der Elektromobilität durch Kaufanreize für Elektroautos (689 Elektro- und 98 Hybridfahrzeuge in 2020) und Finanzierung von 144 Ladesäulen, die Ankündigung eines Programms zum Austausch alter Boiler gegen energieeffiziente neuere Modelle und eines Programms zur energieeffizienten Gebäudesanierung (Ministry of Finance of the Slovak Republic 2020, 28). Zur Förderung erneuerbarer Energien wird festgelegt, das Vergabesystem für Konzessionen in Auktionen umzuwandeln, um größere Projekte auszuwählen und so die Ziele im Hinblick des Ausbaus zu erreichen.

Die genannten Prioritäten, energieeffiziente Sanierung, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und „saubere“ Mobilität, sind Bereiche in denen in der Slowakei langandauernde Defizite bestehen, wie auch die Europäische Kommission hervorgehoben hat (Slovak Foreign Policy Association 2020, 4). Ob die angekündigten Maßnahmen ausreichen, wenn sie denn überhaupt spezifiziert und

umgesetzt werden, darf angezweifelt werden. Die erste Auktion für erneuerbare Energien sollte im Februar 2020 stattfinden, wurde aber zunächst auf April verlegt und schließlich von der neuen Regierung ohne Ersatztermin abgesagt (Diallo u. a. 2020, 4).

10.3.2.7 Ausstieg aus der Kohle: Action Plan for the Horná Nitra Coal Region

Die Kritik an der Kohlenutzung in der Slowakei macht sich vor allem an den umfassenden staatlichen Subventionen für die Stromerzeugung aus Kohle fest, die 2018 einen Umfang von nahezu €116 Mio. hatten (Beňová 2020, 4). Die Subventionen laufen noch bis 2023, was aber nicht den Ausstieg aus der Kohle bedeutet (OECD 2020t). 2019 wurde der Aktionsplan für die Horná-Nitra-Kohleregion verabschiedet, um den langfristigen Kohleausstieg vorzubereiten. In der Region befinden sich drei der vier Unter-Tage-Braunkohlebergwerke. 2018 beschäftigten Bergbauunternehmen in der Region 4.017 Personen direkt, davon 3.244 im Bergbau. Hinzu kommen laut Regierung weitere 7.000 indirekte Arbeitsplätze (Lamačková 2018, 4).

Der Aktionsplan sei unter Beteiligung der Zivilgesellschaft entstanden (Eco-Innovation Observatory 2020, 18). Tatsächlich wurde in regionalen Medien zur individuellen Anmeldung via E-Mail eingeladen, um an Beratungstreffen teilzunehmen. 60 Personen nutzten das Angebot, vorwiegend lokale Vertreter:innen der öffentlichen Verwaltung, Unternehmer:innen, Direktor:innen von Schulen und sozialen Einrichtungen und NGO-Vertreter:innen. Von März bis September 2018 fanden 15 Treffen statt auf denen Vorschläge gesammelt wurden, die an das zuständige Ministerium gingen (Bankwatch Network 2019, 2). Später beteiligten sich Greenpeace und Friends of the Earth an zwei Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung des Plans. Sie wurden gehört, ihre Vorschläge aber nur begrenzt diskutiert und umgesetzt.

Nach Verabschiedung des Aktionsplans seien 200 Vorschläge mit Gesamtkosten von €3,1 Mrd. eingereicht worden, um 10.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Es wird allerdings nicht erwähnt, wieviel Finanzierung zur Verfügung steht bzw. um was für Jobs es sich handelt und wie viele der Projekte durchführbar sind und finanziert werden sollen (Ministry of Finance of the Slovak Republic 2020, 28). Die Zahl der in Aussicht gestellten Arbeitsplätze scheint stark übertrieben. Gemäß einer früheren staatlichen Schätzung sollte ein Potenzial zur Schaffung von 6.472 Arbeitsplätzen bestehen. Davon waren allerdings 3.019 im Tourismussektor, was eine Finanzierung durch die verfügbaren EU-Fonds äußerst schwer macht (Filčák, Baláž, und Jeck 2018, 76–77). Vorherige Erfahrungen mit Vorschlägen zur Schaffung neuer Beschäftigung haben auch gezeigt, dass die Kapazitäten vor Ort Projekte in Forschung und Entwicklung, alternative Energien oder Landwirtschaft zu entwickeln, gering sind (Filčák, Baláž, und Jeck 2018, 83–84).

10.3.2.8 Kreislaufwirtschaft

Die Zirkularitätsrate der Slowakei lag 2018 bei nur fünf Prozent. 2010 hatte der Wert mit 5,1 Prozent sogar noch etwas höher gelegen. Das ist weit weniger als die Hälfte des EU28-Durchschnitts 2018, der bei 12,2 Prozent lag (eurostat 2021a). Der größte Müllproduzent 2018 war die Industrie, gefolgt vom Transportwesen und Lagerung (Eco-Innovation Observatory 2020, 3). Gemäß der Vorstellung der slowakischen Regierung von 2016–2020 sollte die Kreislaufwirtschaft in Zukunft vor allem als Folge der Einführung der höheren Besteuerung von höherem Ressourcenverbrauch und niedrigeren Arbeitgeberabgaben für Arbeitskräfte bei weniger Ressourcenverbrauch oder



höherer Recyclingquote gestärkt werden. Steuerpolitik wird als das wesentliche Instrument für progressiven Wandel in der Wirtschaft angesehen (Ministry of Environment of the Slovak Republic und Slovak Environment Agency 2019, 19). Weitere Mechanismen wurden im Waste Prevention Program 2019-2025 beschlossen. Dazu gehören erhöhte Gebühren für die Entsorgung von Abfall auf Müllkippen, Steigerung des öffentlichen Bewusstseins, öffentliche Auftragsvergabe unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien und die Einführung freiwilliger Öko-Abzeichen (Eco-Innovation Observatory 2020, 14).

10.4 Kritik und weitere Akteure: Parteien, Gewerkschaften und Umweltbewegung

10.4.1 Parteien

Bei den Wahlen 2020 wurde die von der sozialdemokratischen SMER-SD geführte Regierung abgewählt. Die SMER-SD stürzte von 28 auf 18 Prozent der Stimmen ab. Die Abwahl erfolgte nach Enthüllungen über Machtmissbrauch, Korruption und Verbindungen zum organisierten Verbrechen von Regierungsangehörigen. Die Enthüllungen folgten auf den Mord an dem Investigativ-Journalisten Jan Kuciak und seiner Partnerin Martina Kušnírová im Februar 2018. Als die SMER-SD allein regierte (2012-2016), zeigte sie kaum Interesse an ökologischer Nachhaltigkeit oder Green Economy. Klimawandel wurde nicht erwähnt, die Partei bezog keine klare Position (Filčák 2016, 15–16). Dies wohl auch mit Blick auf ihre Kernwählerschaft, den Arbeiter:innen des industriellen Sektors. Dies änderte sich – zumindest dem Anschein nach – ab etwa 2018, wohl aufgrund des erhöhten Drucks der EU. Die SMER-SD-geführte Rechts-Links-Koalitionsregierung (2016-2020) unterzeichnete das Pariser Klimaabkommen und verabschiedete zahlreiche Programme und Erklärungen, die das Klimavokabular der EU aufgriffen. Die tatsächliche Umsetzung bleibt offen. Es scheint unwahrscheinlich, dass die ökologischen Vorgaben erfüllt werden. Es ist auch nicht zu erwarten, dass die neue konservativ-wirtschaftsliberale Koalitionsregierung eine intensivere Klimapolitik betreiben oder gar mehr staatliche Maßnahmen und Eingriffe zur Förderung von ökologisch nachhaltiger Beschäftigung vornehmen wird. In den Wahlprogrammen der Koalitionsparteien spielten die Themen keine besondere Rolle, beim kleinen Koalitionspartner, der rechtspopulistischen Sme Rodina, kamen Themen wie Umwelt oder Klimawandel gar nicht vor. Eine Grüne Partei ist faktisch nicht mehr existent. 2016 hatte sie 0,67 Prozent der Stimmen erhalten (Filčák 2016, 17).

10.4.2 Gewerkschaften

Die slowakischen Gewerkschaften haben bis vor wenigen Jahren kaum Interesse an Klimawandel bzw. Politiken dagegen bekundet. Dies mag schwindenden Mitgliederzahlen, steigendem Druck der Unternehmen und der starken Konzentration von Industriejobs geschuldet sein (Filčák 2016, 18). Der größte Gewerkschaftsbund KOZ SR (Konfederácia Odborových Zväzov Slovenskej Republiky) hat auch eng mit der SMER-SD kooperiert. Er konnte während ihrer Alleinregierung ein Mitspracherecht in begrenzten betrieblichen Angelegenheiten erwirken und wurde an der Diskussion zur neuen Arbeitsgesetzgebung beteiligt (Kahancová und Sedláková 2018, 371–72).

Im Programm 2017-2021 der Metallarbeitergewerkschaft OZ KOVO (Odborový Zväz KOVO) werden Umweltfragen und Klimawandel nicht erwähnt. OZ KOVO ist vor allem im großen Sektor



der Automobilproduktion und dazugehörigen Lieferketten präsent. 2019 unterzeichnete OZ KOVO das Wahlmanifest der europäischen Sektion des Weltgewerkschaftsverbandes IndustriALL, das sich gegen rechten Populismus stellte: Es forderte „nach zehn Jahren Sparmaßnahmen und Deregulierung endlich die Arbeitnehmer an die erste Stelle zu setzen“, eine „Industriestrategie ‚Made in Europe‘, die dringend benötigte Arbeitsplätze schafft und die Industrie an die Spitze der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie des Klimawandels bringt“ sowie einen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, die sicherstellt, dass ehrgeizige Umweltpolitiken durch ehrgeizige Sozialpolitiken ergänzt werden“ (OZ KOVO 2019).

Mittlerweile hat der KOZ SR das Thema Klimawandel aufgegriffen und die Vizevorsitzende Monika Uhlerová erklärte:

„Der Klimawandel ist ein Beweis für die Auswirkungen und die Unhaltbarkeit des aktuellen Wirtschaftsmodells, das auf unbegrenztem Wachstum und Gewinn beruht. ... Nur durch faire Klimaschutzmaßnahmen, die die Wirtschaft modernisieren und neue Arbeitsplätze schaffen, und durch die aktive Bekämpfung des Klimawandels und mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit können wir den Übergang zu einer sozial gerechten, nachhaltigen und grünen Wirtschaft erreichen.“ (KOZ SR 2019b).

Zugleich bemerkt der Gewerkschaftsbund, es falle vielen Arbeiter:innen schwer über Umweltthemen nachzudenken und zu reden, wenn sie nicht einmal einen anständigen Lohn erhielten mit dem sie ihre Grundbedürfnisse abdecken könnten. Das Thema Klimawandel und ökologische Transition in die Gewerkschaften einzubringen sei notwendig und schwer zugleich (KOZ SR 2019a).

10.4.3 Umweltbewegung

Umweltbewusstsein und die Sorge um den Klimawandel befinden sich in der slowakischen Bevölkerung im Wachstum. Gemäß einer Umfrage hielten 2019 zwar 60 Prozent der Bevölkerung die zunehmende Abfallproduktion für das größte Umweltproblem und nur 27 Prozent den Klimawandel, doch das ist ein Anstieg um elf Prozentpunkten seit 2017. In einer Umfrage von 2020 stimmten 87 Prozent der Bevölkerung einer staatlichen Unterstützung für erneuerbare Energien zu. Diese Bewusstseinsveränderung schlägt sich auch in zunehmendem Aktivismus im Umweltbereich nieder. Dieser reicht von vermehrten Aktivitäten zu Kreislaufökonomie, Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit, bis zu wachsenden Protesten einer Umweltbewegung (Eco-Innovation Observatory 2020, 8).

Wie in auch in anderen Osteuropäischen Staaten existiert in der Slowakei ein relativ ausgeprägtes und etabliertes Netzwerk von NGOs. Im Umweltsektor gehören Greenpeace Slowakei und die aus drei Gruppen bestehende slowakischen Friends of the Earth zu den seit längerer Zeit aktiven Gruppen (Filčák 2016). Daneben ist in der Slowakei ein breites Spektrum aktivistisch orientierter Gruppen entstanden, die Protestaktionen durchführen. Dazu gehören unter anderen Turnaround, Extinction Rebellion Slowakei, Studenten ohne Namen (Študenti bez mena) und Besorgte Mütter (Znepokojené matky). Am 7. Oktober 2020 blockierten Aktivist:innen dieser Organisationen im Rahmen der internationalen Kampagne „Climate Care Uprising“ gemeinsam die Eingänge von fünf Ministerien und des zentralen Regierungsamtes der Slowakischen Republik mit der Forderung, das Klima und die biologische Vielfalt besser zu schützen. Es wurde von der Regierung gefordert, dies zu einer Regierungspriorität zu machen und nicht in einzelnen Ministerien fragmentiert zu



Diskussion der Möglichkeiten die verschiedenen Länder zu Cluster zusammenzuführen, also eine Systematisierung nach Gemeinsamkeiten vorzunehmen. (4) Abschließend wird ein Ausblick bezüglich der sozial-ökologischen Transitionsperspektive von Arbeit und Erwerb unternommen und thematisiert welche weiteren Forschungsfragen und Forschungsfelder sich aus der Untersuchung ergeben.

11.1. Nachhaltige Arbeit

Die bereits im Vorfeld der Untersuchung geäußerte Annahme und auch nach erster Annäherung bestehender Eindruck eines fehlenden gemeinsamen Begriffs Nachhaltiger Arbeit in Europa hat sich nach Sichtung hunderter Dokumente betätigt. Ebenso fehlt ein wissenschaftlicher Austausch auf europäischer Ebene darüber, wie der Begriff inhaltlich gefüllt und ein entsprechendes Konzept für den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktverwaltung nutzbar gemacht werden könnte.

Die meisten EU-Regierungen richten – zumindest rhetorisch – ihre Maßnahmen eines ökologisch nachhaltigen Umbaus (in den die Strategien zur Schaffung ökologisch nachhaltiger Arbeitsplätze eingebettet sind) an den Erklärungen und Programmen der EU aus. Darunter mittlerweile vor allem die von der Europäischen Kommission am 28. November 2018 vorlegte „langfristige strategische Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft für den Zeithorizont 2050“ (Europäische Kommission 2018). Die Kommission präsentiert darin – auf Aufforderung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates – „ihre Vision für eine klimaneutrale Zukunft, die nahezu alle EU-Politikbereiche umfasst und mit den Zielen des Übereinkommens von Paris im Einklang steht, den Temperaturanstieg deutlich unter 2° C zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um ihn auf 1,5° C zu begrenzen“ (Europäische Kommission 2018). Um Nachhaltige Arbeit geht es darin nicht.

Eine wichtige Rolle in der EU bezüglich eines nachhaltigen sozial-ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft spielt auch das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (oder Horizon 2020). Als „Förderprogramm zielt es darauf ab, EU-weit eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen sowie gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Um gezielt in die Gesellschaft wirken zu können, setzt das Programm Schwerpunkte und enthält einen umfassenden Maßnahmenkatalog“ (BMBF 2021). Für das Thema Nachhaltige Arbeit relevante Aspekte werden hier vor allem in Verbindung mit ressourceneffizienten Produktionsformen zur Vermeidung des Klimawandels thematisiert. In den für die Periode 2018-2020 beschriebenen vier großen Focus Areas werden Verbindungen zu Nachhaltiger Arbeit wesentlich unter den Programmpunkten „Building a low-carbon, climate resilient future“ und „Connecting economic and environmental gains – the Circular Economy“ erkennbar. Auch in der Focus Area „Digitising and transforming European industry and services“ werden Möglichkeiten einer Unterstützung von nachhaltigen Produktionsformen durch neue Technologien genannt. Vorherrschend ist eine stark technikzentrierte Perspektive, während ein weitergehender sozial-ökologischer Wandel der Arbeitsgesellschaft weder anvisiert noch thematisiert wird (European Commission 2020a).

Der Begriff der Nachhaltigkeit bezüglich Arbeit spielt in den meisten europäischen Staaten, die Teil der Untersuchung sind, kaum oder gar keine Rolle, bzw. er wird anders verwandt als in Deutschland. In Frankreich z.B. meint Nachhaltige Arbeit (*travail durable*) in der Regel auf Dauer angelegte Beschäftigung, also verstetigte Arbeit. Eine Ausnahme bilden lediglich Spanien und



Schottland. Seit der ersten sozialdemokratisch-linken Koalitionsregierung 2018 wird in Spanien in einigen Regierungsdokumenten ausdrücklich nachhaltige Beschäftigung erwähnt. Diese wird in einen größeren Rahmen sozial gerechter, solidarischer und kosteneffizienter Dekarbonisierung der Wirtschaft gestellt, aber nicht genauer definiert. In Schottland wird meist nicht der Begriff Nachhaltige Arbeit, sondern vielmehr Faire Arbeit verwandt, doch wird sie mit zahlreichen Eigenschaften Nachhaltiger Arbeit definiert. Angesichts der bereits festgestellten Vielfältigkeit der verwandten Terminologie in unterschiedlichen Sprachen und Ländern und der unterschiedlichen Auslegung von Begriffen, stellt sich die Frage, ob Nachhaltige Arbeit bzw. Aspekte Nachhaltiger Arbeit nicht dennoch thematisiert werden. Ein Blick auf verschiedene, in der Einleitung formulierte Aspekte Nachhaltiger Arbeit im Rahmen der umfassenden, aber dennoch zwangsläufig begrenzten Untersuchung, wirkt allerdings auch eher ernüchternd.

In Regierungsdiskursen und Regierungsdokumenten wird meist allgemein unterstrichen, die ökologische Transition benötige umfassende Qualifizierungsmaßnahmen und biete Chancen, mehr einträgliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dies entspricht aber, wie in der Untersuchung deutlich wird, kaum der Realität. Zufriedenstellende Arbeit, Beschäftigungssicherheit und Wohlbefinden der Arbeiter:innen stammen als Forderungen bzw. als Kritikpunkte an Regierungspolitiken eher aus dem Gewerkschaftsspektrum bzw. aus den breiteren Bündnissen für eine Just Transition. Auch Aspekte wie menschenwürdige Arbeit und die Reproduktionsfähigkeit der Arbeits- und Lebenskraft, die Teil eines umfassenden Begriffs nachhaltiger Arbeit sind, werden bestenfalls von Umweltorganisationen, Sozialverbänden und Gewerkschaften in einzelnen Ländern weitergehend thematisiert. Teil einer öffentlichen Debatte sind sie nur sehr begrenzt, soweit festzustellen war. Aspekte der Generationengerechtigkeit, ob geplante Klimaschutzmaßnahmen, Maßnahmen der ökologischen Transition und geplante Energie- und Ressourcenpolitiken der Reproduktionsfähigkeit der Arbeits- und Lebenskraft sowie der Ökosysteme und Ressourcen auch für nachkommende Generationen gerecht werden, bildeten auch die Grundlage der Verbandsklagen in den Niederlanden und Spanien gegen Klimaschutzmaßnahmen und in Norwegen gegen die Erdölförderung in der Barentssee.

Ein erweiterter Arbeitsbegriff im Sinne nachhaltiger Arbeit, also einer Überwindung der Arbeitsgesellschaft durch die Aufhebung oder zumindest tendenzielle Überwindung der Trennung von Produktions- und Reproduktionstätigkeit, ist nirgendwo Teil einer öffentlichen Debatte. Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Gendergleichstellung finden sich ebenfalls nur in einzelnen Ländern bei linken Umweltorganisationen, Sozialverbänden und Gewerkschaften. Für die Länder, für die geschlechtsspezifische Daten oder Informationen zu neuer Beschäftigung im Rahmen der ökologischen Transition gefunden wurden (z.B. Frankreich und Spanien), geht die Entqualifizierung von Beschäftigung mit einem Übergewicht an Beschäftigung von tendenziell eher jungen Männern einher. In Fall von Spanien zeugen verfügbare Daten aus mehreren Jahren sogar von einer steten Zunahme des Übergewichts an Männern in neu geschaffenen Green Jobs. In Spanien wurde das Problem zumindest identifiziert und festgelegt, eine stärkere Einbindung von Frauen durch die Inklusion der Genderperspektive in die Beschäftigungsprogrammen zu erzielen (MITECO und ITJ 2020, 37).

Eine Perspektive, Ökologie, Soziales und Ökonomie als Ganzes zu betrachten – die Grundlage für ein umfassendes Verständnis Nachhaltiger Arbeit wie in der Einleitung dargelegt, findet sich nur bei sehr wenigen Akteuren. Dies vorausgesetzt, dass unter Ökonomie eine Wirtschaftsweise verstanden wird, welche die Reproduktionsfähigkeit der Arbeits- und Lebenskraft sowie der Ökosysteme und Ressourcen auch für nachkommende Generationen erhält. Ein solches Verständnis



bedeutet eine radikale Veränderung der Konsum- und Lebensgewohnheiten. Vordergründig wird dieser Anspruch zwar auch von diversen Akteuren und sogar Regierungen erhoben, wie etwa Greenpeace oder der Regierung der Niederlande und Spaniens, dem widersprechen aber ihre konkreten Positionierungen und Politiken. Eine radikale Veränderung der Wirtschaftsweise und des Nord-Süd-Verhältnisses auf globaler Ebene wäre ebenso Teil davon. In konsequenter Weise wird eine solche Herangehensweise nur von einigen wenigen linken Umweltbasisorganisationen, wie etwa Ecologistas en acción, eingenommen. Auch einige Just-Transition-Bündnisse aus Umweltbewegungen, Gewerkschaften und sozialen Organisationen formulieren derartige Ansprüche. Inwieweit die einzelnen Beteiligten an den Bündnissen jedoch dieses Verständnis tatsächlich vertreten, darf angezweifelt werden, da sie sich als einzelne Organisationen häufig nicht derart positionieren.

Die intensivste Auseinandersetzung mit Nachhaltiger Arbeit im Sinne einer ökologisch-sozialen Transformation der Arbeitsgesellschaft findet sich beim Zusammenschluss von Umweltgruppen Ecologistas en acción in Spanien. Das Netzwerk unterstreicht die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs, der sowohl unsichtbar gemachte, unbezahlte Reproduktionsarbeit miteinbezieht, wie auch aufhört, die Dimension der Beschäftigung zu privilegieren (Ecologistas en acción 2019a). Es existieren sicher weitere Akteure, die Nachhaltige Arbeit thematisieren. Im Rahmen der Vergleichsländer der Studie ist jedoch Ecologistas en acción der bedeutendste Akteur. Die aus über 300 Umweltgruppen bestehende Allianz ist der größte und aktivste Akteur der Umweltbewegung in Spanien und auch der aktivste in Bündnissen mit Gewerkschaften.

In Frankreich fordern die breiten und gewichtigen Bündnisinitiativen aus Gewerkschaften, Umweltverbänden und Sozialorganisationen eine Arbeitszeitverkürzung auf 32 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich und ohne Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie die absolute Gendergleichstellung. Dies sei „ein notwendiger Bestandteil einer postproduktivistischen Wirtschaft“ (Jobs-Climate Platform 2016, 10). Der Gewerkschaftsdachverband TUC aus dem VK fordert ebenfalls eine Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der sozial-ökologischen Transition.

Im Folgenden wird anhand der einzelnen Länder der Studie der Aspekt der Qualität der Arbeit im weiteren Sinne noch einmal zusammengefasst und es wird auf häufig verwandte Begriffe, die Arbeit im Rahmen eines nachhaltigen sozial-ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft thematisieren, eingegangen. Just Transition, deren Berücksichtigung ebenfalls als Aspekt von Nachhaltiger Arbeit anzusehen ist, Green Jobs und Kreislaufwirtschaft werden gemeinsam im darauffolgenden Unterkapitel (11.2.1) dargelegt und diskutiert, da die drei Begriffe auch für unterschiedliche Perspektiven verschiedener Akteure stehen.

11.1.1 Qualität der Arbeit

In *Frankreich* ist der Großteil der Beschäftigten in Green Jobs oder „ergrünenden Jobs“ männlich und relativ jung. Die Mehrheit ist nicht oder nur niedrig qualifiziert. In den Programmen der Regierung geht es fast ausschließlich um den quantitativen Aspekt von Arbeitsplätzen, definiert als Green Jobs und Arbeitsplätze in der Green Economy. Aus dem Gewerkschafts- und Bewegungsspektrum wird die Regierungspolitik als ökologisch und sozial nicht nachhaltig kritisiert. Die Green-Jobs-Strategie vernachlässige die Qualität der Arbeit sowie qualifizierte Ausbildung und sei nicht umfangreich genug. Zudem vollzieht die Macron-Regierung Deregulierungen des Arbeitsrechts, was einer qualitativ guten Arbeit im Allgemeinen widerspricht. Auf lokaler Ebene und in Einzelfällen können jedoch Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen durchaus auf Qualität und



vor allem auf Verstetigung der Arbeit ausgerichtet sein, da die Maßnahmen in Frankreich privaten Trägern übertragen werden. Dabei handelt es sich nicht selten um Sozialverbände, die Wert auf diese Aspekte legen.

In *Portugal* drängt das Thema Qualität von Arbeit in der ökologischen Transition erst in jüngerer Zeit durch das zunehmende Engagement von Gewerkschaften und sozialen Organisationen für eine Just Transition sowie durch die entstandenen Just-Transition-Bündnisse in die öffentliche Debatte. Diese war zuvor stark dominiert von einer Unternehmensperspektive auf Bio-Industrien, die den Aspekt der Beschäftigung vollständig außen vorlässt, sowie von der Kontinuität von Regierungspolitiken im Umweltbereich. In den bis 2017 von verschiedenen Regierungen verfassten nationalen Strategieplänen spielen Qualität und soziale Absicherung von Arbeit in der ökologischen Transition von Wirtschaft und Gesellschaft keine Rolle. Eine Untersuchung, die auf der Befragung von 2,8 Millionen Beschäftigten beruhte, stellte 2017 fest, dass die Standards für Gesundheit und Sicherheit in Green Jobs niedriger und Arbeitsunfälle häufiger und schwerer sind. Ebenso ist der Anteil von Beschäftigten mit einer niedrigen Berufsqualifikation höher (Moreira, Vasconcelos, und Santos 2018; 2017). Die Mehrheit der Beschäftigten in Green Jobs hatte einige Jahre zuvor sogar ein Qualifizierungsniveau unter dem Hauptschulabschluss.

In *Spanien* spielte Qualität der Arbeit lange Zeit jenseits von Lippenbekenntnissen keine Rolle. Seit dem Antritt der Mitte-Links-Koalition 2018 werden in Regierungsprogrammen und auch im neuen Plan zur Anpassung an den Klimawandel verschiedene Aspekte von Qualität der Arbeit betont. Meist ist von guter Beschäftigung (*empleo decente*) die Rede, die beständig und qualifiziert sein soll. Spanien ist aber das einzige Land in dem die Schaffung von guter, ökologisch und sozial nachhaltiger Beschäftigung ausdrücklich auch stark auf ländliche Regionen fokussiert ist, um dem demographischen Wandel auf dem Land entgegenzuwirken. Von linken Gewerkschaften, Umweltbewegungen und der Forschung wird Qualität, soziale Absicherung und Nachhaltigkeit von Beschäftigung im Hinblick auf die ökologisch nachhaltige Transition schon länger thematisiert. Eine umfassende Diskussion, die Transformation der Arbeitsgesellschaft eingeschlossen, findet sich bei *Ecologistas en Acción*. Im Nationalen Integrierten Klima und Energieplan (PNIEC) 2021-2030 ist ausdrücklich von Just Transition (*transición justa*) die Rede. Im Gesetz zur Umsetzung des Plans wird Just Transition als Strategie zur Umsetzung bezeichnet. Im Rahmen der Transition von fossilen Energien und Atomkraft zu erneuerbaren Energien werden Just-Transition-Kommissionen für die betroffenen Regionen gegründet, die unter Beteiligung lokaler Akteure und Gewerkschaften Pläne ausarbeitet. Diese orientieren sich an den ILO-Vorgaben für Just Transition und es geht ausdrücklich auch um die Qualität der zu schaffenden Arbeit unter Berücksichtigung von ökologischer Nachhaltigkeit, lokalen Ressourcen, lokalen und regionalen Ökonomien, Beständigkeit und Qualifizierung.

In den *Niederlanden* dreht sich die öffentliche Debatte um Beschäftigung für die Transition zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei spielen vor allem die Qualifikation und die Qualifizierung von Arbeitskräften eine zentrale Rolle. Auch Qualität der Arbeit wird häufig thematisiert, jedoch meist nur in Bezug auf Entstehung lokaler Beschäftigung. In den zahlreichen Programmen und Unterlagen zur Kreislaufwirtschaft, welche die Niederlande ins Zentrum ihrer Zukunftsausrichtung rücken, taucht das Thema Qualität der Arbeit kaum oder gar nicht auf. Die Gewerkschaften unterstreichen die Zentralität der Qualität der neuen Beschäftigungen und meinen damit menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte sowie ausgereifte Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen. Sie bemängeln eine Kluft zwischen der Qualität der Arbeit in traditionellen und neuen Sektoren, einen Mangel an Vereinbarungen zu Löhnen und Gleitzeit,



niedrigere Bezahlung, wenig beständige Beschäftigung und mangelnde gewerkschaftliche Organisation. Auch der drittelparitätische SER äußert diese Bedenken.

Im *Vereinigtem Königreich* geht die Frage der Qualität der Arbeit in nationalen Politiken und Dokumenten nicht über allgemeine plakative Bekundungen zur Schaffung „hochwertiger“ Arbeit hinaus. Es werden aber weder Kriterien noch Maßnahmen benannt. Dafür ist im Zuge des Brexits wiederholt die Absicht geäußert worden, Umwelt- und Arbeitsrechtsstandards zu senken, um die britische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Im Mittelpunkt steht die Qualifizierung von Arbeitskräften für die Bedürfnisse einer stärker exportorientierten Industrie und des Privatgewerbes, die antizipiert werden sollen. In *Schottland* hingegen hat die dortige Regierung „Faire Arbeit“ in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftsstrategie gestellt. Das Konzept Faire Arbeit enthält zahlreiche qualitative Eigenschaften, unter anderem Beständigkeit, Überwindung des Gender Pay Gaps, existenzsichernde Löhne. Die Vergabe von Unternehmensförderungen und öffentlichen Geldern soll an die Verpflichtung der Unternehmen geknüpft werden, diese und weitere Kriterien einzuhalten und in Qualifikation und Berufsbildung zu investieren. Bis 2025 will Schottland weltweit führend in Fairer Arbeit werden. Von Gewerkschaften und den Just-Transition-Bündnissen, an denen sie sich beteiligen, werden Aspekte der Qualität der Arbeit noch stärker thematisiert. Der TUC fordert unter anderem eine Arbeitszeitverkürzung und das Recht auf flexible Arbeitszeiten sowie Zugang zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten für Beschäftigte.

In *Schweden* wird die Qualität von Beschäftigung in der Transition bestenfalls in allgemeinen Erklärungen hervorgehoben, aber letztlich weder konkretisiert noch zentral thematisiert. Selbst Gewerkschaften diskutieren soziale Aspekte von Beschäftigung vornehmlich bezüglich der ökonomischen Absicherung und dem Verbleib in Sozialsystemen. Eine Diskussion um eine Neudefinition von Arbeit, die Qualität von Arbeit oder eine Kritik an der Arbeitsgesellschaft ist nicht vorhanden. Eine Beteiligung von Gewerkschaften an breiteren Bündnissen für eine Just Transition ist nicht auszumachen gewesen. Programme und Maßnahmen gegen den Klimawandel bzw. zur Anpassung an den Klimawandel enthalten Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Anpassung der Lehrpläne. Zentral sind dabei die „Bedürfnisse der Industrie“. Außerdem werden Umschulungen und Fortbildungen angeboten, um die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze im Rahmen der Transition gefährdet sind, auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes vorzubereiten. Die Diskurse und die Ausrichtung ist aber stark von der Zielsetzung hochqualifizierte Beschäftigung und Spitzentechnologie geprägt.

Auch in *Norwegen* wird Qualität der Beschäftigung in der Transition von Regierungsseite kaum problematisiert. In den Klimapolitiken sind nicht einmal eine spezifische Beschäftigungspolitik oder Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für eine ökologische Transition zu finden. Die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Akteure heben ganz allgemein die automatische Entstehung qualitativ guter Beschäftigung durch technologische Innovation und hohe Qualifizierung hervor. In den Gewerkschaften und Just-Transition-Bündnissen, an denen norwegische Gewerkschaften im Gegensatz zu schwedischen Gewerkschaften beteiligt sind, werden hingegen auch Qualität und soziale Aspekte von Beschäftigung thematisiert.

In *Polen* beschränkt sich die Frage der Qualität der Arbeit meist auf „gute Einkommensbedingungen“. Es existiert keine Debatte um Nachhaltige Arbeit oder ökologisch und sozial nachhaltige Beschäftigung. Neue Beschäftigung und Qualifizierung im ökologisch nachhaltigen Feld wird als Folge der Förderung innovativer Sektoren der Privatwirtschaft erwartet. So meint wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung in Polen einen Ausbau der Industrie 4.0 und sozial nachhaltig ein höheres Einkommen durch Qualifizierung. In den meisten Fällen bezieht sich der Begriff Nachhaltigkeit



jedoch auf ausgeglichene Finanzen. So wurden im ersten Entwurf des Nationalen Plans für Energie und Klima für 2021-2030 Energietransition, Just Transition, Arbeitsplätze, Beschäftigung oder Qualität der Arbeit überhaupt nicht erwähnt. Erst nach Einspruch der Europäischen Kommission fügte die polnische Regierung einige Anmerkungen zum Thema hinzu, erklärte aber, es sei angesichts der kurzen Zeit nicht möglich gewesen, genauer auf die EU-Forderungen einzugehen.

In der *Slowakei* spielen mit Qualität der Arbeit verknüpfte Themen keine Rolle in der öffentlichen Debatte. Sie tauchen auch in Regierungsdokumenten so gut wie gar nicht auf. Öko-Innovation und Kreislaufwirtschaft werden als automatische Folge der als zentral betrachteten Bemühungen um Digitalisierung betrachtet. Green Jobs sollen quasi zwangsläufig aus neuen Umweltrahmenrichtlinien, Qualifizierungen und Förderung der Privatwirtschaft entstehen. Lediglich in den Orientierungsrichtlinien zur Umsetzung der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung (DIRD 2019) wird entsprechend der SDGs gute Arbeit als eines der Ziele formuliert. Die Slowakei ist das einzige Land, in dem die Regierung davon ausgeht, dass in der ökologischen Transition die negativen Folgen für den Arbeitsmarkt überwiegen. Dadurch resultiere ein erhöhter Druck auf den Arbeitsmarkt und ein hoher Lohndruck.

11.2 Begriffe und Orientierungen, weitere übergreifende Themen und Akteure

11.2.1 Green Jobs, Kreislaufwirtschaft und Just Transition: Unterschiedliche Perspektiven verschiedener Akteure

Wie bereits mehrmals deutlich geworden, kristallisierte sich im Verlauf der Recherche heraus, wie Begriffe von unterschiedlichen Akteuren und in unterschiedlichen Ländern sehr verschieden ausgelegt und genutzt werden. Lediglich Polen und die Slowakei fallen hier aus dem Rahmen, da in beiden Ländern kein gesellschaftlich relevanter Akteur ein Engagement für eine ökologische Transition zeigt. Staatliche Institutionen und Privatwirtschaft fallen dabei besonders auf durch Keyword-Catching und der freien Auslegung von Begriffen, die eigentlich an Konzepte gebunden sind. Grob lassen sich dennoch drei Begriffe ausmachen, die in ihrer wesentlichen Verwendung im öffentlichen Diskurs unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteure zugeordnet werden können: Green Jobs, Kreislaufwirtschaft und Just Transition.

Green Jobs beziehen sich, wie in der Einleitung dargelegt, für gewöhnlich auf Erwerbsarbeit, die im Zusammenhang mit einer Green Economy steht. Gemäß der Europäischen Kommission ist es also ressourceneffiziente und CO₂-arme Beschäftigung. Die ILO hat dies noch um die Dimension der „guten Arbeit“ ergänzt. Letztere Charakteristik geht jedoch in Definitionen von Regierungen kaum über die Ebene der Absichtsbekundungen hinaus. Detaillierter wird dieser Aspekt als Teil von Green Jobs meist nur aus dem Gewerkschaftsspektrum thematisiert. Wenn der Begriff genutzt wird, ist er in der Regel an eine eher ökonomieorientierte Perspektive von Regierungsinstitutionen und Privatwirtschaft geknüpft. Wesentlich um den Begriff Green Jobs kreisen die Diskurse von Regierung und Privatwirtschaft vor allem in Frankreich (*emplois verts*), Portugal (*emprego verde*), Spanien (*empleo verde*) und dem Vereinigten Königreich (alternativ und unterschiedslos auch *climate jobs*).

Inhaltlich erfolgt eine sehr freie Auslegung von Green Jobs. In Frankreich wurde von der Regierung die zusätzliche Kategorie der „ergrünenden Jobs“ erschaffen. Diese umfassen alle Arbeitsplätze, die von der Berücksichtigung von Umweltbelangen betroffen sein könnten, ohne zu



präzisieren, ob sie bereits umgewandelt wurden und in welcher Weise, oder sie sich in Transition befinden. Im VK ist der Begriff Green Jobs so ungenau und breit gefasst wie nirgends sonst. Selbst Beschäftigung im Nuklearsektor (von Atomkraftwerken bis zur Ausbildung von Fachpersonal) und im Emissionshandel wird explizit Green Jobs zugerechnet. Zusätzlich wird in „light green“ und „dark green“ Jobs unterschieden. Erstere sind Jobs, die z.T. green skills bedürfen, letztere hingegen sind vollständig grüne Jobs. Die Unterscheidung bleibt jedoch ungenau. In Portugal findet sich sogar in Studien im Auftrag der Regierung bereits früh eine Interpretation von Green Jobs, die über strikt ökologische Aspekte hinaus auch soziale Gleichheit, ökonomische Effizienz und Effektivität, Umweltschutz und Umweltmanagement, Good Governance, und institutionelle Dynamiken einbezieht – auch wenn sich das nicht in dieser Form in Regierungspolitik widerspiegelt. In Spanien werden die Green Jobs zusätzlich unterschieden in Kernbeschäftigung bzw. direkte Beschäftigung oder indirekte Beschäftigung. Die Grenzen sind aber verschwommen und es bestehen verschiedene Zählweisen. In den Niederlanden wird der Terminus selten verwandt und meint dann meist Beschäftigung im Sektor erneuerbare Energien.

Kreislaufwirtschaft oder auch Zirkuläre Ökonomie stammt als Konzept ursprünglich aus der Umweltbewegung und zielt auf die Verringerung von Rohstoff- und Energieverbrauch durch Recycling, Upcycling und Wiederverwendung. Damit verknüpft ist eigentlich auch eine Konsumkritik und eine Infragestellung der Nutzung gewisser Materialien deren Herstellung bereits umweltschädigend und energieintensiv ist (bspw. Kunststoffe). Mittlerweile ist der Begriff umfassend von der Privatwirtschaft und Regierungsakteuren angeeignet worden. Mit Kreislaufwirtschaft ist dann eine technikzentrierte Perspektive verknüpft und das Konzept ist der meisten kritischen Aspekte entleert worden. Das Weltwirtschaftsforum von Davos hat eine *Platform for Accelerating the Circular Economy* (PACE) initiiert, die sich aus Führungspersonen aus Politik und Wirtschaft zusammensetzt. In jedem Land der Untersuchung finden sich Unternehmensforen zu Kreislaufwirtschaft und alle Regierungen haben Programme zur Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Kreislaufwirtschaft wird dabei vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich aus ökonomischer Sicht angegangen. Gemäß eines Berichts des niederländischen Forschungsbüros zur Regierungsberatung in Umweltfragen (Planbureau voor de Leefomgeving, PBL), der in einem Dokument der Niederländischen Regierung zitiert wird, könnte der Umbau zu einer zirkulären Ökonomie der EU ein ökonomisches Wachstum von 550 Milliarden Euro bescheren (Ministry of Infrastructure and the Environment and Ministry of Economic Affairs 2016, 13). Ein ökologischer Nutzen von Kreislaufwirtschaft ist in dieser Form mindestens zweifelhaft.

Die Zirkularitätsraten der untersuchten Staaten weisen große Unterschiede auf. Der EU28-Durchschnitt lag 2018 bei 12,2 Prozent. Die höchste Zirkularitätsrate der EU28 hatten die Niederlande mit 29 Prozent, die niedrigste hatte Portugal mit 2,1 Prozent (eurostat 2021a), Norwegen folgte mit 2,4 Prozent. Doch letztlich lag in nahezu allen Staaten die Zirkularitätsrate vor zehn Jahren höher als aktuell und zusätzlich verzeichnen alle Staaten einen hohen Anstieg an pro-Kopf-Materialverbrauch. Dies, zusammengenommen mit den Rohstoffen, die in die Kreislaufökonomie einbezogen werden (wie etwa Erdölbasierte Kunststoffe zu Einmalverwendung oder Aluminium), unterstreicht noch einmal deutlich die Folgen der fehlenden Konsumkritik. Anstatt zu einer ökologischen Transition beizutragen, scheint die Kreislaufökonomie viel eher ein Weg zu sein, eine Infragestellung von Konsummustern und Rohstoffverbrauch zu vermeiden und das bestehende Wachstumsmodell fortzusetzen.

Just Transition, wie in der Einleitung erläutert, stammt als Begriff aus den sozialen Bewegungen, Umweltorganisationen und Gewerkschaften. Die globale Klimabewegung bezog ihn zunächst



vorwiegend auf den Aspekt der globalen Klimagerechtigkeit (climate justice), da die Länder und Regionen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, nicht nur mit am stärksten darunter leiden, sondern auch aufgrund der Armut eine Transition kaum allein stemmen können. In Gewerkschaftsbewegungen wurde Just Transition zunächst vorwiegend als Forderung nach einer Transition ausgelegt, die nicht zu Lasten der Arbeitenden und finanziell schwächeren Schichten bzw. Gruppen der Gesellschaft erfolgt. Mittlerweile findet sich eine breite Verwendung des Konzepts Just Transition mit umfassender Bedeutung in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften und vor allem in Bündnissen eben dieser Akteure für eine sozial und ökologisch nachhaltige Transition von Wirtschaft und Gesellschaft. Solche Bündnisse existieren mit unterschiedlicher Intensität und Breite in Frankreich, Portugal, dem Vereinigten Königreich, und Norwegen. In Spanien und in den Niederlanden kooperieren linke Gewerkschaften und Umweltorganisationen auf verschiedene Weise miteinander. In Schweden spielt eine Zusammenarbeit hingegen nur eine marginale Rolle und in Polen und der Slowakei ist sie gar nicht vorhanden. Doch selbst in den weitreichenderen Bündnissen bleibt der Aspekt der globalen Klimagerechtigkeit meist eher ein Randthema, das wenig über allgemeine Bekundungen hinausreicht. So etwa im Falle des TUC im VK, der ausdrücklich eine Just Transition fordert, die Ungleichheiten zwischen Geschlechtern, aufgrund ethnischer oder nationaler Zuordnung und zwischen Süd und Nord überwindet, diesbezüglich aber kaum konkrete Vorschläge und Forderungen präsentiert.

Mittlerweile hat der Terminus auch Einzug gehalten in Erklärungen, Programme und Maßnahmen der EU, entsprechend auch in nationale Programme und Politiken der meisten Regierungen der hier untersuchten Staaten (in Polen und der Slowakei allerdings nur als Folge der EU-Forderungen und EU-Förderungen). Die Bedeutung des Begriffs in diesem Kontext ist meist stark reduziert. Außer in Spanien und vor allem Schottland, wo Just Transition auch von den jeweiligen Regierungen als Begriff genutzt wird, wird er vorwiegend im Sinne eines sozialen Ausgleichs in der energetischen Transition verwandt, also bezüglich der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und wirtschaftlichen Förderungen für die von Entlassungen im Rahmen der energetischen Transition betroffenen Regionen. Das betrifft in erster Linie Sektoren wie den Kohlebergbau und Kohlekraftwerke und die Förderung von Erdöl und Gas sowie nachgestellte Sektoren. Im Zentrum steht dabei vor allem das Ende des Kohlebergbaus und der Kohleverstromung, bzw. in Polen und der Slowakei wird der Begriff Just Transition im Hinblick auf Kohlebergbau/Kohleverstromung und Ersatzarbeitsplätze verwandt, häufig aber auch um eine langsamere Transition zu rechtfertigen und die Nutzung der Kohle zu verlängern. Es existiert folglich auch für Just Transition keine einheitliche Definition. Die globale Dimension von Klimagerechtigkeit spielt in diesem Zusammenhang gar keine Rolle, wie in keiner der Regierungspolitiken, die mit dem Label Just Transition versehen werden. Wie die Untersuchung zeigt, entsprechen diese auch an vielen anderen Punkten nicht allgemein anerkannten Kriterien von Just Transition. Lediglich in Spanien, unter der neuen Regierung seit 2018, wird in der energetischen Transition – wie zuvor dargelegt – ein an der ILO orientierter Begriff von Just Transition als handlungsleitend betrachtet. Und in Schottland – im Gegensatz zu den nationalen Politiken des VK – wird schon länger Just Transition thematisiert und 2019 wurde sogar eine partizipative Just Transition-Kommission eingeführt.



11.2.2 Weitere übergreifende Themen: Erneuerbare Energien, Selbstorganisation und Rolle der Arbeitsverwaltungen

Im Folgenden geht es um weitere übergreifende Themen, die in allen Ländern eine Rolle spielen und auf die in der bisherigen Zusammenfassung nicht spezifisch eingegangen wurde.

11.2.2.1 Erneuerbare Energien

In fast allen Ländern der Studie (außer in der Slowakei) und in Berichten internationaler Institutionen (und auch der EU) wird der Sektor der erneuerbaren Energien als einer der zentralen Sektoren ausgemacht in der Transition zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft und als ein wichtiger Sektor zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein Blick auf die zur Verfügung stehenden Statistiken verdeutlicht jedoch diverse Probleme. Diese reichen von der Frage der Zuordnung von Arbeitsplätzen zum Sektor bis hin zum Ausmaß der Arbeitsplätze und dem tatsächlichen ökologischen Nutzen der Arten der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Zunächst ist festzustellen, dass es unterschiedliche Zählweisen gibt bezüglich der Beschäftigung in erneuerbaren Energien. Ein Blick auf die in dieser Untersuchung verwendeten Zahlen zeigt jedoch klar, dass die Beschäftigung im Sektor sehr gering ist und auch nicht die Wachstumsraten aufweist, die den Sektor als bedeutende Quelle von Beschäftigung ausweisen würde. In einigen Ländern ist die Beschäftigung im Sektor sogar zurückgegangen. In der Regel ist sie stark von staatlichen Förderprogrammen abhängig.

Zudem ist zu hinterfragen, inwieweit gewisse erneuerbare Energien überhaupt in sinnvoller Weise zu einer Energiewende beitragen. Dies ist z.B. bei flüssigen Biotreibstoffen, der Fall, also aus angebauten Pflanzen, meist Zuckerrohr, Mais oder Raps, produzierte Ethanol-Beimischung für Benzin bzw. Diesel-Ersatz. In Polen sind nahezu 50 Prozent der Beschäftigten im Sektor erneuerbarer Energien in der Produktion von flüssigen Biotreibstoff tätig, in Frankreich ca. 28 Prozent und in Schweden und in der Slowakei 23-24 Prozent. Die Kritik an flüssigen Biotreibstoffen ist bekannt: „Biofuels in general have been criticized for diverting both land and crops from the food system, leaving fewer resources for food production and indirectly contributing to rising food prices“ (Balaam und Dillman 2014, 330). Dies hat wiederum zum vermehrten Import von Lebensmitteln aus dem globalen Süden in den globalen Norden geführt (wo ein Großteil des Anbaus der Pflanzen für flüssigen Biotreibstoff erfolgt, da er wenig arbeitsintensiv ist und unter großem Einsatz von Maschinen in einer industrialisierten Landwirtschaft durchgeführt werden kann) und das sogenannte Landgrabbing, also den Landraub durch vor allem transnationale Agrarmultis im globalen Süden potenziert. Hinzu kommt, dass der Anbau der für flüssige Biotreibstoffe geeigneten Pflanzensorten sehr Wasserintensiv ist. Auch wird kritisiert, dass Biotreibstoffe letztlich dazu beitragen, die weder nachhaltige noch ökologisch tragbare Praxis des motorisierten Individualverkehrs aufrechtzuerhalten.

11.2.2.2 Selbstorganisation und Lokalisierung

Da in der vorliegenden Untersuchung nicht explizit nach selbstorganisierten Initiativen und Lokalisierung bezüglich nachhaltiger Beschäftigung für eine sozial und ökologisch nachhaltige Transition gesucht wurde, kann hier nur ein grober Eindruck vermittelt werden. In fast allen



deren Arbeitsplätze gefährdet sind, für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes fit zu machen. Dies läuft über paritätisch besetzte sozialpartnerschaftliche (Gewerkschaften und Arbeitgeber) Non-Profit-Institutionen, den „Job Security Councils“, in die auch die Unternehmen Beiträge einzahlen. Diese übernehmen auch alle Schulungen und stellen teilweise externe Experten ein. Die Arbeitsagenturen sind nicht darin involviert. Für andere Entlassene, also die Schwächeren und eher schlechter qualifizierten, ist keine solche Unterstützung vorgesehen. In Polen finden sich keine beruflichen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme, die gezielt auf ökologisch nachhaltige Beschäftigung im Hinblick auf die ökologische Transition ausgerichtet sind. In der Slowakei wird nur ein kleineres Programm mit einem Umfang von € 20 Mio. erwähnt.

11.2.3 Akteure und Akteurskonstellationen: Unabhängige Gremien, Just-Transition-Bündnis und Beteiligung von Beschäftigten

In allen Ländern der Untersuchung existieren Akteure und Akteurskonstellationen jenseits der staatlichen Institutionen, Parteien, Gewerkschaften und Privatwirtschaft. Am auffälligsten und auch am zukunftsweisendsten sind die Just-Transition-Bündnisse aus Umweltbewegungen und Gewerkschaften. In manchen Ländern kommen auch noch weitere Akteure hinzu, wie Bewegungen und Organisationen aus dem Sozialbereich in Portugal und Frankreich oder die Kirche in Norwegen. Einem Überblick zu der möglichen Kooperation von Gewerkschaften und Umweltbewegungen wird im Folgenden die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es folgt ein kurzer Überblick über die Partizipation von Beschäftigtenvertretungen. Zunächst aber zu der Einrichtung „unabhängiger Expertenkommissionen“²⁹

Im VK und in Schweden wurden mit den Klimapolitiken auch unabhängige Expertenkommissionen geschaffen, die mit der Kontrolle und der Evaluierung der Klimapolitiken beauftragt sind und in jährlichen Berichten den Stand, die Effektivität und die Erfüllung der gesetzten Vorgaben evaluieren und Empfehlungen für die Regierung aussprechen. Im VK besteht der Climate Change Committee (CCC) in Schweden der Climate Policy Council (CPC). Beide verfassen sehr umfassende und kritische Berichte, doch in beiden Ländern werden sie von den Regierungen weitgehend ignoriert. Eine Verpflichtung, den Empfehlungen zu folgen, besteht weder im VK noch in Schweden, zudem haben weder CCC noch CPC irgendeine rechtliche Handhabe.

11.2.3.1 Bündnisse von NGOs, Gewerkschaften, Umweltbewegungen und anderen sozialen Bewegungen

Als hoffnungsvollster Akteur bilden sich in verschiedenen Ländern seit gut einem Jahrzehnt zunehmend größere und breitere Bündnisse aus Gewerkschaften, Umweltbewegungen, NGOs, Bauernorganisationen, linken Organisationen und sozialen Bewegungen, die für eine Just Transition mobilisieren. Die Bedingung dafür ist einerseits, dass Gewerkschaften und traditionellere Linke die Vielfalt der Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen und die existentielle Bedrohung durch Klimawandel und Umweltzerstörung anerkennen. Sie müssen auch realisieren, dass sie alleine

²⁹ Deren vermeintliche Unabhängigkeit selten hinterfragt wird, obwohl von den Modalitäten der Ernennung, über ihre finanziellen Abhängigkeiten bis zu den politischen Verbindungen genügend Anlass bestünde es zu tun.



nicht (mehr) über die notwendige Stärke und gesellschaftliche Verankerung verfügen, um strukturelle Veränderungen herbeizuführen und müssen über eine „traditionalistische Klassenfixierung oder eine auf gewerkschaftlich-sozialdemokratische Verteilungspolitik reduzierte Perspektive“ (Dörre 2021, 23) hinausgehen. Andererseits müssen sich auch Umweltbewegungen und NGOs ähnlich grundsätzlich hinterfragen. Eine erfolgreiche Allianz setzt voraus, die ökologische Frage nicht von der sozialen Frage zu trennen und mit der Klassenfrage zu verknüpfen. Ebenso gilt es, nicht nur diese beiden Aspekte zusammen zu denken, sondern auch Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus und das globale Nord-Süd-Verhältnis zu thematisieren. „Nichts spricht dafür, dass sich die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution primär oder gar ausschließlich mit marktwirtschaftlichen Mitteln realisieren lässt“ (Dörre 2021, 23). Für die notwendigen radikalen Schritte bedarf es breiter Bündnisse ‚unbedingter Solidarität‘, also einer jenseits von Zugehörigkeiten zu unterschiedlichen politischen Gruppierungen und deren Nutzen praktizierten Solidarform angesichts der Dringlichkeit des Handelns.

Breite Bündnisse finden sich im Vereinigten Königreich, Frankreich, Portugal und Norwegen. In Spanien und in den Niederlanden kooperieren Gewerkschaften und Umweltverbände in verschiedenen Kontexten, während in *Polen*, der *Slowakei* und in *Schweden* keine derartigen Bündnisse existieren. In *Polen* sind Gewerkschaften ausgesprochene Gegner von Klimapolitiken, einige Gewerkschaften leugnen sogar die Existenz des menschengemachten Klimawandels. Sie kooperieren international mit rechten Think Tanks und mit der rechten PiS-Regierung, setzen diese aber auch unter Druck, um weitergehende Klimapolitiken gemäß EU-Vorgaben zu verhindern. In der *Slowakei* zeigten Gewerkschaften lange kein Interesse an Klimapolitiken. Seit einigen wenigen Jahren wird aber die Notwendigkeit einer Abkehr von einem „unhaltbaren Wirtschaftsmodell“ anerkannt. In der Forderung nach fairen Klimaschutzmaßnahmen wird eine wirtschaftliche Modernisierung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit verknüpft, als einziger Weg, eine sozial gerechte, nachhaltige und grüne Wirtschaft zu erreichen. Zugleich geben die Gewerkschaften zu, es sei schwierig, die Themen Klimawandel und ökologische Transition in die Gewerkschaften einzubringen. In *Schweden* sind Gewerkschaften keine Gegner von Klimapolitiken, ganz im Gegenteil. Dennoch existiert keine Zusammenarbeit mit Umweltbewegungen. Die Gewerkschaften hängen weitgehend der Vorstellung eines Technological Fix und einer institutionellen Lösung an. Das intensive Sozialpartnerschaftsmodell bindet sie vollständig in ein korporatistisches Modell ein und die weitgehende Entpolitisierung der Gesellschaft sorgt für eine Abwesenheit alternativer Diskurse oder Mobilisierungen im Gewerkschaftsspektrum.

In den Ländern, in denen Just-Transition-Bündnisse existieren, sind sie die Akteure mit dem umfassendsten Begriff von Nachhaltiger Arbeit und den weitestgehenden Vorschlägen für eine sozial-ökologisch nachhaltige Transition. Eines der ältesten Bündnisse ist die Greener Jobs Alliance (GJA) im *Vereinigten Königreich*, die seit 2010 besteht. Es wurde aus dem Gewerkschaftsspektrum initiiert und inkludiert auch Studierendenorganisationen und Umweltverbände bzw. Kampagnengruppen. In *Frankreich* wurden die Erklärung der Plattform Beschäftigung-Klima von 2016 (Plateforme Emploi-Climat 2016) und der 34-Punkte Plan zu Wegen aus der Krise von 2020 (Attac France, CGT, Oxfam France et. al. 2020) von etwa 20 der bedeutendsten Basisakteure und Organisationen aus verschiedenen Sektoren beraten und verfasst, darunter die Gewerkschaftsverbände (auch der Studierenden und der Landwirte) sowie den französischen Sektionen internationaler Umweltgruppen. In *Portugal* sind am von der Bewegung für Klimagerechtigkeit Climáximo initiierten Kampagnenbündnis *Empregos para o clima* (Jobs für das Klima) weitere Umweltorganisationen, der Gewerkschaftsverband wie auch Einzelgewerkschaften der CGTP und weiterer kleinerer

Gewerkschaften sowie Gruppen und Bewegungen aus dem sozialen Bereich beteiligt. In *Norwegen* kam es im Vorfeld der Parlamentswahlen 2013 zu einer gemeinsamen Erklärung zum Klimawandel und sechs zentralen Forderungen von über 100 verschiedenen Umwelt- und Bauernorganisationen und Gewerkschaften. 2015 schlossen sich dann Gewerkschaften, Umweltverbände und die norwegische Kirche zu einer Kampagne mit der Forderung nach 100.000 Klimajobs unter dem Namen Bridge to the Future zusammen.

In *Spanien* kommt es zu einer intensiveren Kooperation von linken Gewerkschaften und Umweltverbänden. Diese hat aber noch nicht den breiten Bündnischarakter wie in Frankreich oder Portugal. Der Dachverband der Basisumweltorganisationen Ecologistas en Acción hat von allen größeren Umweltverbänden den weitestgehenden Diskurs und Praxis bezüglich einer Allianz zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegungen und kooperiert mit CCOO, CGT und ESK. In den *Niederlanden* kommt es im Rahmen des sozialpartnerschaftlichen Poldermodells zu einer institutionalisierten Kooperation zwischen dem Gewerkschaftsverband FNV und der Umweltorganisation Milieudéfense.

11.2.3.2 Beteiligung und Vertretung der Beschäftigten

Die Notwendigkeit einer Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen wird – mal mehr mal weniger – von nahezu allen Regierungen und Regierungsinstitutionen postuliert. In einigen Ländern ist damit die Einbindung der Beschäftigtenvertretungen in korporatistische Sozialpartnerschaftsmodelle von der Betriebsebene bis zu nationalen Beratungsgremien gemeint. Die Ergebnisse dieses Modells in puncto sozial und ökologisch nachhaltige Transition sind – wie in der Untersuchung deutlich wurde – eher dürftig. In den meisten Fällen steht dem institutionellen Partizipationsdiskurs keine entsprechende Praxis gegenüber. Im Vordergrund steht scheinbar die Entsprechung mit aktuellen Partizipationsdiskursen (nicht zuletzt wegen der EU-Förderkriterien) und nicht eine qualitativ bedeutende Partizipation. Davon zeugen auch die gewerkschaftlichen Positionierungen und Mobilisierungen. In einigen Kontexten wurde, vornehmlich auf Druck und Initiative von unten eine auch qualitativ wichtige Beteiligung von Beschäftigtenvertretungen an vor allem lokalen und regionalen Maßnahmen entwickelt.

In *Frankreich* war es lange üblich, Gewerkschaften bezüglich Entscheidungen auf nationaler Ebene zu konsultieren und auf betrieblicher Ebene die Belegschaften in bestimmte Entscheidungen mit einzubeziehen. Die Macron-Regierung lehnt jedoch eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften strikt ab. In *Portugal* wurde von der (vormals konservativen) Regierung zwar ein Netzwerk von etwa 100 Vertreter:innen aus Privatwirtschaft, Wissenschaft, Finanzwesen, Öffentlicher Verwaltung, Stiftungen und NGOs ins Leben gerufen, das an der Formulierung von Regierungspolitiken im Rahmen des strategischen Plans *Green Growth Commitment* (GGC) beteiligt wurde. Linke Umweltorganisationen oder NGOs und Gewerkschaften waren aber explizit nicht Teil davon. In *Spanien* erfolgt die Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen vor allem über die Partizipation an der Ausarbeitung der Just-Transition-Pläne für die Regionen, die vom Ausstieg aus der Kohle und aus der Atomkraft betroffen sind. Die Gewerkschaften waren bereits Teil der noch von der konservativen Regierung 2017 einberufenen Expertenkommission zur Ausarbeitung der Just-Transition-Rahmenplans und sind nun unter den seit Juni 2018 amtierenden sozialdemokratisch-linken Regierungen Teil der unterschiedlichen regionalen Just-Transition-Kommissionen. Tatsächlich wurden auch wesentliche Forderungen der Gewerkschaft CCOO von den Regierungen für die Just-Transition-Pläne übernommen. Ansonsten ist die Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen eher gering.



In den *Niederlanden* werden Gewerkschaften über das neo-korporatistische Poldermodell eng in die Beratungen zu den Beschlüssen zu Klima- und Nachhaltigkeitspolitiken eingebunden. Teilweise wurden auch Umweltverbände eingebunden. Die Ergebnisse wurden dennoch von beiden stark kritisiert. Gewerkschaften und eine ganze Breite von staatlichen und privaten Institutionen und Einrichtungen sowie verschiedene Einrichtungen des Poldermodells und Umweltorganisationen bilden in den Niederlanden auch eine gemeinsame Sonderkommission, um über die Umsetzung der Pläne und Orientierungen zu „Labour market and training“ des Klimaabkommens zu beraten. Im VK sollen laut der 2017 veröffentlichten industriellen Zukunftsstrategie, die ein „sauberes Wachstum“ postuliert, zu allen Themen nationale Konsultationen mit Unternehmen, Gewerkschaften und Beschäftigten erfolgen. Tatsächlich existiert für Konsultationen mit Beschäftigten und deren Interessensvertretungen keine Koordination und es wurden auch keinerlei Schritte für eine Umsetzung unternommen. Anders sieht es in *Schottland* aus, wo Gewerkschaftsvertreter:innen in der 2018 beschlossenen Just Transition Kommission sitzen, die Empfehlungen für eine Null-Emissionen-Transition, Berufsqualifikationen, Arbeitsmarktpolitik und Bildung erarbeitet.

Das vollständig korporatistische Sozialpartnerschaftsmodell in *Schweden* sieht per Gesetz vor, dass in jedem Betrieb mit mehr als 25 Beschäftigten mindestens zwei betriebliche Gewerkschaftsmitglieder in Aufsichtsrat sitzen. Zugleich sind die Gewerkschaften aber auch so stark in das Modell eingebunden, dass sie die Unternehmerpolitiken ohne großen Widerstand weitgehend mittragen. Die Gewerkschaften betonen, sie stünden im ständigen Austausch mit den Unternehmen, die erkennen würden, dass sie auf lange Sicht auch selbst von besser ausgebildeten Mitarbeiter:innen profitieren würden. In *Norwegen* besteht ebenfalls ein sozialpartnerschaftliches Modell, allerdings zeigen sich die Gewerkschaften unzufrieden mit der ihnen zugewiesenen Rolle, die Beschäftigten dazu zu animieren, an den staatlich geförderten Maßnahmen der Unternehmen teilzunehmen. Die Gewerkschaften äußern allein und als Teil von Just-Transition-Bündnissen umfassende Kritik, teilweise sogar Systemkritik, und fordern umfassendere Maßnahmen.

In *Polen* gibt es keine formalisierte Partizipation der Beschäftigten an den Programmen und Maßnahmen im Rahmen der ökologischen Transition. Lediglich der mächtigen Bergarbeitergewerkschaft gelang es, eine Teilnahme an den Verhandlungen zu dem, von ihr abgelehnten, Ende der Kohleförderung durchzusetzen. In der *Slowakei* wiederum kooperierte der größte Gewerkschaftsbund KOZ SR eng mit den ehemals regierenden Sozialdemokraten und konnte ein begrenztes Mitspracherecht der Beschäftigung in manchen betrieblichen Angelegenheiten erzielen. Zudem war er an der Diskussion zur neuen Arbeitsgesetzgebung beteiligt.

11.3 Mögliche Systematisierung der Länder

Es stellt sich die Frage, ob und wie sich die überschneidenden und trennenden Befunde systematisieren lassen. Ist es möglich anhand der Ergebnisse der Untersuchung eine Einordnung in Ländercluster vorzunehmen?

Ganz allgemein lässt sich feststellen, Länder mit großen und ökonomisch starken Nationalökonomien, allen voran Frankreich und das Vereinigte Königreich (und wohl auch Deutschland und Italien, die nicht Teil der vorliegenden Untersuchung sind), wesentlich einen eigenen „nationalen Sonderweg“ definieren. Dieser nimmt nur sehr bedingt auf eine internationale Dimension Bezug und unterstreicht die eigene Führungsposition oder den Führungsanspruch bezüglich Strategien, Mechanismen, Technik und Knowhow für eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und



Gesellschaft. Kleinere Länder, wie etwa Portugal, orientieren ihre Selbstdarstellung und erklärte Strategie zentral an EU-Vorgaben und EU-Dokumenten und es werden die Chancen unterstrichen, die für das Land in der nachhaltigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft liegen. Die Slowakei wiederum orientiert sich mittlerweile auch (eher widerwillig) an EU-Vorgaben, geht aber als einziges Land davon aus, dass die Nachteile gegenüber den Chancen überwiegen werden. Die Niederlande, die in gewisser Weise eine Zwischenposition in Hinsicht auf wirtschaftliche Positionierung und Anspruch einnehmen, tun beides: Sie unterstreichen die Chancen für die niederländische Wirtschaft und formulieren einen internationalen Führungsanspruch. Spanien, Schweden, Norwegen und sogar Polen formulieren ihrerseits ebenso einen Führungsanspruch (im Falle Spaniens und Polens etwas bescheidener einen möglichen Führungsanspruch) in gewissen Feldern vermeintlich ökologisch nachhaltiger Technologien. Dieser geht stets einher mit einer erwarteten Stärkung des Exportsektors. Es liegt auf der Hand, dass allein die Tatsache, dass fast alle Länder angeben, Produktion und Export steigern zu wollen, kaum ökologisch nachhaltig sein kann.

Die Evaluierung möglicher Clusterings folgt zunächst der naheliegenden Möglichkeit einer Einteilung gemäß der drei kapitalistischen Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen (1990), erweitert, wie in den Wissenschaften mittlerweile üblich, um die zwei Typologien Rudimentäre oder Mediterrane Wohlfahrtsregime und Osteuropäische Transitionsländer. Die auf den ersten Blick plausibel erscheinende Einteilung dieser Art, weist bei genauerer Betrachtung erhebliche Schwierigkeiten auf, die entlang der Typologien kurz dargestellt werden. Im Anschluss wird hier eine Einteilung entlang von vier Kategorien vorgeschlagen, bei denen auch Überschneidungen geben kann und einen Wechsel über längere Beobachtungszeiträume. Die Kategorien sind an Einteilungen in vorhandenen komparativen Untersuchungen angelehnt.

11.3.1 Systematisierung entlang des erweiterten Esping-Andersen-Modells

a) Nordisch bzw. sozialdemokratisch-skandinavisch: Schweden und Norwegen

Für das Sozialdemokratisch-Skandinavische Modell gilt als charakteristisch, dass Arbeit stark dekommodifiziert ist, ein universeller Sozialstaat Absicherung bietet und eine stark aktive Arbeitsmarktpolitik erfolgt. Tatsächlich folgen aber beide Länder bezüglich der Beschäftigung im Rahmen einer ökologischen Transition der Überzeugung, qualitativ gute Arbeit entstünde quasi automatisch als Folge technologischer Innovation. In diesem Sinne richtet vor allem Schweden die Schul- und Berufsbildung vollständig darauf aus, die (zukünftigen) Bedürfnisse der Privatwirtschaft (bzw. privatwirtschaftlich orientierten Staatsunternehmen, im Falle Norwegens) vorwegzunehmen und gezielt dafür auszubilden bzw. Umschulungen und Fortbildungen anzubieten, um Arbeitskräfte für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zu qualifizieren. Sovacool stellt zur Transition der nordischen Staaten fest, dass sie „trotz aller Versprechen bedingt, umstritten und möglicherweise ungerecht“ bleibt (Sovacool 2017, 581). Die Maßnahmen zielen wesentlich auf den hochqualifizierten Sektor. Auf den massiven Wegfall von Arbeitsplätzen in niedrig qualifizierten Sektoren scheint es keine Antwort zu geben, und damit auch keine Garantie auf den Verbleib in Sozialsystemen. Unabhängige Experten werfen der Politik in Schweden vor, die soziale Schere dadurch, wie die Transition angegangen wird, weiter zu vergrößern.



e) Osteuropäische Transitionsländer: Polen und Slowakei

In die letzte Kategorie der osteuropäischen Transitionsländer fallen die noch in Transformation befindlichen eingeschränkten Wohlfahrtsstaaten der postsozialistischen politischen Systeme in Osteuropa. Dies wären im vorliegenden Fall Polen und die Slowakei. Hier bedürfte es jedoch einer weiteren Präzisierung und Differenzierung des Esping-Andersen-Modells. So weisen zwar beide Länder einige systemische und strukturelle Ähnlichkeiten auf, jedoch unterscheiden sie sich auch fundamental bezüglich verschiedener Aspekte, wie etwa in der Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors.

Die Unterscheidung in verschiedene Wohlfahrtsstaatregime einem erweiterten Esping-Andersen-Modell folgend ist im vorliegenden spezifischen Fall nur begrenzt hilfreich.

Ein Zusammenhang zwischen Sozialstaatstyp und nationalem Diskurs zu nachhaltiger Arbeit scheint es nur bedingt zu geben. Um eine genauere Aussage dazu zu treffen, wäre es allerdings zunächst einmal notwendig eine Nachjustierung des Esping-Andersen-Modell vorzunehmen, welche die Veränderungen der vergangenen Jahre miteinbezieht.

11.3.2 Vorschlag zur Clustering entlang von vier Kategorien

Für ein Clustering der untersuchten Staaten werden hier vier Kategorien vorgeschlagen:

- a) Klima und Klimapolitiken werden von der Regierung als EU-Thema thematisiert (EU-driven)
- b) Umwelt- und Klimapolitiken werden ohne Bezug zu Arbeitsplätzen und Arbeit entworfen und begründet
- c) In den Umwelt- und Klimapolitiken stehen Umwelt und Arbeit(splätze) gleichermaßen im Fokus
- d) Für die Gestaltung und Begründung der Umwelt- und Klimapolitiken stehen Arbeitsplätze im Vordergrund, Umwelt ist ein Nebeneffekt

Für diese Einteilung finden sich Entsprechungen in der vergleichenden Forschungsliteratur. Pociovălișteanu u. a. stellen in einer Untersuchung zu Politiken in den Bereichen erneuerbare Energien, effiziente Nutzung von Ressourcen und weitere Maßnahmen mit Bezug auf den Klimawandel, für Deutschland, Italien, die Niederlande, Norwegen, Ungarn, Kroatien und das Vereinigte Königreich fest, diese Länder „set environmental policies without referring to green jobs as the main objective of greening policies“ (Pociovălișteanu u. a. 2015, 9243). Im selben Beitrag wird auch auf einen OECD-Bericht Bezug genommen, der feststellen, dass „some countries (Germany, the Netherlands, Sweden and Norway) which are at an advanced level in terms of the introduction of measures to reduce carbon emissions have developed labour market programmes aimed specifically at green growth. In such situations the creation of jobs is seen as an indirect consequence of green growth policies“ (Pociovălișteanu u. a. 2015, 9243). Beides deckt sich mit den Erkenntnissen aus der vorliegenden Studie zu den Niederlanden, VK, Schweden und Norwegen und der hier vorgeschlagenen Kategorien. Ein Ergebnis aus dieser Kategorisierung zeigt, dass die jeweiligen nationalen Arbeitslosenraten zwar offenbar starken Einfluss auf die Begründung der Umwelt- und Klimapolitiken haben, allerdings kein monokausaler Zusammenhang hergestellt werden kann.



a) Klima und Klimapolitiken werden von der Regierung als EU-Thema thematisiert (EU-driven)

In Polen und der Slowakei ist das Thema Klima und die Transition zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft ganz klar von den EU-Vorgaben geprägt und wird von den Regierungen auch so thematisiert. Wobei in Polen, stärker noch als in der Slowakei, Klimapolitik als eine von der EU erzwungene Verpflichtung dargestellt wird, die von der Regierung inhaltlich nicht geteilt wird, der man sich aber beugen müsse.

Portugal kann wiederum bis 2017 als EU-driven kategorisiert werden, wenn auch auf gänzlich andere Weise als Polen und die Slowakei. Alle strategischen Pläne portugiesischer Regierungen bis 2017 beruhten im Hinblick auf Green Jobs und nachhaltige Transition fast ausschließlich auf Daten und Formulierungen der EU. In Regierungsdiskursen wurden die Klimapolitiken aber nie als negative Folge der EU-Politiken oder Zwang dargestellt. Vielmehr wurden eher weniger eigene Initiativen, Daten, Referenzen und Formulierungen in die Pläne und Maßnahmen eingebracht. Dies änderte sich aber zunehmend, auch aufgrund eines starken Drucks von Umweltbewegungen und Just-Transition-Bündnissen, und es ist eine Änderung der Begründung und Orientierung der Klimapolitiken zu konstatieren.

Polen und die Slowakei setzen beide auf den Ausbau der Industrie als Entwicklungsstrategie. Trotz Betonung der eigenen Entwicklung in Sektoren der Hochtechnologie fungieren beide letztlich als verlängerte Werkbank der alten EU-Kernstaaten. Ihr Wettbewerbsvorteil beruht auf niedrigen Arbeitskosten (die niedrigsten Löhne aller Vergleichsstaaten) sowie mangelhaften und nachlässigen Umwelt- und Klimapolitiken. Letzteres gilt auch für das jeweilige Energiemodell. Eine Ablehnung strengerer Umwelt- und Klimapolitiken ist daher nicht verwunderlich.

In Polen stellt die Regierung Klimapolitiken als widerwillig hinzunehmende Folge des EU-Diktats dar. Industrie- und Entwicklungsprogramme sowie andere relevante Regierungsprogramme enthalten Hinweise auf Nachhaltigkeit oder Just Transition meist erst nach einer erneuten Überarbeitung in Folge von EU-Nachbesserungsforderungen an Polen. Sie bleiben aber auch dann weiter ungenau und mangelhaft bezüglich der Umsetzung, Finanzierung, Agenda, Zeitplan und Etappenziele, und auch die Ziele entsprechen nicht den festgelegten EU-Absichten. In der Slowakei führte der Druck der EU ab 2018 zu einer Integration von EU-Umwelt- und EU-Klimapolitikvorgaben in Regierungsprogramme und zur Verabschiedung diverser Pläne. Meist werden Digitalisierung und Umwelt als zentral ausgemacht und es wird die Schaffung vieler Arbeitsplätze betont. Allerdings bleiben die Pläne auch in der Slowakei meist vage und unzureichend, und hinter den eigentlich gesetzten EU-Klimazielen. Die Umsetzung bleibt ebenfalls abzuwarten. In dem im Mai 2020 verabschiedeten Reformprogramm der neuen konservativen Regierung kommen Just Transition, Green Jobs oder ökologisch und sozial nachhaltige Beschäftigung nicht vor.

b) Umwelt- und Klimapolitiken werden ohne Bezug zu Arbeitsplätzen und Arbeit entworfen und begründet

In den Niederlanden, dem VK, Schweden und Norwegen spielen Arbeitsplätze in den Umwelt- und Klimapolitiken kaum eine oder gar keine Rolle. In den Niederlanden (2019: 3,4 Prozent Arbeitslosigkeit und 6,7 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) werden zwar die wirtschaftlichen Chancen unterstrichen, aber dabei wird kaum auf Beschäftigung eingegangen. Umwelt- und Klimapolitiken werden nicht mit der Schaffung von Arbeitsplätzen begründet. Im VK (2019: 4 Prozent Arbeitslosenrate und 11,3 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) wird die Entstehung zahlreicher Arbeitsplätze in



Aussicht gestellt, dem entsprechen aber keine konkreten Politiken. Im Mittelpunkt des Diskurses und der Politiken stehen Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Exportorientierung. Nur in der eigenständigen schottischen Politik werden andere Ansprüche formuliert und es wird sogar als Ziel angegeben, bis 2024 global führend in „fairer Arbeit“ zu werden. In Schweden (2019: 6,8 Prozent Arbeitslosenrate und 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) wird die Schaffung von Arbeitsplätzen zwar von Regierungsakteuren im Zusammenhang mit der ökologischen Transition betont, tatsächlich aber hat Schweden eine der schlechtesten EU-Bilanzen bezüglich der Schaffung von Beschäftigung in diesem Zusammenhang und die vorhandenen Politiken zielen wesentlich auf technologische Innovation und die Schaffung hochqualifizierter Beschäftigung. In Norwegen (2019: 3,8 Prozent Arbeitslosenrate und 10 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) hingegen steht Beschäftigung viel weniger im Fokus der Regierungsdiskurse, während die konkreten Politiken den gleichen Fokus wie in Schweden aufweisen.

c) In den Umwelt- und Klimapolitiken stehen Umwelt und Arbeit(splätze) gleichermaßen im Fokus

Portugal, Frankreich und Spanien sind in diese Kategorie einzuordnen, wobei in den konkreten Umwelt- und Klimapolitiken in allen drei Ländern der quantitative Aspekt von Arbeit verknüpft wird mit einem starken nationalen Fokus (v.a. in Frankreich und Spanien) und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Auch hier lässt sich eine Verbindung mit den Arbeitslosenraten erkennen. 2019 hatte Portugal zwar eine eher moderate Arbeitslosenrate von 6,5 Prozent aber mit 18,3 Prozent eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit; Frankreich hatte eine Arbeitslosenrate 8,4 Prozent und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit von 20 Prozent; und Spanien hatte mit 14,2 Prozent die höchste Arbeitslosenrate aller Vergleichsstaaten und mit 32,5 Prozent die höchste Jugendarbeitslosigkeit. Hinzu kommt für Portugal und Spanien ein Minuswachstum der Bevölkerung und eine starke Überalterung der Gesellschaft durch die Auswanderung junger Menschen.

d) Für die Gestaltung und Begründung der Umwelt- und Klimapolitiken stehen Arbeitsplätze im Vordergrund, Umwelt ist ein Nebeneffekt

In Polen (2019: 3,3 Prozent Arbeitslosenrate und 9,9 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) führt die Ablehnung der Klimapolitik der EU dazu, dass in der Begründung für Klima- und Umweltpolitiken dann die wirtschaftlichen Chancen für Polen in den Vordergrund gestellt werden, obwohl Polen eine sehr niedrige Arbeitslosenquote hat. Dies ist wohl der Befürchtung des Wegfalls vieler Arbeitsplätze durch strengere Umwelt- und Klimapolitiken geschuldet (durch Entfallen eines bedeutenden Wettbewerbsvorteils). Dennoch werden neue Arbeitsplätze als automatische Folge der Entwicklung von nachhaltigen Technologien durch die Förderung der Privatwirtschaft angesehen. Die Slowakei (2019: 5,8 Prozent Arbeitslosenrate und 16,1 Prozent Jugendarbeitslosigkeit) hingegen setzt zwar auf die gleiche Strategie, erwähnt neue Jobs aber kaum (obwohl die Arbeitslosenrate deutlich höher ist als in Polen) und erwartet – zumindest offiziell – als einziges Land mehr Arbeitsplatzverluste als neue Arbeitsplätze. Beide Länder haben zudem im Vergleich zur gesamten Arbeitslosenrate eine hohe Jugendarbeitslosigkeit.

11.4 Ausblick und weitere Forschungsfelder

Nachdem die wesentlichen Aspekte der Studie resümiert und eine vergleichende Einordnung und Evaluierung erfolgt ist, wird hier zum Abschluss auf einige Aspekte der Transitionsperspektive eingegangen, die sich im Rahmen der Untersuchung herauskristallisiert haben. Darauf folgt ein Ausweisen möglicher weiterer Forschungsfelder.

11.4.1 Transitionsperspektive

Zunächst ist allgemein festzustellen, dass die Klimaziele und Maßnahmen aller Regierungen sowie der EU von der Wissenschaft als unzureichend bewertet werden, um dem Klimawandel auch nur zu verlangsamen, geschweige denn, um ihn zu stoppen oder gar wieder umzukehren. Dabei werden nicht einmal Kritiken und Warnungen der von den Regierungen selbst eingesetzten Expertenkommissionen zur Evaluierung ihrer Transitionspolitiken ernstgenommen, wie im Falle der CDC im VK oder der CPC in Schweden. Die verschiedenen Regierungen greifen auf diverse Tricks zurück, um ihre Umwelt- und Klimapolitiken dennoch in einem guten Licht erscheinen zu lassen. Höchst problematisch und gar nicht im Sinne einer effektiven Bekämpfung des Klimawandels, ist, dass es sich bei den festgelegten Emissionszielen stets um „Nettoziele“ handelt. Das bedeutet schlichtweg, dass von den tatsächlichen Emissionen jene abgezogen werden können, die über neu angelegte CO₂-Speicher (also z.B. Aufforstung) aufgenommen werden oder sogar über den Handel mit Emissionszertifikaten oder finanzierten Aufforstungsprojekten im Ausland „gut gemacht“ werden. Ein weiteres Problem liegt in der Verbindlichkeit der ohnehin unzureichenden Klimaziele der einzelnen Regierungen. Zwar sind diese rechtlich bindend, doch wer soll sie durchsetzen, wenn die Regierungen sie nicht erfüllen? Es gäbe in einigen Ländern wohl die Möglichkeit einer Verbandsklage, so wie in den Niederlanden erfolgreich geschehen und in Spanien in die Wege geleitet. Es bleibt aber unsicher, ob eine Gerichtsentscheidung durchgesetzt werden kann, wenn eine Regierung ihr nicht nachkommt.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus einer alleinigen Fixierung auf Emissionsziele, ohne Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Zahlreiche Länder setzen zur Erreichung der Emissionsziele auf Atomkraft. Die absehbare Verfehlung der Emissionsziele hat sogar in einigen Ländern ohne Atomkraftwerke oder mit Ausstiegsplänen, zu einer Wiederbelebung der Atomkraft geführt. Das ist angesichts der Unfallgefahr und der nicht geklärten (und nicht zu klärenden) Frage der Endlagerung von Atommüll sicher nicht ökologisch nachhaltig. In den Niederlanden ist nur noch ein Reaktorblock in Betrieb und der Ausstieg aus der Atomkraft eigentlich beschlossen, doch die Regierung hat 2020 den Neubau von Reaktoren in die Diskussion eingebracht. In Schweden (39 Prozent des Strombedarfs aus sechs Reaktorblöcken) war der Ausstieg bis zum Jahr 2000 beschlossen, wurde aber mehrmals aufgeschoben. Im VK (20 Prozent des Strombedarfs aus 15 Reaktorblöcken) ist der Bau neuer Reaktoren und sogar von Kernfusionsreaktoren geplant. Beschäftigung im Nuklearsektor wird zu Green Jobs gezählt. In Frankreich (70 Prozent des Strombedarfs aus Atomkraft) wurde die Laufzeit der 32 ältesten Reaktoren auf 50 Jahre verlängert und es wird für die Energietransition auf Atomkraft gesetzt. Polen hat bisher keine Atomkraftwerke, setzt aber für die Energietransition auf Atomkraft. Ein Reaktor befindet sich mit US-Unterstützung im Bau, weitere sind bis 2043 geplant. Die Slowakei (50 Prozent des Strombedarfs aus zwei Reaktorblöcken) setzt ebenfalls auf Atomkraft. Die Betriebsgenehmigung für einen skandalumwitterten dritten Block wurde im Mai 2021 erteilt, ein vierter Block ist im Bau. Norwegen und Portugal haben hingegen nie ein Atomkraftwerk betrieben und planen auch keines. In Spanien gehört der



schrittweise Ausstieg aus der Atomkraft (20 Prozent der Strombedarfs in sieben Reaktorblöcken) zur ökologisch-energetischen Transition.

Die wiederholt erwähnte Problematik transparenter und zuverlässiger Zahlen (und Definitionen) bezüglich Beschäftigung in und für die ökologisch-nachhaltige Transition von Wirtschaft und Gesellschaft resultiert aus der Fixierung allein auf die Anzahl existierender oder zu schaffender Arbeitsplätze und dem daraus folgenden Bemühen der Regierungen, möglichst viele Aktivitäten zu Green Jobs zu erklären. Dies selbst in relativ klar zu überschauenden Sektoren wie etwa erneuerbare Energien. Angesichts der höchst unterschiedlichen Arbeitsintensität und tatsächlichen Nachhaltigkeit der unter diesem Begriff zusammengefassten Tätigkeiten sind die Zahlen zu den Arbeitsplätzen in keiner Weise ein Indikator für Nachhaltigkeit, erfolgreiche Energietransition oder Qualität der Arbeit. Die Produktion flüssiger Biotreibstoffe (z.B. Biodiesel oder Ethanol) ist von fragwürdiger Nachhaltigkeit (sie trägt zur Aufrechterhaltung eines nicht nachhaltigen Transportmodells bei und verteuert die Lebensmittelpreise) und schafft Arbeitsplätze, die in Beständigkeit, Qualifizierung und Qualität nicht mit denen von z.B. Wind- oder Sonnenenergie vergleichbar sind. Der Qualität der Beschäftigung in der ökologisch nachhaltigen Transition wird insgesamt zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist zentral sicherzustellen, dass es nicht nur neue Jobs gibt, sondern dass diese auch guter Qualität sind, mindestens so gut wie die wegfallende Beschäftigung. Angesichts der Erfahrung mit Prozessen der Deindustrialisierung ist es dabei auch wichtig, in den besonders betroffenen Region auch auf andere Aspekte als ausschließlich die direkte Beschäftigung zu schauen (Robins u. a. 2019a, 5).

In Relation zu den vielen Programmen, Maßnahmen und zur Verfügung gestellten Finanzen scheint das Ergebnis bezüglich eines Überhangs neuer ökologisch nachhaltiger Arbeitsplätze auch eher mager. Zusätzlich zu der dürftigen Qualität der Beschäftigung und der häufig aus ökologischer Sicht zweifelhaften Sinnhaftigkeit, wäre die Herangehensweise an Beschäftigung grundsätzlich zu hinterfragen. Für den ökologisch-nachhaltigen Umbau und Nachhaltige Arbeit ist ja die Zahl der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze in den jeweiligen Sektoren gar nicht maßgeblich, sondern eben der tatsächliche Umbau bzw. die beschleunigte Transition. Zahlenmäßig zusätzliche nachhaltige Arbeit kann ja durchaus sinnvollerweise in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Pflege, Bildung, Kunst usw. entstehen.

Darüber hinaus lassen sich drei miteinander verwobene Kriterien, die gemäß einer Studie zu Deutschland und dem VK, den Übergang zu CO₂-armen Wirtschaften fördern, für kapitalistische Staaten verallgemeinern. Sie sind allerdings auch wenig überraschend. Erstens, macht es einen relevanten Unterschied, inwieweit der Staat eingreift und Vorgaben und Gesetze erstellt und für Förderungen und politische Prioritäten sorgt (Stroud u. a. 2015, 102). Zum Zweiten die zentrale Rolle von „governance without government“, also ein entsprechender nationaler politischer Rahmen, der es ermöglicht, erfolgreiche eigenständige regionale Politiken zu entwickeln und zu verfolgen. Und schließlich die Schlussfolgerung, dass die „Bedeutung von Skills und Berufsbildung zentral sind für eine Transition zu einer Grünen Wirtschaft. Erfolg hängt hier an einem ausreichenden Angebot und Nachfrage nach ‚anständigen‘ ‚Green‘ Jobs. In dieser Hinsicht sind Arbeiter:innen und ihre Vertretungen zentral, um eine Transition zu einer Grünen Wirtschaft zu erzielen und dafür, dass diese auch auf anständigen Jobs aufbaut“ (Stroud u. a. 2018, 103).



11.4.2 Weitere Forschung

Aus der Untersuchung ergeben sich also zahlreiche offene Fragen, die zugleich auch auf sinnvolle weitere Forschung verweisen. Da wäre zunächst die Erarbeitung von zuverlässigen und einheitlichen Kriterien für die Definition nachhaltiger bzw. grüner Beschäftigung, mit denen dann auch Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern, Regionen und Sektoren möglich sind.

Es existieren verhältnismäßig wenig Untersuchungen zu der Rolle von dezentralen und selbstorganisierten Akteuren bezüglich nachhaltigen Wirtschaftens und Nachhaltiger Arbeit bzw. zu selbstorganisierten dezentralen Energieprojekten kleinen Maßstabs. Diese können zwar eine staatlich beschlossene und gesteuerte Energietransition nicht ersetzen, dennoch kann es von außerordentlichem Interesse sein, breit zu erforschen, welche Mechanismen sie sich zu Nutze machen, wie der ökonomische Aufwand im Vergleich zum Output ist, wie eine Demokratisierung und Dezentralisierung der Energieproduktion und -verwaltung vorangetrieben werden kann und wie diese selbstorganisierten Initiativen das Verhältnis zu Institutionen und Privatwirtschaft verändern. Derartige Untersuchungen könnten fruchtbar auch im Kontext der beständig hohen Jugendarbeitslosigkeit in nahezu allen untersuchten Ländern (außer in den Niederlanden) sein.

Angesichts des zunehmenden Ressourcen- und Materialverbrauchs wäre es von Interesse zu untersuchen, welche Beschäftigung bezüglich einer drastischen Vermeidung von Ressourcenverbrauch und in der Ausweitung der Kreislaufwirtschaft geschaffen werden kann. Jenseits großflächiger technischer Lösungen besteht eine Vielzahl von Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft auf lokaler und regionaler Ebene, inklusive Recycling und Upcycling. Eine Untersuchung verschiedener lokaler Initiativen dezentraler Akteure könnte Ergebnisse von allgemeinem Interesse zu Tage fördern. Dazu gehört z.B., welcher Qualität die durch lokale Eigeninitiative entstandenen Arbeitsplätze sind und wie es möglich wäre, diese zu verbessern. Ebenso wäre von Interesse, zu untersuchen, wie groß ihre Wirkung für Umwelt, lokale Ökonomien und soziales Zusammenleben (z.B. durch das Upcycling von Computern für Altenheime und Sozialeinrichtungen) ist, wieviel bestehendes Knowhow aus verloren gehender Beschäftigung genutzt werden kann und welches zusätzliche Knowhow notwendig ist. Nicht zuletzt würde eine solche Studie auch empirische Erkenntnisse darüber liefern, welches Beschäftigungspotential in der lokalen Kreislaufwirtschaft steckt. Eine solche Untersuchung sollte aber auch Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit für verschiedene Materialien und deren Wiederverwendung aufstellen, die mit einer Debatte um die grundsätzliche Reduzierung von Konsum und vor allem der weitgehenden Reduzierung der Herstellung umweltbelastender Materialien verknüpft ist.

An die beiden letzten Vorschläge anknüpfend, wäre es interessant, eine Vergleichsuntersuchung zwischen staatlichen Institutionen, privatkapitalistischen Unternehmen und lokalen basisdemokratischen Akteuren vorzunehmen bezüglich der Frage, in welchen Sektoren, durch welche Akteure und unter welchen Umständen, in welchem Umfang und von welcher Qualität sozial und ökologisch nachhaltige Arbeit zu welchen Kosten geschaffen wird.

Als Querschnittsaufgabe für alle Untersuchungen ergibt sich das bisher unterbelichtete Thema der Berücksichtigung von Genderaspekten. Ein überproportional hoher Teil der neu entstehenden Green Jobs wird von Männern besetzt. Es gilt also zu untersuchen, welche die Ursachen dafür sind und wie dem entgegengewirkt werden kann. Der ökologisch und sozial nachhaltige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sollte nicht in alte Geschlechterrollenverteilung in der Arbeitswelt führen.



Und schließlich wurde deutlich, dass die Just-Transition-Bündnisse, die in einigen Ländern existieren, die Akteure mit den umfassendsten Vorschlägen und dem größten Interesse an sozial-ökologische Transition sind. Es stellt sich also die Frage, warum und wie Umweltbewegungen und Gewerkschaften zusammenkommen, um größere Relevanz für staatlich-zivilgesellschaftliches nachhaltiges Handeln zu befördern.

Literatur

- ADEME Agence de la transition écologique. 2020. „Les EnR, créatrices d’emplois durables dans les territoires.“ ADEME. 2020. <https://52histoires.ademe.fr/histoire/les-enr-creatrices-d-emplois-durables-dans-les-territoires>.
- Administración de la CAPV, Comunidad Autónoma del País Vasco und DMAPTV, Departamento de Medio Ambiente, Planificación Territorial y Vivienda. 2019. „Estrategia de Economía Circular de Euskadi 2030“. <https://www.ihobe.eus/publicaciones/estrategia-economia-circular-euskadi-2030-2>.
- Allan, Grant, Peter McGregor, and Kim Swales. 2014. „Scotland’s Green Jobs Conundrum: How to Better Measure the Employment Impact of a Low Carbon Future“, 25.
- Álvarez Barba, Yago. 2020. „Se busca empleado. Razón, crisis climática – Rebelion“. *El Salto Diario* (blog). 29. Januar 2020. <https://www.elsaltodiario.com/cambio-climatico/busca-empleo-trabajo-futuro-razon-crisis-climatica>.
- Anshelm, Jonas, and Simon Haikola. 2018. „Depoliticization, Repoliticization, and Environmental Concerns: Swedish Mining Politics as an Instance of Environmental Politicization“. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies* 17 (2): 561–96.
- Asadnabizadeh, Majid. 2019. „Analysis of Internal Factors of the Swing States in the International Climate Change Negotiations: A Case Study of Poland in COP24“. *American Journal of Climate Change* 08 (02): 263–83. <https://doi.org/10.4236/ajcc.2019.82015>.
- Association négaWatt. 2017. „The NégaWatt Scenario 2017-2050.Pdf“. Association négaWatt. https://negawatt.org/IMG/pdf/181128_negawatt-scenario_eng_12p.pdf.
- Attac France, CGT, Oxfam France et. al. 2020. „Le plan de sortie de crise.pdf“. https://france.attac.org/IMG/pdf/le_plan_de_sortie_de_crise.pdf.
- Balaam, David N., und Bradford Dillman. 2014. *Introduction to International Political Economy*. Sixth Edition. Boston: Pearson.
- Balmer, Rudolf. 2021. „Atomstrom: Frankreichs Reaktoren dürfen länger am Netz bleiben“. *NZZ, Neue Zürcher Zeitung*, 2021. <https://www.nzz.ch/international/frankreich-setzt-weiter-auf-atomstrom-und-verlaengert-laufzeit-ld.1603777>.
- Bankwatch Network. 2019. „Local Community Participation in the Transformation Action Plan for the Slovakia’s Upper Nitra Coal Region“. Bankwatch Network. <https://bankwatch.org/wp-content/uploads/2019/09/Transformation-Action-Plan-Upper-Nitra.pdf>.
- Baran, Jan, Aleksander Szpor, und Jan Witajewski-Baltvilks. 2018. „Coal transitions in Poland - Options for a fair and feasible transition for the Polish coal sector“. IDDRI & Climate Strategies.
- Barth, Thomas, Georg Jochum, und Beate Littig. 2016. *Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Bartniczak, Bartosz, und Michał Ptak. 2015. „Green Jobs in the Renewable Energy Sector“. 2015–01. Ordnungspolitische Diskurse. Ordnungspolitisches Portal (OPO). <http://hdl.handle.net/10419/126157>.
- Beňová, Zuzana. 2020. „Diversification of the Upper Nitra Region With a Focus on Activities Using Current Resources“. *Geopolitics of Energy* 42 (1): 2–8.
- Berthet, Thierry, Clara Bourgeois, und Karine Tourné Languin. 2016. „Challenges of Delivering Cross-Sectorial Employment Policies in France“. In *Integrating Social and Employment Policies in Europe*, herausgegeben von Martin Heidenreich und Deborah Rice, 139–61.



- Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing. <https://www.elgaronline.com/view/edcoll/9781783474912/9781783474912.00014.xml>.
- BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung. 2021. „Kurzüberblick - Horizont 2020“. Horizont 2020. 2021. <https://www.horizont2020.de/einstieg-kurzueberblick.htm>.
- Bocksch, René. 2020. „Infografik: Niederlande besonders vom Klimawandel gefährdet“. Statista Infografiken. 17. September 2020. <https://de.statista.com/infografik/22938/weltrisikoindex-europaeischer-staaten/>.
- Brandl, Sebastian. 2019. „Zur Marginalität erweiterter Arbeitskonzepte“. *WSI-Mitteilungen. Schwerpunktheft „Nachhaltige Arbeit: machtpolitische Blockaden und Transformationspotenziale“* 72 (1): 71–74.
- Brandl, Sebastian, und Eckart Hildebrand. 2002. *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte*. Leske + Budrich. Bd. 8. Soziologie & Ökologie. Opladen.
- Bridge to the Future. 2015a. „Bremse norsk oljeutvinning, 100 000 klimajobber nå!“
- . 2015b. „English – About ‘Bridge to the Future’ – Broen til framtiden“. 2015. <https://broentilframtiden.com/english/>.
- Bruhin, Arnold, Katja Dinges, und Johannes Ackva. 2018. „The Swedish Climate Act“. Bridging European & Local Climate Action - BEACON.
- Brusilo, Pawel. 2020. „Insight into the Polish Strategy for Responsible Development by 2020 and New Structural Economics Assumptions“. *Journal of Eastern Europe Research in Business and Economics* 2020 (September): 1–10. <https://doi.org/10.5171/2020.812353>.
- Bulavskaya, Tatyana, und Frédéric Reynès. 2018. „Job Creation and Economic Impact of Renewable Energy in the Netherlands“. *Renewable Energy* 119 (April): 528–38. <https://doi.org/10.1016/j.renene.2017.09.039>.
- Buranyi, Stephen. 2020. „Climate Action under Duress: How Dutch Were Forced into Emissions Cuts“. *The Guardian*, 4. Mai 2020, Abschn. Environment. <https://www.theguardian.com/environment/2020/may/04/climate-action-under-duress-how-dutch-were-forced-into-emissions-cuts>.
- Butter, F. A. G. den, und H. a. a. M. Webers. 2018. „Eco Efficiency and Circular Production: Cases from the Netherlands’ Eastern Region“. *Factor X, Challenges, Implementation Strategies and Examples for a Sustainable Use of Natural Resources*, 305–16. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-50079-9>.
- Caleiras, Jorge. 2019. „Entre o retrocesso e a mitigação: caminhos e descaminhos das políticas de emprego em Portugal na última década“. E-Working Paper 1. Lisboa: Observatório das Desigualdades.
- Campos, Inês, João Guerra, José Ferreira Gomes, Luísa Schmidt, Filipe Alves, André Vizinho, und Gil Penha Lopes. 2017. „Understanding climate change policy and action in Portuguese municipalities: A survey“. *Land Use Policy* 62: 68–78. <https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2016.12.015>.
- Carbon Brief. 2020. „CCC: UK Must Cut Emissions ‘78% by 2035’ to Be on Course for Net-Zero Goal“. Carbon Brief. 9. Dezember 2020. <https://www.carbonbrief.org/cc-uk-must-cut-emissions-78-by-2035-to-be-on-course-for-net-zero-goal>.
- Carles, Elvira. 2019. „2019, otro año clave en la lucha contra el cambio climático“. *Gaceta Sindical. Reflexión y debate*, Juni 2019. <https://www.ccoo.es/f62c28b1cfc2706598fe14f46f4700c5000001.pdf>.

- CCC - Committee on Climate Change. 2011. „UK Climate Change Risk Assessment: Government Report 2012“. <https://www.gov.uk/government/publications/uk-climate-change-risk-assessment-government-report>.
- . 2016. „UK Climate Change Risk Assessment 2017“. <https://www.gov.uk/government/publications/uk-climate-change-risk-assessment-2017>.
- CCOO. 2018. „Propuestas de CCOO para la transición energética justa“. CCOO. www.ccoo.es/ebc1375a411344ded377311728ebb201000001.pdf.
- CCOO de Castilla y León. 2018. „Transición energética justa en las regiones carboneras de Castilla y León“. https://ccoopuntodeobservacionindustrial.es/wp-content/uploads/Estudio_energia_CCOO_2018_FINAL_v0.pdf.
- Cedefop. 2018a. „Skills for Green Jobs in France: An Update [Unedited Proof Copy]“. Cedefop Reference Series. European Centre for the Development of Vocational Training. http://www.cedefop.europa.eu/files/france_green_jobs_2018.pdf.
- . 2018b. „Skills for green jobs in Spain: an update [unedited proof copy]“. European Centre for the Development of Vocational Training. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/--ed_emp/--ifp_skills/documents/publication/wcms_707557.pdf.
- . 2018c. „Skills for Green Jobs in The United Kingdom: An Update [Unedited Proof Copy]“. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---ifp_skills/documents/image/wcms_707548.pdf.
- . 2018d. „Skills for Green Jobs in The United Kingdom: An Update [Unedited Proof Copy]“. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---ifp_skills/documents/image/wcms_707548.pdf.
- . 2019a. *Skills for Green Jobs European Synthesis Report*. Greece.
- . 2019b. *Skills for Green Jobs European Synthesis Report*. Luxembourg: Publications Office of the European Union. https://www.cedefop.europa.eu/files/3078_en.pdf.
- Centre for European Policy Studies (CEPS). 2015. „Climate for Sustainable Growth – Poland Case Study“. Centre for European Policy Studies. <http://ceps-ech.eu/publication/climate-sustainable-growth-polandcase-study>.
- CERMI und MSSSI, Ministerio de Sanidad, Servicios Sociales e Igualdad. 2012. „Economía verde, discapacidad y empleo. Oportunidades de generación de empleo a través de la iniciativa social“. Madrid. https://www.cermi.es/sites/default/files/docs/coleccion/Econom_a_Verde_Discapacidad_y_Empleo.pdf.
- CFDT. 2020a. „Conseil européen : Le syndicalisme européen se mobilise pour une relance sociale et écologique“. Portail CFDT.fr. 18. Juni 2020. https://cfdt.fr/portail/presse/communiqués-de-presse/conseil-europeen-le-syndicalisme-europeen-se-mobilise-pour-une-relance-sociale-et-ecologique-srv1_1124120.
- . 2020b. „Convention citoyenne pour le climat : Vers une transition écologique juste“. Portail CFDT.fr. 22. Juni 2020. https://cfdt.fr/portail/presse/communiqués-de-presse/convention-citoyenne-pour-le-climat-vers-une-transition-ecologique-juste-srv1_1124527.
- Circle Economy und Circular Norway. 2020. „The Circularity Gap Report Norway 2020“. <https://circularity-gap.world/norway#wf-form-CGR-NOR-Report-Downloads>.
- Circle Economy, innobasque, Bilbao Ekintza, und Bizkaia beaz. 2018. „Circular Bilbao & Bizkaia - Insights - Circle Economy“. <https://www.circle-economy.com/resources/circular-bilbao-bizkaia>.
- Climate Action Tracker. 2021. „Norway | Climate Action Tracker“. 2021. <https://climateaction-tracker.org/countries/norway/>.

- Climate ADAPT. 2018. „French National Adaptation Plan for Climate Change for the Period 2018-2022 Launched“. 2018. <https://climate-adapt.eea.europa.eu/news-archive/french-national-adaptation-plan-for-climate-change-for-the-period-2018-2022-launched>.
- Climate Change Post. 2021a. „Climate Change in Norway“. Climatechangepost.Com. 2021. <https://www.climatechangepost.com/norway/climate-change/>.
- . 2021b. „Climate Change in Poland“. Climatechangepost.Com. 12. Februar 2021. <https://www.climatechangepost.com/poland/climate-change/>.
- . 2021c. „Climate Change in Sweden“. Climatechangepost.Com. 16. Februar 2021. <https://www.climatechangepost.com/sweden/climate-change/>.
- Climate-ADAPT. 2019. „Netherlands“. Climate-ADAPT. 2019. <https://climate-adapt.eea.europa.eu/countries-regions/countries/netherlands>.
- Climáximo. 2020. „Victory: Portugal Free of Fossil Fuel Extraction Projects as Company Abandons the Last Contract.“ *Climáximo* (blog). 4. September 2020. <https://www.climaximo.pt/2020/09/04/victory-portugal-free-of-fossil-fuel-extraction-projects-as-company-abandons-the-last-contract/>.
- Coalición de empresas por el Planeta - Coeplan. 2020. „Manifiesto por la regeneración económica“. Mai 2020. <https://ecodes.org/hacemos/produccion-y-consumo-responsable/economia-baja-en-carbono-y-circular/coeplan/manifiesto-coeplan>.
- Coligação para o Crescimento Verde. 2018. „Monitorização do Compromisso para o Crescimento Verde 2014-2016“. https://www.crescimentoverde.gov.pt/wp-content/uploads/2019/01/Relatorio-monitorizacao-do-CCV-2018_28set_VF.pdf.
- Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CCOO). 2020. „La transición ecológica justa, es ahora“. CSCCOO. 24. Juni 2020. http://www.ccoo.es/noticia:512907--La_transicion_ecologica_justa_es_ahora&opc_id=77ddb5993d7dbaa661a33d0ce0516df.
- Connolly, Kevin, Grant J Allan, und Stuart G McIntyre. 2016. „The Evolution of Green Jobs in Scotland: A Hybrid Approach“. *Energy Policy* 88 (Januar): 355–60. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2015.10.044>.
- Conservative Party. 2019. „The Conservative and Unionist Party Manifesto 2019“. conservatives.com. 2019. https://assets-global.website-files.com/5da42e2cae7ebd3f8bde353c/5dda924905da587992a064ba_Conservative%202019%20Manifesto.pdf.
- Council of Ministers. 2017. „Strategy for Responsible Development for the period up to 2020 (including the perspective up to 2030)“. https://www.gov.pl/documents/33377/436740/SOR_2017_streszczenie_en.pdf.
- Cox, Annette, und Beth Foley. 2013. „Public Employment Services and Green Jobs“. European Commission.
- CPC (Climate Policy Council). 2020. „Report of the Swedish Climate Policy Council 2020“. 3. <https://www.klimatpolitiskaradet.se/wp-content/uploads/2020/05/2020reportoftheswedishclimatepolicycouncil.pdf>.
- Cukier, Alexis. 2020. „Démocratiser le travail dans un processus de révolution écologique et sociale“. *Attac France* (blog). 2020. <https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/numero-24-ete-2020/dossier-la-transformation-du-systeme-productif/article/democratiser-le-travail-dans-un-processus-de-revolution-ecologique-et-sociale>.
- Der Spiegel. 2020. „Ölförderung in der Arktis - Norwegens Oberstes Gericht verhandelt Klimaklage“. Der Spiegel. 4. November 2020.



- <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/norwegen-oelfoerderung-in-der-arktis-oberstes-gericht-verhandelt-klimaklage-von-greenpeace-und-co-a-44329eb2-14c4-4569-997f-f91df11e9057>.
- der Ree, Kees van. 2019. „Promoting Green Jobs: Decent Work in the Transition to Low-Carbon, Green Economies“. *International Development Policy*, Nr. 11: 248–71. <https://doi.org/10.4000/poldev.3107>.
- Diallo, Alfa, Bettina Dézsi, Mária Bartek-Lesi, László Szabó, und András Mezősi. 2020. „Auctions for the Support of Renewable Energy in Slovakia“. AURES II. aures2project.eu/wp-content/uploads/2020/09/AURES_II_case_study_planned_Slovakia.pdf.
- Diefenbacher, Hans, Oliver Foltin, Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Rike Schweizer, und Volker Teichert. 2016. *Zwischen den Arbeitswelten. Der Übergang in die Postwachstumsgesellschaft*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- DIRD - Division of Investment and Regional Development. 2019. „Vision and Strategy of Slovakia’s Development until 2030 - PPP“. Deputy Prime Minister’s Office for Investments and Informatization of the Slovak Republic. socisdg.com/media/1363/becker-1422019-eng.pdf.
- Dörre, Klaus. 2021. „Demokratie oder Kapitalismus. Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Politik von Klaus Dörre“. In *Mehr als Arbeitskampf! Workers weltweit gegen Autoritarismus, Faschismus und Diktatur*, herausgegeben von Dario Azzellini, 15–24. Hamburg: VSA.
- Durán, Alicia. 2019. „Ciencia, investigación e innovación en España“. *Gaceta Sindical. Reflexión y debate*, Juni 2019. <https://www.ccoo.es/f62c28b1cfc2706598fe14f46f4700c5000001.pdf>.
- Eco-Innovation Observatory. 2020. „Eco-Innovation in Slovakia: EIO Country Profile 2018-2019“. https://ec.europa.eu/environment/ecoap/sites/default/files/field/field-country-files/eio_country_profile_2018-2019_slovakia.pdf.
- Ecologistas en acción. 2019a. „Escenarios de trabajo en la transición ecosocial 2020-2030“. <https://www.ecologistasenaccion.org/wp-content/uploads/2019/12/informe-escenarios-de-trabajo-WEB.pdf>.
- . 2019b. „Sin planeta no hay trabajo. Reflexiones sobre la emergencia climática y sus implicaciones laborales en el marco de una transición justa“. Ecologistas en acción. <https://www.ecologistasenaccion.org/wp-content/uploads/2019/12/info-sin-planeta-no-hay-trabajo.pdf>.
- EEA - European Environment Agency. 2016. „Global and European Sea Level“. Indicator Assessment. 2016. <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/indicators/sea-level-rise-4/assessment-2>.
- Escanciano, Susana Rodríguez. 2020. „Sostenibilidad laboral en el sector de la construcción: la estabilidad en el empleo como premisa“. *Temas laborales: Revista andaluza de trabajo y bienestar social*, Nr. 152: 13–52. <https://dialnet.unirioja.es/servlet/articulo?codigo=7464722>.
- Escuela de Organización Industrial - EOI. 2011. „Green Jobs: empleo verde en España 2010“. Escuela de Organización Industrial. www.eoi.es/savia/documento/eoi-52178/green-jobs-empleo-verde-en-espana-2010.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Europäische Kommission. 2018. „Klimaschutz: Strategie und Ziele. Langfristige Strategie – Zeit-horizont 2050“. 2018. https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2050_de.

- Europäisches Parlament - Verbindungsbüro in Österreich, EP-VÖ. 2020. „Abfallwirtschaft in der EU: Zahlen und Fakten“. Europäisches Parlament. Verbindungsbüro in Österreich. 7. Dezember 2020. <http://www.europarl.europa.eu/austria/de/aktuell-presse/meldungen/2020-meldungen/dezember-2020/pr-2020-dezember-1.html>.
- Europe Écologie les Verts. 2020. „France Relance : un plan incohérent, et en trompe-l’œil sur la transition écologique“. *Europe Écologie les Verts* (blog). 4. September 2020. <https://www.eelv.fr/france-relance-un-plan-incoherent-et-en-trompe-loeil-sur-la-transition-ecologique/>.
- European Circular Economy Stakeholder Platform. 2020. „Good Practices | European Circular Economy Stakeholder Platform“. *Circulare Economy Europa*. 2020. <https://circulareconomy.europa.eu/platform/en/good-practices?populate=&country%5B%5D=NL>.
- European Commission. 2019. „Council Recommendation on the 2019 National Reform Programme of Slovakia and delivering a Council opinion on the 2019 Stability Programme of Slovakia“. 5.6.2019 COM(2019) 525 final. Brussels: EUROPEAN COMMISSION. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019DC0525&from=de>.
- . 2020a. „Horizon 2020. Work Programme 2018 - 2020 (Updated)“. https://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2018-2020/main/h2020-wp1820-intro_en.pdf.
- . 2020b. „The Eco-Innovation Scoreboard and the Eco-Innovation Index“. *Eco-Innovation Action Plan - European Commission*. 2020. https://ec.europa.eu/environment/ecoap/indicators/index_en.
- European Commission. Commission Staff Working Document. 2018. „Country Report The Netherlands 2018: Including an In-Depth Review on the Prevention and Correction of Macroeconomic Imbalances“. SWD(2018) 217 final. Brussels: European Commission. <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2018-european-semester-country-report-netherlands-en.pdf>.
- eurostat. 2021a. „Circular material use rate, % of total material use“. eurostat. 8. Februar 2021. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/cei_srm030/default/table?lang=en.
- . 2021b. „Share of Renewable Energy in Gross Final Energy Consumption“. *Eurostat Data Browser*. 8. Februar 2021. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/t2020_31/default/table?lang=en.
- EURYDICE. 2020. „National Reforms Related to Transversal Skills and Employability“. *Eurydice - European Commission*. 2020. https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/national-reforms-related-transversal-skills-and-employability-50_en.
- Farand, Chloé. 2020. „Poland Agrees Coal Mining Phase out with Unions by 2049“. *Climate Home News* (blog). 25. September 2020. <https://www.climatechangenews.com/2020/09/25/poland-agrees-coal-mining-phase-unions-2049/>.
- Filčák, Richard. 2016. „Slovakia and the Landscape of Climate Change Policies: Drivers, Barriers and Stakeholder Analysis“. *Prognostické Práce* 8 (1): 5–22.
- Filčák, Richard, Vladimír Baláž, und Tomáš Jeck. 2018. „Coal Region in Transition: Energy, Jobs and Wealth in Horná Nitra, Slovakia“, Dezember, 49.
- FNV Niederländischer Gewerkschaftsbund. 2018. „FNV Visie Klimaatbeleid en Energietransitie“. <https://www.fnv.nl/getmedia/ab774484-6dc1-4a3c-9657-04c8e19649b2/FNV-visie-klimaatbeleid-en-energietransitie.pdf>.

- Fretel, Anne. 2013. „La notion d’accompagnement dans les dispositifs de la politique d’emploi : entre centralité et indétermination“. *Revue Française de Socio-Économie* 11 (1): 55–79. <https://doi.org/10.3917/rfse.011.0055>.
- Fundación Biodiversidad und Programa Emplea Verde. 2019. „Estudio del empleo y la biodiversidad en España“.
- Gabbatiss, Josh. 2021. „Q&A: What Does the Brexit Deal Say about Climate Change and Energy?“ Carbon Brief. 18. Januar 2021. <https://www.carbonbrief.org/qa-what-does-the-brexit-deal-say-about-climate-change-and-energy>.
- Gabinete de Estratégia e Planeamento - GEP und Ministério do Trabalho e da Solidariedade Social - MTSS. 2010. *Estudo sobre empregos verdes em Portugal*. Bd. 35. Coleção Cogitum. Lisboa: Centro de Informação e Documentação.
- Gabinete de Planeamento, Políticas e Administração Geral, GPP. 2019. „CULTIVAR“. 15. Cadernos de Análise e Prospetiv. Lisboa: Gabinete de Planeamento, Políticas e Administração Geral, GPP.
- Galgoczi, Béla. 2019. „Phasing out Coal – A Just Transition Approach“. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3402876>.
- GC, Generalitat de Catalunya. 2012. „Pla de l’Energia i Canvi Climàtic de Catalunya 2012-2020“. http://icaen.gencat.cat/web/.content/30_Plans_programes/31_PlaEnergiaCanviClimatic_PECAC/arxiu/20121001_pecac.pdf.
- . 2020. „Canvi Climàtic Cataluña“. Cambio climático. 2020. <http://canviclimatic.gencat.cat/es/inici/>.
- GC, Generalitat de Catalunya und ICE, Institut Català d’Energia. 2016. „Informe de seguiment del Pla de l’Energia i Canvi Climàtic de Catalunya 2012-2020“. http://icaen.gencat.cat/web/.content/30_Plans_programes/31_PlaEnergiaCanviClimatic_PECAC/arxiu/20170112_SeguimentPECAC_Juny2016.pdf.
- GHK Consulting. 2007. „Links between the environment, economy and jobs“. D.G. Environment of the Commission of the European Communities. www.eoi.es/savia/documento/eoi-52178/green-jobs-empleo-verde-en-espana-2010.
- Gibbs, David, und Kirstie O’Neill. 2015. „Building a Green Economy? Sustainability Transitions in the UK Building Sector“. *Geoforum* 59 (Februar): 133–41. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2014.12.004>.
- Gobierno de España. 2020a. „Estrategia Española de Ciencia, Tecnología e Innovación 2021-2027“. <https://www.ciencia.gob.es/stfls/MICINN/Ministerio/FICHEROS/EECTI-2021-2027.pdf>.
- . 2020b. „Declaración de Emergencia Climática y Ambiental“. https://www.miteco.gob.es/es/prensa/declaracionemergenciaclimatica_tcm30-506551.pdf.
- . 2020c. *Proyecto de Ley de cambio climático y transición energética*. 121/000019. http://www.congreso.es/public_oficiales/L14/CONG/BOCG/A/BOCG-14-A-19-1.PDF.
- . 2020d. *Proyecto de Ley de cambio climático y transición energética*. 121/000019. http://www.congreso.es/public_oficiales/L14/CONG/BOCG/A/BOCG-14-A-19-1.PDF.
- Gobierno Vasco. 2015. „Klima 2050. Estrategia de Cambio Climático 2050 del País Vasco“. https://www.euskadi.eus/contenidos/documentacion/klima2050/es_def/adjuntos/KLIMA2050_es.pdf.
- GOS (Government Offices of Sweden). 2017. „The Climate Policy Framework“. Regeringen och Regeringskansliet. <https://www.government.se/articles/2017/06/the-climate-policy-framework/>.

- Gouin, Philippe, und Patrick Roturier. 2015. „Des « emplois verts » à l’impact sur l’emploi d’une économie soutenable“. *Ecologie politique* 50 (1): 83–97.
- Governments of the Netherlands. 2019. „Climate Agreement“. Ministerie van Algemene Zaken. The Hague. <https://www.government.nl/documents/reports/2019/06/28/climate-agreement>.
- Government of the Netherlands. 2013. „Energy Agreement for Sustainable Growth“. Government of the Netherlands. <https://www.government.nl/documents/publications/2013/09/06/energy-agreement-for-sustainable-growth>.
- . 2019. „Climate Agreement“. Ministerie van Algemene Zaken. The Hague. <https://www.government.nl/documents/reports/2019/06/28/climate-agreement>.
- Government of the UK. 2008. *Climate Change Act 2008*. Statute Law Database. <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2008/27/contents>.
- . 2013. „Adapting to Climate Change: National Adaptation Programme 2013 to 2018“. <https://www.gov.uk/government/publications/adapting-to-climate-change-national-adaptation-programme>.
- . 2018. „Climate Change: Second National Adaptation Programme 2018 to 2023“. <https://www.gov.uk/government/publications/climate-change-second-national-adaptation-programme-2018-to-2023>.
- Government UK. 2017. „Industrial Strategy: Building a Britain Fit for the Future. Policy Paper“. Government UK. <https://www.gov.uk/government/publications/industrial-strategy-building-a-britain-fit-for-the-future>.
- . 2019. „UK Becomes First Major Economy to Pass Net Zero Emissions Law“. GOV.UK. 27. Juni 2019. <https://www.gov.uk/government/news/uk-becomes-first-major-economy-to-pass-net-zero-emissions-law>.
- . 2020. „New Plans to Make UK World Leader in Green Energy. Press Release“. GOV.UK. 6. Oktober 2020. <https://www.gov.uk/government/news/new-plans-to-make-uk-world-leader-in-green-energy>.
- Gran, Bjørn, Karin Ibenholt, Rolf Røtnes, und Maja Tofteng. 2017. „100 000 klimajobber. Samfunnsøkonomisk Analyse Rapport 63-2017“. Oslo: Broen til framtiden. <https://broen-tilframtiden.com/boker/>.
- Green Party. 2019a. „Green Party Manifesto 2019“. 2019. <https://www.greenparty.org.uk/assets/files/Elections/Green%20Party%20Manifesto%202019.pdf>.
- . 2019b. „Green Party Manifesto 2019“. 2019. <https://www.greenparty.org.uk/assets/files/Elections/Green%20Party%20Manifesto%202019.pdf>.
- Greener Jobs Alliance. 2013. „Greener Skills Manifesto 2013“. <http://www.greenerjobsalliance.co.uk/>.
- . 2020. „Courses: Climate Change Awareness. Module 3: Trade Union Responses“. Greener Jobs Alliance. 2020. <http://www.greenerjobsalliance.co.uk/courses/climate-change-explained/module-3-trade-union-response/>.
- Greener Jobs Alliance, People & Planet, National Unions of Student - NUSS, London Hazards Centre, Friends of the Earth, Friends of the Earth Scotland, Greenpeace, National Education Union - NUT, und Public and Commercial Services Union - PCS. 2018. „Joint Statement on Just Transition in the UK“. <http://greenerjobsalliance.co.uk/wp-content/uploads/2018/07/JustTransitionJointStatement-FINAL.pdf>.
- Greenpeace España. 2014. „La recuperación económica con renovables Creación de empleo y ahorro en los hogares para un modelo sostenible. Resumen Ejecutivo“. Madrid.

- http://archivo-es.greenpeace.org/espana/Global/espana/2014/Report/cambio-climatico/recuperacion_economica_con_renovables_web.pdf.
- . 2020a. „Darle la vuelta al sistema“. Greenpeace. <https://es.greenpeace.org/es/sala-de-prensa/documentos/darle-la-vuelta-al-sistema/>.
- . 2020b. „Valoración ambiental preliminar de los PGE 2021“. *Greenpeace España* (blog). 20. Oktober 2020. <https://es.greenpeace.org/es/sala-de-prensa/comunicados/greenpeace-celebra-el-enfoque-social-y-ambiental-de-los-presupuestos-para-la-recuperacion-y-demanda-que-no-se-siga-financiando-a-las-industrias-y-energias-contaminantes/>.
- Greenpeace España, und Alicia Cantero. 2019. „Elecciones 28A: ¿cómo de verdes son los programas de los partidos?“ *Greenpeace España* (blog). 18. April 2019. <https://es.greenpeace.org/es/noticias/elecciones28a/>.
- Greenpeace España, Ecologistas en acción, und Oxfam. 2020. „¡Súmate! Exijamos justicia ante la emergencia climática“. Greenpeace España. 2020. <https://es.greenpeace.org/es/que-puedes-hacer-tu/peticiones/emergencia-climatica/>.
- Greenpeace Polska. 2019a. „Raport: ochrona klimatu przyniesie więcej miejsc pracy niż obrona węgla“. *Greenpeace Polska* (blog). 11. April 2019. <https://www.greenpeace.org/poland/raporty/1286/raport-ochrona-klimatu-przyniesie-wiecej-miejsc-pracy-niz-obrona-węgla>.
- . 2019b. „Eko-przebudzenie polityków. Co z niego zostanie po wyborach?“ *Greenpeace Polska* (blog). 9. Oktober 2019. <https://www.greenpeace.org/poland/aktualnosci/3946/eko-przebudzenie-politykow-co-z-niego-zostanie-po-wyborach>.
- Greenpeace Slovensko. 2020. „Aktivistické organizácie dnes zablokovali ministerstvá aj Úrad vlády, žiadajú poriadnu ochranu klímy a biodiverzity“. Greenpeace Slovensko. 7. Oktober 2020. <https://www.greenpeace.sk/tlacova-sprava/3859/aktivisticke-organizacie-dnes-zablokovali-ministerstva-aj-urad-vlady-ziadaju-poriadnu-ochranu-klimy-a-biodiverzity>.
- Groen Links Partei. 2018. „Das Klimagesetz wird die Nederland verändern“. 2018. <https://groenlinks.nl/artikel/klimaatwet>.
- GTAI. 2020. „Arbeitsmarkt. Lohn- und Lohnnebenkosten. Vereinigtes Königreich“. Germany Trade & Invest. 2. September 2020. <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/bericht-wirtschaftsumfeld/vereinigtes-koenigreich/arbeitsmarkt-261726>.
- Guyot Phung, Carola. 2019. „Implications of the Circular Economy and Digital Transition on Skills and Green Jobs in the Plastics Industry“. *Field Actions Science Reports. The Journal of Field Actions*, Nr. Special Issue 19 (März): 100–107. <http://journals.openedition.org/factsreports/5498>.
- Harper, Jo. 2020. „Poland’s Coal-Phaseout Plans: Fact or Fiction?“ *DW.COM* (blog). 30. September 2020. <https://www.dw.com/en/polands-coal-phaseout-plans-fact-or-fiction/a-55102698>.
- Hasanov, Mustafa, und Christian Zuidema. 2018. „The Transformative Power of Self-Organization: Towards a Conceptual Framework for Understanding Local Energy Initiatives in The Netherlands“. *Energy Research & Social Science* 37 (März): 85–93. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2017.09.038>.
- Heleen Ekker. 2018. „Milieuorganisaties en FNV vinden klimaatakkoord onvoldoende / Umweltorganisationen und FNV halten das Klimaabkommen für unzureichend“. *NOS NL*, 20. Dezember 2018. <https://nos.nl/1/2264418>.

- Heras, Raquel Llorente, Alfredo Cabezas Ares, und Julián Moral Carcedo. 2016. „El empleo “verde” en España durante la crisis: Estimación de su importancia“. *Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales*, Nr. Vol. 11: 1–22.
- Hermann, Rudolf. 2020. „Norwegens Klimaschützer scheitern mit ihrer Klage gegen das «arktische Erdöl»“. *Neue Zürcher Zeitung - NZZ*, 22. Dezember 2020. <https://www.nzz.ch/international/norwegen-klimaschuetzer-scheitern-mit-ihrer-klage-ld.1593491>.
- Herz, Benedikt, und Thijs van Rens. 2020. „The Labor Market in the UK, 2000–2019 Updated“. IZA. World of Labor. <https://wol.iza.org/articles/the-labor-market-in-the-uk/long>.
- Hess, David J., und Madison Renner. 2019. „Conservative Political Parties and Energy Transitions in Europe: Opposition to Climate Mitigation Policies“. *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 104 (April): 419–28. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2019.01.019>.
- Heymanns, Constanza. 2019. „Norwegen verabschiedet sich plötzlich von einer Milliardenindustrie — das sorgt für Kritik“. Business Insider. 10. April 2019. <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/norwegen-verabschiedet-sich-ploetzlich-von-einer-milliardenindustrie-das-sorgt-fuer-kritik-2019-4/>.
- HM Government. 2009. *The UK Low Carbon Transition Plan. National Strategy for Climate and Energy*. HM Government. https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/228752/9780108508394.pdf.
- . 2011. „Skills for a Green Economy“.
- HM Government. Department for Business, Energy & Industrial Strategy. UK. 2018. „Clean Growth Strategy: Executive Summary. Policy Paper. Executive Summary.“ <https://www.gov.uk/government/publications/clean-growth-strategy/clean-growth-strategy-executive-summary>.
- Hofhuis, Paul, und Louise Van Schaik. 2019. „Are the Dutch Going Green? Policy Brief Climate Politics in the Low Lands Heading towards Crunch Time“. Policy Brief. Clingendael - Netherlands Institute of International Relations. https://www.clingendael.org/sites/default/files/2019-01/PB_Are_the_Dutch_going_green.pdf.
- Houeland, Camilla, David C. Jordhus-Lier, und Frida Hambro Angell. 2020. „Solidarity Tested: The Case of the Norwegian Confederation of Trade Unions (LO-Norway) and Its Contradictory Climate Change Policies“. *Area* n/a (n/a). <https://doi.org/10.1111/area.12608>.
- ILO - International Labour Organization. 2016. „What is a green job?“ 2016. https://www.ilo.org/global/topics/green-jobs/news/WCMS_220248/lang--en/index.htm.
- „Infographie: les métiers de l’environnement“. 2019. topformation. 11. Juni 2019. <https://www.topformation.fr/guide/articles/infographie-les-metiers-de-l-environnement-15632>.
- Instituto Nacional de Estatísticas. 2019. „Contas do Setor de Bens e Serviços Ambientais e de Despesas em Proteção do Ambiente“. Instituto Nacional de Estatísticas. https://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_destaques&DESTAQUESdest_boui=345348164&DESTAQUESmodo=2&xlang=pt.
- Irandoust, Manuchehr. 2018. „Innovations and renewables in the Nordic countries: A panel causality approach“. *Technology in Society*, Nr. 54: 87–92.
- IRENA. 2017. „Renewable Energy and Jobs – Annual Review 2017“. Abu Dhabi, United Arab Emirates: The International Renewable Energy Agency.
- . 2020. „Renewable Energy and Jobs – Annual Review 2020“. Abu Dhabi, United Arab Emirates: The International Renewable Energy Agency.

- IRENA (International Renewable Energy Agency). 2020a. „Innovative Solutions for 100% Renewable Power in Sweden“. Abu Dhabi: International Renewable Energy Agency. https://irena.org/-/media/Files/IRENA/Agency/Publication/2020/Jan/IRENA_Sweden_Innovative_power_2020.pdf.
- . 2020b. „Renewable Energy Employment by Technology“. International Renewable Energy Agency. 2020. <https://irena.org/Statistics/View-Data-by-Topic/Benefits/Renewable-Energy-Employment-by-Country>.
- Jochum, Georg, Thomas Barth, Sebastian Brandl, Ana Cardenas Tomazic, Sabine Hofmeister, Beate Littig, Ingo Matuschek, Ulrich Stephan, und Günter Warssewa. 2019. „Nachhaltige Arbeit. Die sozialökologische Transformation der Arbeitsgesellschaft.“ Positionspapier der Arbeitsgruppe Nachhaltige Arbeit im DKN Working Paper 19/1. https://www.dkn-future-earth.org/imperia/md/content/dkn/190820_dkn_working_paper_19_1_ag_nh_arbeit.pdf.
- Jordens vänner. o. J. „Jordens vänner – Friends of the Earth Sweden“. Zugegriffen 16. Februar 2021. <https://jordensvanner.se/>.
- Kahancová, Marta, und Mária Sedláková. 2018. „Slovak Trade Unions at a Crossroads: From Bargaining to the Public Arena“. In *Trade Unions in Transition: From Command to Market Economies*, herausgegeben von Rudolf Traub-Merz und Tim Pringle, 347–76. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung - FES. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/14633.pdf>.
- Kaminski, Isabella. 2019. „Dutch Supreme Court Upholds Landmark Ruling Demanding Climate Action“. *The Guardian*, 20. Dezember 2019, Abschn. Environment. <https://www.theguardian.com/world/2019/dec/20/dutch-supreme-court-upholds-landmark-ruling-demanding-climate-action>.
- Kapetaki, Z, P Ruiz Castillo, R Armani, K Bodis, F Fahl, I Gonzalez Aparicio, A Jaeger-Waldau, u. a. 2020. *Clean Energy Technologies in Coal Regions: Opportunities for Jobs and Growth: Deployment Potential and Impacts*. https://op.europa.eu/publication/manifestation_identifier/PUB_KJNA29895ENN.
- Keating, Cecilia. 2020. „TUC: Regional Net Zero Plans Needed to Steer ‚just Transition‘ for UK Workers“. *BusinessGreen*, 21. August 2020. <https://www.businessgreen.com/news/4019228/tuc-regional-net-zero-plans-steer-transition-uk-workers>.
- Kenfack, Chrislain Eric. 2019. „Just Transition at the Intersection of Labour and Climate Justice Movements: Lessons from the Portuguese Climate Jobs Campaign“. *Global Labour Journal* 10 (3). <https://doi.org/10.15173/glj.v10i3.3631>.
- Kirchner, Sandra. 2018. „Niederlande planen ambitioniertes Klimagesetz“. *klimareporter*^o, 7. Januar 2018, Abschn. Europäische Union. <http://www.klimareporter.de/europaische-union/niederlande-planen-ambitioniertes-klimagesetz>.
- Kirchner, Thomas. 2019. „Niederlande stoppen Erdgasförderung - wegen Erdbeben“. *Süddeutsche Zeitung*, 9. November 2019. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/niederlande-erdgas-foerderung-ende-1.4596360>.
- Kitty Jong (FNV Netherlands). 2018. Kitty Jong (FNV Netherlands) interview. <https://www.ituc-csi.org/kitty-jong-fnv-netherlands>.
- Knudsen, Ståle, Dinah Rajak, Siri Lange, und Isabelle Hugøy. 2020. „Bringing the State Back in: Corporate Social Responsibility and the Paradoxes of Norwegian State Capitalism in the International Energy Sector“. *Focaal* 2020 (88): 1–21. <https://doi.org/10.3167/fcl.2020.880101>.
- Kooij, Henk-Jan, Marieke Oteman, Sietske Veenman, Karl Sperling, Dick Magnusson, Jenny Palm, und Frede Hvelplund. 2018. „Between Grassroots and Treetops: Community Power



- and Institutional Dependence in the Renewable Energy Sector in Denmark, Sweden and the Netherlands“. *Energy Research & Social Science* 37 (März): 52–64. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2017.09.019>.
- Kortas, Olivia. 2019. „Dürre als Folge des Klimawandels: Wird Polen bald zur Wüste? | MDR.DE“. mdr. 28. Juni 2019. <https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/land-leute/polen-duerre-wassernot-klimawandel-110.html>.
- KOZ SR. 2019a. „Konfederácia odborových zväzov SR: NA MŔTVEJ PLANÉTE NEBUDE ŽIADNA PRÁCA“. KOZ SR. 18. September 2019. <https://www.kozsr.sk/2019/09/18/konfederacia-odborovych-zvazov-sr-na-mrtvej-planete-nebude-ziadna-praca/>.
- . 2019b. „Naším záujmom je, aby sa realizovali také zmeny, ktoré budú v prospech kvality života zamestnancov“. KOZ SR. 6. November 2019. <https://www.kozsr.sk/2019/11/06/nasim-zaujmom-je-aby-sa-realizovali-take-zmeny-ktore-budu-v-prospech-kvality-zivota-zamestnancov/>.
- Kułyk, Piotr, Leszek Kaźmierczak-Piwko, Anna Gařsiorek-Kowalewicz, und Patrycja Świstak. 2019. „Development of Green Jobs in the Res Sector in the Visegrad Group Countries“. *Multidisciplinary Aspects of Production Engineering* 2 (1): 570–88. <https://doi.org/10.2478/mape-2019-0057>.
- Kwiatkowska, Agnieszka. 2019. „Institutionalisation without Voters: The Green Party in Poland in Comparative Perspective“. *Zeitschrift Für Vergleichende Politikwissenschaft* 13 (2): 273–94. <https://doi.org/10.1007/s12286-019-00424-6>.
- Labour Party. 2019. „Labour Party Manifesto 2019: A Green Industrial Revolution“. The Labour Party. 2019. <https://labour.org.uk/manifesto-2019/a-green-industrial-revolution/>.
- Lamačková, Martina. 2018. „Transformation of the upper Nitra region: Action plan“. In . Hotel Sheraton Bratislava: CEEC. <https://ceec.sk/ppt/Lamackova.pdf>.
- Las Heras, Jon, und Lluís Rodríguez. 2020. „Striking to Renew: Basque Unions’ Organizing Strategies and Use of the Strike-Fund“. *British Journal of Industrial Relations* n/a (n/a). <https://doi.org/10.1111/bjir.12582>.
- Le Monde. 2019. „Les 66 propositions du « pacte pour le pouvoir de vivre »“. *Le Monde.fr*, 5. März 2019. https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/03/05/les-66-propositions-du-pacte-pour-le-pouvoir-de-vivre_5431464_3232.html.
- . 2020. „Interview Attac, CGT, Greenpeace dans le Monde“. *Le Monde*, 26. Mai 2020. <https://syndicollectif.fr/interview-attac-cgt-greenpeace-dans-le-monde/>.
- Le Réseau Action Climat, CFDT, CLER, und Réseau pour la transition énergétique. 2014. „Les emplois de La Transition Énergétique. Une Opportunité pour la France“.
- Levaux, Marie-Béatrice, und Bruno Genty. 2015. „L’emploi dans la transition écologique. Avis du Conseil économique, social et environnemental“. 2015–15. Conseil économique, social et environnemental. Section du travail et de l’emploi. http://www.lecese.fr/sites/default/files/pdf/Avis/2015/2015_15_emploi_transition_ecologique.pdf.
- Littig, Beate. 2012. „Von Rio 1992 zu Rio+20. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion“. *WSI-Mitteilungen*, Nr. 8: 581–88.
- LO, Arbeitergewerkschaft, IF Metall, kaufmännischen Mitarbeiter, Building Workers, Seko, Transport Workers’ Union, u. a. 2020. „In Krisenzeiten werden die Vorteile gemeinsamer Lösungen jedoch deutlicher. Was jetzt passiert, kann vom Markt nicht gehandhabt werden.“ *Transportarbetareförbundet* (blog). 1. Mai 2020. https://www.transport.se/debatt_forsta_maj_2020/.



- LO Norge. 2017. „LO Programme of Action 2017–2021. As Adopted by the 34th Ordinary Congress, May 8-12 2017“. https://www.lo.no/contentassets/b4855a321c3f467fa185f953ed4aa454/lo_programme_of_action_2017-21_english-1.pdf.
- Long, Thomas B., Arnold Looijen, und Vincent Blok. 2018. „Critical Success Factors for the Transition to Business Models for Sustainability in the Food and Beverage Industry in the Netherlands“. *Journal of Cleaner Production* 175 (Februar): 82–95. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2017.11.067>.
- Lope, Andreu. 2019. „Formación ante los cambios tecnológicos y hacia un nuevo modelo económico y social“. *Gaceta Sindical. Reflexión y debate*, Juni 2019. <https://www.ccoo.es/f62c28b1cfc2706598fe14f46f4700c5000001.pdf>.
- Lundström, Ragnar. 2018a. „Greening Transport in Sweden: The Role of the Organic Intellectual in Changing Union Climate Change“. *Globalizations* 15 (4): 536–49.
- . 2018b. „Greening Transport in Sweden: The Role of the Organic Intellectual in Changing Union Climate Change“. *Globalizations*, 15. <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1454677>.
- María-Tomé Gil, Begoña, und Antonio Ferrer Márquez. 2019. „Cambio climático y mundo laboral, un nuevo proyecto“. *Daphnia*, 2019. <https://www.daphnia.es/revista/68/articulo/1300/Cambio-climatico-y-mundo-laboral-un-nuevo-proyecto>.
- Martín, Laura, und Ana Belén Sánchez. 2018. „Empleo verde y transición justa en España“. In *Informe sobre sostenibilidad en España 2018: cómo anticiparse a la crisis del cambio climático*. Madrid. https://www.fundacionalternativas.org/public/storage/publicaciones_archivos/d18c3c6c66e657743c339b16ae78faf8.pdf.
- Martínez García, María Ángeles Martínez. 2020. „Análisis de las propuestas para la generación de trabajo decente en el sector agroecológico en Madrid“. Máster Arbeit. Universitat Oberta de Catalunya (UOC).
- Maschlanka, Luisa. 2020. „Just Transition towards a Climate Neutral Society: An Analysis of Trade Union Strategies in Four European Countries“. Máster Arbeit. Masarykova Univerzita, Utrecht Universiteit. https://is.muni.cz/th/qd76s/Master_thesis_Maschlanka.pdf.
- McCauley, Darren, und Raphael Heffron. 2018. „Just transition: Integrating climate, energy and environmental justice“. *Energy Policy* 119: 1–7. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.04.014>.
- MEI (Minister for Enterprise and Innovation) und GOS (Government Offices of Sweden). 2016. „Smart Industry - a Strategy for New Industrialisation for Sweden“. Regeringen och Regeringskansliet. <https://www.government.se/information-material/2016/04/smart-industry---a-strategy-for-new-industrialisation-for-sweden/>.
- Milieudéfensie / Friends of the Earth Netherlands. 2020. „Milieudéfensie - About Us“. Page. Milieudéfensie. 2020. <https://en.milieudéfensie.nl/about-us>.
- Miljøpartiet De Grønne. 2017. „Arbeidsprogram 2017 - 2021“. https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/mdg/pages/259/attachments/original/1548162669/Arbeidsprogram-2018_ny-norsk.pdf?1548162669.
- Ministère de la Transition écologique. 2020a. „La mobilisation pour les emplois et métiers de l'économie verte“. Ministère de la Transition écologique. 2020. <https://www.ecologie.gouv.fr/mobilisation-emplois-et-metiers-leconomie-verte>.

- Ministry of Environment of the Slovak Republic. 2014a. „Adaptation Strategy of the Slovak Republic on Adverse Impacts of Climate Change. Overview: Executive Summary“. <https://climate-adapt.eea.europa.eu/repository/11273729.pdf>.
- . 2014b. „Operational Programme Quality of Environment for 2014-2020 Period“. <https://www.minv.sk/?operational-programme-quality-of-environment-2014-2020>.
- . 2019. „Greener Slovakia. Strategy of the Environmental Policy of the Slovak Republic until 2030“. https://www.minzp.sk/files/iep/greener_slovakia-strategy_of_the_environmental_policy_of_the_slovak_republic_until_2030.pdf.
- . 2020. „Low-Carbon Development Strategy of the Slovak Republic until 2030 with a View to 2050“. <https://www.minzp.sk/files/oblasti/politika-zmeny-klimy/ets/Its-sk-eng.pdf>.
- Ministry of Environment of the Slovak Republic und Slovak Environment Agency. 2019. „Circular Economy future of the development of Slovakia“, Februar, 106.
- Ministry of Environment Spatial Planning and Energy. 2015. „Green Growth Commitment“. Governo de Portugal. Ministry of Environment Spatial Planning and Energy. http://www.crescimentoverde.gov.pt/wp-content/uploads/2014/10/CrescimentoVerde_ing_v_pq_bx.pdf.
- Ministry of Finance of the Slovak Republic. 2020. „National Reform Programme of the Slovak Republic 2020“.
- Ministry of Infrastructure and the Environment und Ministry of Economic Affairs. 2016. „A Circular Economy in the Netherlands by 2050 - Policy Note - Government.NL“. Ministerie van Algemene Zaken. <https://www.government.nl/documents/policy-notes/2016/09/14/a-circular-economy-in-the-netherlands-by-2050>.
- Ministry of Petroleum and Energy. 2016. „Renewable Energy Production in Norway“. Redaksjonellartikkel. Government.No. regjeringen.no. 11. Mai 2016. <https://www.regjeringen.no/en/topics/energy/renewable-energy/renewable-energy-production-in-norway/id2343462/>.
- MITECO, Ministerio para la Transformación Ecológica y Reto Demográfico. 2018. „The Spanish National Climate Change Adaptation Plan“. <https://climate-adapt.eea.europa.eu/countries-regions/countries/spain>.
- . 2020a. „Plan Nacional de Adaptación al Cambio Climático 2021-2030“. Madrid: Ministerio para la Transición Ecológica y el Reto Demográfico (MITECO). https://www.miteco.gob.es/es/cambio-climatico/temas/impactos-vulnerabilidad-y-adaptacion/pnacc-2021-2030_tcm30-512163.pdf.
- . 2020b. „Programa Empleaverde | Programa empleaverde“. 2020. <https://www.empleaverde.es/programa-empleaverde>.
- . 2020c. „Plan Nacional Integrado de Energía y Clima (PNIEC) 2021-2030“. <https://www.miteco.gob.es/es/prensa/pniec.aspx>.
- . 2020d. „Teresa Ribera copresidirá el Consejo de la OIT para impulsar la “Acción Climática por el Empleo”. Nota de prensa“. https://www.miteco.gob.es/en/prensa/200904consejo-consultivooit_tcm38-511553.pdf.
- . 2020e. „El Gobierno, los sindicatos y las compañías titulares de centrales térmicas de carbón firman un acuerdo para consolidar las bases de los Convenios de Transición Justa. Nota de prensa“. 17. April 2020. <https://www.miteco.gob.es/es/prensa/ultimas-noticias/el-gobierno-los-sindicatos-y-las-compa%C3%B1as-titulares-de-centrales-t%C3%A9rmicas-de-carb%C3%B3n-firman-un-acuerdo-para-consolidar-las-bases-de-los-convenio/tcm:30-508737>.

- . 2020f. „Sara Aagesen subraya el potencial del Pacto Verde Europeo en la recuperación económica frente al COVID-19. Nota de prensa“. https://www.miteco.gob.es/es/prensa/200428npreunioninformalministrasyministrosenergias_tcm30-508872.pdf.
- . 2020g. „España Circular 2030. Circular Economy Spanish Strategy. For a #SustainableFuture. Executive Summary“. https://circulareconomy.europa.eu/platform/sites/default/files/espana_circular_2030_executive_summary_en.pdf.
- MITECO, Ministerio para la Transformación Ecológica y Reto Demográfico und ITJ, Instituto para la Transición Justa. 2020. „Estrategia de Transición Justa“. https://www.miteco.gob.es/images/es/documentoetj_tcm30-514300.pdf.
- MITECO, Ministerio para la Transición Ecológica und SEEG, Secretaria de Estado de la España Global. 2019. „España: actor global en la lucha contra el cambio climático. COP25 Chile - Madrid 2019“. <http://www.exteriores.gob.es/RepresentacionesPermanentes/unesco/es/Noticias/Paginas/Articulos/Espa%C3%B1a-actor-global-contr-el-cambio-clim%C3%A1tico.aspx>.
- Mitsios, Andreas. 2019. „Eco-Innovation in Poland. EIO Country Profile 2018-2019“. Eco-Innovation Observatory, European Commission. https://ec.europa.eu/environment/ecoap/sites/default/files/field/field-country-files/eio_country_profile_2018-2019_poland.pdf.
- Moreira, Sandra, Lia Vasconcelos, und Carlos Silva Santos. 2017. „Sustainability of green jobs in Portugal: a methodological approach using occupational health indicators“. *Journal of Occupational Health* 59 (5): 374–84. <https://doi.org/10.1539/joh.17-0045-RA>.
- . 2018. „Occupational health indicators: Exploring the social and decent work dimensions of green jobs in Portugal“. *Work (Reading, Mass.)* 61 (2): 189—209. <https://doi.org/10.3233/wor-182792>.
- Morris, Marley. 2020. „The Agreement on the Future Relationship: A First Analysis“. Institute for Public Policy Research. <https://www.ippr.org/files/2020-12/agreement-on-future-relationship-ippr-assessment-1-.pdf>.
- MPTFP - Ministerio de Política Territorial y Función Pública. 2019. „Estrategia nacional frente al reto demográfico. Directrices generales“. https://www.mptfp.gob.es/dam/es/portal/reto_demografico/Estrategia_Nacional/directrices_generales_estrategia.pdf.pdf.
- Musch, Elisabeth. 2019. „Energy Governance in the Netherlands“. In *Handbook of Energy Governance in Europe*, herausgegeben von Michèle Knodt und Jörg Kemmerzell, 1–33. Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-319-73526-9_20-1.
- Nationaal Techniekpact. 2019. „Rapportage Nationaal Techniekpact 2020. De Tussenstand in 2019.pdf“. Nationaal Techniekpact. <https://www.techniekpact.nl/cdi/files/45e6f2f36e0eef7a65e02f2d5943c1396732140c.pdf>.
- Neale, Jonathan und Campaign against Climate Change, Hrsg. 2014. *One Million Climate Jobs: Tackling the Environmental and Economic Crises*. UK: Campaign against Climate Change. https://www.cacctu.org.uk/sites/data/files/Docs/one_million_climate_jobs_2014.pdf.
- Nilsen, Heidi Rapp, Kristin Strømsnes, und Ulla Schmidt. 2018. „A Broad Alliance of Civil Society Organizations on Climate Change Mitigation: Political Strength or Legitimizing Support?“. *Journal of Civil Society* 14 (1): 20–40. <https://doi.org/10.1080/17448689.2017.1399596>.
- „Norwegen erreicht E-Auto-Quote von 54,3 Prozent“. 2021. *ecomento.de*. 5. Januar 2021. <https://ecomento.de/2021/01/05/norwegen-2020-stromer-quote-von-54-prozent/>.



- Nunes, Pedro, Fábio Pinheiro, und Miguel C. Brito. 2019. „The effects of environmental transport policies on the environment, economy and employment in Portugal“. *Journal of Cleaner Production* 213: 428–39. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2018.12.166>.
- Observatorio de la Sostenibilidad en España-OSE und Fundación Biodiversidad. 2010. „Informe Empleo verde en una economía sostenible“. OSE/Fundación Biodiversidad. empleaverde.es/sites/default/files/informe_empleo_verde.pdf.
- OCCC, Oficina Catalana del Canvi Climàtic. 2012. „Estrategia catalana de Adaptación al Cambio Climático (ESCACC). Resumen ejecutivo. Horizonte 2013-2020“. https://canviclimatic.gencat.cat/web/.content/02_OFICINA/publicacions/publicacions_de_canvi_climatic/Planificacio_i_estrategies_cc/resum_executiu_escacc.doc_es.pdf.
- OECC, Oficina Española de Cambio Climático. 2006. „Plan Nacional de Adaptación al Cambio Climático“. Ministerio de Medioambiente. https://www.miteco.gob.es/es/cambio-climatico/temas/impactos-vulnerabilidad-y-adaptacion/pna_v3_tcm7-12445_tcm30-70393.pdf.
- OECD. 2012. „The Jobs Potential of a Shift Towards a Low-Carbon Economy“. OECD Green Growth Papers 2012/01. Bd. 2012/01. OECD Green Growth Papers. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/5k9h3630320v-en>.
- . 2020a. „Country Statistical Profile: France 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-france-2020-1_g2g9e8f4-en.
- . 2020b. „Country Statistical Profile: Netherlands 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-netherlands-2020-1_g2g9e9fc-en.
- . 2020c. „Country Statistical Profile: Norway 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-norway-2020-1_g2g9ea2c-en.
- . 2020d. „Country Statistical Profile: Poland 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-poland-2020-1_g2g9ea44-en.
- . 2020e. „Country Statistical Profile: Portugal 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-portugal-2020-1_g2g9ea5c-en.
- . 2020f. „Country Statistical Profile: Slovak Republic 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-slovak-republic-2020-1_g2g9ea74-en.
- . 2020g. „Country Statistical Profile: Spain 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-spain-2020-1_g2g9ea8c-en.
- . 2020h. „Country Statistical Profile: Sweden 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-sweden-2020-1_g2g9eaa4-en.
- . 2020i. „Country Statistical Profile: United Kingdom 2020/1“. Country Statistical Profiles: Key Tables from OECD. 2020. https://www.oecd-ilibrary.org/economics/country-statistical-profile-united-kingdom-2020-1_g2g9eaec-en.
- . 2020j. „OECD Labour Force Statistics 2020 – France“. OECD Labour Force Statistics 2020. 2020. https://read.oecd-ilibrary.org/employment/oecd-labour-force-statistics-2020_3a071db5-en#page1.

- OZ KOVO. 2019. „IndustriALL Europe Prijala Voebny Manifest k Eurovolbam“. OZ KOVO. 8. April 2019. <https://www.ozkovo.sk/dokumenty/medzinarodne-informacie/aktuality-medzinarodne-informacie/industriall-europe-prijala-volebny-manifest-k-eurovolbam/>.
- PACE. 2020. „The Circularity GAP Report: The Netherlands 2020“. Report. The Platform for Accelerating the Circular Economy. https://assets.website-files.com/5e185aa4d27bcf348400ed82/5ec3aab2ac775b1a04ce305c_20200512%20-%20CGR%20NL%20-%20report%20web%20single%20page%20-%20297x210mm.pdf.
- Pallares Serrano, Ana. 2020. „Análisis del anteproyecto de ley de cambio climático y transición energética: luces y sombras“. *Revista Catalana de Dret Ambiental* 11 (1). <https://doi.org/10.17345/rcda2725>.
- „Parlamentwahl in Polen 2019“. 2020. In *Wikipedia*. https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Parlamentwahl_in_Polen_2019&oldid=204813315.
- Partia Zieloni. 2018. „Program Partii Zieloni“. *Partia Zieloni* (blog). 2018. <https://partiazieloni.pl/program/>.
- PCP, Partido Comunista Português - Grupo Parlamentar. 2020. „Projeto de Lei n.º 446/XIV-1ª, Estabelece as Bases da Política de Ambiente e Ação Climática“. <https://bit.ly/3h6Yfn8>.
- Pellenec, Morgane. 2018a. „Sweden’s Smooth Energy Transition“. *Equal Times* (blog). 15. Januar 2018. <https://www.equaltimes.org/sweden-s-smooth-energy-transition>.
- . 2018b. „Sweden’s Smooth Energy Transition“. *Equal Times* (blog). 15. Januar 2018. <https://www.equaltimes.org/sweden-s-smooth-energy-transition>.
- Peña González, Victor, Eva Bermúdez-Figueroa, und Beltrán Roca. 2021. „Der Wiederaufbau der spanischen Gewerkschaftsbewegung während der Transition zur Demokratie“. In *Mehr als Arbeitskämpfe! Workers weltweit gegen Autoritarismus, Faschismus und Diktatur*, herausgegeben von Dario Azzellini. Hamburg: VSA.
- Pérez Díaz, Sara, und Begoña María-Tomé Gil. 2020. „Las energías renovables en el marco de una Transición energética justa en la Provincia de León“. Instituto Sindical de Trabajo, Ambiente y Salud (ISTAS).
- Pérez Fernandez de Retana, Maialen, und Eneritz Buenetxea Aizpuru. 2019. „Eco-innovation in Spain. EIO Country Profile. 2018-2019“. https://ec.europa.eu/environment/eoap/sites/eoap_stayconnected/files/field/field-country-files/eio_country_profile_2018-2019_spain.pdf.
- Planelles, Manuel. 2019. „El Mediterráneo, zona cero de la crisis climática: se calienta más deprisa que el resto del planeta“. *El País*, 10. Oktober 2019, Abschn. Sociedad. https://elpais.com/sociedad/2019/10/08/actualidad/1570545300_377791.html.
- . 2020. „España aprueba su plan de adaptación al cambio climático para reducir los impactos del calentamiento“. *EL PAÍS*, 22. September 2020, Abschn. Sociedad. <https://elpais.com/sociedad/2020-09-22/espana-aprueba-su-plan-de-adaptacion-al-cambio-climatico-para-reducir-los-impactos-del-calentamiento.html>.
- Plataforma Portuguesa das ONGD. 2019. „Desigualdades e desenvolvimento: O contributo de Portugal para a concretização do ODS 10“. Plataforma Portuguesa das ONGD. <https://www.plataformaongd.pt/uploads/subcanais2/desigualdades-e-desenvolvimento-ppongd2019.pdf>.
- Plateforme Emplois-Climat. 2016. „Un million d’emplois pour le climat“. https://cdn.greenpeace.fr/site/uploads/2020/01/Un-million-demplois-pour-le-climat.pdf?_ga=2.219559513.1710526929.1602238280-846308404.1602238280.



- Plickert, Philip. 2020. „Stromversorgung: Die Briten schaffen es auch ohne Kohle“. *FAZ*, 10. Juni 2020. <https://www.faz.net/1.6808949>.
- Pociovălișteanu, Diana Mihaela, Isabel Novo-Corti, Mirela Ionela Aceleanu, Andreea Claudia Șerban, und Eugenia Grecu. 2015. „Employment Policies for a Green Economy at the European Union Level“. *Sustainability* 7 (7): 9231–50. <https://doi.org/10.3390/su7079231>.
- Prata Dias, Gabriela, Tomás B. Ramos, Ana Pipio, Ana Fuentes, und Susana Valente. 2009. „Estudo sobre Empregos Verdes em Portugal“. Estudo elaborado pelo CEEETA-ECO e pela Faculdade de Ciências e Tecnologia da Universidade Nova de Lisboa para o Gabinete de Estratégia e Planeamento do Ministério do Trabalho e da Solidariedade Social. Lisbon.
- Prawo i Sprawiedliwość - PiS. 2019. „2019 Program Prawa i Sprawiedliwość. Polski Model Państwa Dobrobytu“. Prawo i Sprawiedliwość - PiS. <http://pis.org.pl/document/archive/download/1496>.
- Presidencia de la Generalidad de Cataluña. 2017. *Ley de Cambio Climático de Cataluña. CVE-DOGC-B-17213111-2017*. Bd. Núm. 7426-3.8.2017. <http://portaldogc.gencat.cat/util-sEADOP/PDF/7426/1629245.pdf>.
- PSOE und UP. 2019. „Coalición progresista. Un nuevo acuerdo para España“. <https://www.psoe.es/media-content/2019/12/30122019-Coalici%C3%B3n-progresista.pdf>.
- Public and Commercial Services Union - PCS. 2017. „Just Transition & Energy Democracy - a Civil Service Trade Union Perspective“. UK. https://www.pcs.org.uk/sites/default/files/site_assets/resources/green_workplaces/2017/Just%20Transition%20%26%20Energy%20Democracy%20-%20a%20civil%20service%20trade%20union%20perspective.pdf.
- Público & efe. 2020. „Los grupos ecologistas presentan ante el Supremo una demanda contra el Gobierno por su inacción ante la crisis climática“, 16. Dezember 2020, Abschn. Sociedad. <https://www.publico.es/sociedad/grupos-ecologistas-presentan-supremo-demanda-gobierno-inaccion-cambio-climatico.html>.
- Quirion, Philippe. 2014. „La transition énergétique: bonne ou mauvaise pour l’emploi?“ *Les Possibles*, Nr. 3: 1–6.
- Riedel, Rafał. 2018. „Analyse: Realisiert Mateusz Morawiecki den ‚Morawiecki-Plan‘? Die Wirtschaftspolitik der PiS-Regierung nach zweieinhalb Jahren im Amt“. Bundeszentrale für politische Bildung. 20. Juni 2018. <https://m.bpb.de/271261/analyse-realisiert-mateusz-morawiecki-den-morawiecki-plan-die-wirtschaftspolitik-der-pis-regierung-nach-zweieinhalb-jahren-im-amt>.
- RINA Consulting. 2018. „Mapping the Potential of Portugal for the Bio-based Industry“. Brussels: Bio-based Industries Consortium. https://biconsortium.eu/sites/biconsortium.eu/files/downloads/Country_Report_Portugal.pdf.
- Robins, Nick, Andy Gouldson, William Irwin, und Andrew Sudmant. 2019a. „Investing in a Just Transition in the UK: How Investors Can Integrate Social Impact and Place-Based Financing into Climate Strategies.“ UK: Grantham Research Institute at LSE and the Sustainability Research Institute at the University of Leeds.
- . 2019b. „Investing in a Just Transition in the UK: How Investors Can Integrate Social Impact and Place-Based Financing into Climate Strategies.“ UK: Grantham Research Institute at LSE and the Sustainability Research Institute at the University of Leeds.
- Rooijen, Jolanda van, Oscar Petersson, Maria Ricksten, und Jonatan Ryd. 2019a. „Eco-innovation in Sweden. EIO Country Profile 2018-2019“. Eco-Innovation Observatory, European

- Commission. https://ec.europa.eu/environment/ecoap/sites/ecoap_stayconnected/files/field/field-country-files/eio_country_profile_2018-2019_sweden.pdf.
- . 2019b. „Eco-innovation in Sweden. EIO Country Profile 2018-2019“. https://ec.europa.eu/environment/ecoap/sites/ecoap_stayconnected/files/field/field-country-files/eio_country_profile_2018-2019_sweden.pdf.
- Rosemberg, Anabella, und Bernard Saincy. 2014. „Syndicalisme et écologie: en pratique. Table ronde avec Anabella Rosemberg (CSI) et Bernard Saincy (CGT)“. *Mouvements* 80 (4): 132–51. <https://doi.org/10.3917/mouv.080.0132>.
- Saincy, Bernard. 2015. „L’invention (difficile) de l’environnement comme revendication syndicale“. *Ecologie politique* N°50 (1): 71–82. https://www.cairn.info/article.php?ID_ARTICLE=ECOPO_050_0071.
- Sánchez, Ana Belén, und Clemente Álvarez, Hrsg. 2018. *Informe sobre sostenibilidad en España 2018: cómo anticiparse a la crisis del cambio climático*. Madrid: Fundación Alternativas. https://www.fundacionalternativas.org/public/storage/publicaciones_archivos/d18c3c6c66e657743c339b16ae78faf8.pdf.
- Sánchez, Ana Belén, Clemente Álvarez, und Jesús Marcos Gamero Rus. 2018. *Informe sobre sostenibilidad en España 2018: cómo anticiparse a la crisis del cambio climático*. https://www.fundacionalternativas.org/public/storage/publicaciones_archivos/d18c3c6c66e657743c339b16ae78faf8.pdf.
- Sanz Hernández, Alexia, Alfonso Aranda Usón, Cristina Ferrer García, María Esther López Rodríguez, und Miguel Marco Fondevila. 2019. „Innovación en la gobernanza para la transición: los contratos de transición como dinámica de atracción de innovación en las zonas en transición“. *Tiempo de actuar. Ecodes*, November.
- Sasse, Tom, Jill Rutter, Emma Norris, und Marcus Shephard. 2019. „Net zero How government can meet its climate change target“. UK: Institute for Government. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/sites/default/files/publications/net-zero-government-climate-change-target.pdf>.
- Schulte, Lisa, Ian Greer, Charles Umney, Graham Symon, und Katia Iankova. 2018. „Insertion as an Alternative to Workfare: Active Labour-Market Schemes in the Parisian Suburbs“. *Journal of European Social Policy* 28 (4): 326–41. <https://doi.org/10.1177/0958928717739237>.
- Scottish Government. 2010. „A Low Carbon Economic Strategy for Scotland: Scotland - a Low Carbon Society.“ Scottish Government. <http://www.scotland.gov.uk/Publications/2010/11/15085756/0>.
- . 2018. „Climate Change Plan. Third Report on Proposals and Policies 2018-2032. Summary Document“. <https://www.gov.scot/binaries/content/documents/govscot/publications/corporate-report/2018/09/scottish-governments-climate-change-plan-third-report-proposals-policies-2018-9781788516488/documents/climate-change-plan-third-report-proposals-policies-2018-2032-summary-document/climate-change-plan-third-report-proposals-policies-2018-2032-summary-document/govscot%3Adocument/climate-change-plan-third-report-proposals-policies-2018-2032-summary-document.pdf?forceDownload=true>.
- . 2019. „Scotland to Become a Net-Zero Society“. Scottish Government Gov.Scot. 25. September 2019. <https://www.gov.scot/news/scotland-to-become-a-net-zero-society/>.
- . 2020a. „Securing a Green Recovery on a Path to Net Zero: Climate Change Plan 2018–2032 - Update“. <https://www.gov.scot/binaries/content/documents/govscot/publications/strategy-plan/2020/12/securing-green-recovery-path-net-zero-update-climate-change-plan-20182032/documents/update-climate-change-plan-2018-2032-securing->



- green-recovery-path-net-zero/update-climate-change-plan-2018-2032-securing-green-recovery-path-net-zero/govscot%3Adocument/update-climate-change-plan-2018-2032-securing-green-recovery-path-net-zero.pdf?forceDownload=true.
- . 2020b. „Strategic Environmental Assessment of the Update to the Climate Change Plan 2018-2032“. <https://www.gov.scot/binaries/content/documents/govscot/publications/impact-assessment/2020/12/update-climate-change-plan-2018-2032-draft-strategic-environmental-assessment/documents/strategic-environmental-assessment-update-climate-change-plan-2018-203-environmental-report/strategic-environmental-assessment-update-climate-change-plan-2018-203-environmental-report/govscot%3Adocument/strategic-environmental-assessment-update-climate-change-plan-2018-203-environmental-report.pdf?forceDownload=true>.
- Scottish Government, St Andrew’s House. 2011. „2020 Routemap for Renewable Energy in Scotland“. Publication. Scottish Government, St. Andrew’s House, Regent Road, Edinburgh EH1 3DG Tel:0131 556 8400 ceu@scotland.gsi.gov.uk. 30. Juni 2011. <http://www2.gov.scot/Publications/2011/08/04110353/2>.
- SER. 2018. „Energy Transition and Employment: Opportunities for a Sustainable Future - English Abstract“. Advisory Report. Netherlands: Social and Economic Council of the Netherlands.
- Shapira, Philip, Abdullah Gök, Evgeny Klochikhin, und Marianne Sensier. 2014. „Probing “Green” Industry Enterprises in the UK: A New Identification Approach“. *Technological Forecasting and Social Change* 85 (Juni): 93–104. <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2013.10.023>.
- Shepherd, Marcus. 2020a. „UK Net Zero Target“. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/explainers/net-zero-target>, April, 6. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/explainers/net-zero-target>.
- . 2020b. „UK Net Zero Target“. Institute for Government. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/explainers/net-zero-target>. 20. April 2020. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/explainers/net-zero-target>.
- Skolverket. 2020a. „Vocational education and training for the future of work: Sweden“. Cedefop ReferNet thematic perspectives series. https://cumulus.cedefop.europa.eu/files/vetelib/2020/vocational_education_training_future_work_Sweden_Cedefop_ReferNet.pdf.
- . 2020b. „Vocational education and training for the future of work: Sweden“. Cedefop ReferNet thematic perspectives series. https://cumulus.cedefop.europa.eu/files/vetelib/2020/vocational_education_training_future_work_Sweden_Cedefop_ReferNet.pdf.
- Slovak Foreign Policy Association. 2020. „CEEC 2020 Conference Report“. In . https://ceec.sk/data/ReportCEEC2020_EN_web.pdf.
- Sociaal-Economische Raad, SER. 2018. „Advies Energietransitie en werkgelegenheid“. Social and Economic Council of the Netherlands (SER). <https://www.ser.nl/nl/Publicaties/energietransitie-en-werkgelegenheid>.
- Social and Economic Council of the Netherlands (SER). 2019. „Energy Transition and Employment: Opportunities for a Sustainable Future“. Advisory Report. Netherlands: SER.
- Socialdemokraterna. 2020. „Klimat. Der weltweit erste fossilfreie Wohlfahrtsstaat“. Website der politischen Partei. <https://www.socialdemokraterna.se/>. 2020. <https://www.socialdemokraterna.se/var-politik/a-till-o/klimat>.



- Solar Power Europe. 2021. „Slovakia Country Profile“. *Solar Power Europe* (blog). 2021. <https://www.solarpowereurope.org/slovakia-country-profile/>.
- Sordo, Unai. 2019. „La transición ecológica es una necesidad y debemos convertirla en una oportunidad““. *Daphnia*, 2019. <https://www.daphnia.es/revista/68/articulo/1308/Unai-Sordo-La-transicion-ecologica-es-una-necesidad-y-debemos-convertirla-en-una-oportunidad>.
- Sosialistisk Venstreparti. 2020. „Grønn ny deal - Førsteutkastet er klart!“ 2020. <https://www.sv.no/gronn-ny-deal/>.
- Sotscheck, Ralf. 2020. „Neues Atomkraftwerk in Großbritannien: Atomkraft doch bitte?“ *Die Tageszeitung: taz*, 6. August 2020, Abschn. Öko. <https://taz.de/!5700229/>.
- Sovacool, Benjamin K. 2017. „Contestation, Contingency, and Justice in the Nordic Low-Carbon Energy Transition“. *Energy Policy* 102 (März): 569–82. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2016.12.045>.
- Statista. 2020. „Erdölproduktion Norwegen in Barrel pro Tag bis 2019“. Statista. 2020. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/40079/umfrage/norwegen---erdoelproduktion-in-tausend-barrel-pro-tag/>.
- Statistics Netherlands. 2019. „Share of Renewable Energy up to 7.4 Percent“. Statistics Netherlands. 6. März 2019. <https://www.cbs.nl/en-gb/news/2019/22/share-of-renewable-energy-up-to-7-4-percent>.
- Statistics Sweden. 2021. „Environmental sector - Total gainfully employed by environmental area and year“. 2021. <http://api.scb.se/OV0104/v1/doris/en/ssd/START/MI/MI1301/MI1301D/MI1301T05>.
- Stern, Nicholas. 2006. „The Stern Review: The Economics of Climate Change“. Government of the United Kingdom. http://mudancasclimaticas.cptec.inpe.br/~rmclima/pdfs/destaques/sternreview_report_complete.pdf.
- Stichting Van De Arbeid. 2003. „Die Stiftung für die Arbeit“. <http://www.carespektive.de/pdf/start-stiftung-der-arbeit.pdf>.
- Stichting Van de Arbeid. 2020. „Contribution of the Dutch Social Partners to the National Reform Programme Relating to the EU 2020 Strategy“. Netherlands: Stichting Van de Arbeid. <https://www.stvda.nl/-/media/stvda/downloads/engels/2020/NRP-2019-2020.pdf>.
- Stortinget. 2018. „Innstilling fra energi- og miljøkomiteen om Klimastrategi for 2030 – norsk omstilling i europeisk samarbeid og Representantforslag 16 S (2017–2018) om å gjennomføre Stortingets mål i klimaforliket om å kutte norske klimagassutslipp fram mot 2020“. Inns. Stortinget. Energi- og miljøkomiteen. 26. April 2018. <https://www.stortinget.no/no/Saker-og-publikasjoner/Publikasjoner/Innstillinger/Stortinget/2017-2018/inns-201718-253s/?all=true>.
- Strietska-Ilina, Olga. 2011. *Skills for Green Jobs: A Global View: Synthesis Report Based on 21 Country Studies*. Geneva: International Labour Office.
- Strietska-Ilina, Olga, Christine Hofmann, Mercedes Durán Haro, und Shinyoung Jeon. 2011. *Skills for Green Jobs: A Global View: Synthesis Report Based on 21 Country Studies*. Geneva: International Labour Office.
- Stroud, Dean, Peter Fairbrother, Claire Evans, und Joanne Blake. 2015. „Governments Matter for Capitalist Economies: Regeneration and Transition to Green and Decent Jobs“. *Economic and Industrial Democracy* 39 (1): 87–108. <https://doi.org/10.1177/0143831X15601731>.
- . 2018. „Governments Matter for Capitalist Economies: Regeneration and Transition to Green and Decent Jobs“. *Economic and Industrial Democracy* 39 (1): 87–108. <https://doi.org/10.1177/0143831X15601731>.

- Sulich, A., M. Rutkowska, und Ł. Popławski. 2020. „Green Jobs, Definitional Issues, and the Employment of Young People: An Analysis of Three European Union Countries“. *Journal of Environmental Management* 262 (Mai): 110314. <https://doi.org/10.1016/j.jenvman.2020.110314>.
- Swedish Environmental Protection Agency. 2017. „Sweden’s Climate Act and Climate Policy Framework“. Text. Swedish Environmental Protection Agency. 2017. <https://www.swedishepa.se/Environmental-objectives-and-cooperation/Swedish-environmental-work/Work-areas/Climate/Climate-Act-and-Climate-policy-framework-/>.
- Swedish Green Party. 2020. „The Party Programme“. Miljöpartiet. 2020. <https://www.mp.se/languages>.
- Szczurek, Mateusz, und Marcin Tomaszewski. 2017. „The Slovak Republic Diagnostic Paper: Assessing Progress and Challenges in Developing a Sustainable Market Economy“. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- Szulecka, Julia, und Kacper Szulecki. 2017. „Polish Environmental Movement 1980-2017: (De)Legitimization, Politics & Ecological Crises“. *SSRN Working Papers*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3075126>.
- Szulecki, Kacper. 2017. „Poland’s Renewable Energy Policy Mix: European Influence and Domestic Soap Opera“. *CICERO Working Paper*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2964866>.
- Tartler, Jens. 2021. „Finalisten für Schmähpriis ‚Goldene Geier‘ stehen fest“. *Tagesspiegel*, 11. Mai 2021. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/schwindel-bei-stromanbieter-kosmetik-und-kaffeekapsel-finalisten-fuer-schmaehpreis-goldene-geier-stehen-fest/27179140.html>.
- Taylor, Matthew. 2019. „Doctors Call for Nonviolent Direct Action over Climate Crisis“. *The Guardian*, 27. Juni 2019, Abschn. Environment. <http://www.theguardian.com/environment/2019/jun/27/doctors-call-for-nonviolent-direct-action-over-climate-crisis>.
- Technische Universität Berlin (2021): Kernenergie keine Technologie zur Lösung der Klimakrise. <https://www.tu.berlin/ueber-die-tu-berlin/profil/pressemitteilungen-nachrichten/2021-oktober/kernenergie-keine-technologie-zur-loesung-der-klimakrise/>
- Tena, Beatriz. 2020. „¿Porqué un proyecto EcoCircular al CZF? | Economía circular“. 2020. <https://ecocircular.zfbarcelona.es/perque-eco-circular-al-czf/>.
- Teso Alonso, Gema. 2020. „La actividad investigadora realizada en España en torno a la comunicación del medio ambiente, el cambio climático y la sostenibilidad (2007-2018)“. *Revista Mexicana de Investigación Educativa*, Oktober 2020.
- TETE, Transition Ecologique Territoires Emplois. 2020. „Retours d’expérience | Transition Ecologique Territoires Emplois“. Transition Ecologique Territoires Emplois. 2020. <https://territoires-emplois.org/retours-experience-carte/>.
- The négaWatt Association. 2020. „The NégaWatt Association“. Association NégaWatt. 2020. <https://negawatt.org/en>.
- The Trades Union Congress - TUC. 2018. „Low Carbon Task Force in Yorkshire and Humber“. Text. 2018. <https://www.tuc.org.uk/news/low-carbon-task-force-yorkshire-and-humber>.
- . 2019a. „How Industrial Change Can Be Managed to Deliver Better Jobs“. <https://www.tuc.org.uk/research-analysis/reports/how-industrial-change-can-be-managed-deliver-better-jobs>.
- . 2019b. „TUC Campaign Plan | 2019 – 20“. <https://www.tuc.org.uk/sites/default/files/2019-09/TUCCampaignPlan2019.pdf>.



- . 2020. „Voice and Place: How to Plan Fair and Successful Paths to Net Zero Emissions“. <https://www.tuc.org.uk/research-analysis/reports/voice-and-place-how-plan-fair-and-successful-paths-net-zero-emissions>.
- The Trades Union Congress (TUC). 2020. „Voice and Place: How to Plan Fair and Successful Paths to Net Zero Emissions“. <https://www.tuc.org.uk/research-analysis/reports/voice-and-place-how-plan-fair-and-successful-paths-net-zero-emissions>.
- Theurer, Marcus. 2019. „Reaktion auf Klimawandel: Staatsfonds verkauft Öl- und Gasaktien“. *FAZ*, 11. März 2019. <https://www.faz.net/1.6079108>.
- Thomas, Adrien, und Nadja Doerflinger. 2020. „Trade Union Strategies on Climate Change Mitigation: Between Opposition, Hedging and Support“. *European Journal of Industrial Relations* 26 (4): 383–99. <https://doi.org/10.1177/0959680120951700>.
- Thörn, Håkan, und Sebastian Svenberg. 2016. „‘We feel the responsibility that you shirk’: movement institutionalization, the politics of responsibility and the case of the Swedish environmental movement“. *Social Movement Studies* 15 (6): 593–609. <https://doi.org/10.1080/14742837.2016.1213162>.
- Transnational Institute und Milieudéfense. 2020. „Just Transition Report: How Organisations Are Coming Together for Social and Environmental Transformation“. Workshop report. Amsterdam: Transnational Institute. https://www.tni.org/files/publication-downloads/web_justtransition.pdf.
- TransporteXXI.com. 2020. „El polígono de la Zona Franca genera 9.112 millones“. *Transporte XXI* (blog). 23. Juli 2020. <https://www.transportexxi.com/el-poligono-de-la-zona-franca-aporta-mas-de-9-000-millones-al-pib/>.
- Turner, Karen, Antonios Katris, Jamie Stewart, Oluwafisayo Alabi, Christian Calvillo, Julia Race, Kim Swales, Theo Mitchell, und Justus Andreas. 2020. „Laying the Foundations for a Net Zero Society : Principles and Infrastructure for a Climate Resilient and Economically Sustainable Recovery“. Report. Glasgow: University of Strathclyde. <https://doi.org/10.17868/72953>.
- Twidale, Susanna. 2021. „Renewables Overtook Fossil Fuels in EU Electricity Mix in 2020: Report“. *Reuters*, 25. Januar 2021. <https://www.reuters.com/article/us-eu-renewables-idUSKBN29T0T8>.
- UNDP. 2015. *Arbeit und menschliche Entwicklung*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag. hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2015_web_0.pdf.
- UNEP. 2011. „Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers“. UNEP. <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=400&nr=126&menu=35>.
- UNFPA. 2020. „State of World Population 2020. Against My Will. Defying the Practices That Harm Women and Girls and Undermine Equality.“ United Nations Population Fund (UNFPA). https://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/UNFPA_PUB_2020_EN_State_of_World_Population.pdf.
- unionlearn. 2020. „Cutting Carbon, Growing Skills – Green Skills for a Just Transition“. <https://www.unionlearn.org.uk/sites/default/files/publication/Cutting%20carbon%2C%20growing%20skills%20for%20a%20just%20transition.pdf>.
- United Nations - UN. 2015. „Sustainable Development Goals“. United Nations. 2015. www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/.

- United Nations Environment Programme - UNEP. 2008. „Green jobs: towards decent work in a sustainable, low-carbon world.“ Nairobi: UNEP. <https://www.unenvironment.org/resources/report/green-jobs-towards-sustainable-work-low-carbon-world>.
- Urgenda. 2017. „Report 2030: Nederland 100% Duurzame Energie in 2030“. <https://www.urgenda.nl/en/visie/report-2030/>.
- Vicente, María. 2019. „Los sindicatos recuperan afiliados, aunque cuestionados por otros movimientos“. Agencia EFE. 27. April 2019. <https://www.efe.com/efe/espana/economia/los-sindicatos-recuperan-afiliados-aunque-cuestionados-por-otros-movimientos/10003-3962502>.
- Vieira, Mário, Elsa Henriques, Miguel Amaral, Nuno Arantes-Oliveira, und Luís Reis. 2019. „Path discussion for offshore wind in Portugal up to 2030“. *Marine Policy* 100: 122–31. <https://doi.org/10.1016/j.marpol.2018.11.021>.
- Wahl, Asbjørn. 2016. „The role of labour in the fight against climate change“.
- Watts, Beth, Suzanne Fitzpatrick, Glen Bramley, und Watkins. 2014. „Welfare Sanctions and Conditionality in the UK“. Joseph Rowntree Foundation. <https://www.jrf.org.uk/sites/default/files/jrf/migrated/files/Welfare-conditionality-UK-Summary.pdf>.
- Weterings, O., O. Ivanova, D. Diodato (CID, Harvard University), M. Lankhuizen (VU), M. Thisen, K. Schure, und R. Koelemeijer. 2018. „Auswirkungen der Energiewende auf den regionalen Arbeitsmarkt - ein schneller Scan“. Text 3006. PBL Netherlands Environmental Assessment Agency. <https://www.pbl.nl/publicaties/effecten-van-de-energietransitie-op-de-regionale-arbeidsmarkt-een-quickscan>.
- Wiggan, Jay. 2015. „Reading Active Labour Market Policy Politically: An Autonomist Analysis of Britain’s Work Programme and Mandatory Work Activity“. *Critical Social Policy* 35 (3): 369–92. <https://doi.org/10.1177/0261018315588231>.
- Wikipedia. 2020. „Parlamentswahl in Norwegen 2017“. In *Wikipedia*. https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Parlamentswahl_in_Norwegen_2017&oldid=201994937.
- Willis, Rebecca. 2020. „I Don’t Want to Be Seen as a Zealot’: What MPs Really Think about the Climate Crisis“. *The Guardian*, 21. Mai 2020, Abschn. Environment. <http://www.theguardian.com/environment/2020/may/21/i-dont-want-to-be-seen-as-a-zealot-what-mps-really-think-about-the-climate-crisis>.
- WSI-Mitteilungen. 2019. „Schwerpunktheft ‚Nachhaltige Arbeit: machtpolitische Blockaden und Transformationspotenziale‘“, Nr. 1.
- WSP and Parsons Brinckerhoff und DNV GL. 2015. „Industrial Decarbonisation & Energy Efficiency Road maps to 2050. Cross Sector Summary Report“. Government UK. Department of Energy and Climate Change and the Department for Business, Innovation and Skills. https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/419912/Cross_Sector_Summary_Report.pdf.
- Zelenakova, Martina, Silvia Vilcekova, und Lenka Zvijáková. 2016. „Implementation of green technologies and innovations in Košice Region, Slovakia“. *Journal of Civil Engineering, Environment and Architecture*, Nr. 180 (Mai). <https://doi.org/10.7862/rb.2016.180>.
- Zinecker, Written Anna, Philip Gass, Ivetta Gerasimchuk, Purva Jain, Tom Moerenhout, Yuliia Oharenko, und Anissa R Suharsono. 2018. „Real People, Real Change – Strategies for Just Energy Transitions“. GSI Report. Winnipeg / Geneva: International Institute for Sustainable Development.
- Żuk, Piotr, und Kacper Szulecki. 2020. „Unpacking the Right-Populist Threat to Climate Action: Poland’s pro-Governmental Media on Energy Transition and Climate Change“. *Energy*



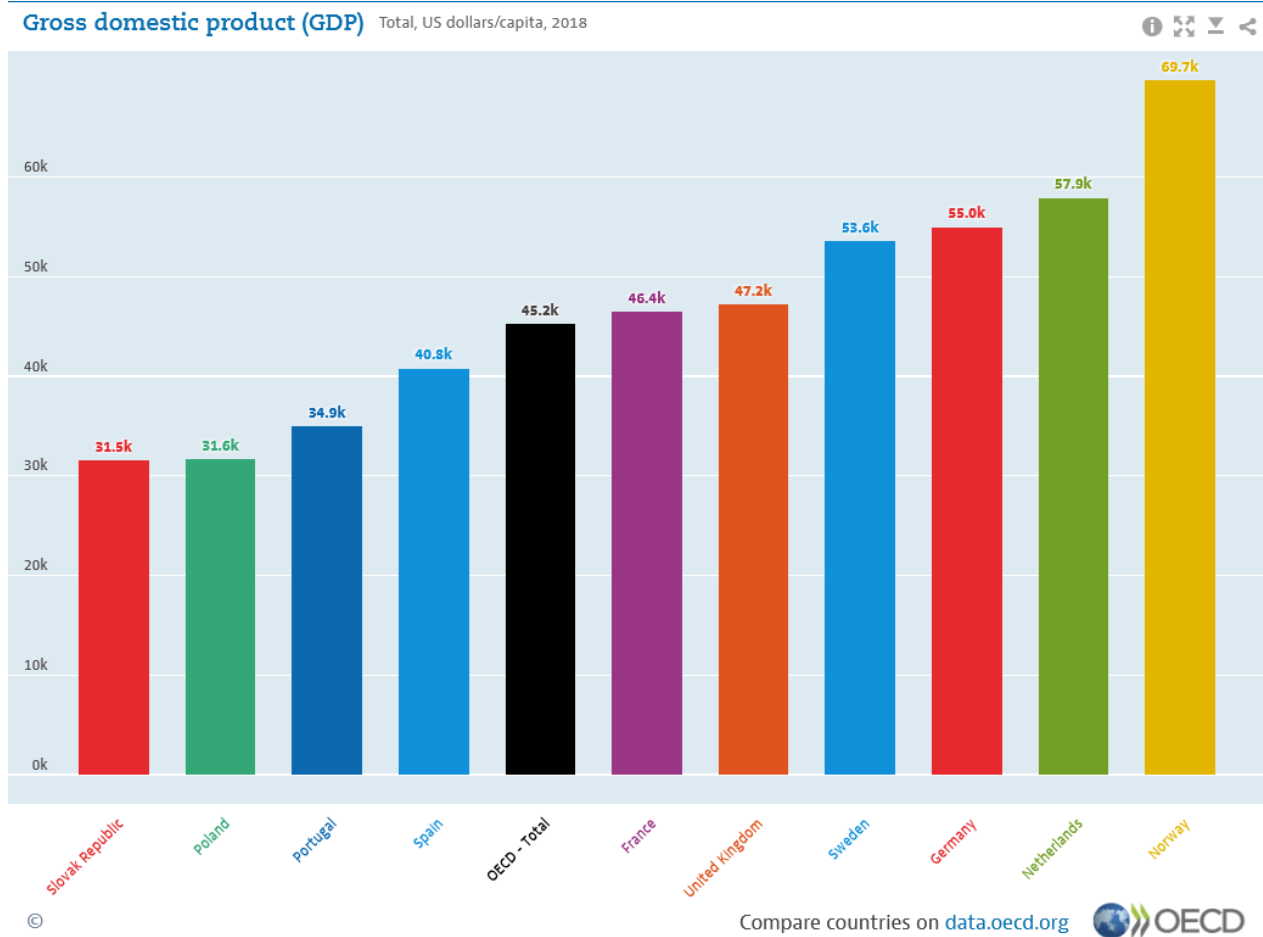
Research & Social Science,
<https://doi.org/10.1016/j.erss.2020.101485>.

Nr. 66

(August): 1–12.



Anhang



(OECD 2021, Abweichungen von Angaben im Hunderterbereich zu den im Text verwendeten Werten sind aufgrund unterschiedlicher Zahlenausweise der verwendeten OECD-Quellen möglich)